L 70000
35
1919
1/I. -31/I.
Appro. A
allg. 34.

Berner Bund

1/I. 1919

1

1

Hilfe für Deutsch-Oesterreich

ag. **Bern**, 30. Dez. Am 31. Dezember mittags begibt sich von Bern aus eine interalliierte Kommission, bestehend aus Vertretern Amerikas (Dr. Tailor), Englands, Frankreichs und Italiens, insgesamt 14 Delegierte, und deren Begleitung, zum Studium der Lebensmittelfrage Deutschösterreichs nach Wien. Mit dem gleichen Zuge reisen auch einzelne Mitglieder der deutschösterreichischen Delegation, die in der letzten Zeit mit der Entente-Kommission Beratungen gepflogen haben, nach Wien zurück.

4000 Tonnen Lebensmittel aus Italien

Außer den durch die Schweiz vorschußweise zu liefernden 100 Waggons Lebensmittel aus Schweizer Beständen, bewilligte die Entente-Kommission bis jetzt weitere 4000 Tonnen Nahrungsmittel für Deutschösterreich, die seitens Italiens in den nächsten Tagen sukzessive über Innsbruck nach Wien geführt werden sollen.

Falsche Gerüchte

ag. **Wien**, 30. Dez. (W. K. B.) Unter der Ueberschrift „Die Intrigen Wiens" versteigt sich der „Temps" vom 20. Dezember zur Behauptung, der in Wien herrschende Lebensmittelmangel sei durch die Wiener selbst verschuldet, die Waffen und Munition nach den Kohlengrubengebieten Nord- und Südböhmens schicken, um einen Aufstand zu schüren, die Verproviantierung der Tschechen zu verhindern, innere Schwierigkeiten zu schaffen usw. Die in den allernächsten Tagen aus Bern eintreffende Alliierten-Kommission wird Gelegenheit haben, festzustellen, wie unsinnig die durch den „Temps" verbreitete Behauptung ist.

Portofreiheit

ag. **Bern**, 30. Dez. Die Schweizerische Oberpostdirektion hat für alle Postsendungen, die sich auf das Hilfswerk für die Stadt Wien und die schweizerische Schülerspeisung beziehen, die Portofreiheit bewilligt. Die Geschäftsstelle des schweizerischen Komitees in Bern, Effingerstraße 4, hat ein Postscheckkonto, Nr. III/26, errichtet, an welches Geldsendungen geleitet werden können, soweit man sich nicht der von den örtlichen Komitees bezeichneten Einzahlungsstellen bedienen will.

Ostdeutsche – Rundschau 3
1.I.1919

Volkswirtschaft.

Wien, 31. Dezember.

Die Lebensmittel und das Judentum.

Das ausgehungerte Deutschösterreich lebt jetzt in Erwartung der angekündigten ausländischen Lebensmitteltransporte. Da drängt sich dem schlichten Bürger eine bange Frage auf die Lippen: Wer wird diese Lebensmittel übernehmen und wer wird sie verteilen? Werden das wieder ausschließlich Juden besorgen? Werden wir diese Gaben wieder demütig aus den Händen der Juden empfangen? Werden wieder Juden die angeblich allein Befähigten sein, uns unser täglich Brot zuzuteilen?

Wir haben unlängst eine Jüdin sich damit brüsten hören, daß sie den Krieg „bis jetzt nicht gespürt" habe und der Kreis um sie herum machte ähnliche Geständnisse. Es war gar kein Wunder. Beinahe alle hatten verwandtschaftliche oder wenigstens freundschaftliche Beziehungen zu einflußreichen Funktionären irgendeiner Kriegsgesellschaft. — Da gibt es in der Nähe von Wien ein sogenanntes Mittelstandssanatorium. Eine Person, die vermöge ihrer Stellung Einblick in die Verhältnisse genießt, erzählte uns, wie gut das Erholungsheim mit Lebensmitteln versorgt sei, weil eine leitende jüdische Dame so ausgezeichnete persönliche Beziehungen zu den maßgebenden Herren der Lebensmittelkriegsgesellschaften besitze und daß aus demselben Grunde ein ihr ebenfalls unterstehendes Sanatorium für reiche Leute auf dem Semmering seinen Gästen eine fabelhaft gute Verpflegung bieten könne. Diese Beispiele werden die Christen aus ihren eigenen Erfahrungen nach Belieben fortsetzen können. Der Papiermangel verbietet uns in Einzelheiten einzugehen. Es ist aber auch gar nicht nötig. Der innige verwandtschaftliche und freundschaftliche Zusammenhang der gesamten Judenschaft ist ja allgemein bekannt, ebenso ihre stets wache Bereitwilligkeit, einander in allen Schwierigkeiten beizustehen und sich gegenseitig zu fördern. (Das ist ohne alle Judenfeindschaft gesagt, obwohl wir überzeugt sind, daß uns diese schlichte Feststellung allein schon als „krasser Antisemitismus" angekreidet werden wird.) Die Hilfsbereitschaft der Juden untereinander ist ja an und für sich höchst lobenswert. Zum Uebel wird sie nur durch die eigentümliche Stellung der Juden unter den Wirtsvölkern; und geradezu zum Verhängnis für die Nichtjuden wird sie in allen Fällen, wo die Juden die Verwaltung einflußreicher Stellen in die Hand bekommen, weil ihnen die Fähigkeit zur Objektivität vollständig mangelt. Sie verteilen in leitenden Stellen die Strahlen ihrer Gnade nämlich nicht gleichmäßig auf Juden und Nichtjuden, sondern die leidenschaftliche Liebe zu ihrem eigenen Blute treibt sie zu einer vollständig ungerechten Bevorzugung ihrer nationalen Angehörigen. Dieser Mangel an Objektivität, die vollständige Einseitigkeit ihres Gefühllebens scheint uns der stärkste Grund, warum Juden zur Verwaltung einflußreicher öffentlicher Stellen so vollständig ungeeignet sind, indem sie ihre Macht beinahe in allen Fällen zum Schaden des Wirtsvolkes und zur ungerechten Förderung und Bevorzugung des Judentums mißbrauchen.

Man gebe einem Juden z. B. die Leitung eines wissenschaftlichen Institutes in seine Hände und in kürzester Frist werden nicht nur sämtliche Stellen des Institutes, ausgenommen der Posten des Dieners und des Waschweibes, von Juden besetzt sein, sondern das Institut wird von dem Augenblicke an, überhaupt ausschließlicher Besitz des Judentums für immerwährende Zeiten geworden sein. Derselbe Prozeß wiederholt sich überall, wo nur irgendein Jude in leitende Stellung gelangt, mag das nun in einer Zeitungsredaktion, in einem Theater oder einer Kriegsgesellschaft sein. Man sehe sich nur einmal unsere neuen Staatsämter daraufhin an. Wo immer ein Jude an die Spitze gesetzt wurde, da hat er sogleich einen ganzen Schwarm jüdischer Verwandter und Freunde nach sich gezogen, ganz gleichgültig, ob gerade sie die Geeignetsten für das Amt waren. Die freie unbefangene Auswahl unter den Anwärtern hat im selben Augenblicke aufgehört, da ein Jude diese Auswahl vornimmt. Vermöge seiner einseitigen Liebe kann er gar nicht anders handeln, als sich ausschließlich mit Juden zu umgeben. (Wenn da und dort doch ein Nichtjude darunter sitzt, dann verdankt er das immer nur der Besorgnis der Machthaber, daß die ausschließliche Bevorzugung der Juden gar zu aufreizend wirken könnte. Sie folgen aber auch in diesen wenigen Ausnahmsfällen nicht ihrem Gerechtigkeitssinn, sondern der Furcht.)

Die Besetzung aller Hilfsstellen mit Juden, also mit unbedingt ergebenen und vertrauten Männern gibt erstens dem Leiter einen sicheren Rückhalt; zweitens gibt es dem angestellten Juden infolge der außerdienstlichen nationalen und persönlichen Beziehungen zu ihrem Vorgesetzten eine ungewöhnliche, in der bloßen Dienststellung nicht begründete Machtfülle; drittens ermöglicht das enge und vertrauliche Verhältnis des ganzen Personals untereinander auch ein den Dienstgesetzen widersprechendes Gebaren mit den verwalteten Interessen, — so z. B. ein unrechtmäßiges Zuschieben der den Händen einer Judengesellschaft zur Verteilung überlassenen Lebensmittel; — und viertens wirkt das gesamte Amt nach außen hin als unbedingte Vertretung jüdischer Interessen.

Eine wenn auch noch so gerechte Maßnahme gegen jüdische Uebergriffe von einem solchen Amte zu verlangen, ist natürlich ganz vergeblich. Die große geschlossene Macht, die von einer einzigen solchen Judenbehörde ausgeht, ermöglicht es ihr aber auch, auf die Zusammensetzung anderer wichtiger Stellen maßgebenden Einfluß zu gewinnen und so neue und immer mehr jüdische Machtzentren zu bilden. Leute, die jetzt viel mit den neu geschaffenen Amtsstellen aller Art zu tun haben, wissen davon ein Lied zu singen. Alle erzählen, daß sie von einem Juden an den anderen gewiesen wurden. Und wenn sie auch durch zehn und zwanzig Amtsstuben kamen, dann fragte sie immer wieder ein Jude nach ihrem Begehr. Bedenkt man noch, daß hinter all diesen beamteten Juden nicht eine teilnahmslose Bevölkerung wie hinter arischen Beamten, sondern die ganze geschlossene, verfilzte, international verzweigte und durch tausend öffentliche und geheime Interessen verbundene Judenschaft steht, dann kann man es begreiflich finden, wenn gerade die Judenschaft so viel Anlaß hat, sich in unbesonnener Anmaßung zu rühmen: „Wir haben den Krieg bis jetzt noch nicht gespürt!"

Diese Erwägungen sind die Veranlassung zu der eingangs ausgesprochenen Besorgnis. Wir wissen es: wenn Juden, die aus Amerika und der Schweiz gesandten Hilfsmittel übernehmen und verteilen, dann besteht kein Zweifel, daß all das schöne Mehl, Fleisch und Fett und was sonst an Herrlichkeiten herüberkommt, erst eine großen Umweg über alle Hamsterkisten und Vorratskammern der gesamten Judenschaft Deutschösterreichs machen wird und wir anderen, die wir nicht so glücklich sind, sagen zu können, daß wir den Krieg „bisher nicht gespürt" haben, und die wir keine Verwandten in den Kriegsgesellschaften sitzen haben, werden bekommen, was dann etwa noch übrig bleibt. Dort der schwelgende Ueberfluß und hier die rationierte Not! Da diese Not aber nun zum Himmel schreit und da wir schon vier Jahre lang mit steigendem Ingrimm zusehen mußten, wie dem Hungrigen die leere Schüssel und dem Satten die volle zugeteilt wurde, möchten wir mit all dem drohenden Ernste einer mit Reizstoffen bis zum Bersten geladenen Stunde der übermütigen Familiengemeinschaft zurufen: **Genug jetzt eurer Verwaltungs- und Verteilungskünste!** Wir wollen nicht von Kaisern und Königen „befreit" sein, um nun ganz widerspruchslos **unter eure Herrschaft** zu geraten. Wir wollen uns nicht länger vorrechnen lassen, **was unsere früheren Herrscher geheim verzehrt haben, solange wir unsere jetzigen unerwünschten Machthaber an allen öffentlichen Tischen aufreizend schwelgen sehen;** sonst könnte es uns gelüsten, auch in eure Vorratskammern und Wirtschaftsrechnungen Einblick zu nehmen und Vergleiche anzustellen, was uns teurer während dieses Krieges zu stehen kam, die gesetzliche Herrschaft einer Familie von unserem Blute oder die **gesetzstürzende** Herrschaft von **tausend Familien fremden Blutes. Erspart uns und euch die Ueberprüfung dieser Rechnung!**

2./I. 1919

5

Wiens Schatzkammern.

Nicht von den ehemals kaiserlichen Schatzkammern, in denen Milliardenwerte von Kleinodien liegen, handeln die nachfolgenden Zeilen, sondern von den Schatzkammern der Stadt Wien, den städtischen Lagerhäusern, denen im Kriege eine besonders wichtige Aufgabe zugefallen ist, nämlich die gesicherte Unterbringung und Konservierung der für die Bevölkerung unserer Stadt bestimmten Lebensmittel.

Im abgelaufenen Jahre herrschte, wie die eben herausgekommene Jahresbilanz ausweist, in den ausgedehnten Lagerhäusern der Stadt Wien ein überaus starker Verkehr, dessen klaglose Bewältigung alle Kräfte voll in Anspruch nahm. Die Lagerräume waren bei raschem Umsatz das ganze Jahr mit Waren verschiedenster Art vollgepfropft, denn der Privatverkehr hat im abgelaufenen Wirtschaftsjahr weitere gewaltige Einschränkungen erfahren, so daß die Güterverteilung immer mehr an die staatlichen Wirtschaftszentralen und an die Konsumentenorganisationen überging. Durch die zunehmende Transportunsicherheit auf den Bahnen wurde der Lebensmittelverkehr in einschneidender Weise beeinträchtigt und die Beraubung der Sendungen vermehrte die Reklamationsfälle derart, daß zur Bewältigung der damit verbundenen Erhebungen eine große Zahl von Hilfskräften ständig in Anspruch genommen war. Innerhalb der Bahnhöfe und der Magazine der Lagerhäuser gelang es durch eine besondere Organisation, Diebstähle fast ganz zu verhindern.

Wenn die städtischen Lagerhäuser der Stadt Wien trotz der widrigen Verhältnisse ihre Leistungsfähigkeit voll entfalten und sogar gegen das Jahr 1917 noch steigern konnten, so ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß die Lagerhäuser im Verlauf des Krieges ihre Einrichtungen den wechselnden Bedürfnissen des Verkehrs stets rasch angepaßt haben, so daß sie in der Lage waren, bei allen größeren Approvisionierungsmaßnahmen in der erforderlichen Weise mitzuwirken.

Die Organisation des Dienstes in den Lagerhäusern, die im Laufe der Kriegszeit mehrfach eine gänzliche Umänderung erfahren hatte, hat sich insbesondere bewährt bei der Ausladung und Uebernahme der einlangenden Massentransporte, bei der Abgabe der Lebensmittel an die Wiener Bevölkerung und an die von Wien aus versorgten Provinzstädte, Industrieorte und gewerblichen Betriebe, vor allem bei dringenden Abschüben in Notstandsgebiete, die zumeist innerhalb weniger Stunden, oft bei Nacht, bewerkstelligt werden mußten.

Eine besonders wichtige Aufgabe fiel den Lagerhäusern unserer Stadt bei der Unterbringung und Konservierung der Fleischvorräte für die Wiener zu. Die Dürre des Sommers 1917 hatte bekanntlich im darauffolgenden Winter einen außerordentlichen Futtermangel und dieser wieder hatte zahlreiche Notschlachtungen zur Folge. Da eine Unterbringung der dadurch gewonnenen großen Fleischvorräte im Kühllagerhaus der Stadt Wien wegen dessen Ueberfüllung nicht mehr möglich war, wurden, um diese Vorräte für die Ernährung der Bevölkerung in der Zeit des völligen Mangels an Schlachtvieh sicherzustellen die ausgedehnten Lagerkeller der Brauereien Hütteldorf und Simmering durch das Stadtbauamt mit größter Beschleunigung zu Notgefrieranlagen umgestaltet.

Die Sendungen aus der Ukraina.

Die größte Inanspruchnahme der Lagerhausbetriebe im Kriege und überhaupt seit dem Bestand der städtischen Lagerhäuser hat die Uebernahme der Sendungen aus der Ukraina mit sich gebracht. Mitte April 1918 erhielt der Verkehr durch die Zuschübe aus der Ukraina einen außerordentlichen Zuwachs. Jeder Zug brachte damals viele Waggonladungen, so daß der jeweilig vorhandene Waggonstand in den Stationen der Lagerhäuser der Stadt Wien bis auf 1000 Waggons stieg. Fast alle Transporte, die nicht direkt an Mühlen rollten, wurden an die Lagerhäuser der Stadt Wien adressiert. Es mußte daher mit allen Mitteln danach gestrebt werden, des Ansturmes Herr zu werden, denn Verzögerungen in der Entladung der Waggons hätten zu einer Waggonstauung in den Wiener Stationen und schließlich zu einer Verkehrseinstellung und Ablenkung der rollenden Transporte vom Wege nach Wien geführt.

Im Kühllagerhaus hat sich der ukrainische Verkehr in ebenso starker Weise fühlbar gemacht, weil ein großer Teil der aus der Ukraina eingelangten Pferde nach der Schlachtung in Gefrierräumen untergebracht werden mußte. Die Ankünfte im Kühllagerhaus und seinen Filialbetrieben beliefen sich innerhalb dieser 50 Tage auf mehr als 26.000 Zentner, indes der Gesamtumsatz in den Kühlhausbetrieben dem Werte nach zirka 52 Millionen Kronen betrug.

Eine Angelegenheit, die das Lagerhaus vor eine ganz neue Aufgabe stellte, war die Notwendigkeit, Mais in Kolben zu entkörnen. Zur Zeit des größten Mangels an Brotgetreide wurde nämlich Kolbenmais in Schleppschiffen nach Wien dirigiert, und auch der Saatmais langte in Kolben ein. In den Lagerhäusern wurden in kurzer Zeit drei leistungsfähige Maisrebelanlagen errichtet, die es ermöglichten, den eintreffenden Kolbenmais sofort aufzuarbeiten und den Mais oft noch am Tage der Ankunft an die Mühlen abzugeben. Vom Januar bis Juni 1918 wurden gegen 11 Millionen Kilogramm Maiskolben gerebelt.

Wie aus all dem hervorgeht, hat der Güterumsatz der Stadt Wien im Kriege eine außerordentliche Steigerung erfahren und ein Blick in die Lagervormerkungen zeigt folgende interessante Ziffern: Während in den letzten vier Friedensjahren der Gesamtumsatz der eingelagerten Waren nach der Menge etwa 12 Millionen Zentner betrug, machte der Umsatz in den letzten vier Kriegsjahren nahezu 27 Millionen Zentner aus, also eine Steigerung von 118 Prozent. Die enorm hohen Preise, die im Laufe der Kriegsjahre für die Nahrungsmittel begehrt wurden, kommen unzweideutig zum Ausdruck in den Rechnungsbelegen, die besagen, daß der Umsatz der eingelagerten Waren dem Werte nach sich in den Friedensjahren auf etwas mehr als 200 Millionen Kronen stellte, in den vier Kriegsjahren aber auf nahezu 2100 Millionen. Die Steigerung des Warenumsatzes betrug also etwas mehr als 100 Prozent, die des Wertumsatzes aber um mehr als 900 Prozent! Diese Zahlen charakterisieren die Entwertung unserer Krone.

Neues Wiener Tagblatt

2./I. 1919

6

Die Approvisionierung.

Die drohende Verteuerung der Lebensmittel.

Das Ernährungsamt hat angekündigt, daß der heute in Kraft tretenden bescheidenen Erhöhung der Rindfleischpreise am 15. d. eine zweite, minder bescheidene, folgen solle und daß wir infolge der hohen Gestehungskosten des einzuführenden Getreides auf eine Erhöhung der Mehl- und Brotpreise gefaßt sein müssen. Das Ernährungsamt hat es nicht unterlassen, diesen unangenehmen Nachrichten eine ausführliche sachliche Begründung der bevorstehenden Preiserhöhungen beizugeben, und damit mag es die besondere Aufgabe, die ihm in der Verwaltung zufällt, erfüllt haben. Aber das Ernährungsamt ist nur ein Teil der Regierung und arbeitet selbstverständlich im Zusammenhange mit allen andern Regierungsstellen, auch mit jenen, deren Aufgabe es ist, dafür zu sorgen, daß einschneidende Verteuerungen der Lebensführung nicht unerträglich werden. In der gegenwärtigen Zeit, wo die Arbeitslosigkeit zunimmt und die Unterhaltsbeiträge eingestellt werden, kann die ärmere Bevölkerung erhebliche Verteuerungen der Lebensmittel aus ihren Einnahmen nicht bestreiten, und man müßte daher, um diese Verteuerung erträglich zu gestalten, rechtzeitig für Arbeit und Verdienst sorgen. Das ist allerdings im Augenblick sehr schwer. Aber dennoch berührt es sonderbar, daß die Regierung, die in der Begründung der Verteuerungen sehr redselig ist, bezüglich der Befruchtung des wirtschaftlichen Lebens, durch die allein Arbeit und Verdienst geschaffen werden könnte, sich in vollständiges Schweigen hüllt. Nicht mit einem Worte war noch die Rede davon, daß etwas geschehen werde, um die drohende Verteuerung der Lebensführung durch günstigere Verdienstmöglichkeiten auszugleichen.

Ein Plan, die Erhöhung der Fleischpreise minder empfindlich zu gestalten, wurde zwar ausgeheckt, aber er ist so wahnwitzig, daß man nur die Hoffnung aussprechen muß, er stamme von unbefugter Seite und werde von der Regierung niemals ernst genommen werden. Es soll nämlich den Selchern die Erlaubnis erteilt werden, die Wurstfülle mit Kartoffelmehl zu vermengen, und diese Würste sollen dafür „nur" dreiundzwanzig Kronen pro Kilogramm kosten. Da selbst nach der gegenwärtigen Preiserhöhung Extrarindfleisch zwanzig und zweiundzwanzig Kronen, Einheitsfleisch sogar nicht einmal die Hälfte hievon kostet, wäre den Verbrauchern wahrlich besser gedient, wenn man das vorhandene Rindfleisch zu einer Erhöhung der Wochenration benützen wollte, als wenn man sie zwingt, Würste mit Kartoffelmehl als Ergänzung der ungenügenden Rindfleischration um dreiundzwanzig Kronen zu kaufen. Damit ist's also nichts.

Anläßlich der Frage, wie die erhöhten Gestehungskosten des überseeischen Getreides aufgeteilt werden sollen, haben wir — und leider von amtlicher Stelle — die Aeußerung gehört, unsre bäuerlichen Mitbürger werden sich darüber wundern, daß man ihnen fürs Getreide um so viel weniger bezahlte, als man den Amerikanern bezahlen muß. Der hohe Preis des amerikanischen Getreides ist eine Folge unsrer schlechten Valuta, und die berichtete Aeußerung stellt daher den Verbrauchern die Zumutung, daß sie die Landwirte für die Verschlechterung der Valuta hätten schadlos halten sollen. Hoffentlich werden sich baldigst Leute zum Wort melden, die nicht die Interessen der Selcher oder der Selbstversorger, sondern die Interessen des meistbedrohten Standes der Verbraucher im Auge haben und vertreten. Es ist höchste Zeit hiefür!

m. h.

Reichspost

2./I.1919

7

Die Ernährungslage Wiens.

Der Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an die Alliiertenkommission.

Gleichzeitig mit dem Berichte über die Gesundheitsverhältnisse Wiens, über die wir in unserer Weihnachtsnummer berichtet haben, hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner das statistische Material über die Ernährungslage bereitgestellt, welches der interalliierten Kommission, die dieser Tage hier eintrifft, vorgelegt wird. In dem Berichte heißt es:

Der Zerfall der Monarchie und die durch die Nachbarstaaten inzwischen erfolgte Absperrung Deutschösterreichs hat die Situation katastrophal verschärft. Beim wichtigsten Nahrungsmittel, bei Brot und Mehl, beträgt die Kopfquote 1260 Gramm Brot, 350 Gramm Kochmehl pro Woche. Das ablehnende Verhalten der Nachbarstaaten macht es aber fraglich, ob es möglich sein wird, diese Quote für die nächste Zeit aufrechterhalten zu können. Der Brot- und Mehlbedarf beträgt also auf Grund obiger Quotenberechnung vom 1. Dezember 1918 bis 31. August 1919 215 Waggons pro Woche = 7740 Waggons Brotmehl. Der Wochenbedarf von Verschleißmehl beträgt 70 Waggons, beziehungsweise 2520 Waggons für die obige Zeitdauer. Die Zufuhr an Milch, für Kinder und Kranke das unentbehrlichste Nahrungsmittel, betrug im Frieden täglich eine Million Liter. Jetzt ist die Milchzufuhr bis auf 30.000 Liter pro Tag gesunken und in der letzten Woche sogar auf 70.000 Liter pro Tag.

Ebenso schlecht sieht es mit der Fleischversorgung aus. Der Rinderauftrieb betrug in den Jahren 1910/13 pro Woche durchschnittlich 4200 bis 5000 Stück im Gewichte von 250 Kilogramm pro Stück. Außerdem wurden wöchentlich 250.000 Kilogramm frisches Rindfleisch aus den Provinzen Oesterreichs und Ungarns zugeführt. Jetzt beträgt der Rinderauftrieb einschließlich Wurstvieh pro Woche 400 bis 2800 Stück im Gewichte von 120 Kilogramm pro Stück. Außerdem langen noch aus Oberösterreich 80.000 bis 100.000 Kilogramm Rindfleisch pro Woche ein. Die Kopfquote beträgt wöchentlich 12½ Dekagramm inklusive 15- bis 20%iger Knochenzuwage. Kalb- und Schweinefleisch wird überhaupt nicht zugeführt. Kälber 100 Stück pro Woche gegen 12.000 im Frieden, und 500 bis 800 Schweine pro Woche gegen 17.000 im Frieden. Die Kopfquote an Pferde- und Schaffleisch, welche den Mindestbemittelten (400.000 Köpfe) vorbehalten ist, beträgt ⅛ Kilogramm pro Woche. Diese geringe Kopfquote kann gegenwärtig nicht eingehalten werden, so daß die Bevölkerung den Fleischgenuß fast vollständig entbehren muß.

Ebenso traurig ist es mit den Vorräten an Fett bestellt. Früher waren 12 Dekagramm pro Kopf und Woche rationiert, doch konnte schon zu Beginn die Ration nur mit 6 Dekagramm eingehalten werden. Später wurde die Ration auf vier Dekagramm herabgesetzt, die in letzterer Zeit auch nur mit großen Schwierigkeiten ausgegeben werden können. Die Stadt Wien benötigt bei einer Rationierung von 12 Dekagramm pro Kopf und Woche 100 Waggons Fettstoffe.

An Geflügel wurden im Frieden 40.000 bis 50.000 Fettgänse pro Tag konsumiert. Die jetzige Zufuhr ist gleich Null, Wild und Fische werden nur in ganz geringen Mengen zugeführt. Die Eierzufuhr ist vollständig gesperrt. Der Vorrat reicht höchstens bis Ende Februar bei wöchentlich 500 Kisten. An Käse wurden im Frieden pro Tag ein bis zwei Waggons verbraucht, der derzeitige Konsum ist gleich Null.

Die Ration an Kartoffeln, nach Brot das wichtigste Volksnahrungsmittel, beträgt pro Kopf und Woche ein halbes Kilogramm. Da aber die Zufuhren vollständig gesperrt sind, sind überhaupt keine Kartoffeln vorhanden. Um die obige Ration auszugeben, wären 200 Waggons pro Woche nötig.

Hülsenfrüchte sind gar keine vorhanden, Reis nur in ganz geringen Mengen für Kranke. Die Vorräte an Kaffee sind vollständig aufgebraucht und ebenso an Zucker.

Die Zeit

2./I. 1919

8

Unsere Ernährungsnot.

Das Staatsamt für Volksgesundheit versendet folgende Mitteilung über Deutschösterreichs Ernährungsnot:

Nach einem vom Staatsamt für Volksgesundheit anläßlich der Erhebungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz am 11. Dezember 1918 erstatteten Bericht über die Ernährungsverhältnisse in den Heil- und Pflegestätten Deutschösterreichs sei folgendes mitgeteilt:

Die Schädigung des Gesundheitszustandes und der Widerstandskraft der Bevölkerung durch die Lebensmittelnot und die infolgedessen anhaltende Unterernährung — von Duria im August 1918 angestellte Erhebungen und Berechnungen haben ergeben, daß der Durchschnitt der Bevölkerung Wiens statt 3000 Kalorien nur 1721 zu verzehren hat, also mit rund 1300 Kalorien auf den Tag unterernährt ist — zeigt sich vor allem in den Ziffern über die Gesamtsterblichkeit. Es starben im Durchschnitt 1910 bis 1914 in Wien jährlich 32.943 Menschen; im Jahre 1917 war die Sterblichkeit um fast 40 Prozent, das ist auf 46.131 Personen, gestiegen.

An der Pirquetschen Universitätsklinik für Kinderkrankheiten in Wien ergaben die Wägungen der neu aufgenommenen Kinder im Jahre 1918 im Durchschnitt ein Untergewicht von 4·2 Kilogramm bei einjährigen Knaben und von 3·1 Kilogramm bei einjährigen Mädchen. Kinder von 9 Jahren, die ein normales Gewicht von 30 Kilogramm haben sollen, haben nun bloß ein solches von 22·8 Kilogramm, so daß sich ein Abgang von 7·2 Kilogramm ergibt. Bei Kindern mit 11 Jahren beträgt dieser Abgang 5·7 Kilogramm, bei Kindern mit 15 Jahren beträchtlich mehr.

Bei den Erwachsenen sind Abnahmen des Körpergewichtes um 10 bis 20 Kilogramm an der Tagesordnung und Abnahmen bis zu 40 Kilogramm durchaus keine Seltenheit.

Besonders peinlich berührt die Lebensmittelnot in den Spitälern. Die staatlichen Krankenhäuser Deutschösterreichs haben einen Verpflegsstand von 22.000 Kranken. Vergleiche aus den Einkaufsbüchern dieser Krankenanstalten ergeben, daß trotz gleichen Belages die Monatsmengen der eingekauften Lebensmittel im November 1918 auf ein Fünftel und bei manchen Lebensmitteln auf noch weniger herabgegangen sind, als die jeweiligen Mengen in den letzten Friedensmonaten des Jahres 1914 betrugen.

In den Kinderspitälern gestalten sich die Ernährungsverhältnisse durch die Lebensmittelnot geradezu trostlos. Vor allem kommt der Mangel an Milch in Betracht, indem nicht einmal die Hälfte des notwendigen Bedarfes an Milch gedeckt ist.

Die wichtigsten Lungenheilstätten mußten in der letzten Zeit wegen des Mangels an Lebensmitteln und Kohle sogar ihren Betrieb einstellen und die Kranken entlassen. Aus den Irrenanstalten fast aller Gebiete Deutschösterreichs wird berichtet, daß die Pfleglinge allmählich an Entkräftung zugrunde gehen und daß die Heilanstalten aussterben. Auch einzelne kleinere Siechenanstalten auf dem Lande wurden in den letzten Monaten wegen des Absterbens der meisten Pfleglinge einfach geschlossen.

Frankfurter Zeitung
2./I. 1919.

Die Ernährungsfrage.

Bolschewismus und Lebensmittelversorgung.

N **Berlin**, 31. Dezbr. (Priv.-Tel.) Aus der Kammerrede Pichons folgert der „Vorwärts", daß die Entente die Absicht aufgegeben habe, mit den Waffen den Bolschewismus an seinem Herde aufzusuchen, daß sie aber ein weit furchtbareres Kampfmittel androht: die völlige Einkreisung, lückenlose Blockierung und Aushungerung des Sowjet-Rußland. Der Bolschewismus soll ausgehungert werden. Die Absperrung im Norden, Osten und Süden sei bereits vollzogen. Und dann fährt das genannte Blatt fort:

Darum der starke Drang des Bolschewismus nach dem Westen, wo er sich ein Loch offen lassen will, darum die intensive Propaganda mit größten Geldmitteln in Deutschland, um Anlehnung an Deutschland zu finden und unser Volk in einen neuen Krieg gegen die Weststaaten zu stürzen. Er will mit Hilfe des deutschen Volkes den militärischen Schutz seiner bankerotten Tollhäuslerei stützen. Der Propagandachef des Bolschewismus, der früher von der polnischen und vor dem Krieg schon von der deutschen Sozialdemokratie ausgeschlossene Radek, ist bereits in Berlin, um die Anarchie in Deutschland zu schüren und unser Volk in das gleiche Elend zu stürzen, unter dem das russische Volk langsam verhungert. Die Regierung wird entschlossen das Nötige tun müssen, um das deutsche Volk vor diesem Elendspolitiker zu schützen. Die Entente will den Bolschewismus aushungern. Das bedeutet, daß auch unsere Hoffnung auf Lebensmittellieferung der Alliierten zerstört wird und die Blockade Deutschlands lückenlos aufrecht erhalten bleibt, wenn der Bolschewismus in Deutschland zu einer starken Erscheinung sich entwickeln sollte. Wenn die Entente den Argwohn faßt, daß Deutschland unter russischen Einfluß kommt und daß die Hetze, Deutschland an der Seite des Bolschewismus in einen neuen Krieg gegen die Westmächte zu zerren, nicht ohne Erfolg ist, dann hat sie kein Interesse daran, überhaupt nur ein Kilogramm Brot an Deutschland zu liefern und Deutschlands Ernährungsschwierigkeiten zu mildern. Dann ist alle Aussicht auf Frieden vernichtet, dann gibt es keine ausländischen Lebensmittel für Deutschland, dann wird die Aushungerung unseres Volkes mit höchster Energie durchgeführt, dann droht uns der völlige Untergang.

*

Berlin, 1. Jan. (W. B.) Die Deutsche Waffenstillstandskommission gibt bekannt: Die Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln wird gegenwärtig durch eine Kommission der Alliierten geprüft, welche ihren Sitz in London hat. Das Oberkommando der Alliierten teilte der Deutschen Waffenstillstandskommission mit, die Beschlüsse der Lebensmittelkonferenz würden der Deutschen Waffenstillstandskommission übermittelt werden, falls diese für die Lebensmittelversorgung für zuständig erklärt werde. Daraufhin gab Staatssekretär Erzberger in Spaa die Erklärung ab, daß die Deutsche Waffenstillstandskommission auch für die Inangriffnahme der Lebensmittelversorgung zuständig ist. Die weiteren Mitteilungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands werden also nunmehr an die Waffenstillstandskommission erfolgen.

□ **Basel**, 1. Jan. (Priv.-Tel.) Der Amerikanische Nachrichtendienst meldet aus Washington unterm 31. Dezember: Zwischen den Vereinigten Staaten und den Regierungen der Länder Nordeuropas werden Abmachungen unterzeichnet werden, die bestimmt sind, die im Norden Europas bestehenden Bedürfnisse der Bevölkerung nach Nahrungsmitteln und Kohlen zu befriedigen. Der Vorsitzende des Kriegsverkehrsrates kündigt an, daß für Schweinefleisch und Schweinefleischprodukte die freie Ausfuhr nach Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland gestattet werden soll. Für diese Ausfuhren sind in Zukunft Einfuhrerlaubnisse der betreffenden Regierungen nicht mehr nötig.

Österr. Volkszeitung
2. II. 1919

10

„Alles beschlagnahmt!"

Die Gepäckuntersuchungen in Niederösterreich.

Im Sonntagblatte wurden unter dem Titel „Alles beschlagnahmt" empörende Vorfälle geschildert, die sich jetzt vielfach in einzelnen niederösterreichischen Bahnstationen ereignen. Angebliche oder wirkliche Angehörige der örtlichen Volkswehr nehmen mit der einfachen Erklärung „Alles beschlagnahmt!" Wiener Männern und Frauen oft unter Drohungen alle Lebensmittel weg, die sie sich für ihr gutes Geld erworben haben. Dabei handelt es sich nicht um Schleichhändler, sondern um Familienväter, die ihren Kindern das Leben etwas erleichtern wollten. Viele Zuschriften bestätigen die Richtigkeit der erwähnten Schilderung. Einer der Einsender, Herr Josef Palezek, Adjunkt der Nordbahn, übermittelt uns noch folgende ergänzende Mitteilungen:

Wieso kommt es, daß jetzt in Deutschösterreich neuerlich das Visitieren der Passagiere am Bahnhof vor ihrer Abfahrt erfolgt? Wer erteilt dazu den Auftrag? Während auf der Franz Josef-Bahn die in Wien ansässigen und mit einer Legitimation ausgerüsteten Tschechen in ihre Heimat fahren und 40 bis 50 Kilogramm Lebensmittel nach Wien bringen, werden wir Deutsche zum Beispiel im Waldviertel (Schwarzenau, insbesondere Allentsteig, Bezirkshauptmannschaft Zwettl) von der dort befindlichen Volkswehr zum Gaudium der Dorfjugend, die eigens auf den Bahnhof nach Allentsteig kommt, um sich an dem Schauspiel zu ergötzen, wie die Schulbuben visitiert?

Leidet jemand darunter, wenn ein Deutscher einen Verwandten in Niederösterreich hat und sich ein wenig Lebensmittel verschaffen kann? Oder glaubt die Bezirkshauptmannschaft durch solche Schikanen den Geist und die Liebe zu dem Staat „Deutschösterreich" zu fördern? Wenn man sich von der ohnehin kleinen Ration „Zucker" ein Kilogramm erspart und einem Waldviertler Bauern zukommen läßt, nachdem diese Bauern schon 2½ Monate keinen Zucker bekommen haben (wo bleibt hier die Fürsorge der Bezirkshauptmannschaft), und dafür etwas anderes „Eßbares" bekommt — ist dies so schrecklich, daß die Strafe der „Beschlagnahme" erfolgen muß? Es ist aufreizend, wenn man sieht, wie die „Volkswehr" erst Rat abhält, was weggenommen werden und was man den Leuten lassen soll. Und unter dieser Volkswehrwache befinden sich „Militäristen", die kaum das 18. Lebensjahr erreicht haben. Dafür zahlt man täglich 11 K. per Kopf!

Dabei ist es gar nicht so sicher, daß diese Kleinigkeiten, die ein Verwandter oder Bekannter einem zukommen läßt — wirklich der Gesamtheit zugute kommen oder abgeführt werden. Sind solche Zustände haltbar? Es muß jeden gutgesinnten Deutschösterreicher empören, wenn er nach fünf Jahren Entbehrungen noch solche Schikanen durchzumachen hat. Abhilfe ist da dringend notwendig.

Die Staatsbehörden haben die Pflicht, sogleich und gründlich Wandel zu schaffen. Das Wort „Alles beschlagnahmt!" darf nicht jeden Mißbrauch decken!

Neue Freie Presse

Abendblatt
3./I. 1919

11

Englische Lebensmittel für Wien.

Auf dem Wege über Italien.

Wien, 3. Januar.

Vom deutschösterreichischen Staatsamte für Volksernährung wird mitgeteilt: Mitte Dezember wurde vom englischen Oberkommando in Italien Major Bethell zum Studium der Ernährungsverhältnisse in Deutschösterreich nach Wien entsendet. Auf Grund seines hierüber erstatteten ausführlichen Berichtes hat sich der engl. sche Oberkommandierende in Italien Lord Caven entschlossen, einen Zug mit verschiedenen Lebensmitteln nach Wien abgehen zu lassen, der bereits in den nächsten Tagen in Wien einlangen wird. Major Bethell hat hievon gestern den Staatssekretär für Volksernährung verständigt, der ihm hiefür namens der deutschösterreichischen Regierung gedankt hat.

Die Mitglieder der interalliierten Wirtschaftskommission in Wien.

Die gestern in Wien eingetroffenen Mitglieder der interalliierten Wirtschaftskommission haben im Laufe des heutigen Vormittags unter Führung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller Besuche bei staatlichen und städtischen Behörden gemacht.

Die Herren sprachen im Staatsamt für Volksernährung, im Rathause und um die Mittagsstunde beim Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Dr. Bauer vor.

Die Schweizer Mission auf dem Naschmarkt.

Heute morgens um 9 Uhr besuchte der Schweizer Oberleutnant Dr. Ernst Schmid mit 14 Mann der Schweizer Miliz den Naschmarkt. Oberleutnant Schmid, der Adjutant des Obersten Frey ist, kam ebenso, wie die ihn begleitende Mannschaft, mit dem ersten Schweizer Lebensmittelzug nach Wien. Die Herren erschienen in Begleitung des Marktamtsdirektors Adolf Bauer.

Die Führung auf dem Naschmarkt und den Bericht über die traurige Lage dieses Marktes übernahm der Marktamtsoberinspektor Ignaz Wagner.

Oberinspektor Wagner sagte den Besuchern, daß die heurige Gemüsezufuhr im Vergleiche zu der Zufuhr im letzten Friedensjahre nicht nur um eine halbe Million Meterzentner zurückgegangen ist, sondern daß wir heute an Stelle von Gemüse nur solche Rübenarten erhalten, die im Frieden fast ausschließlich zur Viehfütterung verwendet wurden. Er machte die Herren auch darauf aufmerksam, daß fast alle Eier- und Butterhandlungen schon seit mehr als Jahresfrist geschlossen seien, da ja die Bevölkerung nur 4 Deka Margarine per Woche erhält und Eier überhaupt nur 4 Deka selten und in ganz geringen Mengen auf den Markt kommen.

Die Aeußerungen machten auf die Herren den tiefsten Eindruck und Oberleutnant Dr. Schmid versicherte wiederholt, daß er seiner Regierung die traurige Lage auf das nachdrücklichste schildern werde. Die fremden Offiziere erregten unter den Marktbesuchern selbstverständlich großes Aufsehen, die Kommission war ständig von einer Schar von Käufern umringt. Bei dieser Gelegenheit verteilte Dr. Schmid unter die ihn umringenden Kinder Schokoladebonbons.

3./I.1919

An die Bevölkerung der Stadt Bern

Ein schweizerisches Komitee, aus Angehörigen aller Landesgegenden und aller Bevölkerungskreise bestehend, hat sich letzter Tage gebildet zur Organisierung und Durchführung einer Hilfsaktion für die hungernde Bevölkerung in Wien und zur Unterstützung der Schülerspeisung in der Schweiz. Dem schweizerischen Hilfskomitee stehen kantonale Komitees zur Seite. Vom schweizerischen wie vom bernisch-kantonalen Komitee sind Aufrufe zur Hilfe und Mitteilungen über die Durchführung der Aktion in der Presse erschienen. In allen Gemeinden sollen Sammlungen für beide Zwecke ausgeführt werden.

Die Stadt Bern darf bei diesem Liebeswerk nicht zurückbleiben. Das unterzeichnete Komitee hat sich zur Durchführung der Hilfsaktion in der Stadt gebildet. Es wird zu diesem Zwecke Freitag, den 10. Januar eine Sammlung von Haus zu Haus veranstalten.

Für Wien werden vorerst nur Abschnitte von Lebensmittelkarten (Brot und Mehl, Fett, Käse, Reis, Teigwaren, Haferprodukte und Zucker) gesammelt. Von der Sammlung von Waren muß vorläufig noch abgesehen werden. Das Ergebnis der Sammlung für Wien wird der kantonalen und von dieser der schweizerischen Sammelstelle überwiesen, die in Verbindung mit dem Eidg. Ernährungsamt für die Lieferung der entsprechenden Waren nach Wien besorgt ist.

Für die Sammlung zugunsten der Schülerspeisung kommen nur Brotkartenabschnitte in Frage, da die andern Monopolwaren von den amtlichen Fürsorgestellen geliefert werden. Das Ergebnis dieser Sammlung führung der Schülerspeisung in Bern betraut wird den städtischen Organen, die mit der Durchsind, übergeben.

Eine Sammlung von Barbeträgen, allenfalls auch Naturalgaben, wird später organisiert und durchgeführt.

Das Bureau des städtischen Komitees für die Hilfsaktion befindet sich Hotel Pfistern beim Zeitglocken, 2. Stock, Telephon Nr. 62. 14 (R. Kurth, Geschäftsleiter). Wer Gaben spenden will, seien es Lebensmittelmarken, Waren oder Geld, kann sich an dasselbe wenden, ebenso stehen die Bezirks-Polizeiwachen zur Abnahme zur Verfügung.

Es können für die Hilfsaktion nebst den Karten für den Januar auch diejenigen pro Dezember 1918 verwendet werden. Wir ersuchen, dieselben für die Sammler aufzubewahren.

Jedermann hat Gelegenheit, zu bestimmen, ob seine Gabe für Wien oder für die Schülerspeisung verwendet werden soll.

Jeder Sammler ist mit einem amtlichen Ausweis versehen. Man hüte sich, um Mißbräuchen vorzubeugen, an Leute ohne Ausweis etwas abzugeben.

Wir appellieren an den Opfersinn der ganzen Bevölkerung. Auch wer selbst wenig hat, kann etwas erübrigen, um noch Bedürftigeren zu helfen. Auch die kleinste Gabe kann die Not eines Bedürftigen lindern und wird dankbar entgegengenommen.

Helft den Verhungernden in Wien und helft unserer Jugend!

Bern, den 30. Dez. 1918.

Das stadtbernische Komitee für die Hilfsaktion:

O. Schneeberger, städt. Polizeidirektor, Präsident; Dr. Lehmann, Stadtrat, Vizepräsident; E. Reinhard, Gymnasiallehrer, Gemeinderat; E. Rothen, Schulvorsteher, Stadtrat; F. Walther-Bucher, Handelsmann; Dr. Anderegg, Eidg. Beamter; Baumgartner, Pfarrer; Badertscher, Vorsteher der Knabensekundarschule; Baumgartner, Postbeamter; Bernard, Stadtrat; Dr. Burri, Rektor am Gymnasium; Bigler, Oberlehrer; Bucher, Bauführer, eidg. Baudirektion; Christener, Kaufmann; Gloor, Oberlehrer; Hebeisen, Oberlehrer; Dr. Lauener, Arzt; Dr. Marbach, Sek.-Lehrer; Frau Dr. Merz; Mülener, Lehrer; Ochsenbein, eidg. Beamter; Ratgeb, Inspektor; Rebold, Kassier; Rickli, Pfarrer; Rohrer, Lehrer; Reinhard, Oberlehrer; Schenk, Schuldirektor; Schrag, Buchdrucker; Steiner, Oberst; Staub, Oberlehrer; Sterchi, Oberlehrer; Thiessing, Revisor, Zollverwaltung; Dr. Trösch, Sek.-Lehrer; W. Wälchli, Buchdrucker; Wyß, Lehrer; Zehnder, Sekretär; Fr. Zimmermann, Lehrer.

Berner Bund

3./I. 1919

13 3

Die schweizerische Hilfsaktion für Wien

Das Eintreffen der ersten 40 Wagen

ag. **Wien**, 31. Dez. (W. K. B.) Um 4 Uhr nachmittags langte der schweizerische Hilfszug in Nußdorf, einem Vororte von Wien, an. Hier wurden die schweizerischen Offiziere, wie sie in St. Pölten vom Vertreter des Wiener Bürgermeisters begrüßt wurden, von den Abgesandten der Schweizerischen Gesandtschaft und den Herren des Amtes für das Heerwesen empfangen. Die schweizerischen Offiziere begaben sich sodann mit Wagen in ihr Absteigequartier, Hotel Continental, während die Mannschaft den Zug ins städtische Lagerhaus geleitete. Der Zug bestand aus 40 Wagen Ladung mit Lebensmitteln, hauptsächlich Reis, kondensierte Milch, Kokosfett, Kakao usw. Offiziere und Mannschaft tragen die schweizerische Uniform und den feldmäßigen Stahlhelm mit der Aufschrift: Hilfsaktion für Wien. Der Unfall von St. Pölten richtete keinen Schaden an dem Inhalt der Wagen an.

Die Wiener Blätter begrüßen in langen Artikeln mit großer Dankbarkeit die Ankunft des ersten Lebensmittelzuges aus der Schweiz, wobei sie abermals die rasche und bereitwillige Hilfe des Schweizervolkes rühmend hervorheben, welche Deutschösterreichs Bürger und insbesondere die Wienerbevölkerung den Schweizerbrüdern niemals vergessen werden. Die Blätter bringen Aeußerungen des Kommandanten des Hilfszuges, Oberstlt. Frey, welcher über seine Reise eine kurze Schilderung gab und betonte, daß der Hilferuf Deutschösterreichs resp. Wiens sofort ein lebhaftes Echo in der Schweiz fand. Oberstlt. Frey erklärte, daß seine Aufgabe darin bestehe, die Verteilung der von der Schweiz nach Wien gesandten Lebensmitteltransporte zu kontrollieren, ohne jedoch auf die Art der Verteilung irgendwie Einfluß zu nehmen. Auch Dr. Ferrière schilderte die lebhafte Bereitschaft des Schweizervolkes, an der Hilfsaktion für Wien teilzunehmen.

Wien, 1. d. (W. K. B.) Gestern mittag erschienen Oberstleut. Frey, Dr. Louis Ferrière und Legationssekretär de Grenus, begleitet von Generalsekretär Cerenyi, im Rathaus, wo sie von Bürgermeister Weißkirchner und den Vizebürgermeistern empfangen wurden. Der Bürgermeister begrüßte die Herren mit einer kurzen Ansprache, in der er ausführte: Ich gebe meiner großen Freude und Dankbarkeit Ausdruck, daß sich Ihr Vaterland in so hochherziger Weise unserer Stadt angenommen hat. Die Rede, welche Nationalrat Jäger im Nationalrat gehalten, die warmen Worte des Herrn Bundespräsidenten, insbesondere aber auch die Aktion, die durch den Zürcher Stadtpräsidenten Nägeli eingeleitet wurde, haben uns tief gerührt. Wir danken aus vollem Herzen dafür. Die Herren zogen sich dann zur Besprechung in den Rauchsalon des Bürgermeisters zurück.

ag. **Wien**, 2. d. (W. K. B.) Die Ernährungskommission aus der Schweiz, unter Führung Taylors, ist um 3½ Uhr nachmittags hier eingetroffen.

Berner Tagblatt

3./I. 1919

03.P.B. 3/I. 19

M

Die Hilfsaktion für Wien.

Amerikanische Kommission in Wien.

ag. Wien, 2. Jan. (W. K.-B.) Die Ernährungskommission aus der Schweiz unter Führung Taylors ist um halb 4 Uhr nachmittags hier eingetroffen.

Die Stimmung in Wien.

A. C. Wien, 2. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Bevölkerung Wiens äußert fortgesetzt ihre Dankbarkeit gegenüber der Schweiz. Der Schweizer Delegation werden Ovationen bereitet. Von einer Hilfsaktion der Entente wäre auch ein Stimmungsumschwung gegen Deutschland zu erwarten. Die sozialistische Regierung steht mit ihrem Plane eines Anschlusses an Deutschland allein.

—⊙—

B.B.O. 3/I. 19
15

Berner Tagblatt
3./I. 1919

Die Hilfsaktion für Wien.

ag. Wien, 31. Dez. (W. K.-B.) Um 4 Uhr nachmittags langte der schweizerische Hilfszug in Nußdorf, einem Vororte von Wien, an. Hier wurden die schweizerischen Offiziere, wie sie in St. Pölten vom Vertreter des Wiener Bürgermeisters begrüßt wurden, von den Abgesandten der Schweizerischen Gesandtschaft und den Herren des Amtes für das Heerwesen empfangen. Die schweizerischen Offiziere begaben sich sodann mit Wagen in ihr Absteigequartier, Hotel Continental, während die Mannschaft den Zug ins städtische Lagerhaus geleitete. Der Zug bestand aus 40 Wagen Ladung mit Lebensmitteln, hauptsächlich Reis, kondensierter Milch, Kokosfett, Kakao usw. Offiziere und Mannschaft tragen die schweizerische Uniform und dem feldmäßigen Stahlhelm mit der Aufschrift: Hilfsaktion für Wien. Der Unfall von St. Pölten richtete keinen Schaden an dem Inhalt der Wagen an.

ag. Wien, 31. Dez. (W. K. B.) Die Blätter begrüßen in längern Artikeln mit großer Dankbarkeit die Ankunft des ersten Lebensmittelzuges aus der Schweiz, wobei sie abermals die rasche und bereitwilligste Hilfe des Schweizervolkes rühmend hervorhoben, welche Deutsch-Oesterreichs Bürger und insbesondere die Wiener Bevölkerung, den Schweizer Brüdern niemals vergessen werden. Die Blätter bringen Aeußerungen des Kommandanten des Hilfszuges, Oberst Frey, welcher über seine Reise eine kurze Schilderung gab und betonte, daß der Hilferuf Deutsch-Oesterreichs, resp. Wiens, sofort ein lebhaftes Echo in der Schweiz fand. Oberst Frey erklärte, daß seine Aufgabe darin bestehe, die Verteilung der von der Schweiz nach Wien gesandten Lebensmitteltransporte zu kontrollieren, ohne jedoch auf die Art der Verteilung irgendwie

mit: Die Franzosen erklären, alle Gerüchte über die Internierung von Elsaß-Lothringern oder deren zwangsweise Verwendung zu Arbeiten durch die Franzosen als falsch. Der Briefverkehr zwischen Deutschland und Elsaß-Lothringen bleibt nach wie vor gesperrt.

Die deutsche Demobilmachung.

ag. Berlin, 2. Jan. (Wolff.) Da es der Entente vor allem darauf ankommt, zu erwirken, daß die Deutschen die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen können, und um ihr darzutun, daß Deutschland in dieser Hinsicht alles getan hat, ist seitens der deutschen Waffenstillstandskommission eine Note überreicht worden, die einen Ueberblick über die bisherige Demobilisation ergibt. Daraus ist ersichtlich, daß an der ganzen Westfront nur noch, abgesehen von den Friedensgarnisonen, einige 20 deutsche Divisionen vorhanden sind, deren älteste Jahrgänge aber bereits entlassen wurden. Die Armeeoberkommandos und die Heeresgruppenkommandos sind bereits in Auflösung begriffen. Die Kommandogewalt ist schon größtenteils in die Hände der alten Generalkom-

Berner Tagblatt
3./I. 1919

B. P. B. 3./1. 19

16

An die Bevölkerung der Stadt Bern!

(Mitg.) Ein schweizerisches Komitee, aus Angehörigen aller Landesgegenden und aller Bevölkerungskreise bestehend, hat sich letzter Tage gebildet zur Organisierung und Durchführung einer Hilfsaktion für die hungernde Bevölkerung in Wien und zur Unterstützung der Schülerspeisung in der Schweiz. Dem schweiz. Hilfskomitee stehen kantonale Komitees zur Seite. Vom schweizerischen wie vom bernisch-kantonalen Komitee sind Aufrufe zur Hilfe und Mitteilungen über die Durchführung der Aktion in der Presse erschienen. In allen Gemeinden sollen Sammlungen für beide Zwecke durchgeführt werden.

Die Stadt Bern darf bei diesem Liebeswerk nicht zurückbleiben. Das unterzeichnete Komitee hat sich zur Durchführung der Hilfsaktion in der Stadt gebildet. Es wird zu diesem Zwecke Freitag, den 10. Januar 1919, eine Sammlung von Haus zu Haus veranstalten.

Für Wien werden vorerst nur Abschnitte von Lebensmittelkarten (Brot und Mehl, Fett, Käse, Reis, Teigwaren, Haferprodukte und Zucker) gesammelt. Von der Sammlung von Waren muß vorläufig noch abgesehen werden. Das Ergebnis der Sammlung für Wien wird der kantonalen und von dieser der schweizerischen Sammelstelle überwiesen, die in Verbindung mit dem eidg. Ernährungsamt für die Lieferung der entsprechenden Waren nach Wien besorgt ist.

Für die Sammlung zugunsten der Schülerspeisung kommen nur Brotkartenabschnitte in Frage, da die andern Monopolwaren von den amtlichen Fürsorgestellen geliefert werden. Das Ergebnis dieser Sammlung wird den städt. Organen, die mit der Durchführung der Schülerspeisung in Bern betraut sind, übergeben.

Eine Sammlung von Barbeträgen, allenfalls auch Naturalabgaben, wird später organisiert und durchgeführt.

Das Bureau des städt. Komitees für die Hilfsaktion befindet sich Hotel Pfistern beim Zeitglocken, 2. St., Telephon Nr. 62.14 (R. Kurth, Geschäftsleiter). Wer Gaben spenden will, seien es Lebensmittelmarken, Waren oder Geld, kann sich an dasselbe wenden, ebenso stehen die Bezirkspolizeiwachen zur Abnahme zur Verfügung.

Es können für die Hilfsaktion nebst den Karten für den Januar, auch diejenigen pro Dezember 1918 verwendet werden. Wir ersuchen, dieselben für die Sammler aufzubewahren.

Jedermann hat Gelegenheit, zu bestimmen, ob seine Gabe für Wien oder für die Schülerspeisung verwendet werden soll.

Jeder Sammler ist mit einem amtlichen Ausweis versehen. Man hüte sich, um Mißbräuchen vorzubeugen, an Leute ohne Ausweis etwas abzugeben.

Wir appellieren an den Opfersinn der ganzen Bevölkerung. Auch wer selber wenig hat, kann etwas erübrigen, um noch Bedürftigeren zu helfen. Auch die kleinste Gabe kann die Not eines Bedürftigen lindern und wird dankbar entgegengenommen.

Helft den Verhungernden in Wien und helft unserer Jugend!

Bern, den 30. Dezember 1918.

Das stadtbernische Komitee für die Hilfsaktion: O. Schneeberger, städt. Polizeidirektor, Präsident; Dr. Lehmann, Stadtrat, Vizepräsident; E. Reinhard, Gymnasiallehrer, Gemeinderat; E. Rothen, Schulvorsteher, Stadtrat; F Walther-Bucher, Handelsmann; Dr. Anderegg, eidg. Beamter; Baumgartner, Pfarrer; Badertscher, Vorsteher der Knabensekundarschule; Baumgartner. Postbeamter; Bernard, Stadtrat; Dr. Burri, Rektor am Gymnasium; Bigler, Oberlehrer; Bucher, Bauführer eidg. Baudirektion; Christener, Kaufmann; Gloor, Oberlehrer; Hebeisen, Oberlehrer; Dr. Lauener, Arzt; Dr. Marbach, Sekundarlehrer; Frau Dr. Merz; Müllener, Lehrer; Ochsenbein ,eidg. Beamter; Ratgeb, Inspektor; Rebold, Kassier; Rickli, Pfarrer; Rohrer, Lehrer; Reinhard, Oberlehrer; Schenk, Schuldirektor; Schrag, Buchdrucker; Steiner, Oberst; Staub, Oberlehrer; Sterchi, Oberlehrer; Thiessing, Revisor der Zollverwaltung; Dr Trösch, Sekundarlehrer; W. Wälchli, Buchdrucker; Wyß, Lehrer; Zehnder, Sekretär; Fr. Zimmermann, Lehrer.

Die Zeit

3. L. 1919

14

Die Wirtschaftskommission der Entente in Wien.

Gestern nachmittags traf im Wiener Westbahnhof der Sonderzug ein, der die interalliierte Wirtschaftskommission mit sich führte. Den beiden Salonwagen entstiegen Dr. Alonzo Taylor, die Professoren Haguenin, Dr. Beweridge, Prof. Labriola sowie Gemeinderat Dr. Rudolf Ritter v. Schwarz-Hiller, unter dessen Führung die ausländische Wirtschaftskommission aus Bern abgereist ist. Im Gefolge der Wirtschaftskommissäre befanden sich der Schweizer Konsul Dr. Adler sowie ein kleiner Stab amerikanischer Offiziere und Mannschaftspersonen.

Zum Empfang waren auf dem Bahnsteig Konsul Prochnik vom Staatsamt für Aeußeres, Ministerialrat Dr. Grünberger und Ministerialsekretär Dr. v. Lakovac vom Staatsamt für Volksernährung, Sektionsrat v. Lenz und Regierungsrat Niedermoser vom Staatsamt für Verkehrswesen und Magistratsrat Dr. Roßkopf für die Gemeinde Wien erschienen.

Nach Entgegennahme der Vorstellungen der deutschösterreichischen Funktionäre begaben sich die ausländischen Herren zu den an der Ankunftsseite des Bahnhofes stehenden Automobilen, die die Wirtschaftskommissäre in ihre Quartiere, in das Hotel Bristol und in das Grand Hotel brachten.

Gestern abends fand, wie wir erfahren, im Staatsamt für Ernährungswesen eine mehrstündige interne Konferenz unter Vorsitz des Staatssekretärs Loewenfeld-Ruß statt, in der Gemeinderat Dr. v. Schwarz-Hiller über die bisherigen Ergebnisse seiner Interventionen in der Schweiz berichtete. Die Sitzung dauerte bis nach 9 Uhr abends.

Heute werden die Mitglieder der interalliierten Wirtschaftskommission dem Staatsamt für Aeußeres und später dem Amt für Volksernährung einen Besuch abstatten, um ein genaues Bild über die Lebensmittelverhältnisse Wiens und Deutschösterreichs zu gewinnen. Auf Grund der hier gewonnenen Eindrücke wird die Kommission den Regierungen der Entente Berichte und Vorschläge erstatten, die die Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung unseres jungen Staates in die Wege leiten sollen.

Die Delegierten.

Die Wirtschaftskommission setzt sich aus folgenden Herren zusammen:

Vertreter Amerikas: Dr. Alonzo E. Taylor, Captain Thomas Gregory, Hughes Gibson, Colonel Cousey und Sergeant O. H. Cash;

Vertreter Italiens: Prof. Vincenz Giuffrida (vom italienischen Ernährungsministerium), Prof. Labriola und Alberto Oblight;

Vertreter Frankreichs: Prof. Huguenin und W. H. Genasta;

Vertreter Englands: Beveridge und R. E. Craigie.

Die Kommission wird von fünf militärischen Kurieren begleitet.

Dreitägiger Aufenthalt in Wien.

Wie wir von einem der Delegationsmitglieder erfahren, wird sich die interalliierte Kommission voraussichtlich nur drei Tage in Wien aufhalten. Sodann geht die Reise der Ententedelegierten nach Prag und vielleicht auch nach Agram.

Die heute beginnenden Konferenzen werden zum Teil im Staatsamt für Volksernährung, zum Teil im Rathaus geführt werden. Im Laufe der Besprechungen werden sich die Delegierten Klarheit zu verschaffen suchen über das unbedingt erforderliche Quantum der dem deutschösterreichischen Staate zur Verfügung zu stellenden Lebensmittel. Nicht minder werden sich aber auch die Delegierten angelegen sein lassen, Garantien für eine zweckentsprechende Verteilung der zugewiesenen Quantitäten zu schaffen.

Es kann, ohne dem Gange der Verhandlungen vorzugreifen, übrigens schon heute festgestellt werden, daß es der Ententeaktion an einem positiven Erfolg nicht fehlen wird. Wenn auch das Ausmaß der einzuleitenden Hilfsaktion erst in den nächsten Tagen festgestellt werden kann, brachten die Ententedelegierten doch schon im vorhinein bestimmte Zusicherungen mit, die für alle Fälle bereits in der allernächsten Zukunft ihre praktische Verwirklichung finden werden. An Hilfe in der höchsten Not wird es also keineswegs fehlen.

Die Schweizer Hilfsmission im Rathaus.

Den Herren der Schweizer Hilfsmission wurde für die Zeit ihrer Anwesenheit in Wien vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein Kommissionszimmer des Präsidialtraktes als Bureau zur Verfügung gestellt. In diesem amtiert nun Oberst Frey mit seinem Begleitoffizier Oberleutnant Dr. Ernst Schmid und seinem Unteroffizier, um von hier aus die Bewachung und Einlagerung der Schweizer Lebensmittelsendungen zu leiten. Die Tätigkeit der Mission in Wien ist vorläufig auf vierzehn Tage bis drei Wochen in Aussicht genommen.

Die Zeit

3./I. 1919

18

Die Hungersnot der Kleinkinder

Von Dr. Siegfried Weiß.

Die Unterernährung der Kinderbevölkerung Wiens konnte man während der letzten zwei Kriegsjahre in den drei Rayons-Säuglingsfürsorgestellen des Vereins Säuglingsfürsorge im 5., 10. und 16. Bezirk studieren. Dort werden ungefähr 3000 in den ersten Lebensjahren stehende Kinder teils ärztlich, teils bloß pflegerisch überwacht. Zu dem letzteren Auskunftsmittel mußte deshalb Zuflucht genommen werden, weil trotz des Mangels an Aerzten im Kriege die zu vielen Tausenden angewachsenen Hilfsbedürftigen nicht von der fürsorgerischen Ueberwachung ausgeschlossen werden durften. Es wurde daher an der periodisch mindestens einmal im Monat wiederkehrenden Wägestunde, die für alle Schützlinge obligatorisch war, festgehalten. Nur auf Grund der Wägungen wurden die Kinder im Genuß der Unterstützung belassen. Es wurden Stillgeld sowie Säuglingsmilch, Mahlprodukte, Zucker, Gemüse, Marmelade und in großen Mengen auch Wäsche abgegeben. Die Gesamtheit der Kinder ist in sechs Gruppen je nach der Zuweisungsinstanz geteilt: es sind die Stillkassenkinder, die von den Armenärzten empfohlenen Stammkinder, die vom städtischen Jugendamt, von der Kriegspatenschaft, von der Flüchtlingsfürsorge überwiesenen Kinder und schließlich die in fremder Pflege oder bei Verwandten befindlichen Kostkinder.

Da die Ueberwachung der Schützlinge nach dem Grundsatz der zur Kleinkinderfürsorge schon in Friedenszeiten ausgebauten Bestrebungen mit der Beendigung des ersten Lebensjahres nicht abgeschlossen wurde, sondern in dem nächstfolgenden Altersabschnitt, das ist bis nach dem vierten Lebensjahr hinein fortgesetzt wurde, so stellte sich ein solches Zahlenverhältnis der Säuglinge zu den Kleinkindern heraus, daß nahezu die Hälfte aller Kinder zu den im zweiten bis vierten Lebensjahr Stehenden gehört. Außer der Zurückbehaltung des dem Säuglingsalter entwachsenen Kindermaterials hatte der Geburtenrückgang diese Zusammensetzung bewirkt. So war eine Untersuchung und Gegenüberstellung der Ernährungserfolge zwischen den Säuglingen und den zweijährigen Kindern ermöglicht.

Es wurde aus dem Material des Jahres 1916 von allen drei Fürsorgestellen eine Zusammenstellung über 1399 im ersten Lebensjahr stehende Kinder nach der Reihenfolge ihres zeitlichen Eintretens in die fürsorgerische Ueberwachung zwecks Prüfung auf ihre Gewichtsverhältnisse vorgenommen. An diesen Säuglingen wurden insgesamt 12.893 Wägungen vorgenommen, davon waren 1558 Erstwägungen nach der Aufnahme. Nur die übrigen, zu einem Vergleich geeigneten Wägungen wurden nach der betreffenden Zu- oder Abnahme sowie nach den Stillständen des Gewichtes geordnet. Es stellte sich heraus, daß von diesen 12.335 Vergleichswägungen 88·5 Prozent Zunahmen, 4·5 Gewichtsstillstände und nur 6·6 Prozent Gewichtsabnahmen gewesen waren. Von denselben Kindern wurden im zweiten Lebensjahr noch 345 regelmäßig durch die Obhut der Fürsorgestellen gewichtsmäßig beobachtet. Außerdem traten 250 im zweiten Lebensjahr stehende Kinder neu in die Fürsorge ein, so daß die gesamten 595 Kleinkinder 3076 Wägungen aufzuweisen hatten. Sieht man von den 250 Erstwägungen ab, so waren unter den 2826 Vergleichswägungen nur mehr 65·2 Prozent Zunahmen, dagegen schon 10·9 Prozent Gewichtsstillstände, und in der erschreckenden Höhe von sogar 23·9 Prozent waren mehr oder weniger beträchtliche Abnahmen zu verzeichnen. Aus diesem Verhalten der Körpergewichte geht hervor, daß die im ersten Lebensjahr stehenden Kinder unter dem Schutze der mütterlichen Ernährung ein gutes Gedeihen aufweisen, daß aber nach dem Aufhören dieser Ernährungsweise durch den sich anschließenden Mangel an rationeller Ernährung, sowohl der Menge nach als auch in bezug auf die Beschaffenheit, ein derartig bedeutendes Zurückbleiben im Gewicht eingetreten war. Diesen noch zarten und allerjüngsten Kindern fehlen in der Ernährung die frischen Stoffe, wie Extraktivstoffe, die Vitamine, die akzessorischen Nährstoffe, die für die Kleinkindernahrung unerläßlich und höchst wertvoll sind.

Die in der vorliegenden Untersuchung festgestellten Körpergewichtsabnahmen bewegen sich in ziemlich großen Spielräumen und sind hier ziffermäßig nicht aufgenommen worden, weil bloß auf die Tatsache der erschreckenden Unterernährung und nicht auf das Einzelschicksal in der Masse von den tausenden und aber tausenden Kindern hingewiesen werden soll.

Fragen wir uns, zu welchen Schlußfolgerungen diese bedauerlichen Tatsachen führen, so muß in erster Linie eine streng durchgeführte Pflichtmilchabgabe in den behördlicherseits genehmigten Mengen von mindestens täglich einem halben Liter Milch gefordert werden, außerdem ist die von den Staatsämtern für Volksernährung und Volksgesundheit angemeldete Kleinkindermehlkarte unverzüglich zur Durchführung zu bringen. Und noch sei auf einen Organisationsfehler der in den Kriegsjahren in Wien förmlich als eine Modesache ins Leben getretenen Säuglingsfürsorgebestrebungen hingewiesen. Sie haben sich in rühmenswerter Weise der ausgiebigsten Erfassung und gesundheitlichen Beschützung der Säuglinge gewidmet. Nach Kriegsende müssen sie dahin erweitert werden, daß sie nunmehr eine planmäßige und zweckdienliche Kleinkinderfürsorge ihren großzügigen Werken anschließen. Es darf nicht mehr geschehen, daß für einen einzigen Säugling zwei, drei oder mehrere Organisationen in ihrem einzigen Wettbewerb mit Doppelleistungen geldlicher und ärztlicher Art sowie mit Naturalleistungen sich zusammendrängen und dann mit dem Abschluß des zehnten Lebensmonates jegliche Fürsorge jählings abbricht und die Mutter ohne Unterstützung und Aufsicht sich selbst hilflos überlassen wird. Der Verein Säuglingsfürsorge hat dieses kalendermäßige Abreißen der Fürsorgearbeit seit seinem fünfzehnjährigen Bestand stets dadurch vermieden, daß er die Ausscheidung der überwachten Kinder grundsätzlich der freien Wahl der Mutter überlassen und keine vorzeitige Ausschließung vorgenommen hat.

So ist es gekommen, daß er mit der Kleinkinderfürsorge, die sich vorerst nur auf einen kleinen, bescheidenen Teil des großen Arbeitsgebietes erstreckt, schon in den vorausgehenden Friedensjahren begonnen hat. Um diese Ansätze planmäßig auszubauen, hat er seine bekannte Stillkassenorganisation nunmehr dazu benützt, um die Frauen schon in der Schwangerschaft als zahlende Mitglieder in dieses gemeinnützige Unternehmen aufzunehmen und ihnen nach Beendigung der gegenwärtig fast allgemein durchgeführten Stillung als eine Art von Schlußprämie die ärztlich-pflegerische Ueberwachung des Kleinkindes einzurichten sowie fortgesetzte geldliche und Naturalunterstützung für dieses Kindesalter zu gewähren. Es soll der Stillgeldfonds aus den von den schwangeren Frauen selbst geleisteten sowie aus den von den Staats-, Landes- und Gemeindebehörden beigesteuerten Beiträgen wesentlich vermehrt und zur Aufforstung eines Nachwuchses von gesunden Menschenkindern verwendet werden. Dazu bedarf es weiterer Unterstützung seitens der einsichtsvollen und für den Wiederaufbau der Bevölkerung gebefreudigen Kreise. Spenden wollen an die Zentrale des Vereins „Säuglingsfürsorge", Wien, 1. Bezirk, Maximilianstraße Nr. 5, gerichtet werden.

Neue Freie Presse

3./I. 1919

10

Die interalliierte Wirtschaftskommission in Wien.

Wien, 2. Januar.

Die Mitglieder der interalliierten Wirtschaftskommission, die über die Lebensmittelbezüge für Deutschösterreich zu entscheiden hat, sind heute nachmittag in Wien eingetroffen. Um 3 Uhr 40 Minuten fuhr der Zug in die Halle des Westbahnhofes ein. Auf dem Perron hatten sich mehrere staatliche und städtische Funktionäre zur Begrüßung eingefunden. In Vertretung des Staatsamtes für Volksernährung war Ministerialrat Dr. Alfred Grünberger erschienen. Ferner waren Ministerialsekretär Colorac des Ernährungsamtes, der Präsidialvorstand des Staatsamtes für Verkehrswesen Lenz, Konsul Prochnik des Staatsamtes des Aeußern, für die Gemeinde Wien Magistratsrat Roßlovj erschienen. Als Erster verließ den Zug der Führer der Kommission Gemeinderat Dr. Rudolf v. Schwarz-Hiller. Dann verließen die einzelnen Vertreter Italiens, Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten die Waggons. Unmittelbar nach dem Gemeinderat Dr. v. Schwarz-Hiller folgte Professor Haguenin, dann Kapitän Beveridge, mehrere englische und amerikanische Militärs in feldgrauer Uniform, weiter der Stellvertreter des amerikanischen Lebensmittelkommissärs Hoover, Dr. Alonzo Taylor, eine stämmige, breitschulterige Erscheinung, der sich die Aufmerksamkeit der im Bahnhofe Anwesenden sofort zuwendete.

Außer den Genannten waren noch mitgekommen die Herren: Albert Oblieght (Rom), Vincenzo Giuffrida (Rom), der Herausgeber der „Revista di Roma" Labriola, weiter Camillo Genestel (Le Havre), Captain Leo Czaja (Chicago), Oberleutnant Howard Osterhout (Newyork), Leutnant Edmond Gaskie (St. Louis), Captain Oliver Casy (Newyork), Colonel William Cansy (Suffolk), Captain Edward Palmer (Newyork), Major Cemos J. Peaslee (Newjersey). Die Herren waren von Offizieren und Kurieren begleitet.

Ueberdies war noch der Direktor des Wiener Bankvereines Dr. v. Adler mitgekommen, der, wie uns von informierter Seite mitgeteilt wird, auf einstimmigen Wunsch der interalliierten Kommission seinen Aufenthalt in Bern, welcher den Verhandlungen über die finanzielle Durchführung der Lebensmittelaushilfe der Entente galt, vorläufig abgebrochen hat, um mit der Kommission nach Wien zu fahren, wo diese Verhandlungen ihre Fortsetzung finden werden.

Dr. v. Schwarz-Hiller stellte den Mitgliedern der Ententekommission die Wiener Funktionäre vor, und nach der Begrüßung wurden die Gäste mittels bereitstehender Automobile in das Hotel Bristol geführt.

Bald nach ihrer Ankunft hielten die Mitglieder der Kommission in einem Salon des Hotel Bristol eine Beratung ab.

Mitteilungen eines Teilnehmers der Fahrt.

Eine Persönlichkeit, welche über die jüngsten von der Entente in der Schweiz gefaßten Beschlüsse für Deutschösterreich genau unterrichtet ist und an der Fahrt von Bern nach Wien teilgenommen hat, erzählte einem unserer Redakteure folgendes:

„Die deutschösterreichische Kommission hat in Bern mit den Vertretern der einzelnen Ententestaaten individuelle Fühlung genommen, aber auch mit allen zusammen verhandelt. Es ist ein unleugbares Verdienst unserer Vertreter, nicht zuletzt des Gemeinderates Dr. Rudolf v. Schwarz-Hiller, daß sie das Interesse und die Teilnahme der Schweiz für Wien und Deutschösterreich in so hohem Maße wachrufen konnten. Diese Stimmung kam auch in der Sitzung des Schweizer Bundesrates und in der von der Schweiz bereits in Angriff genommenen Lebensmittelaushilfe für Wien zum Ausdruck.

Heute, da immerhin ein gewisser Erfolg zu verzeichnen ist, kann man es ruhig sagen, es wurde ein großes Stück Arbeit geleistet. Die Verhandlungen ließen sich im Anfang sehr schwer an und schienen wenig Aussicht auf Erfolg zu bieten. Nun sind die Mitglieder der interalliierten Konferenz in Wien eingetroffen. Wir wissen noch nicht, welches ihre positiven Absichten sind, aber darüber sind wir uns klar, daß alle von dem Wunsche und Willen erfüllt sind, Wien und Deutschösterreich von der Hungersnot zu retten. Man kann als Resultat bereits verzeichnen, daß auf Grund der schon getroffenen Abmachungen Wien aller Voraussicht nach bis zum Monat April mit Lebensmitteln versorgt sein wird.

Wir sind Dienstag mittag mit einem Sonderzug der schweizerischen Bundesbahnen von Bern abgereist und um 11 Uhr nachts in Buchs eingetroffen. Dort wurde übernachtet und am nächsten Tage die Reise über Feldkirch nach Wien fortgesetzt. Am Abend war Innsbruck erreicht, wo am Bahnhof das Nachtmahl eingenommen wurde. Von Innsbruck führte ein Separattrain die Gäste bis Salzburg, von wo der Zug über Wunsch des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner als Schnellzug nach Wien geleitet wurde.

Die Kommission wird hier sofort an ihre Arbeit gehen.

Die Dauer der Anwesenheit der Schweizer Mission.

Den Herren der Schweizer Hilfsmission wurde für die Zeit ihrer Anwesenheit in Wien vom Bürgermeister ein Kommissionszimmer des Präsidialtraktes als Bureau zur Verfügung gestellt. In diesem amtiert nun Oberst Frey mit seinem Begleitoffizier Oberleutnant Dr. Ernst Schmid und seinem Unteroffizier, um von hier aus die Bewachung und Einlagerung der Schweizer Lebensmittelsendungen zu leiten.

Die Tätigkeit der Mission in Wien ist vorläufig auf vierzehn Tage bis drei Wochen in Aussicht genommen.

Der Empfang in Tirol und Vorarlberg.

Innsbruck, 2. Januar.

Die Mitglieder der nach Wien reisenden Alliierten-Kommission wurden beim Eintreffen des Zuges in Feldkirch vom Bürgermeister Unterberger empfangen, über dessen Einladung sie einen Rundgang durch die Stadt unternahmen.

Einige Stationen vor Innsbruck wurden die Herren der Kommission von einem Vertreter des Landeshauptmannes Schraffl begrüßt. In Innsbruck selbst hatten sich Landeshauptmann Schraffl und andere Persönlichkeiten im Bahnhofe zur Begrüßung eingefunden.

Beschleunigte Getreidesendungen aus Amerika.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 2. Januar.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Nach hier aus Newyork eingetroffenen Konsulatsberichten wird in den maßgebenden Fachkreisen der Vereinigten Staaten ernsthaft mit einer beschleunigten Aufnahme der Getreidelieferungen für Deutschland und die Gebiete der früheren Donaumonarchie gerechnet. Für die Ausfuhr nach Deutschland wird aber trotz der enormen Vorräte an Weizen in erster Linie Roggen bereitgestellt, da im letzten Jahre in Amerika viel mehr Roggen angebaut worden ist als in früheren Zeiten. Ein großes Hindernis für eine ausgiebige Belieferung des deutschen Volkes mit Brotgetreide bildet der Mangel an Schiffsraum. Auch von den Weizenvorräten Amerikas kommen für die Lieferung im Frühjahr größere Vorräte in Betracht als ursprünglich angenommen wurde.

Österr. Volkszeitung
3./I. 1919

20

Städtische Angelegenheiten.

* **Die Schweizer Hilfsmission im Rathause.** Den Herren der Schweizer Hilfsmission wurde für die Zeit ihrer Anwesenheit in Wien vom Bürgermeister ein Kommissionszimmer des Präsidialtraktes als Bureau zur Verfügung gestellt. In diesem amtiert nun Oberst Frey mit seinem Begleitoffizier Oberleutnant Dr. Ernst Schmid und seinem Unteroffizier, um von hier aus die Bewachung und Entlagerung der Schweizer Lebensmittelsendungen zu leiten. Die Tätigkeit der Mission in Wien ist vorläufig auf 14 Tage bis drei Wochen in Aussicht genommen.

Österr. Volkszeitung

4. I. 1919

21

Hilfe in der Not.

Auf dem Wiener Naschmarkt hat es gestern eine sehr wichtige und eingehende Auseinandersetzung gegeben. Den Herren aus der Schweiz, die in Begleitung des uns hilfsbereit zugewandten Lebensmittelzuges herbeigekommen waren, wurde von dem Marktamtsdirektor und Oberinspektor gezeigt, was alles in den so zahlreichen appetitlichen Verkaufsbuden nicht enthalten ist. Man weiß ja bei uns, wie es sein Jahr und Tag auf diesem Hauptverkaufsplatz für die Gegenstände des täglichen Bedarfes zugeht, wie die meisten Stände wegen des Warenmangels gesperrt sind, die Beschickung mit Lebensmitteln überaus dürftig ist, die Armseligkeit, die allenfalls zu Markte gebracht wird, aber Preise bedingt, daß die Hausfrauen von Entsetzen erfaßt werden. Es ist die Aufmerksamkeit der Schweizer Herren auch noch besonders auf den Umstand gelenkt worden, daß die Zufuhr nicht nur an unerhörtem Schwund leidet, sondern vornehmlich auch aus solchen Ersatzstoffen für Genüse besteht, die ehemals ausschließlich als Viehfutter verwendet wurden. Der Schweizer hat auch in seiner Lebensfreudigkeit und seinem Behagen an guter Nahrung manches Verwandte mit unseren Landsleuten, und die Herren werden also es ganz begriffen haben, wie zerrüttet und verwüstet unsere ganze Lebenshaltung ist, in welcher Notlage sich die Bevölkerung befindet, wenn die seit so langer Zeit auf Hungerkost gesetzte Bevölkerung nachgerade auf die ehemals zur Stallfütterung verwendeten Gewächse angewiesen ist.

Zur selben Stunde ist ein anderes Gebiet der öffentlichen Verpflegung eifrig behandelt worden. Die Kohlenfrage ist wieder einmal brennend geworden, und zwar so arg, wie kaum jemals zuvor. Hatte man vor kurzem gemeint, daß wir aus dem Größten heraus sind, so hat die neuerliche Verminderung der Zufuhren die Wirkung gehabt, die Stadt-, die Landes- und Staatsbehörden so hilflos zu machen, daß die von Pontius zu Pilatus rennenden Theaterdirektoren nicht einmal erfahren konnten, ob sie für die nächsten Tage von einem unbedingten Spielverbot betroffen werden, wie lange allenfalls das Spielverbot andauern werde, ob vielleicht irgendein Abkommen zu erzielen sein wird. Aber diese Not der Theaterleute, so bedauerlich die Abschnürung des Kunstgenusses und die drohende Uebelage aller im Theaterbetrieb Beschäftigten ist, vermag noch lange nicht den ganzen Umfang unserer Kohlennotlage zum Ausdruck zu bringen. Die Bevölkerung wird vielmehr durch verschiedene Andeutungen und Mitteilungen darauf vorbereitet, daß sie von der Einstellung des Straßenbahnbetriebes bedroht ist. Es kann nicht unbemerkt bleiben, daß es einen unerfreulichen Eindruck machen muß, wenn die verschiedenen Behörden in der Frage der Sperrung der Theater und sonstigen Unterhaltungsorte verschiedener Anschauung sind, oder aber die eine Behörde nicht weiß, was die andere zu verfügen gesonnen ist, da durch solche Zerfahrenheit der Eindruck erweckt werden muß, die Organisation der Kohlenverpflegung entbehre der festen Hand. Was aber gar werden soll, wenn die Straßenbahn den Betrieb einzustellen gezwungen wäre, das ist gar nicht abzusehen. Das wäre die Unterbindung der Lebenspulse der Stadt.

Man mag es mit etwas erleichtertem Gemüt zur Kenntnis nehmen, daß nun auch auf verschiedenen anderen Seiten eine Empfindung für die Leiden von Wien und eine menschliche Gewissensregung sich zeigt. Die in Wien befindlichen Mitglieder der interalliierten Wirtschaftskommission scheinen ihre Aufgabe ernst zu nehmen und pflegen eifriges Einvernehmen mit den Behörden. Jetzt hat auch der englische Oberkommandierende in Italien, Lord Caven, die Mitteilung hiehergeschickt, daß er einen Eisenbahnzug mit Lebensmitteln nach Wien habe abgehen lassen. Solche gelegentliche Aushilfe ist gewiß in jeder Hinsicht dankenswert, auch als Beweis, daß die wilden Haßfluten nun endlich abzulaufen beginnen. Aber es ist unerläßlich notwendig, daß alles versucht wird, um endlich ein gewisses System, Ordnung und Zuverlässigkeit in die Verpflegung Wiens und Deutschösterreichs zu bringen. Ist es doch schon schmerzlich genug, wahrnehmen zu müssen, wie der Beginn der ausländischen Hilfstaten unmittelbar mit Preissteigerungen, zunächst des Brotpreises, in Verbindung steht. Bei dem elenden Stande unseres Geldes ergibt sich für die ausländischen Sendungen ein so außerordentlicher hoher Preis, daß es unvermeidlich sein wird, der Bevölkerung wieder einmal den Brotkorb höher zu hängen. Aber es muß in allen Verpflegungsfragen endlich eine stramme Zweckmäßigkeit, ein eifriges Zusammenarbeiten aller Behörden Platz greifen. Es darf nicht vorkommen, daß von der einen und der anderen Seite, anscheinend ganz vertrauenswert, Mitteilungen verbreitet werden, wonach wir auf längere Zeit ausgesorgt hätten, und alsbald der hinkende Bote kommt, der das alles, und nur zu sehr zutreffend, in Abrede stellt. Wollen aber besonders unsere bisherigen Feinde ein Einsehen haben, wollen sie unsere von Tag zu Tag steigende Notlage erkennen und ihr abhelfen, so werden sie auch die aller Menschlichkeit und allem Völkerrecht hohnsprechende Art nicht länger dulden dürfen, in der die nördlichen und südlichen Nachbarn Deutschösterreichs an Gewaltaten und Gehässigkeiten alles tun, um unsere Bevölkerung noch tiefer in Not und Entbehrung hinabzustoßen.

Fremdenblatt
4. I. 1919

* **(Rund um den Wiener Hunger.)** In den letzten Tagen ist es jedem Wiener schon recht schwer ums Herz geworden, was heißen will: um den Magen. Diese zwei Lebenszentren bilden, wie man eigentlich nicht mehr zu sagen braucht, bei uns oft eine homogene Einheit, in allen jenen Fällen z. B., in denen die Liebe durch den Magen geht, aber auch in jenen höchst seltenen Zuständen, in denen es nicht der Fall ist. Ja, was soll man sagen? Gerade die Jahreswende bedrohte diesen lieblichen, urhistorischen Zusammenhang, alle möglichen bösen Aussichten erwarteten uns an ihrer Pforte und starrten uns mit tückischem Auge an — Hungersnot. Das Mehl auf der letzten Neige, Schweine und Kühe drohten ihre schon jahrelang mit Erfolg geführte passive Resistenz in der Fettabgabe an die notleidende Bevölkerung Wiens in einen absoluten Streik zu verwandeln. Das wäre das Ende gewesen. Kein Zweifel, Wien stand am Vorabend einer unerhörten Hungerkatastrophe, und in dem Silvesterläuten wie dem geräuschvollen Abschied von einem nie so greisenhaft alt gewordenen Jahre lag etwas wie grauenhafte Vorbedeutung. Es ist nicht gut, diese Stimmung, die an dem alles abprallen lassenden Wiener G'müat ohnedies ziemlich unbemerkt vorüberging, nun in realistischer Treue zu malen, nachdem der erste Schweizer Hilfszug bereits angekommen und der zweite in Aussicht gestellt ist. Nun ist aller Schreck vergessen, und wir atmen hoch auf. Nicht, als ob wir schon ins Paradies schauten, in dem die Tische unter der Last der Speisen brechen und die Zuckerstreubüchse als eines der höchsten Friedenssymbole neben dem Gebirge von Kaiserschmarren steht, das man früher mit 80 Heller bezahlte und das jene angenehme Magenüberlastung herbeiführte, die dem Wiener ein liebliches Existenzgefühl verlieh — nein, das ist und bleibt noch lange ein Gebiet stürmischer Illusionen, gleichsam ein von den Feinden entführtes Kolonialgebiet der Sehnsucht. Es wird uns nicht so bald zurückgegeben werden, ja, es wird uns wohl kaum je erlaubt sein, wieder einen Kaiserschmarren zu essen, sondern nur einen Präsidentenschmarren. Wir sind lediglich mit der Tatsache höchlichst zufrieden, daß wir nun doch wieder durch die menschlich edle Hilfe der Schweiz zu essen haben werden, und sehen den angekündigten Ueberquoten der primitiven Nahrungsmittel mit aufglimmender Hoffnung entgegen. Es gilt aber nun doch, den Stimmen entgegenzutreten, die da und dort auftauchen und zu berichten wissen, daß die schweizerischen Begleitorgane sich in Innsbruck für billiges Geld reichlich anaßen und dann behaupteten, daß Oesterreich ein gut versorgtes Land wäre. Der Beweis für die Wahrheit solcher Aussagen dürfte wohl nie geliefert werden können, es sind Gerüchte, die uns die Freude an unserer Errettung aus schwerer Lebensmittelnot nicht gönnen und die, wenn sie auch nur ein Fünkchen Wahrheit innehätten, auf Wien doch gar keine Anwendung fänden. Denn wenn man den Herren der Lebensmittelkommission die richtige Führung (worauf alles Gewicht gelegt werden muß) durch die Wiener Märkte, Lebensmittelgeschäfte und Gasthäuser angedeihen läßt, dann werden sie im Handumdrehen lernen, welche ungeheure Leistung der Wiener vollbringt, um sich nur einen Tag lang am Leben zu erhalten. Die Wirte gehen wöchentlich mit den Speisen- und Getränketarifen hinauf, weise die Situation ausnützend, die ihnen von der jetzt alles duldenden Regierung geboten wird — der Wucher steigt hier in Turmeshöhe, obwohl der Schleichhandel tiefere Stockwerke aufzusuchen beginnt. Nicht, ob man sich in Innsbruck um drei Kronen anessen kann, kennzeichnet die Lage Wiens, sondern wie man hier bei einer fünffachen Geldauslage verhungern kann. Da gibt es bei uns nichts mehr zu beweisen. Die Schweizer, denen wir für ihre Aktion den wärmsten Dank entgegenbringen, mögen nur weiter fortfahren, uns Lebensmittelzüge zu schicken; sie werden restlos in der Hungerhalle des Wiener Magens Unterkunft finden.

Österr. Volkszeitung

4./I. 1919

23

Mr. Hoover über die Not Wiens.

„Die Lage ist bereits sehr tragisch."

Bern, 3. Jänner. (Privat.) Mr. Hoover kabelte der amerikanischen Regierung:

„Wie mir von unterrichteter amerikanischer Seite mitgeteilt wird, beginnt die Verpflegsfrage für Serbien, Bosnien und Montenegro tragisch zu werden. Die Lage in Wien ist bereits sehr tragisch. Amerika muß sofort soviel Schweinefleisch senden, als es entbehren kann. Erst nach Ablauf eines Monats wird die amerikanische Ernährungskommission genaue Angaben über Europas Bedürfnisse machen können."

Die Hilfsaktion.

London, 3. Jänner. In einer Meldung des Reuterschen Bureaus, worin die bevorstehende Ankunft der alliierten Lebensmittelkommission in Wien angekündigt wird, heißt es: Es ist festgestellt worden, daß der Lebensmittelmangel in Oesterreich und besonders in Wien sehr schwer ist. Die zutreffenden Abmachungen werden deshalb wahrscheinlich weiter gehen als zuerst angenommen wurde. Die Kommission ist gegenwärtig mit der Organisation der Verteilung beschäftigt.

Neue Freie Presse Abendbl. 4./I. 1919

Die Hilfsaktion der Schweiz für Wien.

Zürich, 3. Januar. (T.-K.)

Der „Neuen Zürcher Zeitung" zufolge, hat das Züricher Hilfskomitee das Neujahrstelegramm des Wiener Bürgermeisters Dr. Weiskirchner mit einer Depesche erwidert, worin die Versicherung zum Ausdruck gebracht wird, daß die Züricher, speziell die Züricher Jugend, in dem Eifer für die Wiener Hilfsaktion nicht erlahmen werden. Dasselbe Blatt meldet, daß sich voraussichtlich der ganze Kanton Zürich und die Ostschweiz der Sammlung anschließen werden.

Das Hilfskomitee entsendet demnächst eine Delegation unter Führung ihres Generalsekretärs Redakteur Bierbaum, Bruders des verstorbenen Schriftstellers Otto Julius Bierbaum, nach Wien, um mit den Behörden in Fühlung zu treten.

Neue Freie Presse 4/I. 1919

26

Die Lebensmittelkommission der Entente auf den Wiener Märkten.

Wien, 4. Januar.

Vierzehn Mitglieder der Lebensmittelkommission der Entente besuchten heute um 7 Uhr morgens, geführt von dem Marktamtsdirektor Bauer, die Großmarkthalle. Obwohl die Herren sich zu so früher Stunde eingefunden hatten, war der Fleischmarkt, auf welchem es heute nur sehr geringe Vorräte gegeben hatte, nahezu ausverkauft. Die Herren hatten aber noch Gelegenheit, zu sehen, wie geduldig sich die Wiener Bevölkerung um ein halbes Kilogramm gefrorenes Schweinefleisch, das überdies 10 K. kostet, anstellt. Ferner wurden die Herren darauf aufmerksam gemacht, wie gering die Wochenmenge Rindfleisch derzeit bemessen ist. Oberinspektor Philipp, der die Führung der Kommission auf dem Markte übernommen hatte, zeigte dann den Herren die Kühlanlagen, die gegenwärtig aller Vorräte entblößt sind. Jedes einzelne Mitglied der Kommission erhielt auch statistische Ausweise, welche das außerordentlich starke Zurückziehen der Fleischzufuhren zeigen.

Von der Großmarkthalle begaben sich die Herren auf den Naschmarkt, fanden auch hier die traurigen Schilderungen unserer Lage vollauf gerechtfertigt und besichtigten dann noch den Markt im 10. Bezirke.

Neue Freie Presse

4./I. 1919

25

Die interalliierte Wirtschaftskommission in Wien.

Wien, 3. Januar.

Die Mitglieder der interalliierten Wirtschaftskommission haben den ersten Tag ihres Wiener Aufenthaltes dazu verwendet, um in den verschiedenen Staatsämtern und namentlich auch im Rathause genaue Informationen über die wirtschaftliche Lage unserer Stadt, über die Ernährungs- und Kohlenverhältnisse einzuziehen. Es wurden keinerlei Verhandlungen gepflogen, vielmehr verhielten sich die Mitglieder der Kommission überaus zurückhaltend und beschränkten sich darauf, mit großer Genauigkeit und sichtlichem Interesse das ihnen gebotene Ziffernmaterial entgegenzunehmen.

Bereits am frühen Vormittag erschien der amerikanische Vertreter Oberst Causy im Rathause, um sich über die Kohlenversorgung Wiens zu informieren. Es wurden ihm eine Reihe von Tabellen, betreffend die Versorgung der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke, sowie über die für den Zimmer- und Küchenbrand notwendigen Kohlenmengen, eingehändigt.

Im Staatsamt des Aeußern wurden die Mitglieder der Kommission korporativ vom Staatssekretär Dr. Bauer begrüßt. Dieser Konferenz wohnte auch Sektionschef Dr. Schüller bei. Daran schloß sich eine Sitzung im Staatsamt für Volksernährung, wo Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Ruß im Beisein des Staatssekretärs für öffentliche Arbeiten Zerdik eine eingehende Schilderung der derzeitigen Ernährungslage Deutschösterreichs gab. Auch die gegenwärtige mißliche Kohlensituation wurde eingehend erörtert.

Nachmittags fanden sich der amerikanische Kommissär Mr. Taylor, der englische Vertreter Kapitän Beveridge, ferner Vincenzo Giuffrida (Rom), Camillo Genestal (Le Havre) im Rathause ein, wo eine Sitzung unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner stattfand. In derselben gab Obermagistratsrat Dr. Roßkopf einen allgemeinen Ueberblick über die Ernährungslage, dem sich Referate des Obermagistratsrates Jamböck über das Verteilungswesen in Wien, des Obermagistratsrates Ehrenberg über die Kartoffelversorgung und des Oberstadtphysikus Böhm über die Gesundheitsverhältnisse und die Mortalität in Wien anschlossen.

Dann begaben sich die Mitglieder der Wirtschaftskommission zur Brotkommission in der Grünen Torgasse, die in der dortigen Schubert-Schule untergebracht ist. Dort wurde ihnen der ganze Mechanismus des Wiener Kartensystems erklärt. Die Kommissionsmitglieder traten einigermaßen aus der Reserve heraus, die sie während des sonstigen Verlaufes der Konferenzen an den Tag gelegt hatten, fanden die Einrichtungen ungemein zweckentsprechend, und speziell Mr. Beveridge erklärte, daß Einiges in England nachgeahmt werden solle.

Unterdessen hatten drei andere Kommissionsmitglieder, und zwar der französische Vertreter Professor Huguenin, Albert Oblight (Rom) und Mr. Gibson unter Führung des Stadtrates Winter eine Fahrt in die Wiener Elendquartiere unternommen.

Die Mitglieder der interalliierten Wirtschaftskommission werden morgen vormittag unter Führung von Organen des Marktamtes die Märkte und öffentlichen Ausspeisehallen Wiens besichtigen. Sie bleiben zunächst bis Sonntag abend in Wien und werden sich von hier nach Prag und Budapest begeben, um nach etwa vierzehn Tagen neuerdings in unsere Stadt zurückzukehren, wo dann die eigentlichen Verhandlungen aufgenommen werden sollen.

Die Hilfe der Schweiz.

Der zweite Hilfszug aus der Schweiz ist im Anrollen begriffen. Er ist am 2. Januar von Buchs abgegangen und der dritte wird ihm am 4. Januar folgen. Im ganzen werden die drei Hilfszüge aus der Schweiz 60 Waggons Mehl, 40 Waggons Reis, 6 Waggons Fett, 6 Waggons Kondensmilch und einige Waggons Schokolade nach Wien befördern.

Weitergehende Lebensmittelfürsorge für Deutschösterreich.

London, 3. Januar.

In einer Meldung des Reuterschen Bureaus, worin die bevorstehende Ankunft der alliierten Lebensmittelkommission in Wien angekündigt wird, heißt es: Es ist festgestellt worden, daß der Lebensmittelmangel in Oesterreich und besonders in Wien sehr schwer ist. Die zu treffenden Abmachungen werden deshalb wahrscheinlich weiter gehen, als zuerst angenommen wurde. Die Kommission ist gegenwärtig mit der Organisation der Verteilung beschäftigt.

Die Meldungen Hoovers an die amerikanische Regierung.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 3. Januar.

Aus Zürich wird berichtet: Wie aus Newyork gemeldet wird, erhielt die amerikanische Regierung vom amerikanischen Staatssekretär für das Verpflegswesen zwei Kabeltelegramme aus Europa, in denen die Absendung beträchtlicher Mengen Lebensmittel für das hungernde Europa verlangt wird. Hoover sagt in seiner Mitteilung unter anderm: Europa benötigt sofort so viel Schweinefleisch, als wir nur immer vor dem 1. Juni exportieren können. Es ist unmöglich, die Wichtigkeit unserer Aufgabe vor Ablauf eines Monats voll erfassen zu können.

Ein Ententeplan zur Verhinderung des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Genf, 3. Januar.

Die linksseitige Pariser Presse befaßt sich eifrig mit einem der Hauptprogrammpunkte der in der nächsten Woche in Paris stattfindenden Konferenz der Ententeminister, nämlich neue Maßnahmen und Drohungen militärischer und wirtschaftlicher Natur zu beschließen, um Deutschösterreich an dem Anschlusse an die deutsche Republik oder an eine der deutschen Republiken zu hindern. Die Erwartung der Pariser Sozialistenverbände, daß ein Protest der bevorstehenden internationalen Sozialistenkonferenz in Lausanne gegen eine solche herausfordernde Verkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker trotz Wilsons Einsprache Wirkung haben könnte, ist gering.

Aeußerungen des Staatssekretärs Dr. Bauer.

Amsterdam, 3. Januar.

Wie das Reutersche Bureau meldet, hatte ein Korrespondent der „Times" eine Unterredung mit dem deutschösterreichischen Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Bauer, bei welcher der Staatssekretär erklärte, Deutschösterreich erwarte von der Friedenskonferenz die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes, sowohl was die territoriale Begrenzung, als auch was die Regelung der inneren Angelegenheiten betreffe. Was die strittigen Gebiete anbelange, so sei Deutschösterreich für eine Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle. Der Staatssekretär gab der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, in Zukunft wirtschaftlich und kulturell friedlich mit den Nachbarn zusammenarbeiten zu können. Von einer Rückkehr zur monarchischen Regierungsform könne keine Rede sein, da das Volk dagegen sei. Der Staatssekretär betonte die Notwendigkeit des Anschlusses an Deutschland, wobei er in Abrede stellte, daß Deutschland einen Druck in dieser Richtung ausgeübt habe, und erklärte, daß der Anschluß von der deutschösterreichischen Bevölkerung gewünscht werde. Auf die Frage des Korrespondenten, ob diese Vergrößerung Deutschlands nicht den deutschen Imperialismus fördern oder neu beleben würde, erwiderte der Staatssekretär, der deutsche Imperialismus sei tot, und auch wenn das nicht der Fall wäre, so würde das neue Deutschland durch den Zusammenschluß mit dem pazifistischen, demokratischen Deutschösterreich nur in demokratischer Richtung beeinflußt werden.

Arbeiterzeitung

4./I. 1919

28

Die Verteuerung der Lebenshaltung.

Jahr um Jahr im Kriege glaubte man am Höhepunkt der Teuerung angelangt zu sein und immer wieder bewies uns der Wucher, wie wir ihn unterschätzten. Er verstand es, unser Geld immer weiter zu entwerten und alle die kleinen Aufbesserungen des Lohnes hinfällig zu machen durch stetige gewaltige Steigerungen der Kosten für alle Bedarfsartikel. Nur ein Jahr Rückblick beweist, daß in diesem einen vergangenen Jahre die Teuerung noch große Fortschritte machte. Zum Anfang des Jahres 1918 konnte man ein Kilogramm Kochmehl Nr. 2 für 67 Heller, Kochmehl Nr. 1 für 99 Heller, Gerstenmehl für 48 Heller, Backmehl für 1·20 Kronen bekommen. Als die Ungarn die Preise für das Mehl der neuen Ernte hinaufsetzten, folgte man auch bei uns schnell nach. Jetzt kostet Kochmehl jeder Art 1·70, Backmehl 2·76 Kronen. Auch das Brot stieg von 57 Heller auf 1·17 Kronen für ein Kilogramm. Wir müssen daher heute für diese Mahlprodukte zwei- bis dreimal so viel bezahlen als vor einem Jahre. Wo man hinsieht, überall eine Verteuerung. Hätte man die übrigen Mahlprodukte oder Hülsenfrüchte wirklich bekommen, dann wäre selbst der amtliche Höchstpreis noch immer viel teurer gewesen als vorher. So war er Ende 1917 angesetzt für ein Kilogramm Rollgerste mit 78 Heller gegen 1·70 Kronen von jetzt, für ganze Erbsen mit 90 Heller gegen 1·60 Kronen in diesen Tagen. Wer diese Waren wirklich erhalten wollte, mußte sie zu Schleichhandelspreisen von 8 bis 15 Kronen und teurer kaufen. Das bedeutet eine Preiserhöhung um das Acht- bis Fünfzehnfache. Alte Erdäpfel bekam man früher für 34 Heller, jetzt nur für 72 Heller; im Schleichhandel kosten sie nun 3 bis 4 Kronen. Von Fetten darf man gar nicht reden, Gänsefett war um Neujahr 1918 für 34 Kronen erhältlich, das jetzt mit 105 Kronen angeschrieben ist; ausländische Butter stand früher mit 17·60 Kronen zu Markte, jetzt ist sie mit 30·80 Kronen bewertet. Im offenen Verkehr gab es schon vor einem Jahre keinen Speck. Man bezahlte ihn unter der Hand mit 20 bis 24 Kronen; nun darf man froh sein, wenn man ihn für 50 bis 60 Kronen bekommt, weil ja Schweinernes heute im Schleichhandel mit 40 bis 46 Kronen gehandelt wird, das vor einem Jahre für 15 bis 20 Kronen erhältlich war. Jeder Fettaufstrich auf Brot stellt sich heute fast so teuer wie im Frieden ein Kilogramm Fleisch. Wer glaubt, mit anderen Speisen weniger auszugeben, sieht, daß es nirgends ein Entrinnen gibt. Je wertvoller die Nahrung, um so teurer wurde sie. Ein Ei stellte sich je nach Herkunft vor einem Jahre auf 36 bis 52 Heller, jetzt auf 83 Heller bis 1·40 Kronen. Es erfuhr eine Verteuerung auf das Dreifache. Käse ist in jeder Form ein Luxusartikel geworden. Weichkäse konnte man vor einem Jahre von etwa 7 Kronen an bekommen; nun verlangt man dafür 20 bis 33 Kronen. Auch die Verteuerung der Hartkäse ist nicht unbedeutend. Ein Kilogramm kostete Anfang 1918 9·70 Kronen, Ende dieses Jahres 13 Kronen, ohne daß man ihn leicht erhalten könnte. Wer sich nur Kriegskaffee machen will, hat dafür jetzt bei wesentlich verschlechterter Güte 4·68 Kronen gegen 4 Kronen vor einem Jahr zu bezahlen. Er muß auch für den Zucker 3 Kronen gegen 1·56 Kronen vor einem Jahr auslegen. Selbst das Herbfeuer kostet ihm mindestens doppelt so viel als vor einem Jahre. Damals stand der Preis für einen Raummeter Brennholz auf 40 bis 50 Kronen, heute auf 93 bis 100 Kronen. Ein gewöhnlicher Zentner Braunkohle war vor einem Jahre für 3 Kronen erhältlich, heute kostet er 6 Kronen, Steinkohle stand damals auf 3·50 bis 4·50 Kronen, nun verlangt man dafür 6 bis 8·50 Kronen. Auch Gas und Spiritus wurden teurer. Ebenso ungeheuerlich sind die Preistreibereien in Fleisch geworden. Vor einem Jahre konnte man ein Kilogramm Schaffleisch noch für 8 bis 12 Kronen bekommen, heute stellt es sich auf 21 bis 26 Kronen, der Höchstpreis für Rindfleisch stand damals auf 7 bis 14·60 Kronen, nunmehr auf 7 bis 24 Kronen und er wird bald auf 28 Kronen stehen. Pferdefleisch war Anfang 1918 für 4·50 bis 5·60 Kronen erhältlich, nun kostet es in der Regel 13 bis 16 Kronen und mehr. Selbst früher verachtete Ersatzmittel sind jetzt teuer bezahlte Genüsse geworden. Gegenüber den Friedenspreisen ist dirse Teuerung märchenhaft. Man hätte sie nie zu ertragen geglaubt, wenn man geahnt hätte, daß das Arbeitseinkommen in so kleinem Maße ansteigt. Hoffentlich war es das letzte Jahr ungeheuerlichster Auswucherung der Menschen, die keine Kriegsgewinner waren.

Tägliche Rundschau
5./I. 1919

Die Lebensmittelversorgung Europas.

Paris, 4. Januar. („Reuter"-Meldung.) Amtlich wird mitgeteilt, die Alliierten und die Vereinigten Staaten hätten beschlossen, einen Rat, bestehend aus 2 Vertretern jedes Landes, zu schaffen, um die Lebensmittelversorgung und Unterstützung der neutralen, der neu befreiten und der feindlichen Gebiete zu organisieren. Die Vereinigten Staaten würden bei der Durchführung des Planes an der Spitze stehen und Hoover werde Generaldirektor sein.

*

Paris, 3. Januar. („Reuter.") Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittelkommission Hoover gab einen Bericht über die Ernährungslage Europas, in dem er sagte:

Seit meiner Ankunft in Europa wirke ich mit den Beamten der alliierten Regierungen in der Untersuchung der Ernährungslage, insbesondere derjenigen der befreiten Gebiete zusammen. Wir haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, sind aber bisher noch nicht so weit, um irgendwelche endgültigen Beschlüsse zu fassen. Die Bevölkerung Deutschlands hat sicher genug Vorräte, um noch eine Zeitlang auszuhalten, von der Versorgung mit Fett abgesehen, das ohne Zweifel sehr knapp ist, wodurch die Entstehung von Krankheiten und vieler sozialer Unzufriedenheit gefördert wird.

Die Festsetzung der Bedingungen über Maßnahmen, die notwendig sind, um den befreiten Gebieten zu helfen, muß indessen unsere erste Sorge sein. Sie umfaßt insgesamt Länder mit etwa 125 Millionen Menschen. Durch die Besetzung des Feindes und die Verwüstungen ist die Produktion dieser Länder sehr stark gesunken, und die Lebensmittelvorräte, die sie von der letzten Ernte übrig behalten haben, werden bald erschöpft sein.

Damit in der Lebensmittellieferung während der Zeit der Untersuchung und der Schaffung der Organisation keine Verzögerung entsteht, haben wir durch gemeinsames Zusammenwirken des Kriegsamtes und der Lebensmittelverwaltung bis heute etwa 150 000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen gesandt. Daneben geben wir bisher monatlich 150 000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich. Inzwischen senden wir gemeinsam mit unseren Alliierten in die verschiedenen Länder Kommissionen, die die Transportfrage untersuchen und danach trachten sollen, die Finanzfrage zu regeln. Das Transportproblem bietet außerordentliche Schwierigkeiten infolge der schlechten Zustände der Eisenbahnen und des rollenden Materials in den ganzen in Frage kommenden Gebieten.

Deutschland muß die Schiffe stellen.

Paris, 4. Januar. („Reuter"-Meldung.) Hoover teilt mit, die Alliierten erwarten, daß Deutschland die nötigen Schiffe stellt, um Lebensmittel in die befreiten Gebiete zu bringen als Entgelt für die Erlaubnis, Nahrungsmittel für sich selbst zu holen. Deutschland muß auch Schiffe stellen zur Rückbeförderung der amerikanischen Truppen. Deutschland habe, abgesehen von Fett, sicher genügend Nahrungsmittel, um noch einige Zeit durchzuhalten.

5./I. 1919

305

Wie es „billiger" wurde.

Ein besonderes Kapitel, welches den ganzen Jammer unsres Ernährungssystems in der krassesten Weise beleuchtet, ist das der Versorgung mit Eiern und die Preisbildung auf dem Eiermarkte. Eine Abonnentin schreibt uns darüber: „Im März 1914 bekam man für 2 K. 30 bis 35 Stück frische Eier. Man hatte es damals selbstverständlich nicht nötig, Eier zu konservieren, aber sorgsame Hausfrauen, die es doch taten, kauften 1000 Eier um zirka 85 K., Gläser zum Einlegen à 10 H. das Stück und Wasserglas für 1 K. Man hatte also 1000 Eier für etwa 87 K. wohlverwahrt im Keller. Heute beträgt der Preis für ein Ei, das keineswegs immer frisch ist, 2 K. bis 2 K. 30 H., häufig genug muß man von zehn Stück drei oder vier wegwerfen. Im Vorjahre um diese Zeit zahlte man 1 K. bis 1 K. 30 H. pro Stück und besaß doch wenigstens noch die Hoffnung, daß im Frühjahre bezüglich der Vorräte und der Preise eine Besserung eintreten werde. Heuer kann man leider schon mit einiger Sicherheit annehmen, daß man im Frühjahre Eier zum Einlegen gar nicht oder aber vielleicht zum Preise von 3 K. pro Stück erhalten wird. Das Konservieren von 1000 Eiern, das im März 1914, wie schon oben gesagt, etwa 87 K. kostete, wird im Frühjahr 1919 beiläufig 3000 K. erfordern, was eine fünfhundertdreißigfache Erhöhung bedeutet. Als besonderes Kuriosum sei verzeichnet, daß der Preis der Einlegegläser von 10 H. auf 10 K. stieg."

Die Preiserhöhungen, welche gerade in der jüngsten Zeit bei verschiedenen Lebensmitteln eintraten, bewegen sich häufig auf einem ähnlichen Niveau. Eine Hausfrau schreibt uns darüber: „Eine Wanderung durch unsere sogenannten „Delikatessenhandlungen" beweist, daß es wahrhaftig „nicht mehr höher geht". Ein ganzer Kranz Feigen war früher um 28 H. zu haben; jetzt kosten 10 Dekagramm 3 K. 20 H.; ein „Rollmops" früher 8 bis 10 H., jetzt 1 K. 80 H.; gebratene Gansleber früher 12 H. pro Dekagramm, jetzt 1 K. 80 H.; Liptauer Käse früher 2 H. pro Dekagramm, jetzt 30 H.; Johannisbrot früher 10 Dekagramm 8 H., jetzt 3 K. 20 H.; Karlsbader Oblaten früher 12 H. das Stück, jetzt 1 K. 20 H.; eine Rippe Schokolade früher 12 H., jetzt 32 Rippen 100 K.! Da fällt einem ein, daß bei unsrer Offensive in Italien bis zum Piave hunderttausende Kilogramm Schokolade erbeutet wurden, und man fragt sich, wohin diese verschwunden ist und warum wir für Schokolade, die wir früher um 3 K. 84 H. haben konnten, jetzt 100 K. bezahlen müssen? Und man staunt, wenn man des weiteren hört, daß diese Preise und andre ähnliche bezahlt werden, wie zum Beispiel für schlechte, wie Seife schmeckende Butter 90 K., für Teebutter 120 K. pro Kilogramm und für ein Kilogramm wässeriger Preßwurst 20 K. Wenn die Wiener Hausfrauen sich zu einem Boykott zusammenschließen würden, alle natürlich, ohne Ausnahmen, dann könnte diesen schamlosen Preistreibereien bald ein Ende bereitet werden."

Von einem Leser, Herrn L. K., erhalten wir folgende Zuschrift: „Das „Neue Wiener Tagblatt" hat vor mehreren Tagen unter der Spitzmarke „Wie es billiger wurde" die Aeußerungen einer „maßgebenden Stelle" mitgeteilt, in welchen die mangelhafte Ueberwachung der Geschäfte als eine der Hauptursachen des jetzt mehr als je herrschenden Wuchers bezeichnet wird. Vielleicht halten Sie auch die Veröffentlichung dessen, was ich hier dazu sagen will, für nützlich. In der jüngsten Zeit ist in den Schaufenstern der Zuckerwarengeschäfte eine lange nicht gesehene Fülle von Bäckereien vorhanden. Aber zu welchen Preisen! Für kleine Stückchen dieser meist sehr minderwertigen Süßigkeiten sind 70 bis 80 H., ja oft sogar 1 K. angeschrieben. Jeder weiß das, die wenigsten jedoch wissen, daß der stückweise Verkauf von Zuckerwaren ausdrücklich verboten ist. „Zuckerwaren jeder Art, ohne Rücksicht auf ihre Provenienz", so sagt die bezügliche Vorschrift des Ernährungsamtes, „dürfen nur nach Gewicht zu den amtlich festgestellten Preisen verkauft werden." Ich habe es mir eine Zeitlang zur Aufgabe gemacht, für die Einhaltung dieser Vorschrift zu kämpfen, habe Anzeige auf Anzeige erstattet, indem ich darauf hinwies, wie gerade der ärmste Teil der Bevölkerung durch den empörenden Wucher geschädigt werde, mich in einer unmittelbaren Eingabe an den Herrn Vorstand des Kriegswucheramtes selbst gewendet . . . alles vergebens. Wir haben — so weit ich mich erinnere — einen „freiwilligen Ernährungsdienst"! Er umfaßt ungefähr 200 Mitglieder, fast durchweg Frauen verschiedener Organisationen, und wird, ausgenommen jene, die den Fleischverkauf zu überwachen haben, ausschließlich zur Ueberwachung der Märkte verwendet. Wäre es nicht besser, ihn zur Beaufsichtigung der Geschäfte heranzuziehen? Natürlich müßten seine Mitglieder mit der Befugnis zum direkten Einschreiten bei Uebertretungen ausgestattet werden. Denn mit der Erstattung von Anzeigen ist da nichts getan, weil ja sonst wieder der Mangel an Personal zu ihrer Erledigung ins Treffen geführt würde. Der Amtsschimmel wird zwar die Ohren hängen lassen, aber die Notwendigkeit, daß hier und auch anderwärts etwas geschehen muß, ist unerbittlich, soll er nicht noch stärker werden, der ohnedies schon mächtige Chorus: „Heute ist es ja noch schlechter als früher!"

Das Thema von den Zuckerln und Zuckerwaren wird in verschiedenen an uns gerichteten Briefen erörtert und immer wieder auf die Unhaltbarkeit der Zustände verwiesen, die sich auf diesem Gebiete förmlich unter dem Schutze der maßgebenden Stellen eingenistet haben. So heißt es in der Zuschrift einer Dame: „Wir bekommen jetzt auf unsre Zuckerkarte zumeist nur Rohzucker, und auch den nur unter Schwierigkeiten. In den Geschäften auf dem Ring und in der Innern Stadt dagegen sieht man zahllose Zuckerln, die man zu horrenden Preisen haben kann. Die Zuckerfabrikanten und die Verkäufer werden also genügend mit Zucker versorgt — wir Hausfrauen bekommen ihn nicht. Und noch etwas, das so recht unsre Verhältnisse charakterisiert: Vor Weihnachten waren die Zuckerln, die für den Weihnachtsbaum dringend gesucht wurden, wie verschwunden; gleich nach Weihnachten tauchten sie in Massen wieder auf. Es ist selbstverständlich, daß man sich über derlei seine Gedanken macht!" . . .

Frankfurter Zeitung
5/1919.

Die Lebensmittelversorgung Europas.

Paris, 4. Jan. (W. B.) Reuter. Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittelkommission gab einen Bericht über die Ernährungslage Europas, indem erfagt:

„Seit meiner Ankunft in Europa wirke ich mit Beamten der alliierten Regierungen zusammen zwecks Untersuchung der Ernährungslage, insbesondere der der befreiten Gebiete. Wir haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, sind aber bisher noch nicht so weit, um irgendwelche endgültigen Beschlüsse zu fassen. Die Bevölkerung Dutschlands hat sicher genug Vorräte, um noch einige Zeit lang aushalten zu können, von der Versorgung mit Fett abgesehen, das ohne Zweifel sehr knapp ist, wodurch die Entstehung von Krankheiten und vieler sozialer Unzufriedenheit gefördert wird. Die Festsetzung von Bedingungen über Maßnahmen, die notwendig sind, um den befreiten Gebieten zu helfen, muß indessen unsere erste Sorge sein. Sie umfaßt insgesamt Länder mit etwa 125 Millionen Menschen. Durch die Besetzung des Feindes und durch die Verwüstungen sank die Produktion dieser Länder. Die von der letzten Ernte übrigbehaltenen Vorräte werden bald erschöpft sein. Damit in der Lebensmittelbelieferung in der Zeit der Untersuchung und Schaffung einer Organisation keine Verzögerung entsteht, sandten wir im Zusammenwirken des Kriegsamtes mit der Lebensmittelverwaltung bis heute etwa 150 000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen. Daneben gaben wir bisher monatlich 150 000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich. Inzwischen sandten wir gemeinsam mit unseren Alliierten Kommissionen in die verschiedenen Länder, die die Transportfrage untersuchen und trachten sollen, die Finanzfrage zu regeln. Das Transportproblem bietet außerordentliche Schwierigkeiten infolge des schlechten Zustandes der Eisenbahnen und des rollenden Materials in den ganzen in Frage kommenden Gebieten. Daher entstanden nach Landung der Lebensmittel neue Schwierigkeiten. In Belgien und Nordfrankreich mußten wir für die Verteilung einen Dienst mit Lastautomobilen einrichten und werden wahrscheinlich auch in anderen Ländern dieses Verfahren einschlagen müssen.

Außerordentlich schwierig ist ferner die Finanzfrage. Die Ernährung Europas während der nächsten sechs Monate bildet ein großes ökonomisches Problem; sie ist auch von allergrößter politischer Bedeutung, wenn wir die Anarchie verhindern wollen. — Wenn wir den Wunsch hegen, daß die Welt zu irgend einer Form ordnungsmäßiger Regierung zurückkehrt, wenn wir die Errichtung von Regierungen, mit denen wir Frieden schließen können, sichern wollen, so müssen wir auf irgend eine Weise für Nahrungsmittellieferung sorgen. Das finanzielle Problem zerfällt in drei Kategorien: 1. an Deutschland und einige Alliierte und Neutrale können wir die benötigten Lebensmittel in Form eines richtigen Handelsgeschäftes gegen angemessene Bezahlung in annehmbaren Werten liefern; 2. an die befreiten Gebiete und an einige Alliierte, denen Amerika nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen Anleihen geben kann; 3. an Völker, die die Unterstützung Amerikes in erheblichem Maße benötigen, denen diese Unterstützung aber aus den gegenwärtig verfügbaren Fonds nicht gewährt werden kann.

Es erscheint den Alliierten und der amerikanischen Regierung nur gerecht, daß, da ein großer Teil der Schwierigkeiten in den befreiten Ländern durch die rücksichtslosen Handlungen der deutschen Armeen verursacht ist, die Deutschen veranlaßt werden sollen, Schiffe für den Nahrungsmitteltransport nach diesen Gebieten zu stellen. Es wird zweifellos die Vorbedingung für die Gewährung von Lebensmittelsendungen an Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung aller befreiten Länder benutzt werden.

Paris, 4. Jan. (W. B.) Amtlich wird mitgeteilt, die Alliierten und die Vereinigten Staaten hätten beschlossen, einen Rat, bestehend aus zwei Vertretern jedes Landes zu schaffen, um die Lebensmittelversorgung, die Unterstützung der Neutralen, der neu befreiten und der feindlichen Gebiete zu organisieren. Die Vereinigten Staaten würden bei der Durchführung des Planes an der Spitze stehen und Hoover Generaldirektor sein.

London, 4. Jan. (W. B.) Die „Times" veröffentlicht einen langen Artikel über den Lebensmittelzustand in Norddeutschland, der von einem Mitglied der alliierten Marinekommission in den deutschen Gewässern verfaßt wurde, in dem es u. a. heißt: Wenn die Lebensmittelverhältnisse im übrigen Deutschland nicht viel schlechter sind als in Oldenburg, Mecklenburg und Schleswig-Holstein, brauchen sich die Alliierten mit ihrer Hilfe ganz gewiß nicht zu eilen. Ich bin überzeugt, daß keiner der etwa zwanzig oder mehr Mitglieder der verschiedenen Unterkommissionen, die viele hundert Meilen zurückgelegt und Zehntausende von Menschen ganz nahe sahen, von einem einzigen Falle deutlich sichtbarer Unterernährung hörten, sie sind vielmehr einstimmig der Meinung, daß die ganze Bevölkerung dieser Landstrecken sowohl in den Städten als auch auf dem Lande so gut wie normal ernährt sind. (Bemerkung der Redaktion: Eigentlich sollte es der „Times" bekannt sein, daß Deutschland nicht für seine verhältnismäßig gering bevölkerten Agrargebiete, sondern für die Millionen unbemittelter Bevölkerung der Industriestädte um die amerikanische Lebensmittelhilfe gebeten hat.)

Die Ernährung Europas.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

os **Rotterdam**, 4. Januar.

Havas verbreitet offiziell aus Paris den Beschluß der Alliierten und der Vereinigten Staaten, eine Kommission zu ernennen, die aus je zwei Vertretern der genannten Länder bestehen soll. Die Kommission soll die Versorgung mit Lebensmitteln und sonstige Hilfeleistungen für die neutralen, für die befreiten Länder und das feindliche Gebiet organisieren. Amerika soll die Organisation leiten und Hoover als Generaldirektor wirken. Hoover hat erklärt, die erste Sorge der Kommission müsse die Festsetzung der Bedingungen über die Maßnahmen sein, die erforderlich seien, um den befreiten Ländern zu helfen. Es wären insgesamt Länder mit einer Bevölkerungszahl von 125 Millionen Menschen. Durch die feindliche Besetzung und die angerichteten Verwüstungen sei die Erzeugungsmöglichkeit dieser Länder sehr stark gesunken. Die Lebensmittelvorräte, die sie von der letzten Ernte übrig behalten hätten, seien bald erschöpft. Damit nun während der Zeit der Untersuchung und der Schaffung der Hilfsorganisation in der Versorgung keine Verzögerung entstehe, seien durch Zusammenwirken des amerikanischen Kriegsamtes und der Lebensmittelverwaltung etwa 150 000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen gesandt worden. Daneben gebe Amerika monatlich 150 000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich ab. In der Zwischenzeit würden gemeinsam mit den anderen Alliierten Kommissionen in die verschiedenen Länder zur Untersuchung der Transportfrage gesandt, die auch die finanzielle Frage regeln sollen. Das Transportproblem biete außerordentliche Schwierigkeiten infolge der schlechten Zustände der Eisenbahnen und des rollenden Materials in dem gesamten in Frage kommenden Gebiet. Die Ernährung Europas während der nächsten sechs Monate, so heißt es in dem Bericht Hoovers weiter, bildet ein großes wirtschaftliches Problem. Sie ist auch von allergrößter politischer Bedeutung. Wenn wir Anarchie verhindern wollen, wenn wir den Wunsch hegen, daß die Welt zu irgendeiner Form ordnungsmäßiger Regierung zurückkehrt, und wenn wir die Errichtung von Regierungen, mit denen wir Frieden schließen können, sichern wollen, müssen wir auf irgendeine Weise für Nahrungsmittellieferung sorgen.

Das finanzielle Problem zerfällt in drei Kategorien: 1. an Deutschland und einige Alliierte und Neutrale können wir die benötigten Nahrungsmittel in der Form eines richtigen Handelsgeschäftes gegen angemessene Bezahlung in annehmbaren Werten verkaufen. 2. sind es die befreiten Gebiete und einige Alliierte, denen Amerika nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen zeitweilige Anleihen geben kann. 3. sind die Völker zu berücksichtigen, die die Unterstützung Amerikas in erheblichem Maße benötigen, denen diese Unterstützung aber aus den gegenwärtigen verfügbaren Fonds nicht gewährt werden kann.

Es erscheint den alliierten und der amerikanischen Regierung nur gerecht, daß, da ein großer Teil der Schwierigkeiten der befreiten Länder durch die rücksichtslosen Handlungen der deutschen Armee verursacht ist, die Deutschen veranlaßt werden sollten, Schiffe für den Nahrungsmitteltransport nach diesen Gebieten zu stellen. Es wird zweifellos eine Vorbedingung für die Gewährung von Lebensmittelsendungen an Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung aller befreiten Länder benutzt werden. Als Entgelt für diese Leistungen werde Deutschland selbst Lebensmittel für sich heranschaffen dürfen. Ferner müsse Deutschland auch Schiffe für die Rückkehr der amerikanischen Truppen liefern. Deutschland besitze, mit Ausnahme von Fetten, vorderhand genügend Lebensmittel, um noch einige Zeit durchzuhalten.

Auch die „Times", die sich über die Not in Deutschland von einem Mitglied der alliierten Flottenkommission in deutschen Gewässern haben lassen, behauptet, daß, falls der Nahrungszustand in den übrigen Teilen Deutschlands nicht viel schlechter sei als in Oldenburg und Schleswig-Holstein, für die Alliierten kein Grund bestehe, sich mit Hilfeleistungen für Deutschland allzu sehr zu beeilen.

Vossische Zeitung 5. I. 1919

Berner Bund

5./I. 1919

33

Schweizerhilfe für Wien

Wir erhalten folgendes Telegramm:

Chefredakteur Dr. Bühler, „Bund", Bern.

Buchs, 1. Januar 1919. Im Begriff, den gastlichen Boden der Schweiz zu verlassen und in meine Vaterstadt Wien zurückzukehren, gedenke ich in tiefer Rührung der liebevollen, von reiner Menschlichkeit geleiteten Förderung und Unterstützung, die ich bei meiner schwierigen Aktion für das notleidende Wien durch Ihr verehrliches Blatt sowie durch die gesamte Schweizer Presse ohne Unterschied der Zunge gefunden habe. Innigsten, herzlichen Dank dem edlen Schweizervolk, dessen beispiellose, spontane Hilfsbereitschaft in Tagen schwerer Bedrängnis den Wienern in unvergänglicher Erinnerung bleiben wird.

Durch Veröffentlichung dieser meiner von aufrichtigster Sympathie erfüllten Dankesworte werden Sie, hochverehrter Herr Doktor, neuerdings verpflichten Ihren ergebensten

Rudolf Ritter von Schwarz-Hiller, Gemeinderat und bevollmächtigter Vertreter der Stadt Wien.

Als der „Bund" die ergreifende Schilderung Ritter von Schwarz-Hillers veröffentlicht hatte, kamen sofort aus unserm Leserkreis Vorschläge, es sollen Sammlungen veranstaltet, Aufrufe veröffentlicht, arme Wiener Kinder in größerer Zahl zur Pflege nach der Schweiz genommen werden. Auch Geld und Lebensmittelkarten wurden uns schon zugesandt. Seitdem sind die Sendungen so angewachsen, daß wir sie im Wagen der Zentralstelle zuführen müssen, was am ersten ruhigen Tag geschehen soll. Brief auf Brief mit Karten und Geld kam aus allen Landesteilen des Kantons Bern, aber auch aus Montreux, Vevey, Lausanne, Genf, Neuenburg, Bulle, Freiburg, Lugano trafen reiche Spenden ein.

Daß die Schweiz Herz hat, zeigt sie den Wienern; in so vielen Briefchen heißt es: „Das konnten wir uns noch absparen" — „soviel kann ich entbehren".

Ein einsamer Geschichtsgelehrter sendet uns seine Spende mit der Aufschrift: „Pro Vindobona. Wenig aber von Herzen." Eine große Anzahl von Kartenabschnitten wird uns von Internierten eines Ententestaates übermittelt; ehrend sei es verzeichnet.

Berner Bund

6./I. 1919

34

Die Not in Wien

Die Entente will helfen

Wien, 5. d. (Drahtbericht der A. C.) Die Kohlenkrisis verschärft sich. Der tschechische Gesandte Tusar versprach Besserung der Zufuhren. Das Elektrizitätswerk ist nur noch für sechs Tage versorgt. Die Entente hilft nach Kräften. Der englische Oberst Sommerhayes erbat drahtliche Hilfe vom englischen Roten Kreuz für die Kinder. Um Mittag erfahren wir aus bester Quelle, daß die Entente eine Ernährungshilfe für drei Monate fest bewilligt. Der zweite und dritte Schweizerzug werden demnächst erwartet. (Ein Transport ist Samstags von Buchs abgegangen. Red.) Die Freude der armen Bevölkerung ist grenzenlos und äußert sich in Dankbarkeit und Liebe für die Schweiz, aber auch für die Entente.

ag. **Wien**, 5. d. (W. K. B.) Im Staatsamt für Volksernährung fand heute vormittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Löwenfeld eine weitere Besprechung mit den Vertretern der alliierten Lebensmittelkommission statt. Vor der Beratung wurde festgestellt, daß von den ersten von der Lebensmittelkommission zugesagten 4000 Tonnen Weizen, die Italien aus seinen Kontingenten bereitwillig zur Verfügung gestellt hat, heute früh 19 Wagen in Wien eingetroffen sind. Für morgen werden weitere 70 erwartet. Um die rasche Abwicklung des Transportes erwarb sich der Führer der italienischen Delegation, Professor Giufrida, Verdienste. Im Verlaufe der heutigen Besprechungen wurde seitens der Kommission die unverzügliche Lieferung weiterer 4000 Tonnen Getreide aus Italien zugesagt. Die Mitglieder der Lebensmittelkmmission reisten nach Prag ab. Nach ihrer Rückkehr werden die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Berner Tagblatt
6./I. 1919

6/1.19 B.P.B.
35

Die Zustände in Oesterreich-Ungarn.

Die Lebensmittel- und Kohlennot in Oesterreich.

ag. Wien, 4. Jan. (W. K.-B.) Die Mitglieder der interalliierten Lebensmittelkonferenz, die am 2. Januar abends eine interne Besprechung abhielten, machten gestern einen Besuch im Staatsamt für auswärtige Angelegenheiten, wobei sie eine Besprechung mit Staatssekretär Bauer hatten. Der Staatssekretär schilderte ihnen die Ursachen der Wirkungen der Lebensmittel- und Kohlennot und betonte insbesondere, daß naturgemäß das Aufrechterhalten der Ruhe und Ordnung in engem Zusammenhang mit der Lebensmittel- und Kohlenfrage stünde und daß keinerlei andere Mittel zur Fortführung des bisher geregelten und trotz der Revolution nahezu ungestörten staatlichen Lebens notwendig sein würde, falls nur die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden könnten. — Hierauf gab Staatssekretär Löwenfeld-Ruß eine eingehende Schilderung der derzeitigen Lebensmittellage Deutschösterreichs. — Nachmittags entwarf der Oberstadtphysikus ein düsteres Bild über die Unterernährung, die Sterblichkeit und den Geburtenrückgang in der Bevölkerung und belegte seine Ausführungen mit reichem statistischen Material.

ag. Wien, 5. Jan. (W. K. B.) Die Vertreter der interalliierten Wirtschaftskonferenz besuchten gestern vormittag die Großmarkt-Halle, wo sie sich von der schlechten Lebensmittelversorgung Wiens überzeugen konnten. Sie erklärten, daß sie ihren Regierungen darüber berichten werden.

Lebensmittel für Wien.

ag. Wien, 4. Jan. (W. K.-B.) Einer Mitteilung des Ernährungsamtes zufolge beschloß der englische Oberkommandierende in Italien, einen Zug mit verschiedenen Lebensmitteln nach Wien abgehen zu lassen, der bereits in den nächsten Tagen in Wien einlangen wird.

Berner Tagblatt
6./I. 1919

B.P.B. 6/1. 19.
36

Die Zustände in Oesterreich-Ungarn.

Die Lebensmittelversorgung Wiens.

pg. Wien, 6. Jan. (W. K. B.) Im Staatsamt für Volksernährung fand heute vormittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Löwenfeld eine weitere Besprechung mit den Vertretern der alliierten Lebensmittelkommission statt. Vor der Beratung wurde festgestellt, daß von den ersten von der Lebensmittelkommission zugesagten 4000 Tonnen Weizen, die Italien aus seinen Kontingenten bereitwillig zur Verfügung gestellt hat, heute früh 19 Wagen in Wien eingetroffen sind. Für morgen werden weitere 70 erwartet. Um die rasche Abwicklung des Transportes erwarb sich der Führer der italienischen Delegation, Professor Giusrida, Verdienste. Im Verlaufe der heutigen Besprechungen wurde seitens der Kommission die unverzügliche Lieferung weiterer 4000 Tonnen Getreide aus Italien zugesagt. Die Mitglieder der Lebensmittelkommission reisten nach Prag ab. Nach ihrer Rückkehr werden die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Entente-Hilfe für Wien.

ag. Wien, 6. Jan. (W. K.-B.) Wie das „Fremdenblatt" erfährt, haben die Mitglieder der interalliierten Ernährungskommission einen tiefen Eindruck von der in Wien herrschenden Not davongetragen, was nicht ohne Folgen bleiben werde. Anerkannt werde vor allem die Ruhe und Ordnung, die in Wien herrsche, ebenso die durchwegs humane Behandlung der gewesenen feindlichen Ausländer. Man könne mit Sicherheit darauf rechnen, daß seitens der Entente alles geschehen werde, um genügende Mengen Lebensmittel nach Wien zu befördern, auch nach dem Monat April bis zur neuen Ernte. In der nächsten Zeit werden auch Verhandlungen über die Zufuhr von Rohstoffen nach Oesterreich beginnen.

—⊙—

Neues Wiener Tagblatt

7. II. 1919

38

Die Entente und die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschösterreichs.

„The Vienna Bulletin" berichtet: Dr. Alonzo Taylor, der Vorsitzende der interalliierten Wirtschaftskommission, hat Sonntag nachmittag im Hotel Bristol die Herren Universitätsprofessor Dr. Adolf Lorenz und Staatsrat Max Friedmann zu einer eingehenden Besprechung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Lage gemeinsam empfangen. Der Wiener Gelehrte, der bekanntlich in Amerika eine anerkannt chirurgische und philanthropische Tätigkeit entfaltet hatte, überreichte als seine Visitkarte das künstlerisch ausgestattete Ehrenbürgerdiplom der Stadt New-York, das Dr. Taylor mit großem Interesse besichtigte. Vom Staatsrat Friedmann ließ sich Dr. Taylor eingehend über die Kompensationsmöglichkeiten durch die österreichische Industrie informieren.

Oster. Volkszeitung

8/I. 1919

40

Wiener Schuhe für Ungarn.

63.000 Paar Lederschuhe im Tausch für Lebensmittel.

Bei den Kompensationsverhandlungen, die Doktor Josef Kranz in Budapest für den deutschösterreichischen Staat geführt hat, wurden auch Schuhe als Gegenwert für die von Ungarn zu liefernden Lebensmittel herangezogen. Es kam nun eine Einigung dahin zustande, daß sich Deutschösterreich verpflichtete, für eine im Werte entsprechende Menge von Lebensmitteln 63.000 Paar Schuhe nach Ungarn zu liefern. Da aber die Qualität in den Verhandlungen nicht genau vereinbart wurde, gab die Lieferung zu Differenzen Anlaß. Die Ungarn fühlten sich, als der Abtransport der Schuhe begonnen hatte, die natürlich teilweise mit Ersatzstoffen ausgestattet waren, benachteiligt und verlangten Schuhe nur aus Leder, wenn sie die Lebensmittellieferung nicht einstellen sollten.

Unter diesem Zwange sah sich die deutschösterreichische Regierung genötigt, auf die Forderung der Ungarn einzugehen, und es wird her in Wien von einigen aus Budapest delegierten Herren die Uebernahme der rein aus Leder hergestellten Schuhe bewerkstelligt. Die Herren Frank, Lustig und Weiß kaufen nun, wie das Fachblatt „Der Schuh" mitteilt, bei den Wiener Fabrikanten und Grossisten im Namen der ungarischen Regierung und mit Bewilligung der deutschösterreichischen Behörden zu mäßigen Preisen alle Schuhe auf, deren sie habhaft werden können, so daß die sicherlich nicht allzu großen Quantitäten von Lederschuhen, die Wien noch besitzt, nach Ungarn wandern. Die Wiener werden also vielleicht neuerlich unter einer Schuhnot zu leiden haben, während in Ungarn Wiener Lederschuhe getragen werden. Bei den Verhandlungen ist, wie die Fachkreise erklären, insofern ein Fehler begangen worden, als von den hiesigen Unterhändlern, die von Schuhen und den Verhältnissen in der Schuhbranche keine Ahnung hatten, nicht einmal die Qualität der Schuhe vereinbart wurde. Die Ungarn haben daher jetzt den Vorteil, Lederschuhe statt Schuhe aus Ersatzstoffen zu beanspruchen. Der Verlauf der ganzen Angelegenheit beweist jedenfalls wieder einmal, wie notwendig es ist, bei derartigen Verhandlungen Fachleute zu Rate zu ziehen, um schwere Fehler zu vermeiden, die nicht wieder gutgemacht werden können.

Fremdenblatt.
8./I. 1919

41

Zur Besserung der Lebensmittelversorgung.

Eine Konferenz der Landeshauptleute.

Im Staatsamte für Volksernährung fand Sonntag unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Dr. Lorwenfeld-Ruß eine Beratung mit den Landeshauptleuten von Deutschösterreich statt, an welcher Unterstaatssekretär Richard Riedl, sowie Vertreter der Staatsämter des Aeußern, der Finanzen, für Kriegs- und Uebergangswirtschaft und für Landwirtschaft sowie zahlreiche Funktionäre des Staatsamtes für Volksernährung teilnahmen.

Außer organisatorischen Fragen wurden eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Besserung der Lebensmittelversorgung, insbesondere die Hebung der Getreideaufbringung, die Verstärkung der Viehanlieferung, die zentrale Bewirtschaftung von Speisefett, die Frage des Wildabschusses und der Milchversorgung, endlich die Bewirtschaftung des Rauhfutters usw. eingehend besprochen.

Die mehrstündigen Besprechungen werden dazu beitragen, ein einheitliches Vorgehen der Zentralregierung mit den Landesregierungen zu sichern. Im Laufe der Besprechungen nahm der Staatssekretär auch die Gelegenheit wahr, der vielfach verbreiteten Anschauung, daß einzelne Gebiete Deutschösterreichs bevorzugt werden, entgegen zu treten und darauf hinzuweisen, daß das Staatsamt für Volksernährung bestrebt sei, eine gleichmäßige Versorgung aller deutschösterreichischen Landesteile sicherzustellen.

Dringliche Anforderung von Lebensmitteln.

Die Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich wird heute ein Gesetz beschließen, welches das Staatsamt für Volksernährung oder auf dessen Anordnung die Landesregierung ermächtigt, zugunsten öffentlicher Versorgungsstellen die Anforderung von Lebens- und Futtermitteln aus öffentlichen Rücksichten als dringlich zu erklären. Der Vorratsbesitzer ist verpflichtet, im Falle dringlicher Anforderung alle Behelfe beizubringen, welche zur Ermittlung des Wareneigentümers oder sonstiger Verfügungsberechtigter dienlich sind. Die Vergütung dringlich angeforderter Waren wird von der Behörde nach Anhörung eines Sachverständigen bestimmt. Ist für die Ware ein Höchstpreis bestimmt, so darf die Vergütung diesen nicht übersteigen. Insoweit der Einkaufspreis der Ware durch Kettenhandel oder andere Machenschaften eine übermäßige Höhe erreicht hat, ist dieses Uebermaß bei der Bestimmung der Vergütung nicht zu berücksichtigen. Zuwiderhandelnde unterliegen Strafen bis zu 10.000 Kronen oder Arreststrafen bis zu sechs Monaten.

Erhöhung der Fleischpreise in Sicht.

Eine Parlamentskorrespondenz berichtet: Die notwendigen Sparmaßnahmen veranlaßten die Regierung, einen Abbau des Staatszuschusses beim Einkauf des Rindfleisches, der monatlich 12½ Millionen Kronen beträgt, vorzunehmen. Aus diesem Grunde trat auch kürzlich eine Erhöhung der Fleischpreise ein. Wie nun verlautet, soll der Staatszuschuß gänzlich eingestellt und nach dem 15. Jänner eine empfindliche Fleischpreiserhöhung vorgenommen werden. Sie wird beim Einheitsfleisch etwa 10 Kronen und beim Extremfleisch etwa 14 Kronen das Kilogramm betragen, so daß dann das Einheitsfleisch 18 Kronen und das Extremfleisch 38 Kronen pro Kilogramm kosten wird.

Berner Bund

9./I. 1919

9./I. 10.

42

Sammlung für Schülerspeisung und Hilfsaktion für Wien

Die kantonale Hilfskommission hat die Organisation und Durchführung der Sammlung in den Gemeinden den Schulkommissionen, der Lehrerschaft und den Pfarrämtern übertragen. In den Städten Bern und Biel bestehen besondere Hilfskomitees. In jeder Gemeinde wird eine Abschnittsammelstelle bezeichnet, die von der Gemeindebrotkartenstelle einen schriftlichen Ausweis erhält, daß sie zur Sammlung berechtigt ist. Die Sammlung für Schülerspeisung (nur Brotkarten) und die Hilfsaktion für Wien werden miteinander, aber getrennt durchgeführt. Eingesammelt werden eingesparte Abschnitte (ohne Stämme) der Nationskarten für Brot, Mehl, Käse, Fett und Monopolwaren, wie Reis, Haferprodukte, Teigwaren und Zucker. Zum Zwecke dieser Sammlung ist jedermann gestattet, Kartenabschnitte selbst abzutrennen und den Sammlern abzugeben. Die Sammlungen beginnen in diesen Tagen.

Für Wien bestimmte Geldbeträge und Naturalgaben, als welche nur transportable Dauerwaren in Frage kommen, können an die Sammelstellen der Gemeinden abgeliefert oder direkt an die kantonale Geschäftsstelle, Rathaus Bern, gesandt werden. Diese hat Postscheckkonto Nr. III/2526. Postsendungen sind portofrei.

Berner Bund
9./I. 1919

9./I. 19.
43

Eine ungarische Rechtfertigung bezüglich des Wiener-Elendes

nh. Budapest, 7. d. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten der ungarischen Republik richtete an den schweizerischen Bundesrat eine Note, in welcher er gegen die Beschuldigungen, die in der Sitzung des schweizerischen Nationalrates vom 18. November vergangenen Jahres erhoben wurden, protestiert. Diese vollständig unbegründeten Beschuldigungen richteten sich gegen die ungarische Lebensmittelpolitik und werfen ihr vor, die Stadt Wien ohne Lebensmittel zu lassen, trotzdem Ungarn solche im Ueberfluß besitze. Die Note nennt die Höhe des ungarischen Exportes in Mehl, Kartoffeln, Getreide und Schafen seit der Uebernahme der Regierung durch die Volksherrschaft; diese Lebensmittel wurden in mehreren Millionen Tonnen nicht nur nach Wien, sondern auch nach Steiermark ausgeführt. Die ungarische Regierung erklärt sich bereit, die Lebensmitteltransporte nach Oesterreich wieder aufzunehmen, wenn die alliierten Truppen die Ausfuhr aus den besetzten Gebieten — namentlich aus der Getreidekammer des Landes, dem durch die Serben besetzten Banat — gestatten, und wenn zu den Transporten die Kohlen geliefert werden, an welchen Ungarn vollständigen Mangel leidet, und welcher Umstand für das Land selbst die Gefahr der Anarchie vergrößert.

Berner Rund

9./1. 1919

9./1. 19.

Italienisches Dementi

ag. **Rom**, 7. d. (Stefani.) Um Mißverständnisse und Reibungen hervorzurufen, verbreiten Agenten in der Schweiz und anderswo Mitteilungen, Veröffentlichungen und Falschmeldungen, daß Italien nicht nur keine Intervention zugunsten der augenblicklich hart geprüften Bevölkerungen unternehmen werde, sondern daß es sogar deren Verpflegung hindere, um sie zum Anschluß an Italien zu bewegen. Ein solches Vorgehen stände im Gegensatz zu den Grundsätzen und Methoden, die Italien von jeher geleitet haben. Wahrheit ist, wie dies auch alle anständigen Leute wissen, daß Italien alsbald nach seinem glänzenden Waffensieg über seine Feinde es vorzog, die seinem Volk für die Kriegszeit auferlegten Einschränkungen in der Ernährung noch beizubehalten, um die den leidenden Bevölkerungen zu bringende Hilfe nicht um eine Stunde zu verzögern. Weitgehende Hilfe wurde überall dort gewährt, wo sie verlangt wurde, und zwar ohne Unterschied der Nationalität. Italien hat jüngst von den Alliierten das amtliche Mandat erhalten, für die ersten Bedürfnisse Wiens und der andern am meisten mitgenommenen österreichischen Städte zu sorgen. Seit langem schon hatte es große Mengen Lebensmittel an der ganzen Küste der östlichen Adria verteilt. Italien ist bereit und wird immer bereit sein, mit der einmütigen Zustimmung seines ganzen Volkes auf den Ueberfluß zu verzichten, um alle unverschuldeten Leiden zu mildern.

Berner Tagblatt

9/I. 1919

3.3.3 9/1.19. 45

Hülfe für Wien

ag. **Wien**, 8. d. (W. K. B.) Gestern früh verließ die mit dem ersten schweizerischen Lebensmittelzug hier eingetroffene schweizerisch Lebensmittelkommission Wien. Der Kommandant, Oberleutnant Dr. Schmid, dankte der Gemeinde Wien für die freundliche Aufnahme und den herzlichen Empfang der Kommission. In der Stadtratssitzung verlas der Bürgermeister eine Zuschrift des Kommissärs der schweizerischen Hilfsaktion, Oberstleutnant Frey, in der er den Dank für die freundliche Aufnahme ausdrückte und die Versicherung gab, daß das gastfreundliche Wesen der Stadt Wien und das allseitig bewiesene Entgegenkommen mit den Erinnerungen an Wien eng verknüpft sein werde.

ag. **Schaffhausen**, 8. d. Eine durch den Regierungsrat und Stadtrat einberufene Versammlung beschloß einstimmig, sofort ein kantonales Hilfskomitee für Wien ins Leben zu rufen. In jeder Gemeinde soll eine Gemeindestelle errichtet werden.

ag. **St. Gallen**, 9. d. Hier bildete sich ebenfalls ein kantonales Komitee für die Wiener Hilfsaktion. Den Vorsitz führt Regierungsrat Dr. Mächler.

Berner Tagblatt

9./I. 1919

B.P.B. 9./1. 19
46

Die Zustände in Oesterreich-Ungarn.

Die amerikanische Mission in Wien.

ag. Wien, 9 Jan. (W. K.-B.) Im Staatsamt für Heerwesen erschien gestern die amerikanische Studienkommission unter Führung von Prof. Archibald Coolidge, um sich über militärische, wirtschaftliche und politische Fragen zu informieren. Die Kommission wurde von Unterstaatssekretär Dr. Deutsch empfangen, der auf die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschösterreich trotz des herrschenden Mangels hinwies. Prof. Coolidge erklärte, daß die Bemühungen der leitenden Stellen Deutschösterreichs, für die Ruhe und Sicherheit zu sorgen, in Amerika den besten Eindruck hervorrufen würden.

Berner Tagblatt

9./I. 1919

B.T.B. 9./1. 19

47

Lokales.

Hilfe für Wien.

Wir machen unsere Leser und ein weiteres Publikum nochmals darauf aufmerksam, daß die Sammlung von Lebensmittelkarten für Wien und die Schülerspeisung am 10. Januar, also morgen Freitag, stattfindet. Das Publikum sei daran erinnert, daß an dem genannten Tage die Schüler mit den Sammelbüchsen für die Marken von Haus zu Haus gehen. Für solche, die sich zur Zeit der Sammlung nicht zu Hause befinden und von der Sammlung nicht erreicht werden, sind auf den Polizeiposten der Quartiere und in der Stadtpolizei im Korridor. Parterre, Urnen für die Sammlung aufgestellt

Mitbürger! Gedenkt der traurigen und unhaltbaren Lage der Wiener Bevölkerung, die Hunger leidet. Gebt gern und reichlich, was Ihr an Kartenabschnitten irgendwie entbehren könnt, und vergeßt dabei auch die Schülerspeisung nicht.

Ostdeutsche – Rundschau
9./I. 1919

48

Vergleich der jetzigen Preise der Lebens- und Bedarfsartikel gegenüber den Friedenspreisen.

	Früher	Jetzt		Steigerung — Prozent
	Kronen			
Mehl per Kilogramm	0.34	2.70 bis	26.—	75 mal 7500
Zucker „ „	1.04	1.60 „	24.—	23 „ 2300
Butter „ „	4.20	25.— „	70.—	16½ „ 1650
Schmalz per Kilogramm	2.—	80.— „	90.—	40 „ 4000
Rindfleisch per Kilogramm	3.—		20.—	6½ „ 650
Kalbfleich „	3.—		26.—	9 „ 900
Schweinefleisch per Kilogramm	2.80	15.— „	50.—	17 „ 1700
Wurst „ „	2.50	28.— „	60.—	24 „ 2400
Schinken „ „	7.—		60.—	8 „ 800
Brot per Laib	0.46	1.— „	1.56	3 „ 300
Reis per Kilogramm	0.40		40.—	100 „ 10000
Gries „ „	0.40		20.—	50 „ 5000
Tee „	20.—		100.—	5½ „ 500
Kartoffel per Kilogramm	0.12		2.—	16 „ 1600
Milch per Liter	0.34		1.20	3 „ 350
Eier per Stück	0.07		1.20	17 „ 1700
Bier per halber Liter	0.32		1.40	4 „ 400
Wein per Viertelliter	0.40		3.—	7½ „ 750
Käse per Kilogramm	8.—		35.—	4 „ 400
Aepfel „	0.80		5.—	6 „ 600
Zwetschken per Kilogramm	0.20		4.—	20 „ 2000
Herrenanzüge	100.—		1000.—	10 „ 1000
Damenkleider	200.—		2000.—	10 „ 1000
Stiefel	200.—		200.—	10 „ 1000
Herrenhüte	15.—		80.—	5 „ 500
Damenhüte	40.—		200.—	5 „ 500
Wäsche, z. B. Kragen	0.40		4.—	10 „ 1000
Herrensocken	1.—		30.—	30 „ 3000
Damenstrümpfe	2.40		60.—	25 „ 2500
Schafwollweste	20.—		200.—	10 „ 1000
Schafwollstrickgarn per Kilogramm	6.—		180.—	30 „ 3000
Zwirn per Spule	0.30		12.—	40 „ 4000
Kohle per Zentner	2.04		9.10	4 „ 400
Stopfwolle per Knäuel	0.10		2.—	20 „ 2000
Holz per Bund	0.70		7.—	10 „ 1000
Salatöl per Liter	3.60		56.—	15 „ 1500
Elektrisches Licht				20
Gas per Kubikmeter	0.11		0.26	2½ „ 250
Wäsche zum Waschen per Kilogramm	0.36		1.60	4½ „ 450
Seife per Kilogramm	0.70		13.—	18 „ 1800
Dienstboten pro Monat	100.—		500.—	5 „ 500
Herrenhemden waschen und bügeln	0.30		1.50	5 „ 500
Kragen „ „ „	0 06		0.70	12 „ 1200
Manschetten „ „ „	0.12		1.—	8 „ 800
Lederhandschuhe	2.—		40.—	20 „ 2000
Zwirnhandschuhe	1.—		20.—	20 „ 2000
Kamm	2.—		20.—	10 „ 1000
Schwamm	4.—		20.—	5 „ 500
Reibbürste	0.90		9.—	10 „ 1000
Ausreibtuch	0.60		8.—	13 „ 1300
		Summe:	50 Gegenstände	822

Durchschnitt: 822 : 50 = 16 44.

Durchschnittlich ist also alles 16½ mal so teuer als früher. Die Krone hat demnach heute nicht mehr Kaufkraft wie früher 6 Heller.

Dieser Vergleich sollte schon vor drei Monaten erscheinen, die Zensur unterdrückte ihn. Heute bringen wir ihn zur Kenntnis unserer Leser. Unter der glorreichen Republik ist es noch teurer geworden, die Krone noch mehr entwertet, sie gilt keine fünf Heller mehr...

Fremdenblatt

9./I. 1919

49

Die Hilfsaktion für Wien.

Die amerikanische Studienkommission in Wien.

Im Staatsamte für Heerwesen erschien heute die amerikanische Studienkommission unter Führung des Professors Archibald Cary Coolidge, um sich über militärische, wirtschaftliche und politische Fragen zu informieren. Die Kommission wurde vom Unterstaatssekretär Dr. Deutsch empfangen, der ihr in ausführlicher Weise über die durch den Zusammenbruch der alten Armee entstandenen Schwierigkeiten, sowie über die Entstehung und den Aufbau der Volkswehr Aufschlüsse gab und darauf hinwies, daß trotz der so überaus ungünstigen Ernährungsverhältnisse und des Kohlenmangels die Ruhe und Ordnung im Gebiete der deutschösterreichischen Republik stets aufrechterhalten werden konnte.

Die Kommission war von den erhaltenen Informationen durchaus befriedigt. Ihr Vorsitzender Professor Coolidge erklärte, daß die Bemühungen der leitenden Stellen Deutschösterreichs, für die Ruhe und Sicherheit zu sorgen, in Amerika den besten Eindruck hervorrufen würden.

Abreise der Schweizer Lebensmittelkommission.

Das mit dem ersten Schweizer Lebensmittelzuge in Wien eingetroffene Begleitdetachement, bestehend aus Offizieren und Mannschaft, hat gestern Wien verlassen. Der Kommandant dieser Abteilung Oberleutnant Dr. Schmid hat der Gemeinde Wien für die freundliche Aufnahme und herzlichen Empfang den Dank der Kommission zum Ausdrucke gebracht.

In der gestrigen Stadtratssitzung brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende Zuschrift des Kommissärs der schweizerischen Hilfsaktion Oberstleutnant Frey zur Kenntnis: „Der Magistrat der Stadt Wien hat uns in außerordentlich liebenswürdiger Weise mit einem sinnigen Andenken an unsern hiesigen Aufenthalt überrascht. Ich beehre mich, Ihnen hiedurch den herzlichsten Dank meiner Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten auszusprechen und Sie zu versichern, daß die gastfreundliche Aufnahme in Ihrer Stadt und das freundliche Entgegenkommen, das uns allerorts zuteil geworden ist, mit unseren Erinnerungen an den Aufenthalt in Wien enge verknüpft sein werden. Ich benütze den Anlaß, um Ihnen mitzuteilen, daß die Offiziere, die Unteroffiziere und die Mannschaft des Bewachungsdetachements des ersten Lebensmittelzuges nach der Schweiz zurückgekehrt sind. Genehmigen Sie, verehrter Herr Bürgermeister, nochmals herzlichen Dank mit dem Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung."

Die Wirtschaftshilfe der Entente.

(Vorläufig 24.000 Tonnen Getreide, 2000 Tonnen Fett, 750 Tonnen Kondensmilch.)

Vom Staatsamte für Volksernährung wird mitgeteilt: Die Mitglieder der interalliierten Lebensmittelkommission, die gestern morgens aus Prag nach Wien zurückgekehrt sind, haben sich nachmittags im Staatsamte für Volksernährung eingefunden, wo unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Dr. Loewenfeld-Ruß die Beratungen über die Deutschösterreich zu gewährende Lebensmittelaushilfe fortgesetzt wurden. An dieser Besprechung nahmen Vertreter des Staatsamtes des Aeußern, des Staatsamtes für Finanzen, ferner Vertreter der Gemeinde Wien und Mitglieder des Direktoriums des Staatsamtes für Volksernährung teil.

Dr. Taylor gab namens der interalliierten Lebensmittelkommission die Erklärung ab, daß von den Alliierten Deutschösterreich vorläufig insgesamt: 24.000 Tonnen Getreide, ferner 2000 Tonnen Fett und 750 Tonnen Kondensmilch zur Verfügung gestellt werden. In den angeführten Getreidemengen sind die bisher bereits zugesagten 8000 Tonnen Getreide, welche aus Italien schon im Anrollen sind, inbegriffen.

Ueber die bezeichneten Mengen wird das Staatsamt für Volksernährung einen ganz genauen Verteilungsplan ausarbeiten, der der interalliierten Kommission nach ihrer Rückkehr aus Budapest am nächsten Samstag zur Kenntnis gebracht werden wird. Die weitere Versorgung Deutschösterreichs wird, wie Dr. Taylor in Aussicht gestellt hat, noch im Laufe dieses Monats den Gegenstand von weiteren Beratungen bilden, die voraussichtlich in Paris geführt werden.

* * *

Eine Lebensmittelaktion für „Frau und Kind".

Frau Melanie Kaltenhuber ist von einer Reise, die sie im Einverständnisse mit den Wiener Behörden unternommen hatte, aus Budapest hierher zurückgekehrt. Die Reise bezweckte, für „Frau und Kind" in Wien Lebensmittel zu beschaffen. Das rein charitative Unternehmen hatte Erfolg. Frau Kaltenhuber erhielt das Versprechen, daß vom ungarischen Ernährungsministerium zwanzig Waggon Mehl gegen Kompensationen abgegeben werden, ferner wurde auf Grund eines Vortrages bei dem Budapester Hausfrauenverein eine Aktion auf Sammlung von nicht eingelösten Lebensmittelkarten eingeleitet. Auf diese Karten werden vom Ernährungsminister Lebensmittel für Wien ausgefolgt. Die Delegierte fand bei den ungarischen Behörden großes Entgegenkommen. Obgleich die Aussichten für später nicht rosig sind, erklärte man sich bereit, den Wiener Spitälern, Waisenhäusern, Kindern und Wöchnerinnen nach Möglichkeit hilfreich beizuspringen.

Frau Kaltenhuber besuchte in Budapest auch den serbischen und den rumänischen Gesandten und erhielt von beiden Zusagen. Nach der Durchführung der Budapester Aktion wird sich Frau Kaltenhuber nach Prag zur Beschaffung von Kohlen und Erdäpfeln für die Aktion „Frau und Kind" und nach Rumänien begeben.

Eine Auslandsgruppe im Volksernährungsamte.

Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die derzeit der Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande zukommt, wurde im Staatsamte für Volksernährung eine eigene Auslandsgruppe geschaffen, welcher alle die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande betreffenden Angelegenheiten zugewiesen sind. Zum Vorstande dieser dem Staatssekretär unmittelbar unterstellten Gruppe wurde der bisher im Staatsamt für Kriegs- und Uebergangswirtschaft in Verwendung gewesene Ministerialrat Dr. Alfred Grünberger bestellt.

Neue Freie Presse
9./I. 1919

50

Die Abholzungen im Lainzer Tiergarten.

In der heutigen Stadtratssitzung richtete Stadtrat Max Winter an den Bürgermeister eine Anfrage, in welcher er darauf hinweist, daß durch allzu reichliche Holzschlagungen im Lainzer Tiergarten die Gefahr einer Ueberschwemmung durch eventuelles Hochwasser drohe. Er machte auch darauf aufmerksam, daß sich in dem Tiergarten eine Baracke befinde, aus der von den Holzsammlern ganze Bretter herausgerissen werden. Er fragt, ob der Bürgermeister gewillt ist, unverzüglich alle Schritte zu unternehmen, die eine Niederlegung der 26 Joch Wald neben der Heidewiese hintanhalten, und dafür zu sorgen, daß die aus dem Tiergarten zu gewinnende Holzmenge im gleichen Verhältnis veranschlagt werde, wie die Holzmenge, die aus dem Wienerwald gewonnen werden soll. Wenn Wien aus dem Tiergarten und den Staatsforsten 130.000 Raummeter Holz gewinnen wolle, so kämen auf jedes der 45.000 Hektar etwa drei Raummeter, auf den ganzen Tiergarten also mit seinen 2000 Hektar 6000 Raummeter, nicht aber 50.000, und auf die Staatsforste im Wienerwald der Rest. Weiter fragt der Interpellant, ob der Bürgermeister geneigt ist, das Zweckdienliche zu veranlassen, daß die Niederlegung der Baracken auf einem an Wien anstoßenden Gebiet nicht fortgesetzt werde. Die heute noch stehenden Baracken sind für die Unterkunft von 50 erholungsbedürftigen Kindern ausreichend, ohne daß sonderliche Adaptierungen nötig wären. Bei dem Mangel an Erholungsstätten für die Wiener Kinder geht es nicht an, daß eine derart unzweckmäßige Verwüstung von öffentlichem Gut geduldet wird.

Der Bürgermeister teilt mit, daß er morgen beim Staatsnotar Dr. Sylvester und beim Unterstaatssekretär Riedl vorsprechen werde, um die Denkschrift der Gemeinde Wien bezüglich der Krongüter, in welcher auch der Lainzer Tiergarten behandelt wird, zu überreichen.

Stadtrat Kienböck ersucht den Bürgermeister, dabei besonders darauf aufmerksam zu machen, daß der Tiergarten ehestens an gewissen Tagen der Bevölkerung zugänglich gemacht werde.

In Ausführung seiner Anfrage weist Stadtrat Winter noch darauf hin, daß nicht bloß Fall- und Klaubholz aus dem Tiergarten weggetragen werde, sondern daß die Leute auch mit Aexten und Sägen kommen und junge Bäume fällen, ja daß Leute sogar mit Wagen gefahren kommen, um das Holz wegzuschaffen. Er fragt den Bürgermeister, ob es nicht möglich wäre, eine Reihe von Arbeitslosen damit zu beschäftigen, das Klaubholz zu sammeln, um es von gewissen Stellen aus an die Bevölkerung zu verteilen.

Die Zeit

9./I. 1919

51

Staatliche Lebensmittellager.

Die Wirtschaftsgeschichte des Weltkrieges wird auch der staatlichen Lebensmittellager, von deren Umfang und Bedeutung sich der Außenstehende nicht einmal einen annähernden Begriff zu machen vermag, besonders gedenken müssen. Schon ihr Entstehen ist höchst merkwürdig. Sie waren nicht das Werk einer reiflichen Ueberlegung, nicht die Schöpfung eines behördlichen Willens oder einer auf Selbsthilfe gerichteten Bestrebung der Beamtenschaft. Von ihnen läßt sich vielmehr, ähnlich den bekannten Worten des Dichters, sagen: Sie kamen, und sie waren da. So hatte, um nur einen Einzelfall herauszugreifen, ein energischer Beamter noch zu Anfang des Krieges, als die Preise behende emporzuklettern und die Kaufleute ihre Höflichkeit abzustreifen begannen, den glücklichen Einfall, sich unmittelbar an einen Produzenten zu wenden. Der überließ ihm für einen größeren Kreis von Kollegen gegen einen kurzfälligen Kredit die erforderliche Ware. Nach deren Veräußerung blieb, da der Einkaufspreis zuzüglich eines sehr geringfügigen Aufschlages den Verkaufspreis bildete, ein kleiner Ueberschuß übrig, der der Gesamtheit der Käufer gehörte. Diese Geschäfte wiederholten sich immer häufiger, der Kreis der Beamten, die sich daran beteiligten, erweiterte sich ebenso wie die Anzahl der Artikel, die von erster Hand gekauft worden sind. Und die Entwicklung ging so rasch vorwärts, daß gegenwärtig bloß von dieser Organisation ein Umsatz von mehr als hundert Millionen Kronen jährlich erzielt wird. Aehnlich verhielt es sich in anderen Fällen. Plötzlich entstanden, gleichsam via facti, zahlreiche Lebensmittellager, die von den Behörden stillschweigend geduldet und nur insofern gefördert wurden, als ihnen, oft innerhalb des Amtsgebäudes, die erforderliche Räumlichkeit überlassen, das notwendige Dienerpersonal zugewiesen worden ist und dergleichen. Allen diesen Bildungen fehlte ein juristisches Merkmal. Sie waren weder Kaufleute noch Genossenschaften noch Vereine, sie waren vom Standpunkt des Gesetzes eigentlich gar nicht vorhanden. Erst durch zwei im April und Juli 1918 erschienene Verordnungen sind sie zu einem juristischen Lebewesen geworden. Daß den staatlichen Lebensmittellagern, da sie nicht auf Erwerb gerichtet sind, begreiflicherweise auch keine Erwerbsteuer vorgeschrieben werden kann, ist selbstverständlich. Ihre Entwicklung und ihre Konkurrenzfähigkeit verdanken sie aber weder diesem Umstande noch der Unterstützung, die, wie jeder Chef, so auch der Staat seinen Angestellten gewähren darf und gewähren soll. Ihr Hauptvorteil ist vielmehr darin zu suchen, daß sie die Ware unmittelbar beim Produzenten kaufen und dadurch nicht nur den Gewinn des Großhandels, sondern auch die Gewinne ausschalten können, die während des Krieges eine Reihe von überflüssigen Zwischenhändlern, dann von Schleichhändlern, Kettenhändlern und sonstigen Parasiten zum großen Schaden der Volkswirtschaft erzielt hat und noch immer erzielt. So kam es, daß beispielsweise das Lebensmittellager des Staatsamtes der Finanzen die niedrigsten Verkaufspreise in Wien aufwies. Die Käufer konnten vom Lebensmittellager des Staatsamtes für Handel im Verlauf eines fünfvierteljährigen Zeitraumes die Waren nachgewiesenermaßen um rund 1½ Millionen Kronen billiger erstehen, als dies beim Kauf im öffentlichen Handel der Fall gewesen wäre. Von diesem Betrieb werden 25.000 Familien mit mehr als 74.000 Köpfen versorgt. Mit den Lebensmittellagern ist mehrfach (zum Beispiel beim Staatsamt für Ackerbau, für öffentliche Arbeiten, für Handel u. a.) der Betrieb und die Erhaltung von Kriegsküchen verknüpft. Letztere beziehen einen Teil der Waren vom Lebensmittellager, so daß sie nur bezüglich des übrigen Teiles des Bedarfes (zum Beispiel hinsichtlich gewisser leicht verderblicher Güter, wie Gemüse u. dgl.) auf den Markt angewiesen sind. Man kann dies auch so ausdrücken: Die erwähnten Lebensmittellager verkaufen einen Teil ihrer Waren sowohl im unverarbeiteten als auch in einem in den Kriegsküchen verarbeiteten Zustand. Wären die Staatsbeamten nicht in der Lage, sich hier zu verköstigen und ihren Bedarf bei den Lebensmittellagern zu beziehen, so hätten sie nicht nur die äußerste Grenze der Unterernährung erreicht, sondern sie müßten buchstäblich verhungern. Dank den Lebensmittellagern und der selbstlosen Hingabe der Männer, die diese gewaltigen Betriebe voll Umsicht und Geschicklichkeit leiten, sind sie dem sicheren Verderben entronnen. Kein Wunder, daß sie dem weiteren Ausbau der Lebensmittellager ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden und sich mit den damit zusammenhängenden organisatorischen Möglichkeiten befassen.

v. k.

9./I. 1919

52

Die Lebensmittelkommission der Entente in Wien.

Vom Staatsamte für Volksernährung wird mitgeteilt: Die Mitglieder der interalliierten Lebensmittelkommission, die gestern morgen aus Prag nach Wien zurückgekehrt sind, haben sich nachmittags im Staatsamte für Volksernährung eingefunden, wo unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Doktor Löwenfeld-Ruß die Beratungen über die Deutschösterreich zu gewährende Lebensmittelaushilfe fortgesetzt wurden. An dieser Besprechung nahmen Vertreter des Staatsamtes des Aeußern, des Staatsamtes für Finanzen, ferner Vertreter der Gemeinde Wien und Mitglieder des Direktoriums des Staatsamtes für Volksernährung teil. Dr. Taylor gab namens der interalliierten Lebensmittelkommission die Erklärung ab, daß von den Alliierten Deutschösterreich vorläufig insgesamt 24.000 Tonnen Getreide, ferner 2000 Tonnen Fett und 750 Tonnen Kondensmilch zur Verfügung gestellt werden. In den angeführten Getreidemengen sind die bisher bereits zugesagten 8000 Tonnen Getreide, welche aus Italien schon im Anrollen sind, inbegriffen. Ueber die bezeichneten Mengen wird das Staatsamt für Volksernährung einen ganz genauen Verteilungsplan ausarbeiten, der der interalliierten Kommission nach ihrer Rückkehr aus Budapest am nächsten Samstag zur Kenntnis gebracht werden wird.

Die weitere Versorgung Deutschösterreichs wird, wie Dr. Taylor in Aussicht gestellt hat, noch im Laufe dieses Monats den Gegenstand von weiteren Beratungen bilden, die voraussichtlich in Paris geführt werden.

Schaffung einer Auslandsgruppe im Staatsamt für Volksernährung.

Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die derzeit der Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande zukommt, wurde im Staatsamte für Volksernährung eine eigene Auslandsgruppe geschaffen, der alle die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande betreffenden Angelegenheiten zugewiesen sind. Zum Vorstand dieser dem Staatssekretär unmittelbar unterstellten Gruppe wurde der bisher im Staatsamte für Kriegs- und Uebergangswirtschaft in Verwendung gewesene Ministerialrat Dr. Alfred Grünberger bestellt.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch.

In der Samstag beginnenden Woche wird wiederum an Mindestbemittelte pro Kopf ½ Kilogramm Pferdefleisch, dies zum Preise von 1 K., abgegeben.

Die Zeit

9./I. 1919

53

Die Schweizer Delegation auf den Wiener Märkten.

In den frühen Morgenstunden erschien ter Führung des Marktamtsdirektors Kom- erzialrates Bauer der Personaladjutant des weizerischen Oberstleutnants Frey, Haupt- ann Weidmann, in Begleitung von sieb- hn schweizerischen Unteroffizieren in der roßmarkthalle, wo Marktamtsoberinspektor hilipp die Schweizer Delegierten mit dem roßmarktbetrieb vertraut machte. Es wurde ierauf ein Rundgang angetreten, an dem als ührer auch Veterinäroberinspektor Dechsler nd Kommissär Scholz teilnahmen.

Besonders erstaunt waren die Schweizer ber die Leere der Vorrats- und Kühlräume. ie sahen der Ausladung der heutigen Rind- leischankünfte für den Wiener Zentral- leischmarkt zu, die sich auf zwei Waggons berungarisches und zwei Waggons steirisches indfleisch im Gesamtausmaß von neun onnen beliefen. Oberinspektor Philipp ies darauf hin, daß zu normalen Zeiten vor em Kriege die tägliche Fleischanlieferung durch ahnzuführen für die Großmarkthalle sich auf 0 bis 50 Tonnen Rindfleisch stellte und über- ies noch 120 bis 150 Tonnen Rindfleisch aus em Schlachtstand zugeführt wurden.

Die Schweizer Mission, die ihr Bedauern rüber ausdrückte, daß die Wiener Bevölke- ung hauptsächlich von Rüben und Kraut leben üsse, begab sich sodann nach dem Na sch- arkt, wo Oberinspektor Wagner die ührung übernahm. Nachher fuhren die Kom- issionsmitglieder in den 10. Bezirk zur Be- chtigung einer Ausspeisungsaktion und einer nvalidenschule.

Abschrift
9. I. 1919

54

Die Frage der Fleisch- und Brotpreiserhöhung.

Wien, 9. Jänner.

Im Amte für Volksernährung findet heute eine Konferenz über die Frage der Fleisch- und Brotpreiserhöhung statt. Bezüglich der Brotpreise wurde in den bisherigen Beratungen angeregt, das Straßburger System einzuführen, wonach die Brotpreise abgestuft und für besser Situierte höhere Preise in Geltung treten sollen als für Minder- und Unbemittelte. Beim Fleischverkaufe wird sich die Einführung des Straßburger Systems nicht als notwendig erweisen, da ohnehin die Preise für Vorderes und Hinteres, Einheits- und Extremfleisch abgestuft sind. Die Fleischpreise sollen jedoch nicht, wie ursprünglich verlautete, um 10 und 14 Kronen erhöht werden, sondern es soll die Steigerung eine viel niedrigere sein. Doch auch gegen eine geringe Preiserhöhung des Rindfleisches macht sich ein großer Widerstand geltend, zumal bei der großen Arbeitslosigkeit, die jetzt in Wien herrscht, die Kaufkraft der Konsumenten so gesunken ist, daß die geringen Mengen an Rindfleisch, die auf den Markt kommen, vollkommen ausreichen, um den Bedarf zu decken, welch traurige Tatsache die Vertreter der interalliierten Lebensmittelkommission, die heute wieder die Großmarkthalle besuchten, feststellen konnten.

Keine Mehlzubuße!

Ein hiesiges Morgenblatt hat heute die Nachricht gebracht, daß für die nächste Woche eine Mehlzubuße von ½ Kilogramm pro Kopf zu erwarten sei. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, entspricht diese Meldung leider in keiner Weise den Tatsachen.

Berner Bund

10./I. 1919

55 10

Sammlung für Wien und Schülerspeisung. Man ersucht uns, nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß die Sammlung von Lebensmittelkarten für Wien und die Schülerspeisung am Freitag den 10. Januar stattfindet und daß an diesem Tage die Schüler mit den Sammelbüchsen für die Marken von Haus zu Haus gehen. Für diejenigen, die sich nicht zu Hause befinden und von der Sammlung nicht erreicht werden, sind auf den Polizeiposten der Quartiere und in der Stadtpolizei im Korridor Parterre Urnen für die Sammlung aufgestellt.

Berner Bund

10. I. 1919

56

K. k. Bezirksschulrat Wien.

Die Lebensmittelversorgung für Deutschösterreich

ag. Wien, 9. d. (W. K. B.) Dr. Taylor gab namens der interalliierten Lebensmittelkommission die Erklärung ab, daß von den Alliierten Deutschösterreich vorläufig insgesamt 24,000 t Getreide und 2000 t Fett, 750 t Kondensmilch zur Verfügung gestellt werden. Hierin sind die bereits zugesagten 8000 t Getreide, welche aus Italien schon im Anrollen begriffen sind, inbegriffen. Eine weitere Versorgung Deutschösterreichs wird, wie Taylor in Aussicht stellte, noch im Laufe des Januar Gegenstand weiterer Beratungen bilden, die voraussichtlich in Paris geführt werden.

Neues Wiener Tagblatt

Abendblatt
10./I. 1919
57

Die Lebensmittelhilfe für Wien.

Eine Unterredung eines amerikanischen Journalisten mit Freiherrn v. Hennet.

Bern, 10. Jänner. (Privattelegramm.) In Abwesenheit des deutschösterreichischen Gesandten Baron Haupt empfing heute Legationsrat Baron Hennet den Berner Korrespondenten der „Associated Preß" Mister Power, der mir über seine Unterredung folgende Mitteilungen machte: „Baron Hennet übermittelte zunächst dem amerikanischen Volke den Dank Deutschösterreichs für die bisher gewährte Lebensmittelhilfe und knüpfte daran die Hoffnung, daß Amerika auch weiterhin seinen Beistand nicht versagen werde. Bei der Hilfsaktion für Deutschösterreich waren die Schweizer Sendungen als erster Vorschuß in größter Not zu betrachten. Die in Bern vereinbarte Zufuhr deckt die Bedürfnisse für ungefähr acht Wochen. Um bis August durchzuhalten, müssen die Verhandlungen in Wien zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden, wobei die Frage der Kredite eine große Rolle spielt. Hennet legte dar, welche Sicherheiten Wien in finanzieller Hinsicht biete. Wichtig wäre es, daß die Verhandlungen mit Deutschösterreichs Nachbarstaaten erfolgreich verliefen, da aus finanziellen Gründen die alleinige überseeische Zufuhr unmöglich wäre. Hauptsache wäre die günstige Erledigung der Verhandlungen wegen der Kohlenlieferung, wobei besonders der tschechische Staat in Frage kommt. Hennet gab der Hoffnung Ausdruck, daß Wien, sobald die Kohlen- und Nahrungskrise beseitigt sein werde, einen großen Aufschwung nehmen und das Reiseziel zahlreicher Amerikaner sein werde, die die künstlerischen Schöpfungen der Stadt mit lebhaftem Vergnügen betrachten werden."

Der Abend

10./I. 1919

58 a 10

Burgfriede und Hungersnot.

Das Land hungert die Stadt aus.

Die christlichsoziale Korrespondenz „Austria" schreibt: Da die Versorgung Wiens mit Milch von Woche zu Woche immer trostloser wird und der bereits erreichte Tiefstand schleunigst geeignete Maßnahmen zur Besserung der Verhältnisse dringend notwendig macht, haben wir eine Rundfrage an die zuständigen Stellen gerichtet, deren Ergebnis folgendes ist: Die Sammelstellen bei den niederösterreichischen Genossenschaften arbeiten bereits wegen der hohen Spesen und geringen Milchmenge durchweg mit Verlust, weshalb sie allmählich den Betrieb einstellten. Die Bezirkshauptmannschaften, welche bis vor kurzem noch auf Grund von Kontingenten die Milchablieferung überwacht haben, sind nicht mehr in der Lage, einen Druck auf die Erzeuger auszuüben, weil man keine Bestrafung der Landwirte wegen Nichtlieferung mehr eintreten lassen will. Eine unverzeihliche Mißachtung der notwendigsten Bedürfnisse Wiens ist es jedenfalls, wenn, wie aus zahlreichen Berichten von Milchlieferanten hervorgeht, noch jetzt Melkkühe mit einer Tagesleistung von zehn Liter Milch zur Schlachtung beschlagnahmt werden und wenn auf dem flachen Lande Gendarmerie, Volkswehrkommandanten usw. Milch wahl- und kontrollos requirieren können, die von erwachsenen Personen verbraucht wird, während in Wien nicht einmal genug Milch für Säuglinge und Schwerkranke zur Verfügung steht. Die Frage einer Reorganisation der Milchaufbringung muß jetzt unter allen Umständen gelöst werden, weil sonst, nachdem auf die mährische Milch nicht mehr zu rechnen ist, das Leben vieler kleiner Kinder bis zum Eintritte der Grünfütterung im Juni auf dem Spiele steht.

*

Die Verhältnisse, welche die christlichsoziale Parteikorrespondenz hier schildert, sind uns wohl bekannt. Was die Christlichsozialen da verkünden lassen, ist nichts anderes als das Eingeständnis des Zusammenbruchs der Burgfriedenspolitik im Staatsrat. Man hat es unterlassen, die Bevölkerung durch die Politiker und die von den Politikern geleiteten Behörden über das gänzliche Versagen des Lebensmittel-Aufbringungsdienstes in Deutschösterreich zu unterrichten, weil damit das Kartenhaus eingestürzt wäre, in dem der Staatsrat sein politisches Leben fristet. Nunmehr geben aber die ländlichen Christlichsozialen das Zeichen zum Abbau der Burgfriedens, weil sie ihre Bauern vor den Wahlen nicht länger zur Lebensmittelabgabe ohne Wucherbezahlung verhalten wollen.

Als beim Zusammenbruch der Monarchie die Deutschnationalen, Christlichsozialen und Sozialdemokraten im Landhause sich die Hände reichten und Dr. Renner unter dem Widerspruch der Arbeiter in der Herrengasse verkündete, daß Bürger, Bauer und Arbeiter sich zusammengefunden hätten, um den Staat zu stützen, da wurde der Burgfriede unter den Parteien, der in Wirklichkeit nichts anderes als eine gegenseitige Macht- und Mandatversicherung war, damit begründet, daß die städtische Bevölkerung der Hilfe der deutschösterreichischen Landbewohner bedürfe, weil sie sonst verhungern müsse. Tatsächlich hat aber die Lebensmittelaufbringung in den deutschösterreichischen Kronländern nahezu vollständig versagt. In den ersten Wochen der Revolution gaben zwar die Grundbesitzer, angeeifert durch die Abgeordneten der ländlichen Bezirke und verlockt durch Ablieferungsprämien noch einiges her, im Dezember aber schon begann selbst das Land Niederösterreich, das sich noch am bravsten gehalten hatte, zu versagen. Nicht nur die Milchaufbringung stockt, sondern auch die Aufbringung von Getreide, von Fleisch und Vieh.

Seit Anfang Dezember versickern die Getreideabgaben auf dem flachen Lande, wer aber das heutige Leben der Bauern und das Treiben auf den Gutshöfen kennt, der weiß, daß dort im Vergleich zu dem Städter gepraßt wird, und Brot, Fleisch, Fett und Milch reichlich vorhanden sind, er hört aber auch allenthalben von den Aufbringungskommissären, von den Gendarmen und von den Bauern selbst, daß die Landbewohner nicht mehr gewillt sind, mit dem Städter zu teilen. Selbst der Viehaufbringungsdienst durch die niederösterreichische Viehverwertungsstelle beginnt in Niederösterreich zu versagen. Das Land Niederösterreich hätte der Stadt Wien wöchentlich etwa 1000 Rinder liefern sollen, in den besten Novemberwochen kamen aber nicht mehr als 600 bis 700 Stück an und Ende Dezember, Anfang Jänner sank die Viehlieferung Niederösterreichs sogar auf 200 bis 300 Stück.

Das Land Oberösterreich wieder hätte nicht Vieh, sondern Fleisch liefern sollen. Fleisch kostet in Oberösterreich im Kleinhandel K 6, nach Wien wird es aber amtlich, also im großen, um neun Kronen verkauft, wo es jetzt um K 8·60, früher K 7·30 an die Fleischhauer weitergegeben wird. Daher der Staatszuschuß, der eine Erhöhung der Fleischpreise notwendig macht. Man sieht, daß die republikanisch-demokratische Wirtschaft sich auf diesem Gebiet gar nicht von der monarchisch-absolutistischen unterscheidet.

Die Einkäufer der Viehverwertungsstelle in Niederösterreich werden seit einiger Zeit von den Grundbesitzern, wenn sie Vieh einkaufen wollen, grob angeschnauzt und müssen leer abziehen, während der Schleichhändler zu hohen Preisen von den Bauern alles bekommt. So ist es zu erklären, daß nach einer fachlichen Schätzung in Wien wöchentlich ungefähr 50.000 Kilogramm Rindfleisch zum Preise von 30 bis 40 Kronen das Kilogramm im Schleichhandel abgesetzt werden können, so ist es zu erklären, daß die Fleischübernahmsstelle in Wien wöchentlich nicht mehr als 80 bis 100 Kälber verteilen kann, während nach einer sehr niedrigen sachlichen Schätzung in Wien wöchentlich durch den Schleichhandel durchschnittlich 1200 Kälber in zerteiltem Zustande nach Wien kommen und hier verkauft werden.

Das Geheimnis ist: die Bauern wollen höhere Preise. Auch die Mitteilung der christlichsozialen Korrespondenz „Austria" über die angeblichen Verluste der Milchgenossenschaften deuten darauf hin.

Kein Zweifel, daß wir fürchterlichen Zuständen entgegengehen, wenn nicht Ordnung gemacht wird. Die Wiener Bevölkerung hat mit Geduld und Ruhe das geradezu unheimliche Schauspiel mitangesehen, wie deutschnationale und christlichsoziale Kriegshetzer sich in allen Staatsämtern festsetzten, dieselben Menschen, die an unserem Elend schuld sind, dieselben Menschen, die den Krieg verschuldet, dieselben Menschen, die ihn ins Unendliche verlängert haben. Man hat sie geduldet und duldet sie noch, weil Wien hungrig ist und glaubte, daß sie ihre Sünden zum Teile wenigstens dadurch gutzumachen versuchen würden, daß sie der maßlos gepeinigten Bevölkerung der Zwei-Millionen-Stadt Lebensmittel beschaffen würden. Das ist nicht geschehen. Die Wahlen rücken heran, die Landwirte wollen nichts hergeben und die Christlichsozialen lehnen es aus Wahlmache-Gründen jetzt ab, auf sie im Interesse der Wiener Bevölkerung einzuwirken. Darf die Bevölkerung das dulden, wird sich die Wiener Bevölkerung noch länger von den Leuten regieren lassen, die sie aushungern?

Neues Wiener Tagblatt
10./I. 1919

60

Die Approvisionierung.

Die Lebensmittelhilfe für Deutschösterreich.

Durch die von der Ententekommission vorläufig bereitgestellte Menge an Getreide sind wir in der Lage, die Versorgung Wiens und des übrigen Deutschösterreich mit Brot und Mehl annähernd bis Mitte Februar unter Beibehaltung der derzeitigen Rationen aufrechtzuerhalten. Die Mitglieder der Kommission haben sich während ihres Aufenthaltes in Wien eingehend über die Ernährungsverhältnisse orientiert. Das Staatsamt für Volksernährung hat ihnen das gesamte einschlägige Material zur Verfügung gestellt und ihnen über ihren Wunsch genauen Einblick in die amtlichen Statistiken, insbesondere über die Erntedaten, über die Ziffern der Aufbringung und Verteilung des Viehstandes, ferner über die Verteilung des Grundbesitzes in Deutschösterreich sowie über die Preisentwicklung der wichtigsten Lebensmittel während des Krieges gewährt. Auch über die finanziellen Verhältnisse haben die Herren die notwendigen Aufschlüsse erhalten. Alle Mitglieder der Kommission haben unsern schwierigen Verhältnissen großes Verständnis entgegengebracht und in den Verhandlungen eine entgegenkommende Haltung eingenommen. Sie haben sich auch bereit erklärt, bei der tschechoslowakischen und bei der ungarischen Regierung dahin zu intervenieren, daß für Deutschösterreich von diesen Stellen die überschüssigen Lebensmittel und Kohlen zugewendet werden. Die Ententekommission hat auch die Verteilungsorganisation genau studiert und legt selbst das größte Gewicht auf eine gleichmäßige Verteilung der gewährten Aushilfen. In der letzten Konferenz, die mit den Mitgliedern der Kommission Mittwoch nachmittag abgehalten wurde, sprach Dr. Taylor den Wunsch aus, es möge ihm vor seiner Abreise nach Paris der Verteilungsplan für jene 24,000 Tonnen Getreide, welche bei der abschließenden Besprechung mit den Vertretern der Entente im Volksernährungsamt als vorläufige Lebensmittelaushilfe für Deutschösterreich zugesichert wurden, vorgelegt werden. Eine unmittelbare Kontrolle bezüglich der Verteilung der Lebensmittel wurde nicht verlangt, sondern lediglich eine Information darüber, wie die zur Verfügung gestellten Lebensmittel auf Wien und das übrige Deutschösterreich verteilt werden. Die Kommission, welche derzeit in Budapest weilt, wird Samstag abend nach ihrer Rückkehr im Staatsamt für Volksernährung abermals vorsprechen, um den erwähnten Verteilungsplan zur Kenntnis zu nehmen. Doktor Taylor und die andern Mitglieder der Kommission haben zugesagt, persönlich dafür eintreten zu wollen, daß es Vertretern des deutschösterreichischen Staates ermöglicht werde, bei der internationalen Lebensmittelkommission ihre Wünsche bezüglich der Lebensmittelaushilfe, aber insbesondere auch jene, welche die Lösung der finanziellen Frage betreffen, geltend zu machen.

Neues Wiener Tagblatt
10./I. 1919

61

Finanzierung der Lebensmittelbezüge aus dem Auslande.

Von Dr. Felix Somary.

Herr Dr. Felix Somary, der als Delegierter der deutschösterreichischen Regierung an den Ernährungsverhandlungen in Bern teilgenommen hat, stellt uns auf unser Ersuchen über seine bei dieser ersten Finanzkonferenz gewonnenen Eindrücke die nachstehenden Mitteilungen zur Verfügung:

Die Wirtschaftsverhandlungen in Bern begannen unter ungewöhnlich großen Schwierigkeiten. Direkte Wirtschaftskonferenzen schienen vor Abschluß des Präliminarfriedens kaum möglich zu sein; bis dahin aber konnte Wien, konnte Deutschösterreich nicht warten. Dem tatkräftigen Eingreifen der Schweizer Bundesregierung gelang es nach langer Mühe, eine Verbindung zwischen einer von den vier alliierten Großmächten ernannten Kommission und den deutschösterreichischen Delegierten herzustellen.

Die Vertreter Deutschösterreichs waren sich des Ernstes der Situation voll bewußt. Wien war von seinem natürlichen Versorgungszentrum abgeschnitten, Abmachungen mit den neuen Staaten, die sich aus dem früheren Oesterreich-Ungarn entwickelt hatten, versprachen wegen zu früher Lockerung der Kriegswirtschaft, unzureichender Staatsautorität oder unzulänglicher Provinzialverwaltung wenig Erfolg. An keiner andern Stelle konnte versucht werden, die Deckung des Nahrungsmittelbedarfes für den acht Monate langen Zeitraum bis zur Ernte zu sichern; mißlangen die Verhandlungen in Bern, so wäre für Wien und Deutschösterreich keine Hilfe möglich gewesen. Auf seiten der Alliierten bestand Bereitwilligkeit zur Hilfe, sofern die Prüfung der Verhältnisse in Wien selbst die Mitteilungen des Regierungsvertreters bestätigen sollte; auch die Möglichkeit der Verfügung über die benötigten Lebensmittelquantitäten war gegeben. Ernste Schwierigkeiten bereiteten aber die Transport- und die Finanzfrage. Die Landtransportmittel scheinen auf dem ganzen Kontinent nicht zuzureichen, so liegen zum Beispiel in Cette große für die Schweiz bestimmte Lebensmittelsendungen, die nicht zum Bestimmungsort gebracht werden können, und die Kohlenfrage bildet überall ein Sorgenproblem; immerhin kann durch Zusammenwirken aller beteiligten Verkehrsverwaltungen ein Ausweg gefunden werden, da mit dem Fortschreiten der Demobilisierung bei der Entente die Transportmittelkrise gemildert werden dürfte. Ungleich verwickelter ist die Finanzfrage, vor allem, weil die Kreditgewährung an Feinde — sowohl direkt wie indirekt — in allen Ententestaaten verboten ist. Solange der Präliminarfriede nicht unterzeichnet ist, kann eine Anleihetransaktion nicht in Frage kommen; die Kreditgewährung des amerikanischen Staatsschatzes an Auslandsstaaten ist auf Zwecke der Kriegführung beschränkt. An die Beschaffung der sehr erheblichen Summen durch Kreditaufnahme im neutralen Ausland oder durch Abgabe von Devisen konnte nicht gedacht werden.

Der Lebensmittelbedarf des gegenwärtig nicht okkupierten Deutschösterreich aus dem Ausland ist auch bei sehr bescheidener Nahrungsmittelzufuhr im Verhältnis zur Bevölkerungszahl außerordentlich groß, da die Zahl der Selbstversorger kaum in einem andern Staat so gering ist. Die Bevölkerung Wiens allein übersteigt die Zahl der sich nicht selbstversorgenden Personen der Schweiz. Sollte die Zufuhr rasch erfolgen, so müßten zuerst die Vorräte der Heeresverwaltungen der Alliierten herangezogen werden, und wenn auch in humaner Weise die Vereinigten Staaten und die Entente auf jeden Gewinn verzichteten, so trug doch der Selbstkostenpreis dieser Waren den Kriegspreis, die Kriegsversicherung, die Kriegsfracht, das Valuta-Agio und die teuren Landtransportkosten in sich. Der Monatsbedarf Deutschösterreichs an Nahrungsmitteln kann kaum mit weniger als hundert Millionen Kronen veranschlagt werden.

Zur Deckung dieses Bedarfes stehen Deutschösterreich Gold oder ausländische Zahlungsmittel nicht zur Verfügung; über den kleinen Goldbestand der Oesterreichisch-ungarischen Bank kann nicht disponiert werden, die wertvollsten Auslandseffekten sind vorerst sequestriert und der Betrag der Auslandsguthaben ist nicht nennenswert. Zum Abschluß einer Finanztransaktion fehlten derzeit manche wichtige Voraussetzungen, es konnte darum nur an ein Provisorium gedacht werden; für die ersten Lieferungen wurde denn auch die Zahlung durch Kronendepots vereinbart, die bei späterer Konsolidierung der Schuld rückgezahlt werden sollen. Sollte es nicht gelingen, größere Lebensmittelzüge aus Tschechien, Ungarn, Ostgalizien und dem jugoslawischen Reiche zu sichern, so würde für Deutschösterreich die Notwendigkeit entstehen, den Lebensmittelbedarf bis zum Sommer durch Bezüge aus den alliierten Staaten zu decken. Während bisher die Bezahlung der Lebensmittel in Kronenwährung geschehen konnte, müßte jetzt in Dollar oder Pfund gezahlt werden; wenn auch begründete Hoffnung besteht, durch Kronendepots und vielleicht auch Schatzscheinausgabe die Deckung für den Ueberseebedarf der nächsten Monate zu schaffen, kann doch unmöglich an eine Verewigung dieses Zustandes gedacht werden, da Deutschösterreich allein in den nächsten Jahren derartig hohen Auslandskredit kaum finden dürfte und der Export aus dem an Waren erschöpften Land sich nur allmählich steigern läßt. Der große, zur Bezahlung ausländischer Lebensmittel erforderliche Bedarf könnte ferner leicht dahin führen, die ohnedies nicht hohen Kreditmöglichkeiten für ausländische Rohstoffe noch weiter zu verringern und dadurch die Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit noch mehr zu erschweren.

Eine große Finanzoperation im Ausland setzt völkerrechtliche Anerkennung der staatlichen Zugehörigkeit von Deutschösterreich und Klarheit über die Währungsverhältnisse voraus; es kann kaum erwartet werden, daß diese beiden engst zusammenhängenden Hauptfragen in den nächsten Monaten entschieden werden, zumal, da, wie nachdrücklich betont werden muß, die neuerdings so zahlreich aus dem neutralen Ausland hereinströmenden Nachrichten über angebliche Absichten der Entente hinsichtlich Deutschösterreichs mit allergrößter Vorsicht aufzunehmen sind. Einstweilen muß mit Provisorien ausgeholfen werden, bis zu dem Tage, wo Deutschösterreich einem Reich angehören wird, das dauernd kreditfähig ist und eine internationale Währung besitzt.

Neues Wiener Tagblatt

11. I. 1919

63

Die Durchfuhr der Lebensmittel für Wien.

Widerstand der südslawischen Regierung. — Die Ententekommission droht mit der Besetzung der Eisenbahnstrecken.

Laibach, 10. Jänner. (Meldung des Laibacher Korr.-Bureaus.) Im Verlaufe der gestrigen Sitzung der Nationalregierung in Laibach erschien eine Abordnung der internationalen Approvisionierungskommission für Deutschösterreich, bestehend aus dem italienischen Brigadier Oberst Alberti, dem britischen Major Bethell und dem amerikanischen Oberst Adwood, mit dem Ersuchen, die freie Durchfahrt von ungefähr 48 Eisenbahnzügen mit für Wien bestimmten Lebensmitteln von Triest durch das Gebiet des südslawischen Staates zu gestatten.

Die Vertreter der Nationalregierung wiesen darauf hin, daß Deutschösterreich bezüglich des Austausches der notwendigsten Bedarfsartikel die größten Schwierigkeiten mache, insbesondere trotz aller Versprechungen kein Salz liefere, den von der tschecho-slowakischen Republik für Jugoslawien bestimmten Zucker zurückhalte usw. Die Bewilligung der Durchfuhr müsse deshalb von der vorherigen Lieferung von mindestens 1000 Tonnen Salz und der Zusicherung der unbedingt freien Durchfuhr aller Artikel aus der tschecho-slowakischen Republik und aus Polen abhängig gemacht werden.

Die Herren der internationalen Approvisionierungskommission betonten die äußerste Dringlichkeit der Versorgung Wiens, wo sich nur noch spärliche, bis zum 20. d. reichende Lebensmittel vorfinden, und versprachen, die von den Vertretern der Nationalregierung geltend gemachten Wünsche tatkräftigst zu unterstützen. Das verlangte Junktim aber lehnten sie ab, wobei sie nicht verhehlten, daß der Entente nach den Waffenstillstandsbedingungen unbedingt das Recht zustehe, im Bedarfsfalle die in Betracht kommenden Eisenbahnstrecken zu besetzen.

Darauf erwiderten die Vertreter der Nationalregierung, daß sie selbstverständlich der Gewalt weichen müßten, daß aber auch in diesem Falle schon angesichts der durch die Vorgangsweise der italienischen Okkupationsbehörden und insbesondere durch den flagranten Rechtsbruch der Kärntner Deutschen hervorgerufenen tiefen Erbitterung der Bevölkerung für die Sicherheit des Transports der für Deutschösterreich bestimmten Waren durch das Gebiet des südslawischen Staates keine Garantie übernommen werden könne.

Die Verhandlungen wurden abends in Gegenwart der Volksbeauftragten Ingenieur Remec und Dr. Triller sowie des Konsuls Dr. Schwegl fortgesetzt.

Die internationale Approvisionierungskommission fuhr sodann behufs Durchführung der angeregten Erhebungen heute früh mit einem von der Regierung zur Verfügung gestellten Automobil nach Triest. Sie kehrt abends nach Laibach zurück und wird nachts die Reise nach Wien fortsetzen. Gleichzeitig begibt sich eine besondere Abordnung der Nationalregierung unter Führung des Konsuls Dr. Schwegl nach Wien, um mit Hilfe der internationalen Approvisionierungskommission dortselbst die Fragen der Ausfuhr und der Durchfuhr entsprechend zu regeln. Die Vertreter der Nationalregierung benützten die Gelegenheit, die sich ihnen durch den Besuch der Kommission bot, um die Herren auf das genaueste über den Stand der Kärntner Frage sowie über das unerhörte Vorgehen der italienischen Okkupationsbehörden zu informieren.

Die Einwände der südslawischen Regierung

Graz, 10. Jänner. Die Wirtschaftskommissäre der steiermärkischen Landesregierung teilen über die Einwände der südslawischen Regierung gegen die freie Durchfuhr der Lebensmittel folgendes mit:

Bei den vom 9. bis 11. Dezember 1918 in Laibach stattgefundenen Verhandlungen zwischen der deutschösterreichischen Regierung und der Nationalregierung in Laibach wurde ein gegenseitiger Güteraustausch in beschränktem Maße mündlich vereinbart. Die schriftliche Festlegung dieser Vereinbarung wurde beiderseits vorbehalten. Das Warenverkehrsbureau in Wien, welchem die Durchführung dieses Kompensationsvertrages oblag, hat den Entwurf dieses Vertrages wenige Tage darauf telephonisch der Nationalregierung S. H. S. in Laibach übermittelt. Die Laibacher Regierung versprach, zur endgültigen Stilisierung dieses Vertrages einen Delegierten nach Wien zu entsenden mit dem Auftrage, den Vertrag abzuschließen. Mit einiger Verzögerung wurden dann in der Woche vor Weihnachten mit diesem Delegierten die Verhandlungen zu Ende geführt und der Kompensationsvertrag entsprechend den mündlichen Vereinbarungen fertiggestellt und seitens des Warenverkehrsbureaus in Wien gefertigt. Der Delegierte der Nationalregierung in Laibach erklärte, er müsse trotz der ihm erteilten Vollmacht den Vertrag vor der Unterfertigung der Nationalregierung in Laibach vorlegen und werde gleich nach Weihnachten die Unterschrift beibringen.

Bei den Verhandlungen wurde gleich ein zweiter Vertrag, der hauptsächlich den Austausch von Salz gegen Mehl und Gerbstoffextrakte betraf, in Vorschlag gebracht und vom Wiener Verkehrsbureau gezeichnet. Trotz wiederholten Drängens erschien der Delegierte der Nationalregierung in Laibach nicht in Wien, und auch der für die erste Woche des Jänner angekündigte Besuch des Delegierten erfolgte nicht.

Aus dem dargelegten Sachverhalt ist zu ersehen, daß die deutschösterreichische Regierung ihrerseits im Einvernehmen mit dem Delegierten der Nationalregierung in Laibach den Vertrag rechtsverbindlich gezeichnet hat und daß es an der Saumseligkeit der Laibacher Regierung liegt, wenn dieser Vertrag noch nicht in Kraft trat und abgewickelt werden konnte. Die deutschösterreichische Regierung ist bereit, sofort, wie es auch aus der Unterfertigung des Vertrages hervorgeht, nicht nur die ursprünglich gedachten Güter, insbesondere Salz, zu liefern, sondern auch das zweite Geschäft, welches in Wien eingeleitet wurde, zur Abwicklung zu bringen.

* * *

Beschlagnahme von 200 Waggons mit Mehl, Fett und Zucker.

Aus Krakau wird berichtet: Der Direktor des Ernährungsdepartements der polnischen Liquidierungskommission Kucharski beschlagnahmte auf dem hiesigen Bahnhof 200 Waggons Mehl, Speck, Zucker und andre Lebensmittel, welche aus der Ukraine hier für Wien eingetroffen waren. Die Blätter fordern das Ernährungsdepartement auf, die beschlagnahmten Lebensmittel für die notleidende Lemberger Bevölkerung zu verwenden.

Neue Freie Presse

11. I. 1919

64

Meinungsverschiedenheiten zwischen der interalliierten Lebensmittelkommission und der südslawischen Regierung.

Laibach. 10. Januar.

Im Verlaufe der gestrigen Sitzung der Nationalregierung in Laibach erschien eine Abordnung der internationalen Approvisionierungskommission für Deutschösterreich, bestehend aus dem italienischen Brigadier Obersten Alberti, dem britischen Major Bethell und dem amerikanischen Obersten Adwood, mit dem Ersuchen, die freie Durchfahrt von ungefähr 48 Eisenbahnzügen mit für Wien bestimmten Lebensmitteln von Triest durch das Gebiet des südslawischen Staates zu gestatten.

Die Vertreter der südslawischen Nationalregierung wiesen darauf hin, daß Deutschösterreich bezüglich des Austausches der notwendigsten Bedarfsartikel die größten Schwierigkeiten mache, insbesondere trotz aller Versprechungen kein Salz liefere, den von der czechoslowakischen Republik für Jugoslawien bestimmten Zucker zurückhalte usw. Die Bewilligung der Durchfuhr müsse deshalb von der vorherigen Lieferung von mindestens 1000 Tonnen Salz und der Zusicherung der unbedingt freien Durchfuhr aller Artikel aus der czechoslowakischen Republik und aus Polen abhängig gemacht werden.

Die Herren der internationalen Approvisionierungskommission betonten die äußerste Dringlichkeit der Versorgung Wiens, wo sich nur noch spärliche, bis zum 20. d. reichende Lebensmittel vorfinden, und versprachen, die von den Vertretern der Nationalregierung geltend gemachten Wünsche tatkräftigst zu unterstützen. Das verlangte Junktim aber lehnten sie ab, wobei sie nicht verhehlten, daß der Entente nach den Waffenstillstandsbedingungen unbedingt das Recht zustehe, im Bedarfsfalle die in Betracht kommenden Eisenbahnstrecken zu besetzen.

Darauf erwiderten die Vertreter der Nationalregierung, daß sie selbstverständlich der Gewalt weichen müßten, daß aber auch in diesem Falle schon angesichts der durch die Vorgangsweise der italienischen Okkupationsbehörden und insbesondere durch den flagranten Rechtsbruch der Kärntner Deutschen hervorgerufenen tiefen Erbitterung der Bevölkerung für die Sicherheit des Transports der für Deutschösterreich bestimmten Waren durch das Gebiet des südslawischen Staates keine Garantie übernommen werden könne.

Die Verhandlungen wurden abends in Gegenwart der Volksbeauftragten Ingenieur Remec und Dr. Triller sowie des Konsuls Dr. Schwegl fortgesetzt.

Die internationale Approvisionierungskommission fuhr sodann behufs Durchführung der angeregten Bestrebungen heute früh mit einem von der Regierung zur Verfügung gestellten Automobil nach Triest. Sie kehrt abends nach Laibach zurück und wird nachts die Reise nach Wien fortsetzen.

Gleichzeitig begibt sich eine besondere Abordnung der Nationalregierung unter Führung des Konsuls Dr. Schwegl nach Wien, um mit Hilfe der internationalen Approvisionierungskommission dortselbst die Fragen der Ausfuhr und der Durchfuhr entsprechend zu regeln. Die Vertreter der Nationalregierung benützten die Gelegenheit, die sich ihnen durch den Besuch der Kommission bot, um die Herren auf das genaueste über den Stand der Kärntner Frage sowie über das unerhörte Vorgehen der italienischen Okkupationsbehörden zu informieren.

Die Ankunft des dritten Schweizer Lebensmittelzuges.

Gestern nacht langte der dritte Schweizer Lebensmittelzug unter Führung des Oberleutnants Pozzi im Lagerhause der Stadt Wien ein. Der Zug bestand aus 34 Waggons, davon 20 Waggons Reis und 14 Waggons Mehl. Die Schweizer Mannschaft verbrachte infolge der vorgerückten Stunde die Nacht im Waggon und wurde heute morgen mit Autos in das Absteigquartier geleitet. Mit dieser dritten Sendung erscheint das vorläufig seitens der Ententemächte bewilligte Ausfuhrkontingent für die Wiener Hilfsaktion erschöpft. Es steht jedoch zu erwarten, daß die von der Schweiz mit so großartigem Erfolge eingeleitete Hilfsaktion auch in Zukunft wirksam bleiben werde, um so mehr, als schon mit dem gestern eingelangten Zuge auch ein Waggon Liebesgaben zur Verfügung des schweizerischen Gesandten in Wien Dr. Bourcart, der bekanntlich in hervorragender Weise die Hilfstätigkeit der Schweizer Bevölkerung gefördert hatte, angekommen ist.

Neue Freie Presse
11. I. 1919

65

Die italienische Militärmission in Wien.

Am 8. d. um ½6 Uhr abends versammelte sich anläßlich des Geburtstages der Königin von Italien die italienische Kolonie in Wien in den Gemächern des Kommandanten der italienischen Militärmission Generals Segre. Zu dem Empfange waren außer dem italienischen Konsul Cavaliere Zannoni viele Damen, dann Reichs- und Austro-Italiener erschienen. Unter ihnen waren mehrere Professoren, Industrielle, Priester und Vertreter anderer Berufsstände, sowie der vormalige Abgeordnete Hofrat Dr. Josef Bugatto. Konsul Cavaliere Zannoni hielt die erste Ansprache, in der er auf die umfassende Fürsorgetätigkeit der Italiener in Wien während des Krieges hinwies und seinen begeisterten Gefühlen für das italienische Vaterland Ausdruck gab. Ihm antwortete in längerer Rede General Segre, der hervorhob, daß für ihn besonders zwei Momente maßgebend seien. Vor allem empfinde er Freude, daß Italien gestärkt aus den großen Ereignissen hervorgehe, daß es seine Arme weit allen alten Italienern und den neuen gewonnenen Brüdern öffne; dann, daß Italien den Traditionen seiner alten Kultur folgend, in weitgehender Weise bereit sei, Wien und Deutschösterreich zu helfen, seine Not an Lebensmitteln besonders zu lindern, wenn es auch wisse, daß Italien im umgekehrten Fall auf Hilfe hätte nicht rechnen dürfen. Die Teilnehmer an dem Empfang schickten dann eine Huldigungsdepesche an die Königin von Italien ab. Die Gäste wurden dann dem General Segre und den anderen Offizieren seiner Mission vorgestellt.

Berner-Tagblatt

11. L. 1919

66

Die Sammlung für Wien und die schweiz. Schülerspeisung hat gestern begonnen und ist durch Schülerinnen der oberen Klassen durchgeführt worden. Je zwei Schülerinnen zusammen, von denen die eine die Wiener Büchse, die andere die Schweizer Büchse trug, sprachen in den Haushaltungen vor und wurden überall durchwegs freundlich aufgenommen. „Wir sind noch nirgends abgewiesen worden" sagten uns die freundlichen Töchterchen. Brotkartenabschnitte, Lebensmittelkarten aller Art, sogar Käse-, Fett- und Butterkarten, liefen in Menge ein. Auch Geld wurde in die Büchsen gelegt. Ueberall zeigte sich die wahre Stimmung in allen Schichten der Bevölkerung, die gerade auch bei den ärmeren Haushaltungen zum Durchbruch kam und in dem Ausruf einer einfachen Arbeitersfrau gipfelte: „Es het doch kei Art u kei Gattig, es ganzes Land däwäg la z' verhungere!" Mit vollen Händen gaben die Berner her, was sie nur entbehren konnten; das Mitgefühl für die hungernden Wiener ist mächtig geweckt worden und wenn überall die Anteilnahme die gleiche ist, so wird in der Schweiz ein ansehnliches Kontingent von Lebensmitteln zusammenkommen.

National-Zeitung
11./I. 1919

67

Vor der Friedenskonferenz.

Das Versorgungsproblem.

London, 10. Januar. ag. (Reuter.) Lord Reading und Sir John Beale verlassen heute London, um Großbritannien auf einer Beratung zu vertreten, an der je zwei Vertreter Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens anwesend sein werden. Dieser oberste Rat muß die Lebensmittel- und die Finanzfrage prüfen, wie auch die Frage der Tonnage mit Hinsicht auf die Verpflegung und Wiederversorgung mit Lebensmitteln der feindlichen und befreiten Gebiete. Er soll ferner die Koordination zwischen diesen Versorgungen und denjenigen der neutralen und alliierten Länder festlegen. Man hat schon einige dringende Maßnahmen zu der Schaffung dieses obersten Rates getroffen. So hat man Serbien und Rumänien Hilfe gebracht. Was Deutsch-Oesterreich betrifft, funktioniert eine interalliierte Kommission, in der Sir William Beveridge Großbritannien vertritt, seit einiger Zeit. Sie ist in Bern mit Vertretern Wiens und der deutsch-österreichischen Gebiete zusammengetroffen und hat sich darauf nach Wien und Prag begeben. Die Lebensmittelversorgung in diesen Gegenden gibt zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Sie wird noch erschwert durch Transport- und Finanzschwierigkeiten. Man trifft provisorische Verfügungen um eine gewisse Quantität Lebensmittel dorthin zu entsenden. Einige Vorräte wurden schon nach Wien geschickt. Aber man muß sicher zu neuen Maßnahmen greifen, wenn die Kommission ihren Bericht an den obersten Rat erstattet haben wird. Die alliierten Regierungen geben sich völlige Rechenschaft über die Bedeutung des Verpflegungsproblems und man hat allen Grund zur Annahme, daß der oberste Rat in Kürze ein völlig ausgearbeitetes Projekt vorlegen wird, um die Schwierigkeiten zu überwinden.

Fremdenblatt Abendbl.
11. I. 1919

* (Die geraubten Lebensmittel für die Stadt Wien.) Knapp vor Ausbruch der Revolution hat die Stadt Wien drei ihrer Beamten mit der Aufgabe betraut, in Budapest für 2½ Millionen Kronen verschiedene Lebensmittel, besonders aber Mehl, Fett und Gemüse, einzukaufen. Die Delegierten begannen in Budapest mit einem Agenten namens Löwinger zu verhandeln, dem sie die 2½ Millionen gegen eine einfache Quittung übergaben. Löwinger versprach hierauf, die Lebensmittel nach Wien zu liefern. Inzwischen brach die Revolution aus und in Wien wartete man vergeblich auf die von Löwinger zugesagten Lebensmittel. Die Gemeinde Wien wendete sich an den Agenten um Aufklärung, und Löwinger berichtete, daß er die Lebensmittel beschafft habe und auf dem Rakoser Rangierbahnhof einwaggonieren ließ. In dem großen Chaos der ersten Revolutionstage seien aber die Lebensmittel aus den Waggons gestohlen worden. Er erklärte diesen Umstand als eine vis major und weigerte sich, Schadenersatz zu leisten. Die Wiener Polizeidirektion erstattete nun durch den Preßburger Advokaten Dr. Stampfel gegen Löwinger die Strafanzeige bei der Budapester Oberstadthauptmannschaft und stellte zwecks rascherer Durchführung der Recherchen einen ihrer Beamten zur Verfügung. Oberstadthauptmann-Stellvertreter Szentkiralyi in Budapest leitet die Untersuchung in dieser Angelegenheit.

Die Zeit Abendbl
11. I. 1919

Die Ententedelegierten auf den Märkten.

Heute in den frühesten Morgenstunden erschienen als Delegierte der interalliierten Lebensmittelkommission Prof. Dr. Ferrière und der schweizerische Oberstleutnant Frey unangesagt in der Großmarkthalle, um das samstägige Leben und Treiben auf dem Wiener Zentralfleischmarkt in Augenschein zu nehmen.

Die beiden Delegierten, die von Oberinspektor Philipp und dem auf der Marktinspektion begriffenen städtischen Marktamtsdirektor Bauer, der erst später dazu gekommen war, geführt wurden, verweilten längere Zeit in der Halle. Oberstleutnant Frey ließ sich in Gespräche mit erschienenen Käufern ein, besichtigte deren Lebensmittelkarten und die damit vorgenommenen Manipulationen

Von den Delegierten wurde der schlechte Stand der Wiener Lebensmittelversorgung nicht nur neuerlich persönlich wahrgenommen, sondern auch in Aeußerungen anerkannt.

Von der Halle weg besuchten die Delegierten auch noch andere Großmärkte.

Die Zeit Abendbl. 11./I. 1919

70

(Für Wien bestimmte Lebensmittel in Krakau beschlagnahmt.) Der Korrespondenz Herzog wird aus Krakau berichtet: Der Direktor des Ernährungsdepartements der polnischen Liquidierungskommission Kucharski beschlagnahmte auf dem hiesigen Bahnhof 200 Waggons Mehl, Speck, Zucker und andere Lebensmittel, die aus der Ukraina hier für Wien eingetroffen waren. Die Blätter fordern das Ernährungsdepartement auf, die beschlagnahmten Lebensmittel für die notleidende Lemberger Bevölkerung zu verwenden.

Frankfurter Zeitung
12. II. 1919

71 1

Nahrungsfehlbetrag und Einfuhr.

N **Berlin**, 10. Jan. (Priv.-Tel.) In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" berechnet Dr. Kuczynski, der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg auf Grund des Verbrauches im Jahre 1912/13 und der uns bis zur neuen Ernte zur Verfügung stehenden Mengen an Lebensmitteln den Gesamtausfall an Nährwerten auf 39,1 Gr. Eiweiß, 68,5 Gr. Fett und 136,5 Gr. Kohlenhydrate pro Person und Tag. Unsere Lage werde aber dadurch noch besonders ungünstig, daß in der Praxis die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel nicht gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung erfolgt, da einesteils die Selbstversorger schon durch die Verordnungen begünstigt werden, andererseits die Erfassung bei den Erzeugern nicht lückenlos erfolgen kann. Um der gesamten deutschen Bevölkerung die Vorkriegskost liefern zu können, würden wir für die Zeit vom 16. Januar bis zum 15. August eine monatliche Einfuhr von 450 000 Tonnen Getreide, 30 000 Tonnen Reis, 50 000 Tonnen Hülsenfrüchte, 120 000 Tonnen Fett und 150 000 Tonnen Fleisch, zusammen also monatlich 820 000 Tonnen und für die Zeit von heute bis zur neuen Ernte rund 5,7 Millionen Nahrungsmittel gebrauchen.

Der Bund
12. I. 1919

73

Der dritte Lebensmittelzug in Wien angekommen

Wien, 10. d. (Eig. Drahtber.) Am Donners
tag hat der dritte Lebensmittelzug aus
der Schweiz glücklich Wien erreicht. Er war
von 19 Mann Bewachung begleitet und führte
341 Tonnen Mehl und 10 Tonnen Reis hieher

Freudenblatt

12./I. 1919

75

Der Güteraustausch zwischen Deutschösterreich und Jugoslawien.

Südslawische Beschuldigungen gegen Deutschösterreich.

Laibach, 11. Jänner. (Meldung des Laibacher Korrespondenzbureaus.) Auf die vom Wiener Telegraphenkorrespondenzbureau unter dem 10. d. M. hinausgegebene Mitteilung des Wirtschaftskommissärs der steiermärkischen Landesregierung betreffend den Austausch der notwendigsten Bedarfsartikel zwischen Jugoslawien und Deutschösterreich, wird amtlich folgendes entgegnet. Da die Abschließung des Gesamtübereinkommens auf Schwierigkeiten stieß und insbesondere die von Deutschösterreich verlangte Errichtung von drei Uebernahmsstellen in Rann, Radkersburg und Rohitsch behufs Vermittlung, beziehungsweise Ermöglichung des Lebensmittelschmuggels aus Kroatien nicht konzediert werden konnte, schlug die Nationalregierung in Laibach vor, mittlerweile auf einzelne, hauptsächlich die dringendsten Kompensationen einzugehen, wobei sie die sofortige Lieferung von 25 Waggons Mehl gegen 30 Waggons Salz anbot. Deutschösterreich lehnte diesen Vorschlag mit der Begründung ab, daß Einzelgeschäfte uniunlich seien und an dem Junktim aller einzelnen Teile des vorgeschlagenen Kompensationsübereinkommens festgehalten werden müsse. Trotzdem hat die Nationalregierung in Laibach in einer großen Anzahl von dringenden Fällen die Ausfuhr von wichtigen Artikeln nach Deutschösterreich ohneweiters gebilligt, dafür aber nur den Dank geerntet, daß der von der tschecho-slowakischen Republik für die Nationalregierung in Laibach angewiesene und im Rollen gewesene Zucker in Deutschösterreich widerrechtlich aufgehalten und beschlagnahmt wurde. Deutschösterreich hat die offene Tendenz gezeigt, das dringendste Bedürfnis Jugoslawiens nach Salz als illoyales Pressionsmittel auszunützen und hat, wie gesagt, sogar den sofortigen Austausch von Mehl und Salz ausgeschlagen, trotzdem es notorisch Salz in Hülle und Fülle zur Verfügung hat. Genau die gleiche Taktik befolgt Deutschösterreich bezüglich der von Jugoslawien erbetenen sofortigen Lieferung von Zündern gegen entsprechende Kompensation. Es liegt auf der Hand, daß angesichts dieser Tatsachen ein klagloser Güteraustausch nur durch Verschulden Deutschösterreichs unmöglich wurde.

Eine amtliche deutschösterreichische Erwiderung.

Graz, 11. Jänner. Zur Laibacher amtlichen Entgegnung auf die Darstellung der Wirtschaftskommissäre der steiermärkischen Landesregierung betreffend die Verhandlungen zwischen Deutschösterreich und der S-H-S-Regierung in Laibach wegen Abschlusses des Güteraustausches teilen die Wirtschaftskommissäre folgendes mit:

Die Entgegnung der Laibacher Regierung verschweigt, daß die Schaffung der drei Uebernahmsstellen in Radkersburg, Rohitsch und Rann von der Nationalregierung des S-H-S in Laibach mündlich zugesagt wurde. Von einer Ablehnung dieser Forderung war selbst bei den letzten Verhandlungen in Wien keine Rede. Es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß geradeim letzten Moment der Verhandlung mündliche Zusagen der S-H-S-Regierung in Laibach, wenn sie schriftlich niedergelegt werden sollen, von dieser Regierung nicht mehr anerkannt werden.

Die deutschösterreichische Regierung ist jeden Tag bereit, in Kompensationsverhandlungen einzutreten, und der Standpunkt der Laibacher Regierung ist nicht richtig, daß von deutscher Seite irgendwelche Pressionsmittel ausgeübt werden. Die deutschösterreichische Regierung besteht lediglich darauf, daß einmal gemachte Zusagen eingehalten werden müssen.

Was den Zucker betrifft, so ist dessen Beschlagnahme darauf zurückzuführen, daß die betreffenden Waggons unter der Adresse „Deutschösterreichisches Staatsamt für Volksernährung in Cilli, Pettau und Videm-Gurkfeld usw." rollten. Diese Art der Adressierung mußte den Ueberwachungsstellen an der Grenze auffallen und sie zogen daraus den Schluß, daß es sich hier um die Ausfuhr deutschösterreichischer Zuckermengen im Schmuggelwege handle. Zudem betraf das Zuckerübereinkommen zwischen dem deutschösterreichischen und dem tschecho-slowakischen Staate nur die Zuckerbelieferung nach Deutschösterreich und nicht nach Jugoslawien. Bezüglich der Durchfuhr von Zucker wurde nichts vereinbart. In dem Augenblicke, als die Beschlagnahme des Zuckers der steiermärkischen Landesregierung bekannt wurde, wurde sofort bei den maßgebenden Stellen in Wien interveniert und erreicht, daß die Zuckermengen nunmehr frei durchrollen und die inzwischen zur Ausgabe gelangten beschlagnahmten Zuckermengen aus den deutschösterreichischen Beständen ersetzt werden. Es wäre zweckmäßig, wenn die Nationalregierung des S-H-S in Laibach, um weitere Mißverständnisse zu vermeiden, ihre Vertreter in das Warenverkehrsbureau nach Wien entsenden würde. g

Südslawische Stimmungmache in Marburg.

Aus Marburg wird berichtet: Die Südslawen scheinen die Absicht zu haben, sich bei der deutschen Bevölkerung in Marburg beliebt zu machen und dabei für sich politische Vorteile herauszuschlagen. Die Bestrebungen des von der südslawischen Regierung nach Marburg beordeten Regierungskommissärs Dr. Pfeiffer, der an Stelle des abgesetzten Bürgermeisters Dr. Schmiderer die Gemeindegeschäfte übernommen hat, gehen dahin, eine Besserung in der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Auf eine diesbezügliche Anfrage teilte Dr. Pfeiffer mit, daß er mit slawischen Lieferanten ein Abkommen getroffen habe, wonach demnächst in Marburg größere Mengen Speck, das Kilogramm zu 20 bis 22 Kronen eintreffen werden. Es seien aber noch weitere größere Zufuhren zu erwarten, so daß die Preise für Speck und Fett noch mehr sinken werden. Aepfel sollen gleichfalls in großen Mengen einlangen und das Kilogramm zu Kronen 1,50 verkauft werden. Auch für die Zufuhr anderer Lebensmittel sei gesorgt. Um den Abbau der Preise herbeizuführen, werde in Marburg eine Großmarkthalle nach dem Wiener Muster gebaut und man hofft, durch bessere Beschickung des Marktes und die freie Konkurrenz eine Herabdrückung der Preise zu erreichen. Die größten Schwierigkeiten bilde derzeit die Transportmittelfrage; die Laibacher Regierung hofft auch über dieses Hindernis hinwegzukommen. Die Arbeiten beim Elektrizitätswerk Faal gehen flott von statten, und so sei damit zu rechnen, daß ab Ende Jänner die Stadt Marburg ausreichend mit Elektrizität versorgt werden könne.

Italiener und Südslawen.

Laibach, 11. Jänner. (Meldung des Laibacher Korr.-Bur.) Die Volksbeauftragten Dr. Triller und Ingenieur Remec fahren demnächst nach Triest, um mit den dortigen Stellen ein Uebereinkommen betreffend die Einfuhr von Salz aus den von den Italienern besetzten Gebieten nach Jugoslawien abzuschließen. Gleichzeitig soll der Verkehr in dem von Italien besetzten Gebiete sowie die Einreise in dieses Gebiet und die Ausreise aus demselben geregelt werden. Es wird geplant, in Laibach eine italienische, in Triest eine jugoslawische Passierstelle einzurichten.

Die Versorgung Wiens bis zur neuen Ernte gesichert.

Bedingung der Entente: Ruhe und Ordnung.

Heute früh verläßt die interalliierte Wirtschaftskommission Wien.

Wie wir von maßgebendster Stelle erfahren, haben die furchtbaren Entbehrungen, welchen die Wiener Bevölkerung ausgesetzt ist und die sie mit bewunderungswürdiger Geduld trägt, einen erschütternden Eindruck auf die Mitglieder der interalliierten Wirtschaftskommission gemacht. Diese haben sich überzeugt, daß alle Schilderungen über die mangelnde Ernährung der Wiener Bevölkerung noch weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben und ohne Unterschied der Nationalität sind sämtliche Herren zu dem Entschluß gelangt, daß Wien aus seiner bedrängter Lage gerettet werden müsse.

Wir können weiter die wichtige und erfreuliche Mitteilung machen, daß der Besuch der interalliierten Wirtschaftskommission folgendes Resultat ergeben hat:

Die Versorgung Wiens mit Lebensmitteln ist bis zur neuen Ernte gesichert.

Voraussetzung für diese Hilfeleistung der Entente ist aber, daß Wien an seiner bisherigen Haltung beharrt und nicht der Schauplatz von Unruhen und bolschewikischen Umsturzversuchen wird.

Dieses Ergebnis der Tätigkeit der interalliierten Wirtschaftskommission kann nur die größte Befriedigung bei uns hervorrufen und es gebühret den Mitgliedern dieser Kommission die volle Anerkennung für ihre rasche und erfolgreiche Tätigkeit, sowie für ihr Wirken, welches vom reinsten Geiste der Humanität erfüllt war.

12. I. 919

Arbeiterzeitung

12. II. 1919

77

Die Ernährungsfragen.

Der Verteilungsplan für die ausländischen Lebensmittel. Vom Staatsamt für Volksernährung wird mitgeteilt: Die Samstag aus Budapest zurückgekehrten Mitglieder der Kommission der interalliierten Lebensmittelkonferenz fanden sich am Nachmittag im deutschösterreichischen Staatsamt für Volksernährung ein, wo unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Loewenfeld-Ruß die abschließende Besprechung über die von der Entente vorläufig zu leistende Lebensmittelaushilfe für Deutschösterreich stattfand. Der Staatssekretär legte den Mitgliedern der Kommission die Verteilungspläne für die von ihr zugesagten Mengen an Getreide, Fett und Kondensmilch vor. Dr. Taylor nahm die in Aussicht genommene Verteilung zur Kenntnis und teilte mit, daß drei Vertreter der interalliierten Lebensmittelkommission in Wien bleiben werden, um wegen der raschen Durchführung der Lieferungen die entsprechende Fühlungnahme mit den deutschösterreichischen Behörden aufrecht zu erhalten. Den in Wien bleibenden Mitgliedern der Ententekommission werden zu diesem Zwecke im Staatsamt für Volksernährung Amtsräume zur Verfügung gestellt werden. Mehrere Kommissionsmitglieder begeben sich Sonntag den 12. d. nach Triest, um den raschen Abtransport und die ungehinderte Durchfuhr von Lebensmitteln durch das jugoslavische Gebiet nach Deutschösterreich sicherzustellen. Sie erklärten sich auf Ersuchen der deutschösterreichischen Vertreter bereit, nach Möglichkeit auch für die Beistellung der zum Transport notwendigen Kohlen einzutreten.

Bei diesem Anlaß werden sich die Kommissionsmitglieder bemühen, zu erwirken, daß für Deutschösterreich bestimmte Lebensmittelsendungen auch die übrigen Nationalstaaten ungehindert passieren. Im Verlauf der Beratungen wurde von den Mitgliedern der Kommission festgestellt, daß irgend welche private Abschlüsse auf Einfuhr von Lebensmitteln aus den alliierten Ländern nicht zugelassen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder der interalliierten Lebensmittelkommission verläßt heute Sonntag Wien und begibt sich nach Paris, von wo die Kommission Mitteilungen über die Wiederaufnahme der Verhandlungen hinsichtlich der weiteren Aushilfen sowie über die finanziellen Fragen hieher gelangen lassen wird.

Neue Freie Presse
12./I. 1919

[Zürich für Wien.] Man schreibt uns aus Zürich: Die Wiener hätten noch mehr Freude an den guten Dingen, die ihnen jetzt aus der Schweiz zugesandt werden sollen, könnten sie einen Blick in die Turnhalle der Schule auf dem Lind-Escher Platz in Zürich tun und die Spender der Liebesgaben und die tätigen Verwalterinnen am Werke sehen. Denn es ist ergreifend, wie seit jenen ersten Aufrufen in den Zeitungen ein ununterbrochener Pilgerzug von Spendern zur Sammlungsstelle strömt. Kinder ziehen im Handwagen Kartoffelsäcke, alte, einfache Frauen aus dem Volke bringen in Handkörben kleine Gaben, Arbeiter, die selbst nichts zu vergeben haben, spenden ihre überschüssigen Brot- und Fettmarken, nicht eine Minute vom Morgen bis zum Abend steht die Türe still. Und schon häufen sich in der geräumigen Halle die Spenden, Säcke, prall voll mit Mehl, Dauerwürste, blanke Türme von Konserven, runde Blechsäulen von kondensierter Milch und vor allem Schokolade in Päckchen und Packen. Unermüdlich nehmen die freiwilligen Helferinnen, meist junge Mädchen, die Spenden entgegen, die Pakete werden entschnürt, geordnet, in Kisten verpackt und verladen, eine gewaltige Maschinerie der Hilfstätigkeit funktioniert lautlos und musterhaft, und man mag sich vollen Herzens an der tätigen Freude mitfreuen, die Spender und Empfänger gleichzeitig beseelt. In den Banken sind schon stattliche Eingänge zu verzeichnen, die ganze Bürgerschaft ist eifrig am Werke, am eifrigsten aber die Kinder in den Schulen, die, wunderbare Agitatoren der Hilfe, sich gegenseitig ermuntern und ihre eigenen Christkindgeschenke willig in die Ferne gegeben haben. Dieses ganze Hilfswerk geschieht, dem Schweizer Charakter entsprechend, ganz ohne Pathos, ohne Selbstgefälligkeit, wirklich als Gemeinwerk. Es ist nicht ein Gesellschaftskreis, eine soziale oder politische Schichte, sondern tatsächlich die ganze Stadt als tätige Gemeinschaft, die hier der österreichischen Hauptstadt zu Hilfe kommt, und es wird kaum in der Bürgerschaft einzelne geben, die sich nicht mit einer Gabe beteiligt haben. Es rollt viel Liebe und herzliche Gesinnung mit den Waggons mit, die bald das in Wien so sehnsüchtig erwartete Gut verfrachten werden, und wenn der Dank nur so reichlich wäre wie die Gabe, so wäre er doch zu gering, denn nicht aus einer Ueberfülle hat hier mancher gegeben, sondern viel Abgespartes und sich selbst Weggeknauseries ist unter diesen Spenden, die Liebesgaben im besten und reinsten Sinne des Wortes sind. Es wäre darum nur gerecht, wenn unser Dank eine besonders festliche Form des Ausdrucks fände: kein Ueberschwang der Erkenntlichkeit scheint dem übertrieben, der das wunderbare Schauspiel hier gesehen, eine ganze Stadt in schwesterlicher Liebe zu einer anderen beseelt, eine Bürgerschaft tätig für eine ihr fast unbekannte, ein Werk, ganz jenseits der politischen Welt, absichtslos und rein nur aus dem Willen zur Hilfe und den ewigen Elementen des Mitgefühls gestaltet, und darum wohl wert, diese Tage des Entsetzens in unserem Gedächtnis als denkwürdig gute Stunde zu überdauern.

National-Zeitung
13. I. 1919

W. Z. 13/I 19
79

Oesterreich.

Die Hilfsaktion.

AC. Wien, 13. Jan. Der Leiter der deutsch-österreichischen Mission in den Wirtschaftsverhandlungen mit der Entente, Hennet, gewährte unserem Vertreter ein Interview über die Hilfsaktion für die Stadt Wien. Seine Darlegungen dürften für die schweizerische Bevölkerung von besonderm aktuellen Interesse sein, als dadurch die schweizerische Oeffentlichkeit über den Stand der Lebensmittelversorgung Oesterreichs authentischen Bericht erhält.

Hennet führte aus, daß nachdem die Schweiz mit dem ersten Lebensmittelzug die Hilfsaktion eingeleitet hatte, Italien mit einem zweiten Zug von 8000 Tonnen Weizen, Milch und Zitronen sandte. Die dritte Phase der Hilfsaktion wird nun in einer umfassenden Organisation der Ernährungshilfe durch die Entente bestehen, wodurch die Ernährung der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte sichergestellt werden wird.

Der Durchführung dieser Hilfsaktion muß aber die Finanzierung des ganzen Unternehmens vorangehen. Hiefür besteht der Plan, der Stadt Wien in Amerika auf Grund ihres Besitzes einen Kredit von 315 Millionen Kronen einzuräumen, wofür dann in Amerika die erforderlichen Lebensmittelankäufe stattfinden können. Diese Operation dürfte auch den Kronenkurs günstig beeinflussen.

Am Schlusse seiner Ausführungen gab Hennet der Hoffnung Ausdruck, daß die Hilfe von so weit her nicht lange nötig sein werde, sondern daß die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen unter den frühern Staaten der Doppelmonarchie eine rationellere Versorgungspolitik durchführen lasse. Dazu werde es allerdings vorerst eines Druckes der Entente bedürfen. Es gehe aber nicht an, daß die Verpflegung Oesterreichs und der Stadt Wien längerhin Amerika zur Last falle, während genügende Vorräte in der Nähe aufzubringen wären.

National — Zeitung

13./I. 1919

W.Z. 13/I. 14

80

Hilfe für Wien.

Der erste Tausender ist erreicht! Es lebe der zweite! Allen denen, die mitgeholfen haben, herzlichen Dank. Und Hilfe kommt allmählich aus allen Orten. Sogar aus dem Wallis werden uns 40 Kronen geschickt! Auch bei uns fangen die verschiedenen Vereine, Klassen und Arbeitsgemeinschaften an sich zu melden, schüchtern zwar vorerst nur. So haben die Schneiderinnen des Wilden Mannes für unsere Wiener 95 Franken zusammengetragen und ein Kegelklub aus dem Löwenzorn schickt uns 4 Fünfliber. Samstag Mittag war sogar ein fünfjähriges Büblein auf der Redaktionsstube und hat den Wiener Kindern seine 2 Sparbatzen bringen wollen. Die Schulklasse 5 c im Thiersteinerschulhaus geht den andern Klassen der Basler Schulen mit gutem Beispiel voran und schickt uns 15 Fr. und viele Rationsmarken als Ergebnis einer Sammlung unter den Klassengenossen zu. Welche Klasse des Gymnasiums und der Realschule machts nach?

Unser Spezereiladen nimmt trotz der schlechten Zeiten immer mehr zu. Er gleicht bald den geheimsten Gemächern eines Berufshamsters. Und die Markensammlung gedeiht schöner als das schönste Buschi. Mit väterlicher Sorge prüfen wir jeden Tag ihr Gewicht. Heute sinds nur noch wenige Gramm unter einem Pfund und wenn morgen recht viele an die hungernden Wiener denken, so wird unsere Sammlung so zunehmen, daß ein Kilostein daneben sich schämen muß. Denken Sie sich ein Kilo Marken, für die manche 100 Kilo Brot, Reis, Mehl, Käse, Fett — und was weiß ich alles, den armen Wienern geschickt werden kann! Wer möchte da nicht mittun!

Die Verteilung der Gaben

13./I.1919

13./1.19
81

Ein oberster Rat der Alliierten für Lebensmittelfragen

Ende letzter Woche haben Lord Reading und Sir John Beale London verlassen, um Großbritannien auf einer Beratung zu vertreten, an der je zwei Vertreter Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens anwesend sein werden. Dieser oberste Rat muß die Lebensmittelfrage und die Finanzfrage prüfen, wie auch die Frage der Tonnage mit Hinsicht auf die Verpflegung und Wiederversorgung mit Lebensmitteln der feindlichen und befreiten Gebiete. Er soll ferner die Koordination zwischen diesen Versorgungen und denjenigen der neutralen und alliierten Länder festlegen. Man hat schon einige dringende Maßnahmen vor der Schaffung dieses obersten Rates getroffen. So hat man Serbien und Rumänien Hilfe gebracht. Was Deutschösterreich betrifft, funktioniert eine interalliierte Kommission, in der Sir William Beveridge Großbritannien vertritt, seit einiger Zeit. Sie ist in Bern mit Vertretern Wiens und der deutschösterreichischen Gebiete zusammengetroffen und hat sich darauf nach Wien und Prag begeben. Die Lebensmittelversorgung in diesen Gegenden gibt zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Sie wird noch erschwert durch Transport- und Finanzschwierigkeiten. Man trifft provisorische Verfügungen, um eine gewisse Quantität Lebensmittel dorthin zu entsenden. Einige Vorräte wurden schon nach Wien geschickt.

13.I.1919

13/I. 19
84

Hilfe für Wien

Grundsätze der Verteilung

Die schweizerische Geschäftsstelle teilt mit, daß die Liebesgaben für Wien nur für die dortigen Bedürftigen bestimmt sind. Das schweizerische Komite wird die Sendung von erfahrenen Fachleuten begleiten lassen, welche den Schweizerkommissär in der Verteilung zu unterstützen bestimmt sind.

Es ist vorgesehen, eine Spezialgabe den notleidenden Schweizern in Wien zukommen zu lassen. Das schweizerische Komitee behält sich vor, einen Teil der Naturalgaben und Geldspenden für diesen Zweck zu verwenden. Postscheckkonto der schweizerischen Geschäftsstelle III-26, Bern.

Ein Telegramm aus Wien vom 4. Januar über die Verteilung der Lebensmittel aus der Schweiz konnte so ausgelegt werden, als ob alle gesandten Waren an die Bevölkerung von Wien ohne Vermögensrücksicht verteilt würden. Auf eine Anfrage antwortete Bürgermeister Dr. Weißkirchner telegraphisch wie folgt:

„Die Mitteilung, daß schweizerische Lebensmittel unter Kontrolle von Oberstleut. Frey an die Gesamtbevölkerung Wiens ohne Rücksicht auf das Vermögen erfolge, ist nur bezüglich Mehl und Fett richtig, weil in Wien allgemeine Not an Mehl und Fett herrscht. Diese Regelung geschieht im Einvernehmen mit dem Schweizerkommissär. Der Verteilungsplan für die übrigen Artikel ist ebenfalls mit dem Schweizerkommissär wie folgt geregelt: Kondensierte Milch: die Hälfte für Spitäler, die andere Hälfte für Kinder bis zu zwei Jahren, schwangere Frauen und stillende Mütter; Reisabgabe geschieht an Kinder bis zu sechs Jahren, an die Speisung der Armen und Minderbemittelten; Schokolade zum Teil für Spitäler, Rest für Kinderfrühstück. Alle Artikel sind bis jetzt noch nicht abgegeben worden. Die Ausgabe geschieht nur mit Ermächtigung des Schweizerkommissärs, unter seiner und des Magistrats von Wien Kontrolle. Irgend ein Uebergang der schweizerischen Lebensmittel an unberufene Personen ist daher absolut ausgeschlossen. Bitte dringend um Veröffentlichung!“

Ein soeben eingegangener schriftlicher Bericht des Schweizerkommissärs, Oberstleut. Frey, deckt sich hinsichtlich der Verteilung der Schweizer Lebensmittel mit obiger telegraphischer Mitteilung.

Neue Freie Presse 13./I. 1919

Englische Lebensmittelaushilfe für die arme Bevölkerung Wiens.

Wien, 13. Januar.

Das englische Oberkommando in Italien hat für die arme Bevölkerung Wiens Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Wie das Staatsamt für Volksernährung mitteilt, dürfte der betreffende Lebensmittelzug bereits im Laufe des morgigen Tages in Wien eintreffen.

Der Transport ist von 3 englischen Offizieren und 120 englischen Soldaten begleitet.

Vorläufig treffen 20 Waggons Lebensmittel ein, insbesondere Mehl, Haferreis, Milch, Zucker, Konservenfleisch, Suppenkonserven und Reis.

Pester Lloyd Abendblatt
13. II. 1919

84

(An die in Budapest lebenden Wiener Damen.) Wir erhalten diese Zeilen:

„Gütige ungarische Frauen haben vor kurzer Zeit eine Aktion eingeleitet, die den so edlen Zweck verfolgt, in den Familien Budapests Brotkarten zu sammeln, für die sodann das entsprechende Mehl den armen, maßlos leidenden und hungernden Wiener Kindern zugeführt werden soll. Es fand auch eine Sitzung statt, zu der allerdings ungarische Damen zahlreich, Wiener oder österreichische Damen aber nicht erschienen waren. Ich meine nun, daß es doch gerade Sache dieser Damen gewesen wäre, sich für die Angelegenheit zu interessieren und ihre Dankbarkeit so zu bezeigen, daß sie wenigstens zum Teil das gewiß nicht leichte Einsammeln der Karten mitübernehmen würden, zumal da so die Möglichkeit geboten wäre, in viel mehr Straßen Karten zu erbitten und dadurch das Ergebnis um so schöner wäre. Legitimationen zur Sammelberechtigung sind Rudolfsgasse 2, Parterre erhältlich.

Hochachtungsvoll

Nesty Schlosser-Belschon von Mildenburg."

Die Zeit
14. II. 1919

85

Wieder ein Lebensmittelzug.

20 Waggons Lebensmittel aus Italien.

Vom Staatsamt für Volksernährung wird mitgeteilt:

Der vom englischen Oberkommando in Italien dem Staatsamt für Volksernährung zur Verfügung gestellte Lebensmittelzug zur Hilfeleistung an die arme Bevölkerung Wiens dürfte bereits im Laufe des morgigen Tages in Wien einlangen. Der Zug wird von drei englischen Offizieren und 120 Mann englischen Soldaten begleitet. Nach vorläufigen Meldungen werden ungefähr zwanzig Waggons Lebensmittel, und zwar insbesondere Mehl, Haferreis, Milch, Zucker, Konservenfleisch, Suppenkonserven und Reis, einlangen.

Ankunft einer englischen Militärkapelle.

Wie uns mitgeteilt wird, ist die englische Mannschaft, die den bereits angekündigten Lebensmittelhilfszug nach Wien bringt, von einer englischen Militärkapelle begleitet, die mit der Mannschaft vom Bahnhof in ihre Wiener Unterkunft marschieren wird. Bemerkt wird, daß die ankommende englische Mannschaft keine Besatzungstruppe, sondern lediglich Begleitmannschaft des Zuges ist, der der armen Bevölkerung Wiens Lebensmittelaushilfen bringen soll. Die Verteilung dieser Lebensmittel wird durch den Staatsrat für Volksernährung erfolgen.

Ein amerikanischer Ernährungkredit für Wien.

Aus Luzern, 13. d., wird uns telegraphiert:

Baron Hennet, der Leiter der deutschösterreichischen Wirtschaftsverhandlungen mit der Entente, gab einem Vertreter der „Associated Preß" Erklärungen über den Verlauf der Hilfsaktion für Wien. Er hebt die edelmütige Tat der Schweiz hervor, die die erste Phase dieser Aktion darstelle. Die zweite Phase wird die Sendung Italiens von 8000 Tonnen Weizen, Milch und Zitronen bilden. Die dritte Phase der Aktion wird eine großzügige Hilfsorganisation durch die Entente sein, durch die die Ernährung bis zur nächsten Ernte gesichert ist. Die Stadt Wien erhält von Amerika einen Kredit von 315,000.000 Dollar gegen Sicherstellung des Stadtbesitzes und der Obligationen. Hennet sprach die Hoffnung aus, daß Deutschösterreich nicht lange diese Hilfe nötig haben wird, da die Entente mit Hochdruck an der Wiederherstellung der alten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den ehemaligen Staaten der Monarchie arbeitet.

Reichspost 14./I. 1919

86

Versorgungsfragen.

Englische Lebensmittel für die arme Bevölkerung Wiens.

Vom Volksernährungsamt wird mitgeteilt: Der vom englischen Oberkommando in Italien dem Staatsamte für Volksernährung zur Verfügung gestellte Lebensmittelzug zur Hilfeleistung für die arme Bevölkerung Wiens dürfte bereits im Laufe des morgigen Tages in Wien eintreffen. Der Zug wird von drei englischen Offizieren und 120 Mann englischer Soldaten begleitet. Nach vorläufigen Meldungen werden ungefähr 20 Waggons Lebensmittel, und zwar insbesondere Mehl, Haferreis, Milch, Zucker, Konservenfleisch, Suppenkonserven und Reis einlangen.

Wie uns von privater Seite mitgeteilt wird, ist die englische Mannschaft, welche den bereits angekündigten Lebensmittelhilfszug nach Wien bringt, von einer englischen Militärkapelle begleitet, welche mit der Mannschaft vom Bahnhofe in ihre Wiener Unterkunft marschieren wird. Bemerkt wird, daß die ankommende englische Mannschaft keine Besatzungstruppe, sondern lediglich Begleitmannschaft des Zuges ist, welcher der armen Bevölkerung Wiens Lebensmittelaushilfen bringen soll. Die Verteilung dieser Lebensmittel wird durch das Staatsamt für Volksernährung erfolgen.

Die Verteilung der Schweizer Lebensmittel.

In Anwesenheit der Schweizer Delegierten unter Führung des Oberstleutnants Frey und Vertretern des Staatsamtes für soziale Fürsorge, der Gemeinde und der Fachreferenten des Magistrates fand heute nachmittag unter Vorsitz des VB. Rain eine Sitzung im Rathause statt, in welcher der endgültige Verteilungsplan der aus der Schweiz eingelangten Lebensmittel festgelegt wurde. Von den in Wien eingelangten sechs Waggons Fett (30 Tonnen Schweinefett und 30 Tonnen Kokosfett) wurden bereits 30 Tonnen Kokosfett und 15 Tonnen Schweinefett zur Aufbesserung der dieswöchentlichen Kopfquote von 40 auf 60 Gramm verwendet. Von den noch erübrigenden 15 Tonnen Schweinefett werden 10·5 Tonnen an die Krankenanstalten usw. und 4500 Kilogramm an die öffentliche allgemeine unentgeltliche Ausspeisung abgegeben.

Von der Reisaushilfe per 40 Waggons wurden 142.640 Kilogramm bereits ausgegeben. Hinsichtlich der Verteilung der noch zur Verfügung stehenden 257 Tonnen Reis wurde seitens der Vertreter der Gemeinde Wien der Antrag gestellt, mit Rücksicht auf die dermalige Brotknappheit und die ungünstige Versorgungsaussicht für die nächste Woche dieses Reisquantum der Bevölkerung allenfalls als Brotersatz zur Verfügung zu stellen. Da diese Verwendungsart den Instruktionen der Schweizer Delegierten nicht entspricht, hat Oberstleutnant Frey, der übrigens dem Standpunkte der Gemeindevertreter beipflichtet, sich telegraphisch an das Ernährungsamt der Schweiz gewendet. In gleichem Sinne hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner sich die Zustimmung dieser Stelle hiezu telegraphisch erbeten.

An Schokoladepulver wurden bereits 10.000 Kilogramm in der letzten Sitzung aufgeteilt. Es erübrigen noch 35.000 Kilogramm, welche zum Teil an Kinder von 2 bis 6 Jahren nicht begüterter Eltern, zum Teil für das Kinderfrühstück der Gemeinde Wien in den Schulen und an Lehrlings- und Jugendhorte nach einem vom Staatsamte für soziale Fürsorge noch aufzustellenden Verteilungsschlüssel ausgegeben werden. 9000 Kilogramm Schokolade werden zum Teil an Spitäler und für die Hauskrankenpflege (Hauskranken- und Distriktskrankenpflege, Tuberkulosenfürsorgestellen und für die Säuglingspflege) nach einem vom Stadtphysikate ausgearbeiteten Plane ausgegeben werden.

Der Warenaustausch zwischen Laibach und Wien.

Eine Entgegnung des Wiener Warenverkehrsbureaus.

Das Wiener Warenverkehrsbureau teilt zu den Beschwerden, welche die Laibacher Nationalregierung gegenüber der Abordnung der Internationalen Approvisionierungskommission, betreffend den Warenverkehr mit Deutschösterreich, besonders aber wegen des Durchzugs durch Deutschösterreich erhoben hat, mit, daß hier ein Mißverständnis bei der slovenischen Landesregierung obwalten müsse. Noch vor Weihnachten waren nämlich zwei Verträge mit der Laibacher Nationalregierung unter Mitwirkung des Warenverkehrsbureaus vereinbart worden, welche nur der Unterschrift der letzteren bedürfen. In diesen Verträgen wird unter anderen die Lieferung von 1600 Tonnen Speise- und 300 Tonnen Viehsalz, zusammen also von 1800 Tonnen, zugeführt; es ist dies hinsichtlich des Salzes fast doppelt soviel als nunmehr die Laibacher Regierung als Vorausleistung für die Durchfuhr der Ententetransporte nach Deutschösterreich verlangt. Als Gegenleistung der slovenischen Nationalregierung kommen hauptsächlich Mehl und Gerbstoffextrakte in Betracht. Leider ist es trotz wiederholter Urgenzen zur Annahme der fertiggestellten Verträge weder durch die Laibacher Nationalregierung, noch falls dies erforderlich sein sollte, durch die jugoslavische Gesamtregierung gekommen. Uebrigens steht derzeit auch die Frage der Durchfuhr von Kohle nach Südslavien in Verhandlung, bei welcher — ebenfalls — nach prinzipieller Wahrung der heimischen Interessen — vor allen in Betracht kommenden staatlichen Faktoren Deutschösterreichs weitgehendes Entgegenkommen bekundet wurde.

Die Wiener Regierung gegen die Versorgung Oberösterreichs und Salzburgs?

(Eigenbericht der „Reichspost".)

Linz, 12. Jänner.

Auf das Ersuchen der oberösterreichischen Landesregierung aus Italien Lebensmittel zu beziehen, hat sich die italienische Regierung bereit erklärt, Oberösterreich und Salzburg bis zur neuen Ernte mit Reis und Fett zu versorgen, gegen 1000 Waggons Schnittmaterial (Breiter). Die Oberösterreicher waren nun sehr erstaunt, daß plötzlich die — Wiener Regierung die Ausfuhrbewilligung verweigerte. Das „Linzer Volksblatt" übt an diesem Vorgehen der Wiener Zentrale scharfe Kritik. Es schreibt u. a.:

Es hat fast den Anschein, als ob die Wiener Stellen in ihrer Eitelkeit sich verletzt fühlen, wenn die Landesregierungen im Auslande etwas erreichen. Die Wiener Regierung wird nämlich von der Entente geschnitten, sie wird nicht anerkannt und es wird mit ihr nicht verhandelt. Hingegen finden die Landesregierungen bei der Entente manches Entgegenkommen. Die Alpenländer können aber nichts dafür, daß die Entente mit der Wiener Regierung nicht verkehrt. Wenn die Wiener Regierung der Lebensmittelnot nicht steuern kann, sondern vielmehr die Not und Teuerung immer größer wird, so sollte doch die Regierung von diplomatischen Eifersüchteleien absehen, und alle Bestrebungen, dem Lande Lebensmittel zuzuführen, ehrlich unterstützen.

Es wäre zur Beruhigung der Bevölkerung dringend zu wünschen, daß die Gründe für die Verhinderung des erwähnten Uebereinkommens wenigstens schleunigst der Oeffentlichkeit bekanntgegeben würden.

Eine amtliche Aussendung des S. K.-B. nennt diese Darstellung des „L. V." eine „maßlose Uebertreibung eines bereits erledigten Zwischenfalles", denn die Wiener Regierung habe sich „auf den Standpunkt gestellt, daß ein solches Kompensationsabkommen der Kompetenz des deutschösterreichischen Warenverkehrsbureaus unterstehe und daß es unangebracht sei, daß Landesbehörden derzeit selbständige Verträge mit fremden Regierungen abschließen. Im übrigen sei der Fall auf der letzten Versammlung der Landeshauptleute durchaus einverständlich geregelt worden. — Es wird somit die Richtigkeit der Meldung zugegeben, wenn auch in einer so groben Form, daß die Aufregung verdächtig wirken muß.

Neues Wiener Tagblatt

14. II. 1919

87

Die Approvisionierung.

Wie in Böhmen für die Approvisionierung der Städte gesorgt wird.

Die böhmischen Städte sind zwar mit Lebensmitteln reichlicher versorgt als beispielsweise Wien, auch sind dort die Lebensmittel billiger, doch nichtsdestoweniger finden die Verbraucher, daß auch in Böhmen die Produzenten nicht so viel liefern, als sie sollten und könnten, und daß die Händler das Ueberwiegen der Nachfrage über das Angebot in ungebührlicher Weise ausnützen. Das tschecho-slowakische Ernährungsamt hat gerade in den letzten Tagen einige Maßregeln von mustergültiger Entschiedenheit verfügt, die bestimmt sind, die Lage der Verbraucher zu erleichtern.

Die Bezirkshauptleute wurden verständigt, daß man sie persönlich dafür verantwortlich mache, daß die Landwirte die vorgeschriebenen Viehkontingente pünktlich liefern. Wo die Lieferung verweigert wird, sollen die Bezirkshauptleute mit der Beschlagnahme vorgehen und hiefür Gendarmerie oder auch Militärassistenz in Anspruch nehmen.

Vor wenigen Tagen wurde der Preis des Schweinefleisches herabgesetzt, und aus diesem Anlaß gaben mehrere große Selcher Telegramme auf, durch welche sie ihre Lieferanten aufforderten, keine Schweine zu schicken. Diese Telegramme wurden nicht befördert, dagegen werden die Namen der Selcher, die in solcher Weise die Approvisionierung Prags schädigen wollten, in den sonntägigen Zeitungen veröffentlicht mit dem Beisatze, daß gegen diese Personen das Strafverfahren eingeleitet wurde.

Ebenfalls in den letzten Tagen wurden unvermutet in den großen Prager Selchereien und in den Prager Mühlen amtliche Revisionen vorgenommen, um festzustellen, was in diesen Betrieben eigentlich vorgehe.

Berner – Tagblatt
15. II. 1919

88

Die Zustände in Oesterreich-Ungarn.

Die Schweizer in Wien.

ag. Wien, 14. Jan. Der vorgestern von der hiesigen Schweizer-Kolonie veranstaltete Begrüßungsabend für die Schweizersoldaten, die die Lebensmittelzüge begleiten, verlief sehr herzlich. Im vollen Saale waren mehrere Mitglieder der schweizerischen Gesandtschaft mit Dr. Bourcart anwesend, sowie die Vorstandsmitglieder der Schweizergesellschaft, Herr O. Reindle begrüßte namens derselben die Gäste, worauf Oberstleutnant Frey ein Hoch auf die Wiener Schweizer ausbrachte. In seiner Antwort regte Dr. Bourcart an, daß das Schützenbataillon 7, das die Begleitmannschaften der Lebensmittelzüge stellt, zum Ehrenmitglied der Schweizergesellschaft ernannt werden soll, was in der nächsten Hauptversammlung der Gesellschaft beantragt werden soll.

Die Zeit
15./I. 1919
K. k. Bezirksschulrat Wien.
89

Wiens Lebensmittelrat.

Die Fleisch- und Brotpreisfrage.

In den letzten Tagen fanden wiederholt eingehende Verhandlungen der Vertreter der Regierung mit den Vertretern der amtlichen Ernährungsstellen über die Frage der Neuregelung der Fleisch- und Brotpreise statt. Die Angelegenheit drängt zur Entscheidung, die bald erfolgen dürfte. Das Staatsamt für Finanzen erklärt nach wie vor, daß unbedingt ein Abbau des Staatszuschusses beim Fleischeinkauf, der monatlich 12½ Millionen Kronen beträgt, vorgenommen werden müsse, da der Staatssäckel bei den großen Anforderungen, die an ihn gestellt werden, und der Leere der Staatskassen eine solche Belastung nicht tragen könne. Die Vertreter der Konsumenten hingegen sind gegen jede Erhöhung der Fleisch- und Brotpreise und erklären, daß bei den hohen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsartikel sowie der schlechten Erwerbsverhältnisse eine weitere Verteuerung dieser wichtigsten Nahrungsmittel nicht eintreten dürfe.

Gestern nachmittags fand unter dem Vorsitz des Staatskanzlers Dr. Renner ein mehrstündiger Kabinettsrat statt, in dem über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen betreffend die Regelung der Fleisch- und Brotpreise berichtet und dazu Stellung genommen wurde. Auch der Staatsrat wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit dieser Frage befassen.

Die Fleischhauer erklären sich gleichfalls mit einer Erhöhung der Fleischpreise nicht einverstanden, würden jedoch einer solchen zustimmen, wenn man den Verkehr mit Fleisch freigeben würde. Sie versichern, daß sie dann reichliche Fleischmengen auf den Markt bringen würden. Die amtlichen Ernährungsstellen sind jedoch gegen den freien Fleischverkehr, zumal es sich beim Schaffleisch gezeigt hat, daß er durchaus nicht den Konsumenten zum Vorteil gereicht. Als nämlich der Verkehr mit Schaffleisch freigegeben wurde, sind zahlreiche Händler nach Oberösterreich gefahren und haben sich beim Einkauf der Schafe im Preise überboten. Die Folge war, daß dann die Fleischhauer in Wien zu teuer einkauften und mit den amtlich festgesetzten Höchstpreisen ihr Auskommen nicht finden konnten, weshalb sie eine Erhöhung der Höchstpreise verlangten. Es wurde zwar unter den Fleischhauern der Wunsch laut, den Forderungen durch Demonstrationen vor dem Parlament Nachdruck zu verleihen, doch fand diese Idee keinen Anklang. Die Fleischhauer wollen vielmehr das Ergebnis der jetzigen Verhandlungen und die Verlautbarung der Regierungsmaßnahmen abwarten, bevor sie weitere Schritte unternehmen.

Keine Sonderverhandlungen wegen Lebensmittellieferung.

Während der in der vorigen Woche in Wien geführten Verhandlungen mit der interalliierten Lebensmittelkommission hat der Staatssekretär für Volksernährung im Hinblick auf die dem Staatsamt wiederholt bekannt gewordenen Verhandlungen von Ländern und Privaten wegen Lieferung von Lebensmitteln aus den Entente- und anderen Staaten der Kommission die Frage vorgelegt, ob und inwieweit bei derartigen separaten Verhandlungen auf die Unterstützung der Kommission gerechnet werden könne. Der Führer der interalliierten Lebensmittelkommission, Dr. Taylor, gab hierauf die ausdrückliche Erklärung ab, daß irgendwelche Sonderverhandlungen wegen Lieferung von Lebensmitteln aus den interalliierten Ländern, die über den Rahmen der derzeit geführtn amtlichen Verhandlungen hinausgehen, vorläufig nicht zugelassen werden können.

Abgabe von Kondensmilch.

Dank der aus der Schweiz eingelangten Lebensmittelsendungen ist die Gemeinde Wien in der Lage, in dieser Woche Kondensmilch auszugeben. Bezugsberechtigt sind schwangere Frauen und stillende Mütter sowie Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre. Die Milch wird bei jenen städtischen Abgabestellen ausgegeben, bei denen Nährmittelzubußen für schwangere und stillende Frauen erhältlich sind, und zwar für alle Bezugsberechtigten, gleichgültig, ob sie mit dem Mehlbezug bei städtischen Abgabestellen oder bei Konsumentenorganisationen rayoniert sind. Die Milch kann von morgen Donnerstag bis einschließlich Samstag den 18. d. gegen Vorweisung der Nährmittelzubußenkarte und Abtrennung des Buchstabens B der Mehlbezugskarte, beziehungsweise gegen Abtrennung des Abschnittes III der Milchkarte für Kinder bis zum zweiten Lebensjahre, bezogen werden. Auf jede bezugsberechtigte Person entfällt eine Dose. Preis der Dose K. 5.26. Die Abgabe der Milch wird unter strenger Kontrolle der Schweizer Hilfskommission durchgeführt.

Fremdenblatt
15./I. 1919

* (Die englischen Offiziere im Rathause.) Gestern vormittags erschienen die Begleitoffiziere des englischen Lebensmittelzuges mit dem Kommandanten Major Dibben in Begleitung des Majors Bethell von der Interalliiertenkommission im Rathause, wo sie vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Vizebürgermeistern Hoß, Rain und Neumann empfangen und begrüßt wurden. Major Bethell erklärte als Sprecher der Abordnung, daß der Lebensmittelzug, der vorgestern in Wien einlangte, ein Geschenk des englischen Armeeoberkommandos in Italien sei, gedacht als Liebesgabe an die Wiener. Hierin solle eine Anerkennung liegen für die sehr gute und humane Behandlung, welche die Deutschösterreicher und besonders die Wiener im Gegensatze zu den Preußen während des Krieges den englischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten angedeihen ließen. Instruktionsgemäß sind diese Lebensmittel für die arme Bevölkerung bestimmt und die Uebersendung erfolgte völlig unentgeltlich ohne jede Bezahlung oder Gegenleistung. Major Bethell stellte die Ankunft weiterer dreier Lebensmittelzüge in der gleichen Weise in Aussicht. Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte im Namen der Gemeinde und beauftragte sofort den Magistratsrat Dr. Roßkopf mit der Ausarbeitung eines Verteilungsplanes, welcher dem Kommandanten der englischen Mission vorgelegt werden wird. Zum Schlusse wurden den Gästen zur Erinnerung Albums der Stadt Wien übergeben. — Die englische Militärkapelle wird Sonntag den 19. d. im großen Konzerthaussaal ein Konzert zu wohltätigen Zwecken veranstalten.

Fremdenblatt
15. I. 1919

* (Das bevorzugte Wien.) Ein Pensionist, der außerhalb Wiens wohnt, bringt in einer an unser Blatt gerichteten Zuschrift eine Reihe von Unzukömmlichkeiten zur Sprache, die sich aus den geänderten Verhältnissen der letzten Zeit ergeben haben, darunter auch die Ernährungszustände in Wien und in den kleinen Orten des flachen Landes. Diesbezüglich schreibt er: Wien hungert, Wien geht zugrunde, keine Lebensmittel, keine Kohle — so kann der Leser auf den vorderen Blättern aller Wiener Zeitungen lesen und gleich dahinter — für die entfallenden Kartoffeln wurde Ersatz durch Kraut, Rüben 2c., heute sogar durch Mehl geleistet — der Gemüsemarkt war überreich beliefert, der Fleischbedarf geringer als der Vorrat 2c. 2c. Und dabei haben die guten Wiener die ganze Kriegszeit doch ihre Karten honoriert erhalten und man ißt in Wien heute noch billiger als in der Provinz. Wer aber kümmert sich um die Fixbesoldeten, die Pensionisten, Lehrer 2c. in der Provinz? Wer hat, wie wir, ohne Erhöhung der Bezüge, ohne Anschaffungsbeiträge gehungert und gedarbt? Warum hat sich niemand für uns eingesetzt, wenn unsere Brot-, Fett-, Mehl-, Seifen- und andere Karten verfielen, warum erhalten wir bis heute nur die Hälfte des für die Wiener entfallenden Tabakquantums? Einen Bezugschein auf Kohlen konnte ich nie erlangen, angeblich weil ich nicht zu den Mindestbemittelten gehöre. Aber ein Arbeiter mit zirka 1200 Kronen Monatseinkommen erhielt solche Bezugscheine ohne Anstand, der Pensionist mit 600 Kronen aber nicht. Kohlen und Kartoffeln erhalten wir auch nicht und was das Holz kostet, davon will ich gar nicht sprechen. Sind wir, unsere unterernährten Kinder nicht auch so viel wert, wie die Wiener? Ja, die Steuern samt Kriegszuschlag werden uns prompt abgezogen, Metalle, Kleider, Wäsche 2c. mußten wir abgeben, aber daß wir auch leben wollen, scheint unseren Behörden nicht bekannt zu sein. Also bitte, gleiches Recht für alle. Den Wienern, die uns alles durch ihre Hamsterfahrten entzogen und alle Waren enorm verteuert haben, sei alles in reichem Maße vergönnt, aber man gebe endlich auch uns, allen Staatsbürgern die gleichen Lebensmöglichkeiten. Ein Pensionist." — Diese Ausführungen bedürfen wohl in einigen Punkten der Erwiderung, denn wenn der Einsender die Ansicht vertritt, daß die Bevölkerung Wiens von den Ernährungsbehörden verhätschelt wird, so dürfte dies in Wien einigermaßen Verwunderung erregen. Auch in Wien werden Fett-, Seifen- und andere Karten nicht eingelöst, Kartoffel werden seit Wochen nicht ausgegeben und was die „reiche Beschickung" des Gemüsemarktes betrifft, so erstreckt sich diese auf Kraut, Kraut und wieder Kraut. Ueber die Behauptung, man ißt in Wien billiger als in der Provinz, werden die hiesigen Gastwirte wohl in Erstaunen geraten, sind die Preise noch nicht hoch genug? Metalle, Kleider, Wäsche mußten auch die Wiener abliefern — mit einem Worte, es ist nicht einzusehen, worin die Bevorzugung der großstädtischen Bevölkerung bestehen soll. In Wahrheit ist die Sache wohl die, daß beide Teile gleich schwer zu tragen haben, die Bevölkerung in den großen Städten und die draußen auf dem Lande. Die einen brauchen die anderen nicht zu beneiden und die armen Städter sind wohl die letzten, die in den Verdacht kommen, bevorzugt zu werden.

Reichspost

15./I. 1919

92

Eine englische Militärmusik in Wien. Bekanntlich ist gestern nachmittag in der Station Penzing der erste englische Lebensmittelzug eingetroffen. Von dort ist er auf der Vorortelinie der Stadtbahn über Heiligenstadt zum Wiener Nordwestbahnhof weitergeleitet worden, damit die Lebensmittel leicht ins Lagerhaus der Stadt Wien gebracht werden können. Im Nordwestbahnhof verließ die englische Begleitung des Hilfszuges, acht Offiziere und 180 Mann, die Waggons, und nahm über Nacht im violetten Saal des Bahnhofes Aufenthalt. Heute vormittag rückte die Truppe mit der Musik am Nordwestbahnhof und marschierte unter klingendem Spiel zum Rathaus. Schlag 11 Uhr passierte die Kapelle unter ungeheurem Aufsehen die Oper und schwenkte auf den Ring ein, begleitet von vielen Hunderten Neugierigen. Die Kapelle spielte sehr fleißig. Jedes Musikstück begann mit zweimal drei Trommelschlägen, dann erst setzte das Spiel ein. Große Aufmerksamkeit erregten die tadellos gekleideten Offiziere, unter denen sich auch ein „Highlander" in seiner merkwürdigen Uniform befand. Um ½12 Uhr traf die Kapelle mit ihrer Begleitmannschaft, die erdfarbene Uniform trug und die Gewehre nach deutscher Art geschultert hatte, vor dem Rathause ein. Vor demselben wurde Halt gemacht, die Offiziere begaben sich zum Bürgermeister, der sie in Gegenwart der Vizebürgermeister empfing und freundlich begrüßte. Vom Rathaus weg zog die englische Truppe über den Ring zum Staatsamt für Heereswesen und endlich zur Johannesgasse, wo sie im dortigen Schulgebäude ihr Quartier bezog. Um 8 Uhr nachmittags brachten Automobile eiserne Feldbetten, die sich die Engländer mitgenommen haben. Sie wurden sofort abgeladen, und es begann gleich deren Aufstellung in den Schulzimmern. Die Truppe dürfte fünf bis sechs Tage in Wien verbleiben. Den Engländern gefällt Wien sehr gut, sie freuen sich über den freundlichen Empfang durch die Bevölkerung und erklärten auch, sehr bald mit einem Lebensmittelzuge wieder zu kommen.

Neues Wiener Tagblatt

15./I. 1919

93

Die Lebensmittelhilfe für Wien.

Eine englische Liebesgabe für die Wiener.

Gestern vormittag erschienen, wie schon berichtet, die Begleitoffiziere des englischen Lebensmittelzuges mit dem Kommandanten Major Dibben in Begleitung des Majors Bethell von der Interalliiertenkommission im Rathaus, wo sie vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Vizebürgermeistern Hoß, Rain und Neumann empfangen und begrüßt wurden. Major Bethell erklärte als Sprecher der Abordnung, daß der Lebensmittelzug, der gestern in Wien einlangte, ein Geschenk des englischen Armeeoberkommandos in Italien sei, gedacht als Liebesgabe für die Wiener. Hierin solle eine Anerkennung liegen für die sehr gute und humane Behandlung, welche die Deutschösterreicher und besonders die Wiener im Gegensatze zu den Preußen während des Krieges den englischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten haben angedeihen lassen. Instruktionsgemäß sind diese Lebensmittel für die arme Bevölkerung bestimmt und erfolgte die Uebersendung völlig unentgeltlich ohne jede Bezahlung oder Gegenleistung. Major Bethell stellte die Ankunft weiterer dreier Lebensmittelzüge in der gleichen Weise in Aussicht. Bürgermeister Dr. Weiskirchner brachte den Dank der Gemeinde hiefür zum Ausdruck und beauftragte sofort den Magistratsrat Dr. Roßkopf mit der Ausarbeitung eines Verteilungsplanes, welcher dem Kommandanten der englischen Mission zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Zum Schluß wurden den Erschienenen zur Erinnerung Alben der Stadt Wien übergeben.

Die Schweizer Fleischhauer für Wien.

Wie die Wiener Fleischselchergenossenschaft ihren Mitgliedern mitteilt, hat das Verbandssekretariat der Schweizer Metzgermeister in Zürich folgenden Aufruf an die Mitglieder des Verbandes gerichtet: „Für das hungernde Wien! Unsre Metzgermeister werden wohl alle aus den Tageszeitungen vernommen haben, daß die Bevölkerung Wiens bittersten Hunger leiden muß. Um dem gräßlichen Elend einigermaßen zu steuern, werden von der Schweiz Lebensmittel nach Wien gesendet. Wir möchten auch unsern Teil zu dieser Hilfstätigkeit beitragen und richten daher an unsre Metzgermeister die Bitte, uns Geldbeträge und Lebensmittel zuzusenden. In Betracht kommen in erster Linie solche Metzgereierzeugnisse, die dauerhaft und haltbar sind, also Dauerwurstwaren und getrocknetes Fleisch. Wir hoffen zuversichtlich, es werden sich recht viele Metzgermeister an diesem Werke der Nächstenliebe beteiligen. Helft schnell und helft wirksam!“

Neues Wiener Tagblatt

15./I. 1919

94

Die Approvisionierung.

Lebensmittel aus den interalliierten Staaten.

Für Länder und Private keine Ausfuhrbewilligung.

Während der in der vorigen Woche in Wien geführten Verhandlungen mit der interalliierten Lebensmittelkommission hat der Staatssekretär für Volksernährung im Hinblick auf die dem Staatsamte wiederholt bekannt gewordenen Verhandlungen von Ländern und Privaten wegen Lieferung von Lebensmitteln aus den Entente- und andern Staaten der Kommission die Frage vorgelegt, ob und in wieweit bei derartigen separaten Verhandlungen auf die Unterstützung der Kommission gerechnet werden kann. Der Führer der interalliierten Lebensmittelkommission Dr. Taylor gab hierauf die ausdrückliche Erklärung ab, daß irgendwelche Sonderverhandlungen auf Lieferung von Lebensmitteln aus den interalliierten Ländern, die über den Rahmen der derzeit geführten amtlichen Verhandlungen hinausgehen vorläufig nicht zugelassen werden können.

Wiens Versorgung durch die deutschösterreichische Landwirtschaft.

Die kriegswirtschaftlichen Zentralen sind für Deutschösterreich umgeformt worden und so besitzen wir nach wie vor eine Kriegsgetreideanstalt und eine Uebernahmsstelle für Vieh und Fleisch, die die Aufbringung und Verteilung der ihnen zur Bewirtschaftung anvertrauten Lebensmittel zu besorgen haben. Die wichtigste und schwierigste Aufgabe dieser Zentralen ist natürlich die Versorgung Wiens, da diese Großstadt ausschließlich von Zuschüssen lebt. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß die Lieferungen der Landwirte für Wien, sowohl was Brotgetreide als auch was Fleisch betrifft, hinter den ihnen vorgeschriebenen Kontingenten weit zurückbleiben.

In der mit dem gestrigen Tage abgelaufenen Fleischwoche konnte trotz Heranziehung der Vorräte an Gefrierfleisch das zur Bestreitung der Rationen notwendige Rindfleisch nicht mehr aufgebracht werden, so daß ein Teil der Bewohner sich vergeblich bemühte, seine Rindfleischration aufzutreiben.

Es ist bereits amtlich gemeldet worden, daß eine durch elementare Ereignisse herbeigeführte Verkehrsstockung vielleicht zur Folge haben wird, daß die Brotversorgung Wiens vorübergehend gestört wird. Da jetzt die italienischen Zuschübe begonnen haben und überseeische Zufuhren in Aussicht stehen, so wär es ein leichtes gewesen, einige hundert Waggons Getreide als Reserve für Wien anzuhäufen, wenn die Landwirte ihren Lieferungspflichten nachgekommen wären. Es ist traurig, daß eine Stadt von mehr als zwei Millionen Einwohnern auch nicht über die mindeste Getreidereserve verfügt, so daß Verkehrsstörungen, die bei überseeischen Zufuhren kaum zu vermeiden sind, ihre Versorgung mit dem wichtigsten Nahrungsmittel, mit Brot, zu gefährden vermögen.

Abgabe von Kondensmilch durch die Gemeinde Wien.

Dank der aus der Schweiz eingelangten Lebensmittelsendungen ist die Gemeinde Wien in der Lage, in dieser Woche Kondensmilch auszugeben. Bezugsberechtigt sind schwangere Frauen und stillende Mütter sowie Kinder bis zum zweiten vollendeten Lebensjahre. Die Milch wird bei jenen städtischen Abgabestellen ausgegeben, bei welchen Nährmittelzubußen für schwangere und stillende Frauen erhältlich sind, und zwar für alle Bezugsberechtigten, gleichgültig, ob sie mit dem Mehlbezug bei städtischen Abgabestellen oder bei Konsumentenorganisationen rayoniert sind. Die Milch kann von morgen Donnerstag bis einschließlich Samstag, den 18. d., gegen Vorweisung der Nährmittelzubußenkarte und Abtrennung des Buchstabens B der Milchbezugskarte, beziehungsweise gegen Abtrennung des Abschnittes III der Milchkarte für Kinder bis zum zweiten Lebensjahre bezogen werden. Auf jede bezugsberechtigte Person entfällt eine Dose. Preis der Dose 5 K. 26 H. Die Abgabe der Milch wird unter strenger Kontrolle der Schweizer Hilfskommission durchgeführt, welche besonderes Gewicht darauf legt, daß die Milch nur für den Konsum der Bezugsberechtigten verwendet wird. Eine Umgehung dieser Verfügung wird nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften strenge bestraft.

Arbeiterzeitung
16./II. 1919

99

Unsere Ernährungslage.

Eine vorübergehende Brotkürzung in der nächsten Woche bevorstehend.

Vom Staatsamt für Volksernährung wird mitgeteilt: Von der interalliierten Lebensmittelkommission wurde zur Versorgung Deutschösterreichs der Zuschub von 24.000 Tonnen Weizen zugesagt. Die Verteilung und Disposition dieser Mengen wurde im Einvernehmen mit den Vertretern der interalliierten Lebensmittelkommission für Wien und die zuschubsbedürftigen Länder Deutschösterreichs vorgenommen. Mit den zugesagten Getreidemengen kann der Bedarf Deutschösterreichs bis ungefähr Mitte Februar gedeckt werden. Alle Maßnahmen bezüglich rascher Durchführung der Transporte dieser Getreidemengen wurden getroffen. Anfang voriger Woche sind von diesen Mengen tatsächlich bereits 1000 Tonnen eingetroffen. Durch einen Schneesturz am Brenner ist jedoch der Verkehr in der vorigen Woche durch längere Zeit unterbrochen worden, wodurch eine Verzögerung der Lieferungen eingetreten ist.

Mit Hilfe aller noch verfügbaren Vorräte, der von Niederösterreich aufgebrachten Mengen und der letzten, der Stadtgemeinde Wien gehörigen Reservevorräte war es noch möglich, die Ausgabe der festgesetzten Mehl- und Brotration in der laufenden Woche in Wien durchzuführen. Infolge der eingetretenen Stockung der ausländischen Zuschübe und da es nicht mehr möglich ist, daß diese noch rechtzeitig eintreffen, ist jedoch die volle Brotversorgung Wiens in der nächsten Woche nicht mehr gesichert und es wird vom nächsten Montag angefangen eine vorübergehende Kürzung der Brotquote in Wien eintreten müssen. Das Ausmaß der Kürzung wird davon abhängen, ob und in welchem Umfang die erwarteten Getreidezuschübe noch im Laufe der nächsten Tage eintreffen. Die Verschleißmehlquote wird in Wien in der bisherigen Höhe, zum Teile in Mehl, zum Teile in Hafercreis und Rollgerste ausgegeben werden. Die neuerliche Entbehrung, welche die Bevölkerung zu tragen hat, wird von der Regierung auf das schmerzlichste empfunden. Die Regierung hat neuerlich alle Schritte unternommen, um die Zuschübe möglichst zu beschleunigen. Bei diesen Maßnahmen wird das Staatsamt für Volksernährung von den hier zurückgebliebenen englischen und italienischen Vertretern der interalliierten Lebensmittelkommission auf das nachdrücklichste unterstützt, so daß mit Sicherheit erwartet werden kann, daß die Stockung in der Brotversorgung eine nur vorübergehende ist.

Die Versorgung Wiens und der eines Zuschubes bedürftigen Gebiete Deutschösterreichs ist heute angesichts der Erschöpfung der Vorräte einzig und allein auf den Zuschub von auswärts angewiesen. Die Durchführung dieser Versorgung hängt davon ab, daß die Transporte und die Versorgungs- und Verteilungsorganisationen klaglos funktionieren. Jede Störung dieses Apparats birgt die Gefahr des vollständigen Zusammenbruchs unserer Ernährung in sich. Die Erhaltung der Ordnung und Ruhe ist daher unbedingt erforderlich. Jede Unruhe im Lande würde die Einstellung der Zuschübe aus dem Ausland zur Folge haben. An die Bevölkerung ergeht daher die Aufforderung, die Ruhe zu bewahren und darauf zu vertrauen, daß es den Bemühungen der Regierung und der Vertreter der interalliierten Lebensmittelkommission bestimmt gelingen wird, diese Zeit neuerlicher Entbehrung abzukürzen.

Schon im November hat sich die deutschösterreichische Regierung wegen einer Lebensmittelaushilfe an die deutsche Regierung gewendet und die Zusage erwirkt, daß 10.000 Tonnen Mehl für Deutschösterreich geliefert werden sollen. Ende November wurde dann neuerlich in Berlin unterhandelt und vereinbart, daß 33.000 Tonnen Mehl an Deutschösterreich abgegeben werden, wobei zugleich auch, da bis zu dieser Zeit die zuerst zugesagten 10.000 Tonnen noch nicht abgegangen waren, die sofortige Ausführung dieser Sendung in Aussicht gestellt wurde. Von diesen vereinbarten Mengen sind bisher nur die Anfang November zugesagten 10.000 Tonnen geliefert worden. Wären die uns zugesicherten Mengen vollständig zu uns gelangt, so hätten wir mit den Zuschüben aus Ungarn zusammen bis Mitte Februar das Auslangen gefunden. Infolge der bekannten politischen Verhältnisse, die unterdessen in Deutschland eingetreten sind, ist aber die Dispositionsfähigkeit der Regierung stark behindert worden, so daß den Aufträgen der einzelnen Zentralstellen nicht immer Folge geleistet wurde. So ist es zum Beispiel vorgekommen, daß leere Wagen, die von uns nach Deutschland gesendet wurden, wieder leer an uns zurückgelangt sind.

Unter solchen Umständen blieb also nur der Weg offen, daß sich Vertreter der Gemeinde Wien und der Regierung in die Schweiz begaben, um dort mit den Vertretern der Entente wegen einer Lebensmittelaushilfe zu unterhandeln. Das hatte zunächst zur Folge, daß Anfang Jänner eine Kommission der Entente nach Wien kam, die sich von dem traurigen Stande unserer Ernährungsverhältnisse überzeugte. Die Hilfe, die uns bereitwilligst gewährt wurde, bestand in den 4000 Tonnen, die uns aus der Schweiz überwiesen wurden, und in weiteren 4000 Tonnen, die uns über Italien angewiesen worden sind. Ebenso sind uns neuerlich 16.000 Tonnen Getreide über Triest in Aussicht gestellt worden. Mit diesem bereitwilligen Entgegenkommen der Entente wäre nun der Ausfall, der dadurch entstanden ist, daß die ursprünglichen Zusagen von Deutschland infolge der eingetretenen Verhältnisse nicht voll eingehalten werden konnten, vollständig ausgeglichen gewesen, wenn nicht jetzt neuerlich die Zuschübe durch unglückselige Elementarereignisse eine Verzögerung erfahren hätten.

Die vorübergehende Brotkürzung, die, nachdem alle unsere Vorräte vollständig erschöpft sind, notwendig geworden ist, wird natürlich sofort wieder aufgehoben werden, wenn die Zuschübe einlangen, was voraussichtlich in einigen Tagen geschehen wird, da, was die Sendungen über Triest anlangt, die Schwierigkeiten, die uns die Südslaven wegen der Durchfuhr bereiteten, durch das Eingreifen der englischen Vertreter und durch eine Kompensation von 30 Waggons Salz und 10 Waggons Zündhölzer beseitigt sind. Auch für die weitere Aushilfe mit Lebensmitteln bewies die Ententekommission damit ein Entgegenkommen, daß sie, nachdem ihre Befugnisse erschöpft waren, in Paris der interalliierten Kommission einen Bericht in der Richtung erstatten wird, daß Vertreter der deutschösterreichischen Regierung in Paris selbst zugelassen werden mögen. Für die Zeit der Ausgabe der verkürzten Brotration wird ½ Kilogramm Reis für den Kopf ausgegeben werden, weiter ist die Ausgabe von Dörrpflaumen geplant. Für die Arbeitslosen soll eine Erleichterung dahin geschaffen werden, daß alle jene, die auf Grund ihres früheren Einkommens nicht als Mindestbemittelte gelten, ausnahmslos als solche anzusehen und mit den Vorräten aus den italienischen und englischen Liebesgaben beteilt werden sollen.

Neues Wiener Tagblatt
16. II. 1919

100

Die Lebensmittelhilfe für Wien.

Zwölf Transportschiffe unterwegs.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Laut einem Berichte des „New-York Herald" sind dieser Tage zwölf amerikanische Transportschiffe mit Lebensmitteln, die für die notleidende Bevölkerung der Zentralmächte bestimmt sind, aus Hoboken nach Europa abgegangen. Weitere Transporte folgen in nächster Zeit.

Schweizer Kinder an Wien.

Die Sekundaschüler aus Altstetten bei Zürich haben an den Bürgermeister folgenden Brief gerichtet: „Wiener Kinder! In unserm ganzen Schweizerlande spricht man von der Not und dem Elende, das jetzt bei euch herrscht. Es berührt uns Kinder sehr schmerzlich, daß ihr so sehr Hunger leiden müßt. Wir sammelten nun Lebensmittel und andre Sachen, um eure Not ein wenig lindern zu helfen. Wir hoffen, daß das Schicksal euch in Zukunft ein glücklicheres und friedlicheres Los bereite, und grüßen euch recht herzlich." — Eine dem Briefe beigelegte Karte lautet: Den Kindern Wiens mit vielen freundlichen Grüßen eine erste und zweite Klasse in Altstetten bei Zürich. — Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an die Kinder ein Dankschreiben gerichtet.

Die Budapester Lebensmittelhilfe für Wiener Kinder.

Budapest, 15. Jänner. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Bekanntlich ist hier eine Aktion im Gange, welche für die Wiener notleidenden Kinder Lebensmittel, besonders Mehl, sammelt. Heute sind hier die Direktoren des Wiener Warenverkehrsbureaus Koppstein und Beutel sowie der Präsident des Wiener Wirtschaftsverbandes Knöpfmacher eingetroffen, die als Gegengeschenk für die Budapester Kinder Kleider, Wäsche und Schuhe mitbrachten. Die Wiener Gäste fanden die herzlichste und dankbarste Aufnahme.

Neues Wiener Tagblatt

Neue Freie Presse Abendblatt
16./I. 1919

101

[Die englische Lebensmittelaushilfe für Wien.] „The Vienna Bulletin" gibt folgende Darstellung: Das Eintreffen der englischen Lebensmittelaushilfe, die, wie bereits gemeldet, in keinerlei Zusammenhang mit der allgemeinen Lebensmittelaktion der Entente steht, ist auf folgende Begebenheiten zurückzuführen: Unmittelbar nach der Einstellung der Feindseligkeiten hat sich der in Raabs internierte englische Major Harry Guerney, der ein Schwager des Vizekönigs von Irland, Lord Dudley, und ein Vetter des Lord Newton vom englischen Kabinett ist, schriftlich an den Redakteur Herrn Alexander W. Neumann des „Vienna Bulletin" gewendet mit dem Vorschlag, bei der Regierung der deutschösterreichischen Republik dahin zu intervenieren, daß ihm die sofortige Abreise ermöglicht werden solle, da er, in Kenntnis der traurigen Verhältnisse und in Anbetracht der ausgezeichneten Behandlung, die ihm während seiner Internierung durch die Behörden zuteil geworden sei, gerne bereit wäre, durch seine Verbindungen dahin zu wirken, daß England der österreichischen Regierung Lebensmittel für die notleidende Bevölkerung zur Verfügung stelle. Redakteur Neumann setzte sich darauf mit Baron Löwenthal von der Staatskanzlei in Verbindung und wurde gebeten, Major Guerney zu einer Besprechung in die Staatskanzlei zu laden. Major Guerney erschien auch in der Staatskanzlei, wo er eine längere Besprechung mit Staatskanzler Dr. Renner hatte, und es wurde innerhalb vierundzwanzig Stunden für ihn und seinen Diener ein Separatcoupé und Automobil zur Weiterreise in die Schweiz zur Verfügung gestellt. Der Major hat sein Wort gehalten, und die Aushilfe ist eben auf seine Einflußnahme zurückzuführen. Die vorstehenden Angaben wurden in einem Schreiben der Staatskanzlei dem Redakteur des „Vienna Bulletin" bestätigt.

Neues Wiener Tagblatt Abendl. 16./I. 1919

102

Frau Dr. Granitsch beim Präsidenten Masaryk.

Wir haben bereits berichtet, daß Frau Doktor Granitsch dieser Tage vom Präsidenten Masaryk in Prag in Angelegenheit der Ernährungsfragen empfangen wurde. In der Unterredung ergab sich auf verschiedenen wirtschaftlichen Gebieten eine übereinstimmende Ansicht. Präsident Masaryk betonte, daß er in dem Zeitpunkt, wo er offiziell mit der Regierung nicht verhandeln könne, es außerordentlich begrüße, wenn eine Verständigung von Volk zu Volk auf wirtschaftlichem Gebiet angebahnt werde. Er verschloß sich nicht der von Frau Granitsch betonten Notwendigkeit bezüglich der Milchbelieferung Wiens. Die Sperre an der südmährischen Grenze wird aufgehoben in dem Moment, da durch das Eintreffen der amerikanischen Fettaushilfe die Verbutterung jener Milchmengen, die früher nach Wien gekommen sind, nicht mehr als dringendstes Erfordernis erscheint. Es ist zu erwarten, daß die von Präsident Masaryk erlassene Verfügung der Freigabe der bisher aus mährischen Gebieten bezogenen Milchmenge für Wien noch Ende dieses Monats eine Entspannung auf dem Wiener Milchmarkt herbeiführen wird.

Bezüglich der Bekämpfung des Schleichhandels erklärt der Präsident, die Argumente der Frau Granitsch, daß dieser gefährlichste Feind der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung beider Staaten in ihrer Neuordnung ganz gleichmäßig bedrohe, für ganz richtig, und er gab auch seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Schleichhandel nur im Einvernehmen beider Völker erfolgreich bekämpft werden könne. Er hatte die Anordnung getroffen, daß die Grenze zur Verhütung des Schmuggels militärisch besetzt werde, doch mußte er selbst zugestehen, daß auch die militärische Besetzung das Uebel nicht an der Wurzel auszurotten vermag. Die Produzenten halten in Böhmen die Ware zurück, sie liefern sie zu den niedrig angesetzten Preisen nicht ab, wohl aber geben sie sie den in- und ausländischen Schleichhändlern, die immer wieder mit dem Anreiz des hohen Kaufpreises sie zu locken wissen. In der tschecho-slowakischen Republik ist viel Zündstoff angesammelt, der immer wieder vermehrt wird durch die Tatsache, daß die reichen Leute sich im Schleichhandel alles verschaffen können, während die arme Bevölkerung tatsächlich in vielen Orten ausgesprochen Hunger leidet.

Bezüglich der Durchfuhr aus Russisch-Polen bekundete Präsident Masaryk und auch der Ressortminister weitestgehendes Entgegenkommen. Es sollen jene Warenzüge, die für Konsumentenorganisationen bestimmt sind, ungehinderte Durchfuhr genießen, nur verlangen die tschecho-slowakischen Behörden erstens verläßliche Kontrollmaßnahmen Oesterreichs dafür, daß diese Waren auch wirklich von Konsumentenorganisationen zur Linderung der Not des Mittelstandes übernommen und verteilt werden und nicht von Strohmännern des Schleichhandels.

Präsident Masaryk betonte schließlich, daß er jederzeit sich dafür einsetzen werde, sofern es die Not im eigenen Lande zuläßt, zur Milderung der Not des Volkes jenseits der Grenze einzutreten, wie er überhaupt das offene Bestreben habe, raschestens die wirtschaftliche Verständigung zwischen den Völkern wieder in die Wege zu leiten.

National-Zeitung
16. I. 1919

103

Hilfe für Wien.

Unsere Sammlung gedeiht. 1912 Fr. 50 sind bis zur Stunde eingegangen. Wenn sich die freundlichen Geber beeilen wollen, so ist bis heute Abend der zweite Tausender erreicht! Unsere Rationsmarkensammlung wiegt zur Stunde, dank der Spende durch Erstkläßler aus dem Rheinschulhaus, gerade ein Kilo. Wer hilft zu ihrer Vermehrung? Unser Wunsch nach der Füllung der andern Hälfte unseres Liebesgabenwagens ist im Begriff in Erfüllung zu gehen, denn fortwährend gehen die schönsten Päckli ein. Wer seines noch abzugeben vergessen hat, möge dies schleunigst nachholen!

Reichspost

Mittagsblatt

16. I. 1919

104

Volksnot und Lebensmittelhilfe.

Von einem Wiener Arzt wird uns geschrieben: Es ist nach den Schrecken des Hungerkrieges, den unsere Gegner gegen uns geführt haben, und der schrecklicher in seinen Folgen ist als der rasende Tod der Schlachten, ein gewisser Trost für das Menschengeschlecht, daß die bisherigen Gegner sich bemühen, jetzt die Folgen dieses Hungerkrieges aufzuheben. Wir sind dankbar für alles, was zur Hilfe geschieht, aber es soll und darf nicht verschwiegen werden, daß die Ziffern, die bisher als für uns genehmigte Lebensmittelhilfen genannt wurden, die übergroße Not ein wenig zu lindern aber nicht im entferntesten zu bannen vermögen, denn wir sind am Rande der Existenz.

Ich möchte nur jenen einsichtigen Menschen bei unseren Feinden, die für eine rasche Aufhebung der noch immer bestehenden Blockade sind, einige erschütternde Beispiele aus meiner ärztlichen Tätigkeit zeigen, die den Urhebern unserer Abschließung die Schamröte ins Gesicht treiben müßten. Gerade jetzt komme ich von zwei alten Fräuleins, die beide seit drei bis 4 Tagen keinen Bissen Essen zu sich nehmen konnten, da sie buchstäblich nichts mehr zum Essen haben. Ihr Zimmer ist tagelang schon ungeheizt. Die eine liegt zu Bette, der Puls ist kaum mehr zu fühlen, die zweite kann sich kaum mehr auf den Füßen halten. Und wenn nicht eine mildtätige Nachbarin den Arzt geholt hätte, wären beide in einigen Tagen wohl schon verhungert. — Ein zweites Beispiel. Vor kurzer Zeit wurde ich zu einer 92jährigen Greisin gerufen. Ihre Hauptklage war: „Hunger". Dabei tut aber, soweit ich beurteilen konnte, ihre Tochter das Menschenmöglichste, um ihren Hunger zu stillen, doch erzeugen die Suppen, wie mir die Greisin klagte, kein Sättigungsgefühl! Noch mehrere solche Beispiele könnte ich berichten von Greisen, die hungern, von Tuberkulösen, die infolge ihrer Unterernährung nicht genesen können, sondern ihrer Krankheit zum Opfer fallen müssen. Unsere Statistiken führen eine beredte Sprache über die Folgen dieses ungleichen Kampfes unserer Feinde gegen wehrlose Menschen. Möge man den Mitgliedern der alliierten Lebensmittelkommissionen nur immer wieder diese Statistiken plastisch vor Augen führen, möge man sie in die Leichenhallen der Spitäler, auf unsere Grabfelder führen und ihnen die fortdauernde Wirkung des Blockadekrieges zeigen, dann glaube ich, würde doch endlich diese schmachvolle Hungersperre gehoben werden, die traurigste und unmenschlichste Erscheinung des Weltkrieges.

Dr. S.

Berner – Tagblatt

16.I.1919

105

Englische Hilfe für Wien.

ag. London, 16. Jan. Die Reuter-Agentur meldet unter dem 14. Januar aus Wien: Heute durchzogen zum ersten Male in der Geschichte britische Truppen die Stadt Wien. Sie kamen nicht als Besetzungstruppen in die Stadt, sondern als Begleitung eines Sonderzuges, der Vorräte der britischen Armee in Italien für die ausgehungerte Wiener Bevölkerung mit sich führte. Die Bevölkerung bereitete den britischen Soldaten einen herzlichen Empfang. Der Leiter der britischen Kriegsgefangenenmission, Major Bethell, versicherte, daß diese Lebensmittel für die Frauen und Kinder bestimmt seien. Es handelt sich zu einem schönen Teil um Milch und Zucker. Es sollen noch zwei oder drei weitere Züge folgen. Hierauf werden andere Lebensmittel gegen Bezahlung nach Oesterreich geschickt werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte im Namen der Behörden und der Bevölkerung herzlich für die großmütige Gabe der britischen Armee. Er sagte, daß die Vorräte gerade im Moment eingetroffen seien, wo die Lage äußerst kritisch war, indem die Stadt Wien nur noch Mehl für vier Tage besessen habe.

Fremdenblatt
17/I. 1919

106

Die Stadt Basel für Wien.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Alle großen Städte der Schweiz, alle Kantone überbieten sich in ihrem edlen Hilfseifer für die schwer geprüfte Stadt Wien. So hat die Basler Bürgerschaft eine groß angelegte Sammlung eingeleitet, die bald zu einem schönen Ergebnis führen dürfte. Rationsmarken, Naturalgaben laufen in den Sammelstellen ununterbrochen ein. In den Redaktionsräumen der „Basler Nationalzeitung", die sich an die Spitze dieser Aktion gestellt hat, türmen sich die Pakete zu großen Stößen. Viele Basler Bürgerfamilien sparen freiwillig die ihnen zustehenden Rationen für Wien. So ist die letzhin erhöhte Brotration für dieses Hilfswerk gespendet worden. Die eingeleitete Geldsammlung betrug gleich in den ersten Tagen über 35.000 Frank, sowie die Liebesgaben, die von privater Seite herbeigetragen werden, schon nach drei Tagen 2000 Kilogramm ausmachten. Es ist verlockend, einige kleine rührende Beispiele anzuführen. Ein Paket trug die Aufschrift: „Ein Basler Knabe sendet dieses Päckli einem armen Wiener Kinde." Auf einem anderen: „Eine alte Baslerin gedenkt von Herzen der notleidenden Wiener." Neben der materiellen Hilfe, die von den Schweizer Städten zu erwarten steht, hat die Sympathie für Wien, die sich in allen diesen Kundgebungen offenbart, ein Rührendes und Aufrichtendes zugleich, das doch wieder mit Vertrauen in die Zukunft blicken läßt.

Illustr. Wr. Extrablatt

Neues Wiener Tagblatt
17. I. 1919

107

Die Approvisionierung.

Der Kampf gegen den Kriegswucher.

Die Abteilung I der Prager Preisbestimmungskommission teilt mit, daß nach ihren Erfahrungen ihre Tätigkeit durch verschiedene Umstände sehr erschwert werde. Vor allem durch die Preisprüfungskommission in Wien, welche oft für das ganze Reich so unbegründet hohe Richtpreise verordnete, daß sie den Widerstand und Vorstellungen seitens der örtlichen Preisprüfungskommissionen hervorriefen. Diese Preise sind in der Mehrzahl noch gültig und müssen revidiert werden. Ein andres Hindernis bildet die kaiserliche Verordnung von 1917 und die Art, wie sie infolge einer Auslegung des Obersten Gerichtshofes praktiziert wurde. Auf Grund dieser Auslegung strafen die Gerichte nicht das Fordern unangemessener Preise, sondern das Fordern eines unangemessenen Gewinnes. Wenn der Wucherer auf eine Art, die nicht direkt der Wahrheit ins Gesicht schlägt, begründet, daß er selbst teuer eingekauft hat und daher sein Gewinn nicht übermäßig war, entgeht er meist der Strafe. Darum wurde schon früher beantragt, daß bei Käufen zum Zwecke des Wiederverkaufes nicht bloß der Käufer bestraft werden soll, der übermäßige Preise anbietet, sondern auch der, der sie über Forderung des Verkäufers bewilligt.

Das falsche Gerücht über fleischlose Wochen.

In der letzten Zeit sind wiederholt Gerüchte aufgetaucht, daß sich die maßgebenden Stellen mit dem Gedanken tragen, fleischlose Wochen einzuführen. Wie die „Korr. Wilhelm" erfährt, mußten zwar infolge des fast völligen Ausbleibens der ungarischen Rinderlieferungen und des Rückganges der Anlieferung von Schlachtvieh aus Deutschösterreich für den Wiener Markt die vorhandenen Gefrierfleischreserven im Interesse der Aufrechterhaltung der derzeitigen Wiener Rindfleischquote stark angegriffen werden; doch wird gehofft, daß eine Einschränkung des ohnehin gedrosselten Rindfleischkonsums in Wien nicht erfolgen muß. Jedenfalls haben sich die maßgebenden Stellen mit der Einführung von rindfleischlosen Wochen in Wien bis heute nicht befaßt.

Abgabe von Schweinefleisch.

Vom Samstag, den 18. d., an findet der Verkauf von Schweinefleisch, Schweinsköpfen und Innereien bei den vom Magistrat bestimmten Verkaufsstellen gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufsscheines (grün, blau, gelb, weiß) und Abtrennung des Abschnittes 46 oder, wo derselbe bereits abgetrennt ist, gegen Abtrennung des Abschnittes 56 statt. Die bisherige Abgabemenge bleibt unverändert.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch.

In der 88. Woche wird ⅛ Kilogramm Wohlfahrtsfleisch für jeden Kopf zum Preise von 1 K. an die Besitzer der rosafarbigen Einkaufsscheine für Mindestbemittelte in den bekannten Ständen und Geschäften der Großschlächterei an folgenden Tagen ausgegeben werden: Sonntag, 19. d., A bis F, Dienstag, 21. d., G bis K, Donnerstag, 23. d., L bis R, und Samstag, 25. d., S bis Z.

Abgabe von Zuckerrüben.

Die Gemeinde Wien bringt in der nächsten Zeit und zwar bei den Kartoffelabgabestellen der offenen Märkte und Markthallen in den Bezirken 1, 2, 3, 4, 6, 10, 12, 14, 15, 16, 17, 18, 20 und 21 Zuckerrüben zum Preise von 40 H. für das Kilogramm zum Verkauf. Die Bevölkerung wird aufmerksam gemacht, daß Zuckerrüben als Gemüse verwendet werden können, sich aber besonders zur Siruperzeugung eignen. Zu diesem Zwecke werden die gut gereinigten, klein zerschnittenen Zuckerrüben weich gekocht, portionenweise in ein Tuch eingeschlagen und kräftig gepreßt. Der Saft wird in einem emaillierten Gefäß mit möglichst großer Oberfläche (nicht Eisengefäß) bis zur Sirupdicke eingedampft. Der hiebei entstehende Schaum muß abgeschöpft werden, um den Rübengeschmack zu beseitigen. Der gewonnene Sirup muß in sorgfältig abgeschlossenen Büchsen und Flaschen aufbewahrt werden. Auch ist für die Lüftung des Kochraumes zu sorgen, da dadurch die Eindampfung beschleunigt wird. Die hiebei zurückbleibenden Rüben sind als Futtermittel gut zu verwenden. Will man die Zuckerrüben als Gemüse verwenden, so werden die weich gedünsteten Zuckerrüben fein nudelig geschnitten, mit ganz wenig fein gewiegter Zwiebel in Fett braun gedünstet, gestaubt, mit Rübenwasser aufgegossen, nach Geschmack gesalzen und verkochen gelassen.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl
17. II. 1919

a 17

108

Eine Schweizer Mission auf den Wiener Märkten.

Eine vom Oberleutnant Honegger geführte Gruppe von etwa zwanzig Mitgliedern der Schweizer Mission besuchte heute unter Leitung des Marktamtsdirektors Bauer die Großmarkthalle, den Naschmarkt, die Prothesenanstalt des Dr. Spitzy und die Ausspeisestation im zehnten Bezirk. Auf dem Naschmarkte bildeten sich überall, wo die Gäste stehen blieben, Ansammlungen. Aus einer solchen trat eine ärmlich gekleidete Frau hervor und hielt an Herrn Oberleutnant Honegger eine Ansprache, in der sie die Not im allgemeinen schilderte und als Beispiel anführte, daß sie ein krankes Kind habe, welches besonderer Kost bedürfe, und sie könne nichts, was dazu gehöre, auftreiben. Herr Honegger versicherte, daß er seiner Regierung berichten und sich Mühe geben werde, damit die Schweiz auch weiterhin Lebensmittel nach Wien schicke wie bisher, oder noch mehr als bisher.

Neues Wiener Tagblatt Abendblatt
17./I. 1919

109

Stoffe und Zwirn für Lebensmittel.

Die Kompensationsverhandlungen mit Ungarn.

Aus Budapest, 17. d., wird uns telegraphiert: Gestern sind in Budapest in Vertretung Deutschösterreichs der Generaldirektor des österreichischen Warenverkehrsbureaus Eugen Kopstein und der Direktorstellvertreter dieses Bureaus Wolfgang Plentl eingetroffen, um mit der ungarischen Regierung die Verhandlungen in Angelegenheit der Lieferung von Stoffartikeln an Ungarn gegen Mehl- und Viehlieferungen seitens Ungarns an Oesterreich weiterzuführen. Im Laufe der Verhandlungen zeigten sich große Gegensätze wegen der Preisfrage, weil die Vertreter Oesterreichs die Forderung stellten, daß Ungarn für die Textilwaren diejenigen Preise bezahlen soll, unter welchen die Oesterreicher imstande sind, die Waren sich in Oesterreich zu beschaffen.

Die ungarischen Vertreter sind aber nur geneigt, einen viel billigeren Preis als den Marktpreis in Oesterreich zu zahlen. Deutschösterreich hat eine halbe Million Meter Damen- und Herrenkleiderstoffe und 2000 Dutzend Zwirnspulen angeboten. Diese Waren würden, falls die Ungarn den von den Oesterreichern verlangten Preis bewilligen, einen Betrag von 55 Millionen Kronen kosten. Da aber die ungarischen Vertreter daran festhalten, daß etwas billiger geliefert werde, dürfte ein Meter des Stoffes durchschnittlich 40 K. kosten. Im Laufe der gestern geführten Verhandlungen ist im großen und ganzen eine Vereinbarung getroffen worden, die im Laufe des heutigen Tages unterzeichnet werden dürfte.

Vossische Zeitung

17.II.1919

17

110

Die Versorgung Deutschlands.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

ac **Kopenhagen**, 16. Januar.

„Berlingske Tidende" meldet aus London: Nach zuverlässigen Pariser Mitteilungen wurde über die Vorschläge Hoovers in der Lebensmittelkommission volle Einigkeit erzielt. Die Kommission ist am Freitag zusammengetreten und hat bis heute zwei Versammlungen abgehalten. Hoover betonte die Notwendigkeit, deutsche Handelsschiffe zu übernehmen, um sie zum Transport von Lebensmitteln für 125 Millionen Menschen in den alliierten und neutralen Ländern zu benützen und um das amerikanische Heer heimzuführen. Hoover machte auch Vorschläge über die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Hierbei geht er davon aus, daß die Zufuhren nach Deutschland in einem gewissen Verhältnis zu der Tonnage an Passagierschiffen stehen sollten, die Deutschland der Entente zur Verfügung stellt. Dem Vorschlage Hoovers hat auch der Kriegsrat zugestimmt, aber erst nach einer längeren Debatte über die Frage, welche Flagge die deutschen Schiffe führen sollten. Admiral Wemyß hielt mit großer Bestimmtheit daran fest, daß keine deutsche Flagge auf dem Meere wehen dürfe, bevor nicht der Frieden unterzeichnet sei. Schließlich wurde beschlossen, daß alle deutschen Schiffe, die von der Hilfskommission benutzt werden, die Flagge des Landes führen sollen, in das sie mit ihrer Ladung fahren sollen.

Reichspost
17.I.1919

111

Die sinkende Kaufkraft auf den Wiener Märkten.

Seit Beendigung des Krieges kann man auf den Wiener Märkten die traurige Beobachtung machen, wie die Kaufkraft der Bevölkerung von Tag zu Tag sinkt. Die Ursachen sind leicht zu ergründen. Nicht nur die Hochkonjunktur des „Verdieners" ist vorbei, auch die Gehälter und Löhne vieler Beamten und Arbeiter sind verringert. Die Munitionsarbeiter, die während des Krieges außerordentlich hohe Löhne bezogen, sind heute arbeitslos oder verdienen kaum die Hälfte. Die Offiziere und deren Familien, die außer ihren Bezügen noch Ersparnisse aus dem Felde erhielten, sind heute kaum imstande, sich das Notdürftigste zu beschaffen. Ingenieure und sachkundige Beamte der Kriegsindustriebetriebe sind postenlos oder im Gehalte herabgesetzt. Zudem sind viele Artikel seit Kriegsende im Preise noch gestiegen, so daß sie selbst von bemittelten Leuten nicht bezahlt werden können. Umso schwerer fällt die Herabsetzung der amtlichen Rationen ins Gewicht. Wien geht schweren Zeiten entgegen.

Arbeiterzeitung
18. II. 1919

112

Englische Lebensmittelaushilfe für Wien.

Wie bekannt, ist hier vor wenigen Tagen der vom Oberkommando der britischen Streitkräfte in Italien der Stadt Wien gespendete Lebensmittelzug mit englischer Begleitmannschaft eingetroffen. Am heutigen Tage hat im Staatsamt für Volksernährung im Beisein des englischen Majors Bethell und der den Zug begleitenden englischen Offiziere sowie in Anwesenheit von Vertretern der Stadt Wien eine Besprechung stattgefunden, in der die Verteilung der englischen Lebensmittel im Detail festgesetzt wurde. Die englischen Offiziere haben sich mit der Verteilungsart vollkommen einverstanden erklärt, zumal daß, den Intentionen des Spenders entsprechend, die aus Teigwaren, Zwieback, Hafermehl, Zucker, Fleischkonserven, Erbsensuppe und Reis bestehenden Lebensmittel unentgeltlich an die Bedürftigsten, in erster Linie an stillende Mütter, Kinder, Spitäler und öffentliche Ausspeisungen abgegeben werden. Mit der Ausgabe dieser Lebensmittel wird in der allernächsten Zeit begonnen werden. Bei der Verteilung wird ein Damencomité des englischen Roten Kreuzes mitwirken.

Die Bemühungen des englischen Offiziers, die furchtbare Not in Wien zu mildern, verdienen Anerkennung und es scheint uns gegenüber dieser warmfühlenden Hilfe wenig angemessen, von den Dingen zu reden, die im Kriege vorgekommen sind. Wenn dieses Kapitel aufgemacht würde, dürften die Mittelmächte wohl auch nicht am besten wegkommen. Die Mütter, denen hier für ihre Kinder eine kleine Aushilfe geboten wird, werden dem trefflichen Mann, der diese Hilfe selbsttätig organisiert hat, nur Dank widmen.

Neue Freie Presse
18/I. 1919

113

Der Kompensationsvertrag Deutschösterreichs mit Jugoslawien.

Zur gleichen Zeit, in der die Nachricht eintraf, daß im jugoslawischen Reiche der serbische Zolltarif vom Jahre 1910 eingeführt und damit zum erstenmal von einem Ländergebiet, das früher zu Oesterreich Ungarn gehört hat, eine Zollgrenze gegen die anderen Nationalstaaten errichtet werden soll, saßen die Vertreter Deutschösterreichs und Jugoslawiens in Wien am Verhandlungstische, um einen Kompensationsvertrag zu vereinbaren. Er ist infolge beiderseitigem Entgegenkommen gestern abgeschlossen worden und wird heute unterzeichnet werden. Das Uebereinkommen nimmt seinen Ausgangspunkt von der Durchfuhr der 48 Lebensmittelzüge, die von der Entente nach Oesterreich gesendet worden sind und slowenisches Gebiet passieren müssen.

Die Südslawen haben 125 Waggons deutsches Salz gekauft und bezahlt, diese Sendung aber noch nicht erhalten. Nach dem gestern geschlossenen Vertrage werden sie jetzt 30 Waggons Salz und 10 Waggons Zündhölzchen bekommen. Ferner soll ihnen die freie Durchfuhr der Zuckerquoten, die ihnen aus Prag zugewiesen werden, gesichert werden. Jugoslawien würde als Kompensation die Durchfuhr der Lebensmittelzüge gestatten und außerdem 25 Waggons Mehl, die von den früheren österreichischen Beständen in seinem Gebiete lagen, sowie einige Mengen Hülsenfrüchte abgeben. Das ist die gestrige Abmachung. Es besteht ferner die Absicht, einen allgemeinen Vertrag für den Austausch jener Artikel, die man gegenseitig brauchen und beiderseits entbehren kann, für einen zweimonatigen Bedarf zu schließen. Auch darüber soll in den nächsten Tagen verhandelt werden.

Berner - Tagblatt

18/VI. 1919

B. I. 18

M4

Das Resultat der Markensammlung für Wien und Schülerspeisung. (Mitg.) Die Sammlung mit Büchsen von Haus zu Haus hat in der Stadt Bern folgendes Resultat gehabt: Für Wien: 2.,500 Kilogramm Brot, 350 Kg. Zucker, 20.000 Kg. Reis, 2500 Kg. Teigwaren, 3200 Kg. Haferprodukte, 3000 Kg Fett, 7000 Liter Milch, 800 Kg. Käse. — Für die Schülerspeisung sind eingegangen 15.665 Kg. Brot. Ueber die eingegangenen Geldbeträge werden wir später berichten. Dank den freiwilligen Sammlern und den gütigen Gebern!

Berner-Tagblatt
18.I.1919

115

An die Bevölkerung der Stadt Bern.

Nachdem die Sammlung von Lebensmittelkarten für Wien und die Schülerspeisung durchgeführt ist und schöne Resultate gezeitigt hat, hat sich das Hilfskomitee dazu entschlossen, auch eine Warensammlung für die Hilfe in Wien und eine Geldsammlung für Wien und die Schülerspeisung in Bern durchzuführen. (Die letztere wird nächster Tage organisiert.)

In allen Schulhäusern der Stadt Bern werden Sammellokale für Waren errichtet, welche vom 20.—25. Januar geöffnet sind. In jedem Schulhaus sind Lehrer und Lehrerinnen bestimmt, welche die Waren entgegennehmen.

Wir appellieren neuerdings an die Opferfreudigkeit unserer Bevölkerung und bitten alle, welche etwas beizutragen vermögen, für die hungernden Wiener Lebensmittel in den Schulhäusern abzuliefern oder den Schulkindern in die Schule mitzugeben.

Für den Transport nach Wien kommen nur dauerhafte Lebensmittel in Frage, wie Zucker, Schokolade, Reis, Kondensmilch, Biskuits, Zwiebacke, Kindermehl, Konfitüren in Packung, Konserven jeder Art, Pflanzenfett in Tafeln, Kakaobutter in Packung, roher Kaffee, Zichorie und Kaffeesurrogate, gedörrtes Obst, Erbsen, Bohnen (gedörrt und Salzbohnen in Fässern), Kakao, Suppeneinlagen in Packung, Tee, Honig, Nüsse, Kartoffelmehl, Oele, Gewürze, Seife.

Jede nähere Auskunft wird erteilt in der Geschäftsstelle Hotel Pfistern (Telephon 6214). Die Waren sind, sofern sich dieselben nicht in Originalpackung befinden, in möglichst haltbaren Papiersäcken zu verpacken und zuzubinden.

Wir hoffen auch hier, ein weitgehendes Entgegenkommen unserer Bevölkerung zu finden. Die Not in Wien ist groß. Jede Gabe schafft Erleichterung.

Bern, 17. Januar 1919.

Hilfskomitee für Wien und Schülerspeisung.
Der Arbeitsausschuß: O. Schneeberger, Polizeidirektor; Dr. Lehmann, Stadtrat; Reinhardt, Gemeinderat; Rothen, Schulvorsteher; F. Walther-Bucher, Kaufmann.

18. I. 1919

Ein Attentat gegen die Haushalte!

Die sozialistische Regierung hält es anscheinend für dringend notwendig, ihren Genossen von links Zugeständnisse zu machen und zu beweisen, daß jetzt sozialistisch und nicht mehr bürgerlich-reaktionär regiert wird. Wie wir erfahren, planen die amtlichen Stellen alsbald nach den Wahlen eine Verordnung herauszubringen, die der Hamsterei ein gründliches Ende bereiten soll. Den einzelnen Haushalten soll nicht mehr belassen werden als ein Kilo Fleisch, gleich welcher Sorte, einschließlich Wild, nicht mehr als zusammengenommen ein Pfund Butter, Oel, Margarine, Fett und Speck. Was darüber ist, soll der Beschlagnahme verfallen und zu Höchstpreisen übernommen werden. Aus den aus Zerealien hergestellten Gegenständen wie Grütze, Graupen, Teigwaren darf ebenfalls nicht mehr als ein Kilogramm vorhanden sein. Ebenso haben die Kriegsbetriebe die Lebensmittel, von denen sie bisher zu verbilligten Preisen an die Arbeiterschaft abgegeben hatten, abzuliefern. Ferner ist die Beschlagnahme der Hamstervorräte in den Gastwirtschaften in recht rigoroser Weise in Aussicht genommen. Der Bevölkerung wird eine Anmeldefrist der bei ihr befindlichen Hamstervorräte gestellt werden, und naher soll in den Wohnungen eine Haussuchung stattfinden. Was dann über die angemeldeten Vorräte noch gefunden wird, verfällt der Beschlagnahme. In den Lebensmittelausschüssen ist man sich der damit verbundenen Schwierigkeiten wohl bewußt, aber Herr Wurm, der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes, hält es für notwendig, daß eine solche Verordnung herauskommt. Erklärlicherweise will man damit bis nach den Wahlen warten, weil man sich von dieser Verfügung eine schlechte Wirkung, namentlich auf die bürgerlichen Kreise, verspricht, um deren Stimmen sich die Sozialdemokratie in der heftigsten Weise bemüht. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, der Bevölkerung schon jetzt von dieser beabsichtigten Maßregel Kenntnis zu geben, mit deren Durchführung eine weitere Verschlechterung der Volksgesundheit eintreten würde. Sie ist um so mehr zu verurteilen, als die Maßnahme sich nicht aus der allgemeinen Ernährungslage ergibt, vielmehr nur aus rein politischen Gründen bezweckt wird, um der sozialistischen Regierung in den Augen der Unabhängigen und Spartakiden wieder einigermaßen Ansehen zu verschaffen, ihnen zu zeigen, daß eine sozialistische Regierung vorhanden sei, die um das Wohl der armen Bevölkerung bedacht sei und es nicht dulde, daß die besser bemittelten Kreise des Volkes in der Ernährung gutgestellt seien. Falls die Regierung wirklich noch den Mut finden sollte, mit dieser Verfügung herauszukommen, dann wird sie damit rechnen müssen, daß sich ein Denunziantentum entwickelt, durch das jede einzelne Familie dem schwersten Aerger ausgesetzt werden kann. Dienstmädchen und Portiers kommen in die Lage, sich als Angeber aufzuspielen, und außerdem ist damit zu rechnen, daß auf Kosten der allgemeinen Ernährungslage eine tolle Verschwendung der Lebensmittelvorräte einsetzt; denn jeder wird darauf bedacht sein, gehamsterte Lebensmittelvorräte sofort aufzubrauchen. Es erscheint uns als eine dringende Notwendigkeit, daß diesem neuen Anschlag auf die Bevölkerung mit allen Mitteln entgegengetreten wird, vor allem haben die Hausfrauen die Gelegenheit, bereits am nächsten Sonntag durch die Abgabe eines nationalen Stimmzettels dazu beizutragen, daß die sozialistische Herrschaft durch den Ausfall der Wahlen keine Stärkung erfährt. Das schlechte Gewissen der sozialistischen Regierung bei dieser ihrer geplanten Verfügung offenbart sich in dem Bestreben, mit der Verfügung zu warten, bis die Wahlen vor sich gegangen sind. Wir hoffen, daß die Bevölkerung darauf die entsprechende Antwort erteilen wird.

Die Zeit
K. k. Bezirksschulrat Wien.

18. I. 1919

117

Unsere Lebensmittelversorgung

Die Getreidelieferungen der Entente.

Laut mündlicher Mitteilung des italienischen Mitgliedes der interalliierten Ernährungskommission, Mr. Obligt, ist nach der behobenen Verkehrsunterbrechung nunmehr auch bereits der zweite Getreidezug mit 28 Waggons am 15. d. von Venedig abgerollt. Die erste Sendung von 26 Waggons fährt auf der Strecke Innsbruck—Wien.

Die Verteilung der englischen Lebensmittel.

Wie bekannt, ist hier vor wenigen Tagen der vom Oberkommando der britischen Streitkräfte in Italien der Stadt Wien gespendete Lebensmittelzug mit englischer Begleitmannschaft eingetroffen. Gestern hat im Staatsamt für Volksernährung im Beisein des englischen Majors Bethell und der den Zug begleitenden englischen Offiziere sowie in Anwesenheit von Vertretern der Stadt Wien eine Besprechung stattgefunden, bei der die Verteilung der englischen Lebensmittel im Detail festgesetzt wurde. Die englischen Offiziere haben sich mit der Verteilungsart vollkommen einverstanden erklärt, zumal den Intentionen des Spenders entsprechend, die aus Teigwaren, Zwieback, Hafermehl, Zucker, Fleischkonserven, Erbsensuppe und Reis bestehenden Lebensmittel unentgeltlich an die Bedürftigsten, in erster Linie an stillende Mütter, Kinder, Spitäler und öffentliche Ausspeisungen abgegeben werden. Mit der Ausgabe dieser Lebensmittel wird in nächster Zeit begonnen werden. Bei der Verteilung wird ein Damenkomitee des englischen Roten Kreuzes mitwirken, das sich aus Damen der hiesigen englischen Kolonie zusammensetzt.

Die steigende Milchnot.

Die Milchnot macht sich immer empfindlicher fühlbar, die erschreckendste Folgeerscheinung ist aber wohl die Zunahme der Erkrankungen und der Sterblichkeit unter den Säuglingen. Während im Frieden Wien einen Tagesverbrauch und auch Einlauf von rund 900.000 Litern Milch aufwies, ging dieser während der Weihnachtsfeiertage, wie einem unserer Mitarbeiter von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, bis auf 64.000 Liter zurück. Während der letzten Tage sind die Zugänge wieder bis auf 75.000 und 80.000 Liter täglich gestiegen, so daß zur Not wenigstens die Karten für Kinder bis zu einem Jahre eingelöst werden können; auch die Spitäler erhalten die notwendigste Milchmenge. Die Zufuhren aus Mähren haben völlig aufgehört; nur noch Niederösterreich, Teile von Oberösterreich sowie einige kleine ungarische Grenzgebiete kommen heute als Lieferanten in Betracht. Die Aussichten für die nächste Zukunft sind sehr trübe; die einzige kleine Besserungsmöglichkeit bietet nur die seitens des Magistrats geplante Abgabe von Kondensmilch auch an Kinder bis zu 14 Jahren. Es handelt sich um die Verteilung zugesicherter größerer Mengen von Büchsenmilch aus den Ländern der Entente. Die diesbezügliche amtliche Verlautbarung wird in Kürze erscheinen.

National-Zeitung
18.I.1919

118

18

Versorgungsfragen.

Schokolade.

Bern, 17. Jan. ag. Die schweiz. Schokoladenkonvention hat beschlossen, angesichts der Lage der Ernährungsmittelversorgung in der Schweiz trotz der ständigen Preissteigerung auf allen in ihrer Industrie nötigen Rohstoffe, den Engrospreis für Kochschokolade und Schokoladepulver von Fr. 3.80 auf 3.50 zu reduzieren. Weder die Fabrikation noch die Qualität dieser Artikel werde eine Veränderung erfahren.

Reichspost
18. I. 1919

119

Die neue Lebensmittelkrise in Wien.

In diplomatischen Kreisen wird die augenblickliche Lage Wiens folgendermaßen beurteilt: Man hoffte bis gestern, mit der Brotkürzung in der nächsten Woche ein Auslangen zu finden, da damit gerechnet wurde, daß die Verkehrsstörung am Brenner infolge Niederganges einer Lawine in einigen Tagen behoben sein werde und die Züge wieder regelmäßig würden anrollen können. Nun gelingt es aber nicht, diese Verkehrsstörung rasch zu beheben, und außerdem ist ein neues Verkehrshindernis durch den Einsturz einer Brücke bei Verona eingetreten. Es läßt sich jetzt noch nicht sicher sagen, wann diese technischen Hindernisse für das Anrollen der Züge mit italienischem Weizen behoben sein werden. Bis zum 20. d. sind die letzten Reserven aufgezehrt. Eine gewisse Hilfe kann noch für eine Woche gewährt werden, indem der Reis aus dem Lager von Sigmundsherberg an die ganze Bevölkerung von Wien zur Verteilung gebracht wird. Es käme dann auf jeden Kopf ⅛ Kilogramm.

Es ist daher eine Existenzfrage für die Zweimillionenstadt Wien, daß die interalliierte Wirtschaftskonferenz sofort die Versorgung von Wien in die Hand nimmt. Die neutralen Diplomaten, mit denen Bgm. Dr. Weiskirchner in ständigem Verkehr steht, haben nun einen Kollektivschritt bei der Entente unternommen, um sofort eine Aushilfe von der interalliierten Wirtschaftskonferenz zu erhalten und für die Folge eine regelmäßige Versorgung von Wien zu erlangen.

Wenn es gelingt, noch in letzter Stunde eine wirtschaftliche Katastrophe, welche mit den schwersten Gefahren für Ruhe und Ordnung verbunden wäre, von Wien abzuwenden, so ist es dem Eingreifen des neutralen diplomatischen Korps und der unentwegten Arbeit des Bürgermeisters zu danken.

•

Das Staatsamt für Volksernährung verlautbart:

Laut mündlicher Mitteilung des italienischen Mitgliedes der inte alliierten Ernährungskommission Mr. Oblight ist nach der behobenen Verkehrsunterbrechung (es scheint hier die Störung am Brenner gemeint zu sein. D. R.) nunmehr auch bereits der zweite Getreidezug mit 28 Waggons am 15. Jänner von Venedig abgerollt. Die erste Sendung von 26 Waggons fährt auf der Strecke Innsbruck—Wien. — Die noch in Wien zurückgebliebenen Mitglieder der interalliierten Kommission Prof. Giuffrida und Cav. Oblight sind am 16. Jänner von Wien nach Innsbruck abgereist, in der Absicht, sich eventuell von dort auch nach Triest zu begeben.

National-Zeitung
19.II. 1919
120

Hilfe für Wien.

Nun kommen endlich die verschiedensten Schulklassen mit ihren kleinen und großen Beiträgen. Zum ersten Male ist eine von der Realschule darunter mit 20 Fr. und einer Menge Rationsmarken. Wann folgen die andern? Wieder gingen Beträge, Liebesgaben und Marken ein aus den Mädchenprimarklassen des Rheinschulhauses, von Schülerinnen des Isaak-Iselinschulhauses und einen ganz besonders schönen Beitrag lieferte das Schulhaus zur Mücke.

Einige Angestellte der Firma Knopf haben uns mit 55 Fr. und vielen Rationsmarken überrascht. So sind bis zur Stunde Fr. 2400 bei uns zusammengeflossen. Die Sammlung schreitet also rüstig vorwärts. 1½ Kilo Rationsmarken haben wir nun im Ganzen beisammen. Gestern wurden die Liebesgaben-Päckli abgeholt. 6 große Körbe voll waren es, dem Gewichte nach etwa 350 Kilo. Kaum waren diese weg, so füllte sich unsere Stube von neuem. Hoffentlich sind es das nächste Mal, wenn die Sachen abgeholt werden, wieder so viel, wenn nicht noch mehr, was ganz in den Händen der freundlichen Geber liegt!

Zugunsten Wiens.

Am 20. Januar dieses Jahres sollte nach alter Sitte, der Vogel Greifs in Klein-Basel zu sehen sein. Dieser Tag war immer ein Festtag unserer Kleinbasler Jugend; auch die Alten hatten jedes Jahr ihre Freude daran und spickten zugunsten der armen Waisen und für Milch und Suppe gerne des Uhlis Sammelbüchse. Doch wie lange schon mußte man den Wilden Mann auf dem Rhein vermissen. Könnte man darum nicht dieses Jahr zugunsten der Hungernden Wiens den Wilden Mann in unseren Straßen tanzen und die lustigen Uhli ihre Sammelbüchsen schwingen lassen. Ich glaube, ein erfreulicher Erfolg zugunsten Wiens würde nicht ausbleiben. H. Sch.

Wohltätigkeitskonzert.

(Eing.) Wir möchten nicht unterlassen auch an dieser Stelle auf das nächsten Montag den 20. Januar im Wintergarten zum Storchen stattfindende Wohltätigkeitskonzert zugunsten der hungernden Wiener aufmerksam zu machen. Herr Direktor Gisiger hat es verstanden, in kürzester Zeit ein Unterhaltungsprogramm zusammenzustellen, das jeden Besucher befriedigen muß. Außer dem so beliebten Jodlerdoppelquartett des Basler Bürgerturnvereins und demjenigen des Turnvereins Kleinbasel werden sich das Blattner'sche Ziehharmonika-Ensemble und Fräulein Käte Adelmann in uneigennütziger Art in den Dienst der Wohltätigkeit stellen. Die temperamentvolle Storchenhauskapelle mit wahren Wienerperlen wird die Gäste in die richtige Stimmung zu bringen wissen. Der Eintritt ist auf 1 Fr. angesetzt worden, doch ist es jedermann unbenommen, im Interesse des guten Zweckes seiner Wohltätigkeit keinen Einhalt zu tun.

Fremdenblatt

19. I. 1919

121

Für unsere Schulkinder.

Die Schweizer spenden 3540 Kilogramm Schokoladepulver.

Von den aus der Schweiz zur Unterstützung der Wiener Bevölkerung eingelangten Lebensmitteln wurden zufolge Entschließung der Schweizer Hilfsmission 3540 Kilogramm Schokoladepulver für die Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder" bestimmt. Sämtliche von dieser Aktion verköstigten Kinder, derzeit mehr als 17.500, erhalten zwanzig Tage hindurch an jedem zweiten Tage eine Viertelliterschale wohlschmeckender Schokolade, während an den übrigen Tagen wie bisher Malz- und Eichelkaffee ausgegeben wird. Die Nachricht von dieser Verfügung der Schweizer Hilfsmission wird von den beteiligten Schulkindern mit großem Jubel begrüßt.

Neue Freie Presse
19. II. 1919

122

Eintreten Zürichs für Wien.

Zürich, 17. Januar. (T.-K.)

Die „Neue Züricher Zeitung" weist auf die durch die Schweizerische Telegrapheninformation wiedergegebenen Berichte der „Neuen Freien Presse" über die ständige Verschärfung der Wirtschaftslage Wiens hin und veröffentlicht aus diesem Anlaß einen neuen Appell des Bruders des verstorbenen Dichters Otto Julius Bierbaum, Wilhelm Bierbaum, an die Züricher Bevölkerung, in dem erklärt wird, es dürfe kein Tag verloren gehen, um die Sammlung der Stadt Zürich für Wien zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Die Züricher Bevölkerung wird aufgefordert, raschest ihre Spenden für die Sammlung zu übermitteln.

Die halbe Brotration.

Eine sehr zweckmäßige und nachahmenswerte Aktion haben die Hausfrauen des 18. und 19. Bezirkes zugunsten der durch die Kürzung der Brotquote hart betroffenen Bevölkerung ihrer umliegenden ärmeren Viertel eingeleitet. Sie sammeln alles Entbehrliche des Wochenquantums an Brot und Mehl der Haushaltungen der beiden Bezirke und lassen das Ergebnis durch die Bezirksstellen des Kuratoriums für Speisung bedürftiger Kinder, 9. Bezirk, Sensengasse 5 (Telephonnummer 4620 Stelle 8 und 3589 Stelle 6) an die ärmsten Familien zur Verteilung gelangen. Sie hoffen, durch diese Maßnahme die bitterste Not dieser schweren Woche einigermaßen zu lindern und andere Bezirke zur Nachahmung dieses Vorganges anzuregen.

Allgemeine Reisausgabe aus der Schweizer Aushilfe.

Der Kommissär der Schweizer Hilfsaktion Oberstleutnant Frey, der sich gleich dem Bürgermeister und dem Staatssekretär des Volksernährungsamtes aufs tatkräftigste für die Erlangung der Bewilligung bei der Schweizer Regierung eingesetzt hat, aus der Schweizer Reisaushilfe Ersatz für die Kürzung der Brotration zu schaffen, empfing heute eine Depesche, in welcher die Verteilung für die restierenden 25 Wagen gebilligt wird. Oberstleutnant Frey hat sofort nach Erhalt des Telegramms im Hinblicke auf den gegenwärtigen Notstand bereitwilligst seine Zustimmung zur allgemeinen Reisabgabe erteilt.

Der Reis wird von Donnerstag den 23. bis einschließlich Samstag den 25. d. bei den städtischen Mehlverschleißstellen, beziehungsweise für die Mitglieder der Konsumentenorganisationen bei den Verkaufsstellen der Organisationen bezogen werden können. Die Abgabe des Reises erfolgt gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte und Abtrennung der Ziffer 64 des amtlichen Einkaufsscheines ohne Unterschied der Farbe. Auf jede am Einkaufsscheine ausgewiesene Person wird ⅛ Kilogramm Reis zum Preise von 1 Krone abgegeben. Die Leitungen der Konsumentenorganisationen haben sich wegen der Reiszuwendung für ihre Organisation an das Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 2, 1. Bezirk, Rathaus, zu wenden.

Abgabe weiterer Brotpakete aus Sigmundsherberg.

In der nächsten Woche wird die Ausgabe von Brotpaketen aus Sigmundsherberg fortgesetzt. Bezugsberechtigt ist diesmal die zweite Gruppe der Mindestbemittelten, welche im Besitze von blauen Einkaufsscheinen sind. Auf jede auf dem Einkaufsschein verzeichnete Person entfällt ein Brotpaket, das unentgeltlich verabfolgt wird. Beim Bezuge ist die Mehlbezugskarte und der blaue Einkaufsschein vorzuweisen, von welchem die Ziffer 33 abgetrennt wird.

Die Rindfleischquote der nächsten Woche.

In der mit Donnerstag den 23. d. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden von den Rindfleischeinkaufsscheinen die mit den Ziffern 3 versehenen Halbwochenmengenabschnitte, und zwar bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt. Die Wochenmenge ist mit einem Achtelkilogramm einschließlich der Zuwage für jede Person des Haushaltes festgesetzt.

Ermäßigung des Margarinpreises.

Vom deutschösterreichischen Staatsamte für Volksernährung wird amtlich verlautbart: Da die teuren Ersatzfettstoffe, deren Verwendung die im Dezember erfolgte Erhöhung des Preises der Kriegsmargarine in Wien nötig machte, zum größeren Teile aufgearbeitet worden sind, hat der Deutschösterreichische Wirtschaftsverband der Oel- und Fettindustrie den Preis um 5 K per Kilogramm ermäßigt. Es wird daher von Montag angefangen die Kriegsmargarine im Kleinverkaufe in Wien zum Preise von 47 H. für 4 Dekagramm abgegeben werden.

Schweizer Hilfsmission für die Aktion „Warmes Frühstück für die Schulkinder".

Von den aus der Schweiz zur Unterstützung der Wiener Bevölkerung eingelangten Lebensmitteln wurden zufolge Entschließung der Schweizer Hilfsmission 3540 Kilogramm Schokoladepulver für die Aktion „Warmes Frühstück für die Schulkinder" bestimmt. Sämtliche von dieser Aktion verköstigten Kinder, derzeit mehr als 17.500, erhalten durch zwanzig Tage an jedem zweiten Tage eine Viertelliterschale wohlschmeckender Schokolade, während an den übrigen Tagen wie bisher Malz- und Eichelkaffee ausgegeben wird. Die Kochstellen wurden angewiesen, sofort nach Zustellung des Schokoladepulvers mit der Ausgabe des Getränkes zu beginnen.

Herabsetzung der Petroleumwochenmenge.

Die Petroleumanlieferungen sind in der letzten Zeit so weit hinter dem Bedarfe zurückgeblieben, daß die einzelnen Abgabestellen mit der nötigen Ware nicht mehr ausreichend versorgt werden konnten. Die Behörde sieht sich daher genötigt, die erst für Anfang Februar geplante Herabsetzung der Verbrauchsmenge schon jetzt durchzuführen. Vom 19. d. an erhalten wöchentlich: Wohnungen ⅝ Liter, Untermieter ¼ Liter, Heimarbeiter ¾ Liter und Geschäftslokale ½ Liter. Zur Beleuchtung der Fluren, Stiegen und Gänge wird für jede Flamme wöchentlich ¼ Liter ausgegeben; der Petroleumbezug für Waschküchen bleibt nach wie vor eingestellt. Es wurde nach Tunlichkeit Vorsorge für Ersatzbeleuchtung getroffen, so daß Anfang Februar für jede Haushaltung je eine Kerze, für Haushaltungen, welche nur auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind, zwei Kerzen ausgegeben werden können.

19/I. 1919

Nochmals: Das Attentat auf die Haushalte.

Eine seltsame Zumutung.

Unsere gestrige Veröffentlichung über die in Aussicht genommene Beschlagnahme aller Hamstervorräte in den Privathaushaltungen, in den Gastwirtschaften und in den Kriegsbetrieben scheint beim Reichsernährungsamt starke Nervosität erregt zu haben. Die Herren überstürzen sich in dementierenden Notizen, die sie durch das „W. T. B.", die „Deutsche Allg. Ztg." und die „Soz. Korrespondenz" verbreiten und die alle auf denselben Ton gestimmt sind. Man versucht dabei die Dinge auf ein anderes Gleis zu schieben, spricht von einer Wahlmache der „Tägl. Rundschau" usw., vermag aber nicht unsere Angaben zu entkräftigen. Die Nachrichtenabteilung des Reichsernährungsamtes sendet uns eine sogenannte Berichtigung, durch die sie uns anscheinend einzuschüchtern hofft; sie verlangt von uns, daß wir ihre Richtigstellung in unserer heutigen Morgenausgabe „an derselben Stelle und in denselben Lettern wie beim ersten Artikel" veröffentlichen, und sie spricht ihr Bedauern aus, daß wir „einen derartigen, offensichtlich tendenziösen Artikel ohne vorherige Anfrage beim Reichsernährungsamt" übernommen hätten. Die Herren erscheinen reichlich naiv, wenn sie annehmen, sie könnten uns glauben machen, daß sie uns bei einer Anfrage eine der tatsächlichen Sachlage entsprechende Auskunft gegeben hätten. Ebenso scheinen sie anzunehmen, daß sie uns zwingen könnten, irgendeine Veröffentlichung gegen unseren Willen aufzunehmen. Bisher sind wir noch Herr im Hause der „Täglichen Rundschau"; erst der sozialistischen Republik würde es vorbehalten sein, die Freiheit der Presse zu beschneiden.

Was die Sache selbst anbetrifft, so möchten wir zu unserer gestrigen Veröffentlichung noch hinzufügen, daß der Entwurf der Verordnung fix und fertig vorliegt und daß er am Montag, also am Tage nach der Wahl, im Ernährungsausschuß Groß-Berlins durchberaten werden sollte. Es handelt sich um einen Entwurf, der unmittelbar zum Beschluß erhoben werden sollte, und wenn die Herren des Reichsernährungsamtes sich jetzt über unsere Veröffentlichung ihrer niedlichen Pläne so erregt zeigen und alle Nachrichtenorgane in Bewegung setzen, um die Oeffentlichkeit zu beruhigen, so ist daraus ersichtlich, wie unangenehm man davon berührt ist, daß der Plan der jetzigen Gewalthaber vorzeitig, und zwar noch vor den Wahlen, in die Oeffentlichkeit gekommen ist, nachdem man vorher alles getan hatte, daß die Absichten in der Bevölkerung vor den Wahlen nicht bekannt wurden, um keinen schlechten Eindruck zu machen. Wir möchten dem Reichsernährungsamt raten, von weiteren Dementis abzusehen, weil wir sonst gezwungen sein würden, aus den Entwurf noch einige interessante Einzelheiten zu veröffentlichen. Im übrigen soll es uns im Interesse der Bevölkerung freuen, wenn durch die vorzeitige Bekanntgabe der Pläne in der Oeffentlichkeit deren Verwirklichung zunächst inhibiert worden sein sollte.

Der Bund
20./I. 1919

v. Bund
20

125

Ermäßigung des Schokoladepreises

ag. Bern, 18. d. Nachdem die schweizerische Schokoladekonvention (Verband der schweizerischen Schokoladefabriken) gestern beschlossen hat, den Fabrikpreis für Kochschokolade (Menage) und für Schokoladepulver um 30 Rp. per Kilogramm zu reduzieren, hat nun die Vereinigung der schweizerischen Detaillisten ihrerseits den Beschluß gefaßt, den Detailpreis für Kochschokolade (Blocks und Menage in Tabletten) sowie für Schokoladepulver auf Fr. 2.25 per Pfund zu reduzieren. Diese Preisermäßigung tritt im Detailhandel mit Montag den 20. d. in Kraft.

Berner-Tagblatt

20/I. 1919

8.7.20

N6

Fortdauer der Hungersnot in Wien. ag. Dem schweizerischen Komitee für die Wiener Hilfsaktion sind dieser Tage mehrere Berichte aus Wien zugekommen, die entgegen der Annahme, daß sich die Lage hinsichtlich der Ernährung schon jetzt durch auswärtige Hilfe gebessert hätte, ein furchtbares Elend enthüllen. Von Oberstleutnant Frey, dem Schweizer Kommissär in Wien, ist soeben ein eingehender Bericht eingegangen, der alle diese Notrufe bestätigt. Er hat sich u. a. auf den Märkten, in den Speiseanstalten, in den verschiedenen Verkaufsstellen genau nach den Vorräten erkundigt und berichtet, „daß die Not, sowohl was die Verpflegung, als auch die Bekleidung anbetrifft, jeder Beschreibung spottet und daß alle bisher in den Zeitungen veröffentlichten Berichte durch die entsetzliche Wirklichkeit nicht nur vollauf bestätigt, sondern weit übertroffen werden. Nach übereinstimmenden Aussagen der Aerzte wird sich bei eintretender kalter Witterung sofort eine erschreckende Zunahme der Sterblichkeit unter der vollständig ausgehungerten Bevölkerung, sowohl bei Kindern als Erwachsenen bemerkbar machen, was nicht überraschen kann, wenn man in Betracht zieht, daß die Leute täglich stundenlang im Freien stehen müssen, um bei dem großen Andrang die wenigen Lebensmittel sich zu beschaffen.

Die Situation wird von Tag zu Tag durch den immer mehr überhandnehmenden Kohlenmangel verschärft. Tausende von Arbeitern müssen täglich wegen Betriebseinstellungen entlassen werden. Das Schweizer Komitee macht daher nochmals auf die Dringlichkeit der Sammlung für Wien aufmerksam. Sie sollte überall beförderlich durchgeführt und bald zum Abschluß gebracht werden, damit die uns zur Verfügung gestellten Lebensmittel möglichst rasch nach Wien abtransportiert werden können."

Frankfurter Zeitung
20./I. 1919

127

Wirtschafts- und Verkehrsfragen.

Die Lebensmittelversorgung.

r Wiesbaden, 17. Jan. Um den deutschen Lokalbehörden zu gestatten, die Leitung der Versorgungen, die seither durch die Organe in Berlin und Frankfurt ausgeübt wurden, endgültig in die Hand zu nehmen, ist in Wiesbaden ein „Office Général de Ravitaillement" (O. G. R.) unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten v. Meister, dem zwei Regierungsräte beigeordnet wurden, errichtet worden. Dieses O. G. R. umfaßt die vier Hauptabteilungen: Lebensmittelversorgung, Kohlenversorgung, Versorgung mit jeglichem Bedarf auf dem Gebiete des Handels und der Industrie, Landwirtschaft. Die französischen Behörden behalten sich nur das Recht vor, die Handlungen der deutschen Lokalbehörden zu überwachen, um sie gegegebenenfalls zu zwingen, den tatsächlichen Bedürfnissen des Bezirks gerecht zu werden. — Die französische Behörde will, wie die Bekanntmachung sagt, sich nicht in die Frage, wie die Versorgung im einzelnen geschieht, einmischen. Aber diese ganze Einrichtung ist zur Wirkungslosigkeit verurteilt, da die deutschen Behörden hier bei der völligen Abschnürung vom unbesetzten Deutschland gar nicht in der Lage sind, noch weiter die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen. Aus den besetzten Landkreisen, die den Wiesbadener Bezirk versorgen sollen, holt die französische Behörde durch Requisitionen alles heraus, und aus den unbesetzten Kreisen besteht keine Verkehrsmöglichkeit hierher. Der einzige Ausweg, den Bezirk vor der drohenden Lebensmittelnot zu bewahren, besteht, so lange die Verkehrsabschnürung fortdauert, nur darin, daß Frankreich selbst die Versorgung in die Hand nimmt.

Nationale-Zeitung
21./I.1918

129

Hilfe für Wien.

Eine große Ueberraschung wartete uns gestern. Gingen doch im Ganzen 526 Fr. ein, was zusammen mit früherem die schöne Summe von 3006 Fr. 05 ausmacht. Der dritte Tausender ist somit erreicht und so schnell erreicht, wie sich die kühnste Phantasie des Sammelonkels nicht auszumalen gewagt hat. Wird wohl der vierte Tausendfrankenschein auch so schnell in unserer Kasse liegen? Zu diesem Erfolg haben ganz besonders die vielen Beiträge unserer Schuljugend beigetragen, unter denen zum erstenmal auch solche aus dem Gymnasium sich finden, dessen 2. h 72 Franken und eine Unmenge Rationsmarken zusammengebracht hat. All die einzelnen Klassen zu nennen ist unmöglich. Es sind Knaben- und Mädchenklassen der Primar- und Sekundarschule; auch eine Klasse der unteren Realschule ist dabei. Ihre Wiener Kameraden und Kameradinnen werden ihnen allen vielen Dank für ihre Opferfreudigkeit wissen. Auch die Arbeiter und Arbeiterinnen einer hiesigen Bandfabrik haben für ihre hungernden Genossen in Wien 25 Franken zusammengelegt, und eine Pensionsmutter hat 55 Fr. bei ihren Gästen gesammelt und sie uns zusammen mit Marken, Naturalgaben und einem schönen Gedicht übersandt. So sind in der ganzen Stadt bis zum letzten Samstag 46,000 Fr. zusammengetragen worden, als Zeichen eidgenössischer und Basler Hilfsbereitschaft.

Die Rationsmarken gehen immer noch sehr gut ein. Unsere Sammlung erreicht bald das Gewicht von 2 Kilo. Aber noch erfreulicher ist der Eingang von Liebesgaben. Kistenweise rücken diese an. So schickte uns gestern eine bekannte Basler Firma eine ganze Kiste Basler Leckerli. Werden die den Wiener Kindern munden! Und ein Freund aus Lugano sendet uns zwei Kisten voll Schokolade. Daneben gehen unzählige kleinere und größere Päckli ein. Zu unserem Schreck vernehmen wir soeben, daß nächsten Donnerstag Abend die Sammlung von weitern Naturalgaben eingestellt werden soll. Bis zu diesem Zeitpunkt muß der Eisenbahnwagen unbedingt gefüllt sein, sonst geht er nicht mit dem nächsten Schweizerzug nach Wien. Es mögen sich daher alle Freunde der hungernden Wiener Kinder beeilen und ihre Päckli bis zum nächsten Donnerstag noch bringen, damit ein bis auf die hinterste Ecke gefüllter Wagen von Basel abrollen kann. Die Sammlung der Marken und die Geldsammlung wird natürlich auch über diesen denkwürdigen Donnerstag hinaus fortgesetzt werden. (Vergleiche das Inserat.)

Wie sich die Wiener über unsere Sammlung freuen, mag der freundliche Leser aus dem folgenden, der „Wiener Arbeiterzeitung" entnommenen Bericht ersehen:

Alle großen Städte der Schweiz, alle Kantone überbieten sich in ihrem edlen Hilfseifer für die so schwer geprüfte Stadt Wien. So hat die Basler Bürgerschaft eine großangelegte Sammlung eingeleitet, die bald zu einem erfreulich schönen Ergebnis führen dürfte. Rationsmarken, Naturalgaben laufen in den Sammelstellen ununterbrochen ein. In den Redaktionsräumen der „Basler Nationalzeitung", die sich an die Spitze dieser Aktion gestellt hat, türmen sich die Pakete zu großen Bergen. Viele Basler Bürgerfamilien sparen freiwillig die ihnen zustehenden Rationen für Wien. So ist die letzthin erhöhte Brotration für dieses Hilfswerk gespendet worden. Die eingeleitete Geldsammlung betrug gleich in den ersten Tagen mehr als 25,000 Fr., so wie die Liebesgaben, die von privater Seite herbeigetragen wurden, schon nach drei Tagen 2000 Kilogramm ausmachten. Es ist herzerfreuend einige kleine rührende Beibriefe anzuführen. Ein Paket trug die Aufschrift: „Ein Basler Knabe sendet dieses Päckli einem armen Wiener Kinde." Auf einem anderen: „Eine alte Baslerin gedenkt von Herzen der notleidenden Wiener." Neben der materiellen Hilfe, die von den Schweizer Städten zu erwarten ist, hat die Sympathie für Wien, die sich in allen diesen Kundgebungen offenbart, ein Rührendes und Aufrichtendes zugleich, das doch wieder mit Vertrauen in die Zukunft blicken läßt.

National-Zeitung
21/I. 1919

17.21
130

Diverse schweizer. Meldungen.

Hilfe für Wien.

Bern, 19. Januar. ag. Dem schweiz. Komite für die Wiener Hilfsaktion sind dieser Tage mehrere Berichte aus Wien zugekommen, die entgegen der Annahme, daß sich die Lage hinsichtlich der Ernährung schon jetzt durch auswärtige Hilfe gebessert hätte, ein furchtbares Elend enthüllen. Von Oberstlt. Frey, dem Schweizer Kommissär in Wien, ist soeben ein eingehender Bericht eingegangen, der alle diese Notrufe bestätigt. Er hat sich u. a. auf den Märkten, in den Speiseanstalten, in den verschiedenen Verkaufsstellen genau nach den Vorräten erkundigt und berichtet, „daß die Not sowohl was die Verpflegung, als auch die Bekleidung anbetrifft, jeder Beschreibung spottet, und daß alle bisher in den Zeitungen veröffentlichten Berichte durch die entsetzliche Wirklichkeit nicht nur vollauf bestätigt, sondern weit übertroffen werden. Nach übereinstimmenden Aussagen der Aerzte wird sich bei eintretender kalter Witterung sofort eine erschreckende Zunahme der Sterblichkeit unter der vollständig ausgehungerten Bevölkerung, sowohl bei Kindern als Erwachsenen bemerkbar machen, was nicht überraschen kann, wenn man in Betracht zieht, daß die Leute täglich stundenlang im Freien anstehen müssen, um bei dem großen Andrang die wenigen Lebensmittel sich zu beschaffen.

Die Situation wird von Tag zu Tag durch den immer mehr überhand nehmenden Kohlenmangel verschärft. Tausende von Arbeitern müssen täglich wegen Betriebseinstellungen entlassen werden. Das Schweizer Komite macht daher nochmals auf die Dringlichkeit der Sammlung für Wien aufmerksam. Sie sollte überall beförderlich durchgeführt und bald zum Abschluß gebracht werden, damit die uns zur Verfügung gestellten Lebensmittel möglichst rasch nach Wien abtransportiert werden können.

Frankfurter Zeitung

21. I. 1919

131

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

N Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Die am 17. Januar in Trier getroffene Vereinbarung betreffend Erleichterung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland unter Verwendung deutscher Tonnage enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen:

Die gesamte deutsche Handelsflotte, einerlei, wo die Schiffe sich befinden, ist zur Versorgung Europas mit Lebensmitteln sofort zur Verfügung der verbündeten Regierungen zu stellen. Es handelt sich hierbei um Passagier- und Frachtdampfer mit Ausnahme derjenigen Schiffe, die durch eine von den verbündeten Regierungen eingesetzte Kommission freigegeben werden. Die Verwaltung der Schiffe und die Regelung des Verkehrs unterliegt einer von den verbündeten Regierungen zu errichtenden Behörde. Die deutschen Schiffe sollen in vollständig ausgerüstetem Seezustand in den von den Verbündeten festgesetzten Häfen übergeben werden. Es ist anzunehmen, daß die Schiffe unter der Flagge einer der verbündeten Mächte fahren müssen. An Lebensmitteln soll Deutschland vorerst erhalten etwa 200 000 Tonnen Brotgetreide und 70 000 Tonnen Schweinefleisch, doch kann ein Teil der vorerwähnten Lebensmittel durch kondensierte Milch ersetzt werden. Für weitere Zuweisung von Lebensmitteln entscheidet der oberste Kriegsrat der Verbündeten.

Neues Wiener Tagblatt

21. I. 1919

132

Die Lebensmittelhilfe Amerikas.

Die Botschaft Wilsons angenommen.

Aus Rotterdam wird uns berichtet: Wie die „Morning Post" aus New-York meldet, hat der Senatsausschuß mit allen gegen eine Stimme die Wilsonsche Botschaft gebilligt, die eine beschleunigte Lebensmittelaushilfe Amerikas für die Mittelländer als einzige Rettung vor dem Weitergreifen des Bolschewismus fordert.

* * *

Dankschreiben des Staatssekretärs für Aeußeres.

Der Staatssekretär für Aeußeres Dr. Bauer hat in einem Schreiben an den schweizerischen Gesandten Dr. Ch. D. Bourcart den Dank der Regierung für die wahrhaft rührende Hilfsaktion des Schweizer Volkes zugunsten Wiens und Deutschösterreichs übermittelt und dem Gesandten gleichzeitig für seine außerordentlichen persönlichen Bemühungen gedankt. Ein ähnliches Dankschreiben erging auch an die interalliierte Lebensmittelkommission, die, wie Staatssekretär Dr. Bauer schreibt, so viel Mühe und Arbeit auf sich genommen hat, um eine Aktion von höchster humanitärer Bedeutung zum Gelingen zu bringen. Im Namen des Staatsamtes hat Unterstaatssekretär v. Pflügl beim Gesandten Doktor Bourcart vorgesprochen und ihm auch mündlich den aufrichtigsten Dank der Regierung übermittelt.

* * *

Ein Kredit von 315 Millionen für Wien.

Der Vertreter der „Agence Central" in Bern hat von einer Unterredung Mitteilung gemacht, die er mit dem deutschösterreichischen Geschäftsträger in Bern, Legationsrat Baron Hennet, gehabt haben will und worin unter anderm gesagt war, daß der Plan bestehe, Wien einen Kredit von 315 Millionen in Amerika zu eröffnen. Wir haben von dieser Unterredung in unserm Abendblatt vom 14. Jänner Notiz genommen. Nun ersucht uns Baron Hennet, bekanntzugeben, daß er niemals einem Vertreter dieser Agentur irgendwelche Mitteilung gemacht habe; es handle sich offenbar um einen ungenauen Auszug aus der Unterredung, die er vor einiger Zeit mit einem Vertreter der „Associated Preß" hatte.

Arbeiterzeitung
22. I. 1919

133

*** Kein Mindestbemittelten-Schein für eine Obdachlose.**
Frau Marianne K. erzählt uns: Ich kam Anfang Dezember von Oberösterreich nach Wien. Da ich nicht gleich Arbeit fand und obdachlos war, erhielt ich mit meinem fünfjährigen Kinde am 8. Dezember Unterkunft im Obdachlosenheim in der Wiesbergasse. Ich ging sofort auf die Brotkommission 15 in der Lorenz Mandlgasse, um mir einen Einkaufsschein für Mindestbemittelte zu holen. Eine Lehrerin sagte mir dort: „Es werden jetzt keine Mindestbemittelten-Scheine ausgegeben. Gehen Sie eventuell auf das magistratische Bezirksamt!" Unterdessen fand ich Arbeit und hatte nicht gleich Zeit, auf das Bezirksamt zu gehen. Ich erwerbe meinen und meines Kindes Unterhalt durch Stickereiarbeit, Kohlentragen und andere gelegentliche Arbeiten. Durchschnittlich verdiene ich im Tage 3 bis 5 Kronen. Weil nun Liebesgaben für die Mindestbemittelten verteilt werden und ich mit meinem Kinde große Not leide, ging ich vor einigen Tagen wieder auf die Brotkommission, wies eine Bestätigung vor, daß ich im Obdachlosenheim wohne, und bat wieder um den Schein für Mindestbemittelte. Da sagte mir das Fräulein: „Jetzt möchte jeder einen grünen Schein haben, weil die Liebesgaben verteilt werden." Sie riet mir schließlich wieder, in das magistratische Bezirksamt zu gehen. Der Amtsvorstand des Bezirksamtes Ottakring gab mir die Weisung, ein **schriftliches Gesuch** an das magistratische Bezirksamt zu richten. Ich schrieb das Gesuch und ging damit am Freitag wieder zum Amtsvorstand, um ihn persönlich um beschleunigte Erledigung des Gesuches zu bitten, damit ich auch noch etwas von den Liebesgaben bekomme. Er antwortete mir: „Ja, meine Liebe, das geht nicht so, wie Sie glauben. Das dauert **mindestens vier Wochen** und es ist überhaupt schon zu spät für die Liebesgaben." Ich ging nun gestern mit dem Gesuch ins Rathaus zum Obermagistratsrat Dr. **Jamöck**, Vorstand der Lebensmittelversorgungsstelle. Kaum hatte ich meine Bitte vorgebracht, sagte er: „Gehen Sie in den Bezirk, in dem Sie wohnen!" Als ich ihm erwiderte, daß ich dort schon war, meinte er: „Wahrscheinlich wissen die, daß Sie den Schein nicht brauchen." Auf meine Antwort, daß ich doch nicht im Heim für Obdachlose wohnen würde, wenn ich den Schein nicht brauchte, sagte der Herr Obermagistratsrat barsch: „Diese Sachen interessieren mich nicht!" Durch die zwecklose Herumschickerei habe ich Zeit und Geld verloren.

Arbeiterzeitung
22. I. 1919

134

Die Züricher Lebensmittelhilfsaktion. Wie bekannt, hat die Stadt Zürich eine große Aktion für Lebensmittelsendungen an Wiener Kinder ins Werk gesetzt. An die Spitze dieser Aktion stellten sich der Stadtpräsident der Stadt Zürich Hans Nägeli, unterstützt vom Generalsekretär des Hilfscomités Paul Willi Bierbaum, und als technisches Organ der Direktor des städtischen Lebensmittelamtes in Zürich Karl Wächter. Die Bemühungen der Genannten sowie der Mitglieder des Comités und der Stadt Zürich selbst veranlaßten die Umgebung der Stadt und auch andere Kantone, sich an der Sammlung für Wien zu beteiligen. Personen aus den verschiedensten Gesellschaftskreisen haben sich in den Dienst der Aktion gestellt, besorgen den mannellen und den Bürodienst; Leute von bescheidenster Lebensstellung bringen ihre Beiträge und Gaben, vielfach mit herzlichen Wünschen in Wort und Schrift begleitet. Gerodezu rührend ist es, zu sehen, wie Schulkinder den Aufforderungen der Lehrer und Lehrerinnen mit herzlicher Bereitwilligkeit entsprechen und ihr Scherflein zur Lebensmittelspende für die Wiener Kinder beitragen. Hier sei nur ein Brief von Schweizer Schulkindern an die Wiener Kinder angeführt: „Liebe Freunde, liebe Freundinnen! Ueberall in unserem Ländchen hat man Eure Hilferufe vernommen und überall ist man gern bereit, Euch aus der bitteren Not, in die Ihr unverschuldet geraten seid, zu helfen. Und an diesem Liebeswerk für Euch, liebe Wiener Freunde, wollten auch wir Schüler und Schülerinnen der S. B. B. Schule in Chiasso mithelfen. Freudig brachten wir deshalb unser Päcklein mit entbehrlichen Lebensmitteln zur Schule. Es ist ja freilich nur wenig, was wir zusammenbrachten; doch wißt, wir sind eben nur eine kleine Schar und dann haben auch wir nicht mehr im Ueberfluß. Im Vergleich zu Euch aber sind wir noch recht glücklich. Wie gern möchten wir Euch viel, viel mehr schicken, wenn wir nur könnten! Doch wir sind ja nicht allein, die helfen wollen. Wir hoffen, in der Schweiz werde soviel gesammelt, daß Ihr aus ärgster Not errettet werdet. Wir wünschen auch vom ganzen Herzen, der langersehnte Friede bringe Euch und uns allen eine glücklichere Zeit." Auch die Tätigkeit der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Zürich, der an die Bewohner mit der Bitte herantrat, für den Monat Jänner auf 25 Gramm Brot in der Woche zu verzichten und diese den Wienern zugute kommen zu lassen, darf nicht unerwähnt bleiben. Theater, Kinos und andere Vergnügungsstätten in den Schweizer Kantonen stellten sich in den Dienst der Liebesgabenspenden für die Stadt Wien. Es sei nur darauf hingewiesen, daß das Züricher Stadttheater eine eigene Vorstellung im Interesse der schweizerischen Hilfsaktion für Wien veranstaltete und die Einnahme des Abends, der den Züricherm das Singspiel „Wiener Kinder" brachte, der Aktion zur Verfügung gestellt wurde. Für die Bemühungen hat der Bürgermeister dem Züricher Stadtpräsidenten telegraphisch den Dank ausgesprochen.

Freudenblatt
22./I. 1919

135

Zürich für Wien.

(Rege Sammeltätigkeit. — Die Hilfe der Schulkinder.)

Die Stadt Zürich hat eine große Aktion für Lebensmittelsendungen an Wiener Kinder ins Werk gesetzt. An die Spitze dieser Aktion stellten sich der Stadtpräsident der Stadt Zürich Hans Nägeli, unterstützt vom Generalsekretär des Hilfskomitees Paul Willi Bierbaum und als technisches Organ der Direktor des städtischen Lebensmittelamtes in Zürich Karl Wächter. Die Bemühungen dieser Herren, sowie der Mitglieder des Komitees und der Stadt Zürich selbst veranlaßten Ortsgemeinden in der Umgebung der Stadt und auch andere Kantone zur Beteiligung an der Sammlung für Wien. Frauen, Männer und Töchter aus den verschiedenen Gesellschaftskreisen besorgen den manuellen und den Bureaudienst, Leute von bescheidenster Lebensstellung bringen ihre Beiträge und Gaben, vielfach mit herzlichen Wünschen in Wort und Schrift begleitet. Geradezu rührend ist es, wie Schulkinder den Aufforderungen der Lehrer und Lehrerinnen mit herzlicher Bereitwilligkeit entsprechen und ihr Scherflein zur Lebensmittelspende für die Wiener Kinder beitragen. Hier sei nur ein Brief von Schweizer Schulkindern an die Wiener Kinder angeführt: „Liebe Freunde, liebe Freundinnen! Ueberall in unserem Ländchen hat man Eure Hilferufe vernommen; und überall ist man gerne bereit, Euch aus der bitteren Not, in die Ihr unverschuldet geraten seid, zu helfen. Und an diesem Liebeswerke für Euch, liebe Wiener Freunde, wollten auch wir Schüler und Schülerinnen der B. B. Schule in Chiasso mithelfen. Freudig brachten wir deshalb unsere Päcklein mit entbehrlichen Lebensmitteln zur Schule. Es ist ja freilich nur wenig, was wir zusammenbrachten; doch wißt, wir sind eben nur eine kleine Schar und dann haben auch wir nicht mehr Ueberfluß. Im Vergleiche zu Euch aber sind wir noch recht glücklich. Wie gerne möchten wir Euch viel, viel mehr schicken. Wenn wir nur könnten! Doch wir sind ja nicht allein, die helfen wollen. Wir hoffen, in der Schweiz wird soviel gesammelt, daß Ihr aus ärgster Not errettet werdet. Wir wünschen Euch von ganzem Herzen, der langersehnte Frieden bringe Euch, uns allen eine glücklichere Zeit." Dies ist das Begleitschreiben, das die Schulkinder in Chiasso den von ihnen gespendeten 16 Paketen mit Liebesgaben an die Wiener Kinder beigaben.

Auch die Tätigkeit der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Zürich, der an die Bewohner mit der Bitte herantrat, für den Monat Jänner auf 25 Gramm Brot per Woche zu verzichten und diese den Wienern zugute kommen zu lassen, darf nicht unerwähnt bleiben. Theater, Kinos und andere Vergnügungsstätten in den Schweizer Kantonen stellten sich in den Dienst der Liebesgabenspenden für die Stadt Wien. Das Zürcher Stadttheater veranstaltete eine eigene Vorstellung im Interesse der Schweizerischen Hilfsaktion für Wien und die Einnahme des Abends, der den Zürchern das Singspiel „Wiener Kinder" brachte, wurde der Aktion zur Verfügung gestellt.

Das sind in großen Umrissen Bilder von der Werbetätigkeit der Schweizer für die Hilfsaktion für Wien. Wien wird den Schweizern, sowohl den Körperschaften wie den Einzelpersonen, ihre Hilfsbereitschaft in bedrängter Zeit nicht vergessen.

Der Dank des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Stadtpräsidenten Nägeli folgendes Telegramm gesandt: Hocherfreut über heute eingelangtes Schreiben betreffend die Hilfsaktion der Stadt Zürich, spreche ich vorläufig auf diesem Wege für dankenswerte Hilfsbereitschaft namens der Gemeinde Wien den wärmsten Dank aus. Ins besondere ein herzliches Vergeltsgott den lieben Kindern Zürichs, die sich mit so großem Eifer an dem Liebeswerk beteiligt haben.

National-Zeitung
22./I. 1919

137

Hilfe für Wien.

Denken Sie daran, daß Morgen der letzte Tag zur Abgabe von Liebesgaben ist? Wenn Sie noch durch ein kleines Geschenk in Lebensmitteln oder Kleidungsstücken arme Wiener Kinder beglücken wollen, so müssen Sie sich beeilen und Ihre Gabe bis morgen Abend der Sammelstelle abliefern. Heute fließen die Gaben reichlich zu, und es besteht Hoffnung, daß doch noch der Wagen gefüllt wird. Eine große Freude erlebten wir heute Morgen, als uns aus der Peterschule zwei volle Körbe mit Lebensmitteln gebracht wurden und dazu noch ein dickes Couvert mit schön geordneten Rationsmarken und 34 Franken. Auch vier kleine Knaben und Mädchen aus der Häfelischule sprachen auf unserer Redaktion vor und ihre kleinen Händchen boten uns zwei Päckli mit Schokolade, Rationsmarken und zwei Fünflibern. Spornen diese Beispiele rührender Hilfsbereitschaft nicht zur Nachahmung an?

Geldbeiträge gingen so zahlreich ein, daß unsere Kasse den Bestand von 3790 Fr. 15 aufweist. Wer hätte sich das gestern gedacht, als wir zu unserer größten Ueberraschung den dritten Tausender ankünden durften. Verschiedene Beiträge von Schulen haben zu diesem schönen Resultat geholfen. Den Rekord hat eine erste Klasse der Töchterschule geschlagen, die uns 76 Fr. und viele Rationsmarken geschickt hat. Es fehlen immer noch manche Klassen und sogar Schulen, wie das obere Gymnasium. Auch hat eine hiesige Firma unserer Sammlung durch eine Spende von 250 Fr. wirksam vorangeholfen. All den Spendern entbieten wir den herzlichen Dank der Wiener Kinder. Wird wohl doch der Wagen noch voll bis morgen Abend?

Berner Bund
22./I. 1919

22
138

Die Hilfe für Wien

Dank der deutschösterreichischen Regierung

Das deutschösterreichische Staatsamt für Aeußeres hat an den schweizerischen Gesandten in Wien eine Note folgenden Inhalts gerichtet:

„Die schweren Sorgen um das tägliche Brot, welche die Wiener Bevölkerung und Regierung bedrückten, waren Euer Hochwohlgeboren nicht entgangen, und von tiefem Mitgefühl ergriffen, setzten Euer Hochwohlgeboren alles daran, um Ihr Vaterland, die Schweiz, zu einer Hilfeleistung zu vermögen, die vor wenigen Tagen Deutschösterreich und insbesondere der bedrängten Donaustadt zuteil geworden ist. Es ist mir ein wirkliches Herzensbedürfnis, Sie zu bitten, der schweizerischen Regierung und dem hochherzigen schweizerischen Volke für die wahrhaft rührende Hilfsaktion, die in so weitgehendem Maße zugunsten der Wiener und des deutschösterreichischen Volkes eingeleitet wurde, den wärmsten und innigsten Dank der deutschösterreichischen Regierung auszusprechen. Nicht minder gilt mein innigstes Dankgefühl den außerordentlichen persönlichen Bemühungen Euer Hochwohlgeboren um das Zustandekommen dieser segensreichen Vorkehrungen. Ich kann mir nicht versagen, bei dieser Gelegenheit die Bitte zu stellen, Euer Hochwohlgeboren mögen, dem Zuge Ihres edeln Herzens folgend, auch weiterhin dem vielgeprüften Wien die Fürsorge der Schweiz zuwenden."

Wien, am 17. Januar 1919.

Der Staatssekretär: Bauer.

22. II. 1919

139

Die Versorgung Deutschlands.

Drahtmeldung.

London, 21. Januar.

Reuter meldet, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handelsschiffe unter der Kontrolle der Alliierten wieder auf See fahren werden, hauptsächlich, um den früheren Feinden der Alliierten Lebensmittel zuzuführen. Es sei sowohl im Interesse der Menschlichkeit als auch der öffentlichen Ordnung, daß bestimmten befreiten Gebieten und den feindlichen Ländern baldige Hilfe gebracht werde. Die vom Obersten Kriegsrat ernannte alliierte Lebensmittel- und Schiffahrtskommission habe sich vor kurzem nach Trier begeben, wo sie mit der deutschen Abordnung, bei der sich auch Regierungsbeamte und Vertreter der Schiffahrt befanden, zusammengekommen sei. Wegen der nicht geordneten Zustände in Deutschland seien die Delegierten der Alliierten im Zweifel gewesen, ob irgendeine stabile Autorität vorhanden sei, um ein Uebereinkommen verbindlich abzuschließen; aber die deutschen Delegierten hätten beweiskräftig dargelegt, daß sie in der Lage sind, bindende Verpflichtungen einzugehen. Es sei beabsichtigt, daß Deutschland eine wesentliche Menge Lebensmittel, insbesondere Weizen, Fett und kondensierte Milch, kaufen und importieren darf. Die Konferenz in Trier sei als die erste Gelegenheit, bei der britische und deutsche Zivilisten seit Kriegsbeginn in Verhandlungen traten, bemerkenswert gewesen.

Einer amtlichen Reutermeldung zufolge ist der oberste Rat der Alliierten für Lebensmittelversorgung am 20. d. Mts. unter dem Vorsitz Hoovers in Paris zusammengetreten. Der Rat stimmte dem Vorschlage zu, in Triest, das für die Alliierten von der Adria aus erreichbar ist, sowie in Bukarest, Konstantinopel und Polen interalliierte Kommissionen einzusetzen. Der Rat richtete ein Schreiben an Foch mit der Bitte, sofort Maßregeln zum Schutze von Lebensmitteltransporten, die für die Polen bestimmt sind, zu treffen. Ferner wurden Maßnahmen getroffen, um Deutschland zu veranlassen, seinen Verpflichtungen hinsichtlich der Ernährung der sich noch auf deutschem Boden befindlichen russischen Gefangenen nachzukommen.

Fremdenblatt Abendl
22./I. 1919

a
22
140

* (Lebensmittelpreise in Preßburg.) Der neue Oberstadthauptmann von Preßburg Richard Brunner hat folgende Kundmachung erlassen: Ich gebe hiemit bekannt, daß die Munizipal-Preisprüfungskommission die Preise für Fleisch, Eier, Geflügel, Wildpret und Wein folgender maßen festgesetzt hat: 1. Rindfleisch, vorderes mit Knochen 12 Kronen, hinteres mit Knochen 14 Kronen, ohne Knochen 18 Kronen. 2. Schweinefleisch. 1 Kg. mit Speck 26 und 28 Kronen. 3. Kalbfleisch. 1 Kg. 20 Kronen, ohne Knachen 28 Kronen. 4. Wurstpreise en detail: Trockenwurst per Kilo 12 Kronen, Frankfurter, Szegediner und alle rote Würste 14 Kronen, Krakauer und Würste ähnlicher Qualität per Kilo 18 Kronen. 5. Eierpreise: per Stück 80 Heller. 6. Weinpreise: Neuwein per Liter en gros 4 Kronen, im Ausschank 5 Kronen, Tisch-Altwein: Einkaufspreis 7 Kronen, Ausschaukspreis 8 Kronen. 7. Geflügelpreise: lebendes Hendl zum Panieren, per Paar 12 Kronen, Hendel zum Braten per Paar 16 Kronen, ein Huhn lebend 12 Kronen, eine leere Gans lebend per Stück 60 Kronen, eine lebende, gemästete Gans per Kilo 20 Kr., geschlachtete Mastgans per Kilo 26 Kronen. 8. Wildpreise: im Detailverkaufspreis beim Kleinhändler per Kilo: a) Hirsch 6 Kronen, b) Hirschkuh 6.75 Kronen, Schlögel und Rücken 10 Kronen; c) Damhirsch 6.75 Kronen, Pörkelt 4 Kronen; d) Rehschlögel 11 Kronen, Rücken 12 Kronen, Pörkelt 5 Kronen; e) Wildschwein 6.50 Kronen, Kopf und Füße 1.50 Kronen; f) Hase, Vorderes 3.80 Kronen, Hinteres 6 Kronen; g) Fasan, ganz 9 Kronen, Huhn ganz 7.87 Kronen; h) Rebhuhn 4.50 Kronen. Glückliches Preßburg! . . . .

23.

23./I. 1919

Die amerikanischen Lebensmittel und ihre Bezahlung.

Unterstaatssekretär v. Braun, Vorsitzender der deutschen Kommission für Lebensmittelfragen, erklärt über den Eindruck, den er bei den Trierer Verhandlungen erhielt:

Die mit den Vertretern von Amerika und der Entente über die Lebensmittellieferungen gepflogenen Verhandlungen bezogen sich nur auf die Ausführung der bereits gefaßten Beschlüsse. Nach diesen stand fest, daß während des Waffenstillstandes nur eine Notaushilfe an Lebensmitteln in Höhe von etwa 30 Millionen Dollar für Kranke, Kinder, werdende und stillende Mütter und einzelne besondere Arbeiter-Kategorien erfolgen kann, und zwar nur unter der Voraussetzung, daß vorher die gesamte fahrbereite Handelsflotte den alliierten Regierungen zur Verfügung gestellt wird. Auf die harten Bedingungen, die in dieser Beziehung gestellt wurden, will ich hier nicht näher eingehen, sie bedeuten, daß Deutschland jeder Verfügung über seine Handelstonnage beraubt wird und auf deren Verwendung keinerlei Einfluß hat. Werden die Bedingungen erfüllt — und dazu ist erforderlich, daß die Instandsetzung und Ausrüstung der Schiffe unverzüglich durchgeführt und ihre Ausfahrt aus deutschen Häfen in keiner Weise gestört oder verzögert wird — so kann damit gerechnet werden, daß in zwei bis drei Wochen mit der Lieferung der Notaushilfe begonnen werden wird. Die Mengen von Lebensmitteln, die für den Betrag von 30 Millionen Dollar eingeführt werden können, sind bei den hohen Weltmarktpreisen nicht sehr erheblich. Sie werden sich nach den von uns geltend gemachten Ansprüchen vielleicht auf 70 000 To. Speisefette, 50 000 To. Weizen, dann gewisse Mengen von kondensierter Milch, Hafermehl, Reis und Fleischpräparaten belaufen und reichen deshalb zu einer allgemeinen Aufbesserung der Ernährung in keiner Weise aus.

Ueber die in Deutschland herrschende Not sind die Vertreter der feindlichen Staaten durch die Gutachten und Feststellungen der ersten ärztlichen Autoritäten Deutschlands vollkommen unterrichtet, und ebenso wissen sie, daß die Notaushilfe, die sie jetzt anbieten, nur eine Verbrämung für die Beanspruchung unserer Handelstonnage ist, die uns jeder Bewegungsfreiheit beraubt und es uns zunächst unmöglich macht, wieder Handelsbeziehungen mit den überseeischen Ländern anzuknüpfen. Aber man muß sich darüber klar sein, daß die Entschließungen der Verbandsmächte nicht von den Gesetzen der Menschlichkeit, sondern von geschäftlichen Rücksichten diktiert werden.

Nachdem wir uns selbst vollkommen wehrlos gemacht haben, darf man sich nicht wundern, daß wir nun auch bis aufs Hemd ausgeplündert werden. Das ist einmal der Gang der Weltgeschichte und daran ändern auch die lockenden Pläne vom Völkerbund nichts.

Es wurde natürlich mit den Vertretern der Entente und Amerikas auch über die weitere Versorgung Deutschlands verhandelt. Dabei gaben diese die Erklärung ab, daß die Weltvorräte an Fett und an Getreide ausreichend seien, um die ganze Welt reichlich zu versorgen. Die Versorgung Deutschlands hänge nur von der Erfüllung der gestellten Bedingungen ab. Es liegt also in unserer Hand, die drohende Hungersnot abzuwenden. Dazu ist erforderlich, daß wir uns durch die Ausfuhr von Kohlen, Kali und Industrieerzeugnissen so rasch wie möglich Devisen im Auslande verschaffen, mit denen die Lebensmittellieferungen bezahlt werden können. Denn darüber darf man sich nach der Haltung unserer Feinde keiner Täuschung hingeben: gegen Kredit oder deutsches Geld, das bei Fortdauer des Ueberwiegens der Einfuhr über die Ausfuhr immer mehr entwertet werden würde, liefert uns Amerika trotz der menschenfreundlichen Grundsätze Wilsons nichts. Und wenn dieser in seiner Botschaft an den Kongreß für das Lebensmittelwerk 100 Millionen Dollar fordert, um den nach Westen vorrückenden Bolschewismus durch Lebensmittellieferungen aufzuhalten, so bezieht sich das nur auf die befreiten Länder, nicht aber auf Deutschland, das auch in dieser Beziehung nur auf sich selbst hoffen kann. Mit anderen Worten: Wir können uns die Zufuhr von Lebensmitteln nur durch angestrengte Arbeit und durch die Erzeugung von Gütern für die Ausfuhr selbst verdienen. Geschenkt oder geborgt werden sie uns von niemand. Nur die sofortige Rückkehr zur Arbeit kann uns vor dem Verhungern retten! Streiks und Arbeitseinstellungen sind jetzt das schlimmste Verbrechen, das man an der Zukunft Deutschlands begehen kann, und ruinieren uns nicht nur finanziell, sondern führen rettungslos zur Hungersnot und damit zum Chaos.

Berner Bund

23. II. 1919

142

Ernährungssorgen

Wer sich vorgestellt hatte, mit der Einstellung der Feindseligkeiten werden wir der Sorge ums tägliche Brot los sein, sieht sich enttäuscht wie derjenige, der auf eine sofortige Verbilligung der übrigen Bedarfsartikel rechnete. Es wird im laufenden Jahre noch schlimmer kommen, als es im Kriege war, hört man auf der andern Seite prophezeien. Auch hier dürfte es ungefähr mitten durch gehen. Es ist kein Grund zu rosigen Hoffnungen, aber auch keiner, um zu verzweifeln, wenigstens nicht was unser Land betrifft. Wir dürfen heute feststellen, daß das eidgenössische Ernährungsamt seine Aufgabe richtig erfaßt hat und tatkräftig durchführt. Man erinnert sich wohl, mit welchem Zeitungsgeschrei sein Direktor seinerzeit begrüßt wurde. Der Lärm verstummte einigermaßen, als er vor den Nationalrat trat, und in bestimmten, knappen und kurzen Sätzen sachliche Auskunft gab, die sofort den Mann des praktischen Handelns, der sich nicht in bloßen Worten ausspielt, erkennen ließen. Da wurde es still in der Kritik und das Ernährungsamt erfüllt seine Aufgabe.

Es sieht ja heute noch nicht glänzend aus um die Einfuhr von Lebensmitteln. Die Sorgen bestehen fort. Das Oel, von dem gesprochen wurde, kommt aus Spanien, Italien liefert noch keines. Im Lande selbst dürften Erzeugnisse verschiedener Art noch zum Vorschein kommen, sie sind zuweilen schon auf dem Markt zu sehen. Das Hamstern nützt jetzt keinem mehr, man muß im Gegenteil damit rechnen, daß die Preise sinken werden. Dabei kommt manches zum Vorschein, das bisher zurückbehalten wurde. Einen entschiedenen Erfolg hat die Milchversorgung aufzuweisen, die überall die notwendigsten Zuwendungen zu beschaffen wußte. Man hat in der Schweiz im Jahr 1918 so viel Milch getrunken, wie kaum je zuvor, weil man weniger Fleisch und Fett hatte. Augenblicklich ist die Milch knapp und der Käse rar, auf das Frühjahr hofft man aber wieder käsen zu können. Fleischmangel ist jedoch zu befürchten, da soll sich die Bevölkerung bei der Bauersame Rat holen, die in der guten alten Zeit stark und gesund heranwuchs, obwohl sie nur Sonntags den Fleischhafen überm Feuer hatte.

Die Schwierigkeiten der Ernährung unseres Volkes dauern fort, wie diejenigen in der Beschaffung der Rohprodukte für Industrie und Gewerbe. Aber es sieht doch nicht mehr ganz schwarz aus, man soll Zuversicht hegen und alles aufwenden, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen.

Berner Bund

23.II.1919

23

143

Lebensmittellieferung an Liechtenstein

Vom fürstlichen Regierungsvertreter in Vaduz wird uns mitgeteilt: Da im Gebiete des Fürstentums Liechtenstein verschiedene Lebensmittel sehr knapp sind und an manchen geradezu Mangel herrscht, hat sich die Regierung an die Schweiz um Belieferung des Landes mit Lebensmitteln gewendet.

Die schweizerische Regierung hat in Bestätigung freundnachbarlicher Gesinnung, im Einvernehmen mit den allierten Mächten, dem Fürstentum Liechtenstein zugesagt, Lebensmittel in verhältnismäßig gleicher Menge und unter gleichen Bedingungen, wie für Vorarlberg, zu liefern.

Zur Besprechung und Regelung der bezüglichen Fragen und Vorschriften fand am 17. eine von der fürstlichen Regierung einberufene Sitzung der Landesnotstandskommission und sämtlicher Gemeindevorsteher statt, an welcher der Kommissär des schweizerischen Ernährungsamtes, Herr Major Stingelin, aus Basel, der gegenwärtig sich wegen der Belieferung Vorarlbergs mit Lebensmitteln aus der Schweiz in Bregenz aufhält, zugegen war und in dankenswertester Weise alle erforderlichen Aufschlüsse erteilte und Winke für die Organisation gab.

In Betracht kommt der Bezug von Mehl, Fett, und Reis. Liechtenstein wird dagegen der Schweiz Holz liefern.

Österr. Volkszeitung

23./I. 1919

144

Die Hilfe des Auslandes.

Dank an Italien. — Kondensmilch und Zitronen. — Der Bericht des Gemeinderates R. v. Schwarz-Hiller.

In der gestrigen Sitzung des Wiener Gemeinderates legte Bürgermeister Dr. Weiskirchner ausführliche Berichte über die Lebensmittelaktionen der letzten Zeit vor und führte aus, daß die Lebensmittelpakete aus Siegmundsherberg einen Wert von rund 28,000.000 Kronen haben. — Der Bürgermeister sprach für diese Spende dem König von Italien und dem italienischen Volke im Namen der armen Bevölkerung Wiens den Dank des Wiener Gemeinderates aus und gedachte jener Persönlichkeiten, die sich für die unentgeltliche Ueberlassung dieser Liebesgabenpakete an die Armen Wiens eingesetzt haben: des schweizerischen Gesandten Dr. Bourcart, des Chefs der italienischen Kommission zur Ueberprüfung des Waffenstillstandsabkommens General Segre, des Gerenten der italienischen Konsularkanzlei Zannoni, des Nuntius, des Grafen Spiegelfeld vom Roten Kreuz und des Obersten Menna, ehemaliger Kommandant des Lagers in Siegmundsherberg.

Was die zweite Aktion, die Ententesendungen anbelangt, so laufen die so sehnsüchtig erwarteten ersten Getreidezuschübe seit dem 18. d. mit ziemlicher Regelmäßigkeit ein, so daß mit Grund anzunehmen sei, daß die durch ein Elementarereignis hervorgerufene Stockung für die Folge behoben sei. Ebenso sind die ersten Sendungen an Kondensmilch und größere Mengen von Zitronen eingetroffen. Hinsichtlich der Fetttransporte rechnet das Ernährungsamt schon in den nächsten Tagen mit den ersten Zuschüben. Was die Schweizer Hilfsaktion betrifft, sei hervorzuheben, daß nur diese es anläßlich der hereingebrochenen Mehlknappheit ermöglichte, an die Wiener Bevölkerung die Kochmehlration unverkürzt auszugeben. Der Bürgermeister sprach allen an der Aktion beteiligten Personen den Dank der Gemeinde Wien aus.

Im Stadtrat erschien gestern Gemeinderat Dr. v. Schwarz-Hiller, um über Ersuchen des Bürgermeisters Bericht über das Ergebnis seines Aufenthaltes in Bern in der Zeit vom 26. November 1918 bis 2. Jänner 1919 zu erstatten. Dem Bericht ist insbesondere zu entnehmen, daß es dem Gemeinderat Dr. v. Schwarz-Hiller als Vertreter der Gemeinde Wien gelungen sei, die Hilfsaktion für Wien in die Wege zu leiten, während es sehr schwer gewesen wäre, eine Aktion für ganz Deutschösterreich durchzuführen. Der Bürgermeister sprach namens des Stadtrates dem Gemeinderat Dr. v. Schwarz-Hiller für seine umsichtige, zielbewußte und erfolgreiche Tätigkeit den besten Dank aus. Er schließe sich dem Vorschlage Dr. von Schwarz-Hillers an, daß es nicht genüge, den Dank der Stadt Wien in einer einfachen Zuschrift jenen Schweizer Herren, die sich um die Hilfsaktion verdient gemacht haben, zu übermitteln. Ueber die Form der Ehrung wird dem Stadtrate ein Bericht vorgelegt werden.

Neues Wiener Tagblatt

23. I. 1919

165

Die Uebergangswirtschaft.

In der gestrigen Gemeinderatssitzung antwortete auf eine Interpellation des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist richtig, daß das Staatsamt für Volksernährung beabsichtigt, an Stelle der in Liquidation getretenen Zentraleinkaufsgesellschaft vorübergehend eine neue Organisation zu schaffen, um in dem Bezuge der bisher von der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft behandelten Lebensmittel ein Vakuum nicht eintreten zu lassen. Auf Grund der im Volksernährungsamt abgeführten Verhandlungen kann jedoch festgestellt werden, daß diese Einrichtung nur als Uebergangsstadium gedacht ist und in dem Augenblick zur Auflösung gelangen wird, wo durch die derzeit schon in Bildung begriffenen Fachorganisationen das Bedürfnis für diese Einrichtungen aufgehoben wird. Für wichtige Konsumartikel muß auch weiterhin noch eine Organisation vorhanden sein, weil die Entente die Sache regierungsseitig behandelt und sich in Provenienz Schiffsraum und Adresse nichts dareinreden läßt.

* * *

Zur Kürzung der Brotration.

Angesichts der gekürzten Brotration hat der Verein zur Errichtung von Volksküchen neuerlich seine beiden Volksküchen, 2. Bezirk, Krummbaumgasse Nr. 8, und 20. Bezirk, Kluckygasse Nr. 7, abends eröffnet, um den Unbemittelten eine Abendsuppe zu verabreichen.

Ausgabe der halben Monatsration Zucker.

Das Staatsamt für Volksernährung hat verfügt, daß im Jänner in Wien eine halbe Monatsquote an Zucker, das ist drei Achtelkilogramm pro Person, gegen Abtrennung des ersten-Jänner-Halbmonatsabschnittes für Zucker des amtlichen Einkaufsscheines ausgefolgt wird. Etwa noch nicht eingelöste Zuckerkartenabschnitte der letzten Monate des Vorjahres können nach Maßgabe der Vorräte an Zucker in den Abgabestellen ebenfalls honoriert werden.

Bei Anhalten der regelmäßigen Zuckerlieferungen aus den tschechoslowakischen Fabriken dürfte es möglich sein, in der ersten Hälfte des Februar abermals eine halbe Monatsquote zur Ausgabe zu bringen.

Der Bürgermeister über die Ernährungshilfe für Wien.

In der gestrigen Gemeinderatssitzung erstattete der Bürgermeister ausführliche Berichte über die drei Lebensmittelaktionen, die in der letzten Zeit für Wien unternommen wurden.

Er führte dabei aus, daß die Lebensmittelpakete aus Sigmundsherberg einen Wert von rund 28 Millionen Kronen repräsentieren. Ich kann diesen Bericht, sagt der Bürgermeister, nicht besser schließen, als daß ich für diese hochherzige Spende des Königs von Italien und des italienischen Volkes im Namen der armen Bevölkerung Wiens den verbindlichsten Dank des Wiener Gemeinderates zum Ausdruck bringe. Was die zweite Aktion, die Ententesendungen, anlangt, wäre zu bemerken, daß in dem Zeitpunkte, wo die Verhandlungen begannen, die Vertreter der Entente an die Notlage Wiens noch nicht glaubten. Es ist tatsächlich notwendig gewesen, daß durch eine geeignete Persönlichkeit die Entente von den Verhältnissen in Wien unterrichtet wurde. Ueber die Ententesendungen selbst wäre zu berichten: Nach vierzehntägiger Störung durch eine Lawine sind die so sehnsüchtig erwarteten ersten Getreidenachschübe bereits wieder am 18. d. in Wien eingelangt und laufen seither mit ziemlicher Regelmäßigkeit. Ebenso sind die ersten Sendungen an Kondensmilch bereits eingelangt und größere Mengen von Zitronen eingetroffen. Hinsichtlich der Fetttransporte rechnet das Ernährungsamt schon in den nächsten Tagen mit den ersten Ankünften. Sofern nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, hat es den Anschein, als ob die von der Entente zugesagte Lebensmittelhilfe nunmehr einen glatten Verlauf nehmen und uns über die schwierige nächste Zukunft glücklich hinweghelfen wird.

Was die Schweizer Hilfsaktion anlangt, wäre zu berichten: Der hiesige Gesandte der Schweiz Minister Dr. Ch. Bourcart hat schon Anfang November begonnen, die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf die trostlosen Ernährungsverhältnisse Wiens zu lenken und die Weiterleitung dieser Situationsberichte an die Ententemächte erbeten. Mit unermüdlichem Eifer hat auch der Delegierte des Wiener Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller in diese Aktion durch seine Anwesenheit in Bern eingegriffen, und es kam am 19. Dezember 1918 zur bekannten Motion Jäger, mit welcher die sofortige Entsendung von Lebensmitteltransporten an die notleidende Wiener Bevölkerung angeregt und bei Unterstützung sämtlicher Parteien des Nationalrates zum Beschluß erhoben wurde. Auch Dr. Ferrière sen., der bekanntlich in Wien die Verhältnisse an Ort und Stelle studierte, hat ebenso wie Baron Slatin diese Aktion wärmstens unterstützt und viel zur Beschleunigung der Lebensmittelsendungen beigetragen. Die Wahrnehmungen, die Dr. Ferrière sammelte, haben ihn befähigt, mit vollem Eifer für die Besserung unsrer Ernährungslage zu arbeiten. Es sei hier ausdrücklich hervorgehoben, daß nur die Schweizer Hilfe es anläßlich der angebrochenen Mehlknappheit ermöglichte, der Wiener Bevölkerung die Kochmehlration unverkürzt auszugeben.

Der Bürgermeister spricht am Schluß seiner Ausführungen allen an der Aktion beteiligten Personen den herzlichsten Dank der Gemeinde Wien aus. (Stürmischer Beifall.)

Ostdeutsche – Rundschau

23./I. 1919

166

Die Bedeutung Triests für sein Hinterland.

Von A. v. Bantz.

Als Hinterland für Triest können im großen und ganzen die Länder der ehemaligen Monarchie mit teilweisen Ausschluß Ungarns angesprochen werden. Allerdings gravitiert Nord- und Mittelböhmen sowie das Sudetenland mehr zu den nordwestdeutschen Häfen. Jedoch ist dies nicht so sehr in der geographischen Lage dieser Gebiete begründet, als durch die günstigen Schienenwege, ausgebauten Wasserstraßen und zahlreichen Kanäle Deutschlands bedingt. Auch Galizien strebt jetzt mit Polen vereint mehr der Ostsee zu, obzwar einem großzügigen Verkehr in der angegebenen Richtung wegen schlechter Eisenbahnverbindungen, vernachlässigter Wasserstraßen, vor allem der Weichsel, sehr große Schwierigkeiten entgegenstehen. Es ist zum Beispiel das Bett der Weichsel in Polen und Galizien derart versandet und verwahrlost, daß die einfachen polnischen Kähne von 150 bis 100 Tonnen Tragfähigkeit bei schlechtem Wasserstand nicht einmal 50 Tonnen Ladung nehmen können. Für den Ausbau der Weichsel bedarf es aber nach einer Schätzung nicht nur 800 Millionen Mark, sondern auch einer gehörigen Spanne Zeit.

Andrerseits gibt es weite Gebiete außerhalb der Grenzen der ehemaligen Monarchie, vor allem Bayern, die verkehrswirtschaftlich ebenso zu Triest wie zu den nordwesteuropäischen Häfen gehören. Durch die Tauernbahn waren diese Gebiete zum mindesten, was ihren Ueberseeverkehr nach Osten anbelangt, Triest näher gerückt worden. Unter sonst gleichen Bedingungen hätte Triest diesen Verkehr auch tatsächlich an sich ziehen müssen. Eine schlechte Eisenbahntarifpolitik, das Mißtrauen süddeutscher Verfrachter österreichischen Verhältnissen gegenüber und auch nicht zuletzt der Mangel eines Uebereinkommens mit dem Deutschen Reiche hatten dem entgegengewirkt. Deutschland hatte seinerzeit der Ablenkung des Verkehrs über Mittelmeerhäfen von den nordwestdeutschen Häfen durch eigene billige Levantetarife seiner Eisenbahnen einen Riegel vorgeschoben. Es bestand auch zwischen den deutschen Eisenbahnen und Schiffahrtsgesellschaften ein inniges Zusammenarbeiten. Der süddeutsche Verfrachter konnte z. B. seine Waren mit durchgehenden Dokumenten nach der Levante befördern.

Auf Grund der vorstehenden Ueberlegungen kann annähernd angenommen werden, daß der Gesamtverkehr der ehemaligen Monarchie über Triest jenem entspricht, der diesem Hafen bei wirtschaftlicher Freizügigkeit nach seiner verkehrsgeographischen Lage zukommt.

Triest war nun für sein Hinterland sowohl als Einfuhrhafen und bei der zunehmenden Industrialisierung der Monarchie auch als Ausfuhrhafen von stets steigender Bedeutung. Der Wert der über Triest in den letzten fünf Jahren eingeführten Waren betrug für das Jahr durchschnittlich 488 Mill. Kronen, der Wert der Ausfuhr 300 Mill. Kronen. Im gleichen Zeitraum belief sich die Gesamteinfuhr in die Monarchie auf 3 Milliarden 240 Mill. Kronen, die Ausfuhr auf 2 Milliarden 710 Mill. Kronen. In Prozenten betrug daher die Einfuhr über Triest 15 v. H. der Gesamteinfuhr und die Ausfuhr 11,5 v. H. der Gesamtausfuhr. Mithin entfiel ein sehr ansehnlicher Teil des Gesamthandelsverkehrs der Monarchie auf den Verkehr über Triest, wozu noch zu bemerken ist, daß dieser von 12,1 v. H. des Gesamtverkehrs im Jahre 1909 auf 13,8 v. H. des Gesamtverkehrs im Jahre 1913 stieg oder, mit anderen Worten, Triest zog langsam aber ständig einen immer größeren Anteil des Gesamtverkehrs an sich.

Triest war das einzige Einfallstor der Länder der Monarchie für eine Menge von Nahrungs- und Genußmitteln sowie Rohprodukten. Dies soll im einzelnen auf Grund statistischer Daten bewiesen werden. (Die Prozente in Klammern zeigen den Anteil an der Gesamteinfuhr an.) Ganz oder fast ausschließlich im Seewege wurden über Triest eingeführt: 1. Von Kolonialwaren: Kaffee und Kakao 95 v. H. 2. Sämtliche Gewürze 98 v. H., bis auf Safran und Vanille, die zwar auch im Seewege, aber über fremde Häfen in die Monarchie gelangten. 3. Trockene Südfrüchte 95 v. H. 4. Von Gemüse und Samen: Knoblauch und Zwiebel 100 v. H.; Safransamen 90 v. H.; Oelsaaß 82 v. H. 5. Von Oelen: Oliven- und Sulfuröl 85 v. H.; viele andere Oele, wie Kokosnußöl und Palmöl, kamen über deutsche Häfen. 6. Von Nahrungsmitteln: Teigwaren und Stockfische 70 v. H. Rohprodukte: 1. Kork in Abfällen. 2. Gerbstoffe, Knappern, Myrobalanen, Valoneen 90 v. H. 3. Schwefel 83 v. H.

Ueberwiegend im Seewege über Triest importiert wurden: 1. Von den Südfrüchten: Kokosnüsse, exotische Nüsse, Haselnüsse, Pinenenkerne usw. 2. Von den Oelen und Fetten: Sonnenblumenöl, Schweinefett 60 v. H. 3. Stearin und Palmelinsäure 65 v. H. 4. Gerbstoffextrakte aus Kastanien- und Quebrachoholz 55 v. H. 5. Arzneistoffe, darunter wird Süßholz fast ausschließlich über Triest importiert. 6. Rohe Häute und Felle 76 v. v. H.; Ziegen- und Kitzfelle sogar 90 v. H. 7. Alle Arten von Schwämmen. 8. Von Gummen und Harzen: Kopal, Schellack, Gummi, Senegal, Tragantgummi usw. 65 v. H.; Asphalte, Gummi arabicum 75 v. H.; Kampfer 55 v. H. 9. Jute 56 v. H. 10. Seegras, Bast, Schilf über 50 v. H. 11. Knüpfteppiche, Seidenabfälle über 50 v. H. 12. Gewisse Mineralien: Bimsstein, Kalk über 50 v. H. 13. Von Metallen: Nickel 52 v. H.; Kupfer nur 35 v. H.; manche Eisenbestandteile, Schiffs- und andere schwere Maschinen und Motore. Bedeutend war auch der Import über den Seehafen von frischen Südfrüchten, Reis, Mais, Eiern und anderen tierischen Produkten, schweren Mineralölen, von Baumwolle und Schafwolle, dann Meerschaum, Perlmutter und Korallen, aller Arten von Ziegeln und allen möglichen Abfällen.

Triest war aber auch für viele Exportwaren das beste Ausfallstor. Ueber den Seehafen von Triest wurden ausgeführt: 1. Rübenzucker 95 v. H.; raffinierter Zucker 26 v. H., und zwar 2,3 Mill. Meterzentner für das Jahr. 2. Malz 20 v. H. 3. Spiritus 30 v. H. 4. Beträchtliche Mengen von Bau- und Nutzholz. 5. Magnesit 50 v. H.; hierin hat eine sehr bedeutende Ausfuhr stattgefunden. 6. Baumwollwaren. 7. Harze 83 v. H. 8. Fast die Hälfte aller Konfektionswaren wurden über Triest ausgeführt. 9. Holzstoff 33 v. H.; Papier 70 v. H., insbesondere Zigarettenpapier. 10. Holzwaren. 11. Glasperlen 75 v. H.; Glasschmuckgegenstände 90 v. H. 12. Eine beträchtliche Ausfuhr von Portlandzement 20 v. H. 13. Von Eisenwaren: fassoniertes Stabeisen und Schwarzbleche, Draht 50 v. H.; Drahtstiften 60 v. H.; Schienen 80 v. H.; emailliertes Blechgeschirr 30 v. H. 14. Zündhölzchen 84 v. H. 15. Elektrische Apparate und Bedarfsgegenstände 20 v. H. 16. Seifen und Farbstoffe 50 v. H. 17. Einige Chemikalien. 18. Waffen und Munition.

Wie man aus den angeführten Daten ersieht, führte die Einfuhr von wichtigen Nahrungs- und Genußmitteln fast ausschließlich über Triest, ebenso auch die Ausfuhr von volkswirtschaftlich äußerst wichtigen Exportwaren. Was nun die Einfuhr betrifft, so wurde bisher nur vom Friedensbedarf gesprochen. Daß der Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohprodukten nach vier Jahren der Absperrung durch Jahre hindurch ein gesteigerter sein wird, ist selbstverständlich. Es muß auch berücksichtigt werden, daß die Verhältnisse im Osten auf längere Zeit hinaus eine geregelte Einfuhr unmöglich machen dürften und doch haben wir von Rußland im Landwege Lebensmitteln von jährlich etwa 120 Mill. Kronen Wert, das ist ein Drittel der Gesamteinfuhr an Lebensmitteln, bezogen. Triest hat darum für die Staaten des Hinterlandes, also auch Deutschösterreich, Bayern und das angrenzende Süddeutschland eine, gegenüber den normalen Verhältnissen noch höhere Bedeutung. Ganz besonders gilt dies für den Verkehr mit Südamerika, den Mittelmeerländern und dem überseeischen Osten, das sind gerade jene Landgebiete, von welchen die ehemalige Monarchie die Lebensmittel und Genußmittel sowie den Hauptanteil der Rohstoffe bezog.

Die Korrespondenz Wien—Triest gestattet. Die italienischen Militärbehörden haben sich entschlossen, Mitteilungen zwischen Wien und Triest, die nur Handelsinteressen dienen, zu gestatten. Die Korrespondenz, die nach Triest gerichtet ist, soll an die dortige Handels- und Gewerbekammer gerichtet sein, womöglich in italischer Sprache abgefaßt, damit die rascheste Erledigung ermöglicht werde; doch ist auch die französische, englische und deutsche Sprache ohne verabredete Wörter, Sätze und Zeichen gestattet. Die Mitteilungen werden von der italischen Militärbehörde zensuriert werden. Die Korrespondenz aus Triest wird der hiesigen Handels- und Gewerbekammer durch die italischen Militärbehörden übermittelt, welche sie durch die Hauptpost den Adressaten zukommen lassen wird. Die Postgebühren von und nach Triest betragen das Doppelte der gewöhnlichen Gebühren und werden von den Adressaten geleistet. Die Korrespondenz muß in zwei Kuverts gelegt sein. Das äußere trägt die Adresse der Handels- und Gewerbekammer in Triest, das andere die des Triester Adressaten.

Berner-Tagblatt

23./I. 1919

B I 23

137

Die Zustände in Oesterreich-Ungarn.

Wiens Dank.

ag. Wien, 22. Jan. (W. K.-B.) In der heutigen Stadtratssitzung wurde beantragt, zur Erinnerung an die schweizerische Hilfe für Wien einen Platz in Wien mit einem Schweizer Namen zu benennen. Ferner wurde vorgeschlagen, den schweizerischen Funktionären, die sich hervorragend an der Aktion beteiligt haben, im Namen der Stadt Wien ein sichtbares Andenken zum Zeichen des Dankes zu übersenden.

Berner Bund
23. I. 1919
198

Versorgung des Landes

Der Bundesrat hat ein Kreisschreiben an die kantonalen Regierungen erlassen über die Landesversorgung mit Lebensmitteln. Es wird darin ausgeführt: Der Bundesrat ist aufs ernstlichste gesonnen, die Verordnungen, welche die Freiheit des Handelsverkehrs beeinträchtigen, sobald als möglich aufzuheben. Es wäre indessen ein großer Irrtum, zu glauben, wie es bei unserem Volke leider der Fall ist, die Vorschriften, welche Handelsfreiheit und Verbrauch einschränken, seien mit dem Abschluß des Waffenstillstandes überflüssig geworden. Diese Vorschriften und Einschränkungsbestimmungen, nur nach reiflicher Erwägung und nur zum gemeinen Wohle erlassen, sind die Folgen der wirtschaftlichen Lage unseres Landes und der vom Auslande getroffenen Maßnahmen; diesen Folgen vermögen wir uns aber heute weniger noch als während des Krieges zu entziehen. Gegenwärtig ist unmöglich vorauszusehen, welche Rückwirkungen die politischen Ereignisse, die sich im Auslande abspielen, und die Beschlüsse des Friedenskongresses auf unser Land haben werden.

Die gegenwärtige Uebergangsperiode kann nicht die Verhältnisse der Jahre vor 1914 wiederbringen. Die Tatsache muß also ins Auge gefaßt werden, daß die bestehenden Vorschriften erst nach einiger Zeit abgeschafft werden können. Nach einer aufmerksamen Prüfung aller wirtschaftlichen Umstände müssen wir bewußt werden, daß jeder Verlaß auf eine tatsächliche Besserung der Lebensmittelversorgung unseres Landes verfrüht wäre. Tatsächlich ist heute die Entente allein imstande, die Welt mit Lebensmitteln zu versorgen; die Transportschwierigkeiten sind aber außerordentliche.

Die Kohleneinfuhr ging auf ein Sechstel der Einfuhr vor dem Kriege zurück. Hinsichtlich der verfügbaren Weltstocks darf man nicht aus dem Auge lassen, daß die Länder, die kaum den Krieg hinter sich haben, keinerlei Vorräte besitzen und gewaltige Bedürfnisse zu befriedigen haben. Die überall in anderen Ländern verfügbaren Weltvorräte werden kaum genügen, um die größte Not zu lindern. Die Getreideversorgung wird im wesentlichen von der Jahresernte 1919 abhängen. Man wird also an eine Aufhebung der Brotkarte erst denken dürfen, wenn eine reiche Ernte in die Scheune gebracht sein wird. Es ist bezeichnend genug, daß die ehemaligen Kornkammern Europas, Rußland und Rumänien, heute gezwungen sind, selber Getreide einzuführen. Fleisch, Fett und Leder sind auf dem Weltmarkt nur in Quantitäten da, die weit unter der Nachfrage bleiben. Der ungeheure Verbrauch der kriegführenden Länder hat alles verschlungen.

Der Schluß, der sich aus diesen Darlegungen ergibt, ist die Pflicht, die einheimische Produktion möglichst zu vermehren. Die einträchtige Hilfe aller, die guten Willens sind, ist unerläßlich zur Erreichung dieses Zieles.

Die vor dem Kriege so reichliche Milcherzeugung ist leider ungenügend geworden. Dieser Mangel entspringt aus der Verminderung der Grasbaufläche infolge der Vermehrung des Getreidebaues, aus dem fast vollständigen Fehlen der Kraftfuttermittel und aus dem Ausfall an Kunstdünger. Die vom hygienischen Gesichtspunkte aus so wünschenswerte Vermehrung der Milchproduktion wird erst dann eintreten, wenn wir zu annehmbaren Preisen Kraftfuttermittel für unser Vieh erhalten werden. Wir dürfen mit Recht auf eine Besserung in der Landesernährung hoffen, aber unbestreitbar wird die Kurve unserer ökonomischen Depression, die während der letzten Jahre sich so gewaltig senkte, erst nach der Welternte 1919 endgültig wieder zu steigen beginnen.

Diese Erwägungen auferlegen uns die Pflicht, noch während geraumer Zeit die getroffenen Maßnahmen zum Gesamtwohle des Landes aufrecht zu erhalten.

Wir sind überzeugt, getreue, liebe Eidgenossen, daß die kantonalen Regierungen, angesichts der klar vor Augen liegenden Schwierigkeiten der nächsten Zeit, nicht umsonst an das angeborene Pflichtgefühl und an die aufgeklärte Vaterlandsliebe der Bürger appellieren werden, um sie anzuspornen, die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln zu erleichtern.

National-Zeitung

23./I. 1919

Aufgehobene Höchstpreise.

Bern, 23. Jan ag. Das eidg. Ernährungsamt hat am 20. Januar im Einverständnis mit dem eidg. Volkswirtschaftsdepartement und dem Departement des Innern mehrere Verfügungen aufgehoben. So wurden die Höchstpreise für Schlachtschweine, Schweinefleisch und inländisches Schweinefett beseitigt. Es war in den letzten Wochen festzustellen, daß die Ankaufspreise der Schlachtschweine in der ganzen Schweiz unter den festgesetzten Höchstpreisen liegen. Trotzdem war ein Sinken der Schweinefleischpreise nur an einzelnen Orten und in unbedeutendem Maße bemerkbar. Diese Erscheinung ist nur durch die irrtümliche Meinung der Verkäufer von Schlachtschweinen erklärlich, daß ihnen die festgesetzten Höchstpreise den Anspruch auf diese Preise gewähren. Deshalb rechtfertigt sich die Aufhebung dieser Höchstpreise und folgerichtig auch derjenigen für inländisches Schweinefleisch.

Aufgehoben wurden ferner die Höchstpreise für Weißrüben, Möhren und Kohlrüben; dagegen bleiben die Höchstpreise für Sauerrüben und Sauerkraut bestehen.

Sollten sich durch diese Aufhebung von Höchstpreisen für den Konsumenten Nachteile ergeben, so wird das eidg. Ernährungsamt sofort neue Höchstpreise festsetzen.

— Was die Schweinepreise betrifft, so gibt das eidg. Ernährungsamt eine Erklärung, die den Tatsachen nicht voll entsprechen dürfte. Die Marktpreise für Schlachtschweine standen seit einiger Zeit etwa einen Franken unter dem Höchstpreis. Wenn die Schweinefleischpreise doch nicht fielen, so war dies darauf zurückzuführen, daß die eidg. Anstalt für Schlachtviehversorgung als Preisstützerin zu wirken suchte, wie wir dies vergangenen Samstag in der „National-Zeitung" festgestellt haben, ohne daß Widerspruch erfolgen konnte. Die eidg. Anstalt für Schlachtviehversorgung entrichtete nämlich ruhig die weit über dem Marktpreis stehenden Höchstpreise weiter aus, für Käufe in recht beträchtlichen Posten. Dies mußte ein Sinken der Schweinefleischpreise verhindern. Die preistreiberische Praxis dürfte inzwischen abgestellt worden sein. Bedauerlich ist nur, daß zuerst zum öffentlichen Aufsehen gemahnt werden mußte. Sind übrigens auch Maßnahmen getroffen worden, daß die eidg. Anstalt für Schlachtviehversorgung in Zukunft nicht wieder in der geschilderten Weise wirkt?

National-Zeitung
23.I.1919

150

(.) Haag, 23. Januar. Der „Daily Mail"-Korrespondent in Paris teilt mit: Das internationale Komitte der Nahrungsmittelversorgung trifft Vorbereitungen, um eine neue Untersuchungskommission nach Europa zu senden, da man weiß, daß Oesterreich viel schlimmer daran sei, als Deutschland. Deutschland hat hauptsächlich Fett und Milch verlangt. Die Delegierten der Friedenskonferenz beeinflussen die Nahrungsmittel-Kommission, sich nicht nur von humanitären Gesichtspunkten leiten zu lassen, sondern auch die materiellen Unterlagen nicht zu vergessen.

National - Zeitung
24. II. 1919

151

Zur Lebensmittelversorgung Deutschlands.

K. **Berlin**„ 22. Jan. (Privattel.) Zu den in den Trierer Verhandlungen zustande gekommenen Lebensmittellieferungen Deutschlands durch die Entente, die etwa 200,000 Tonnen Brotgetreide und 70,000 Tonnen Schweinefleisch betragen sollen, von denen ein Teil durch kondensierte Milch ersetzt werden kann, schreibt die „Deutsche Allgem. Ztg.": Diese Zahlen nehmen sich zwar recht beträchtlich aus, in Wirklichkeit bedeuten aber die Zugeständnisse noch keine irgendwie fühlbare Erleichterung unserer Volksernährung. Die uns zugebilligte Einfuhr von Brotgetreide macht noch nicht einmal den zehnten Teil unserer Durchschnittsjahreseinfuhr für Weizen der letzten Friedenszeit aus, einer Zeit, zu der wir noch durchschnittlich einen Roggenausfuhrüberschuß von über 400,000 Tonnen hatten, und daneben Ueberfluß in allen landwirtschaftlichen Produkten. Legen wir die Ziffer unserer heutigen Rationierung von 2350 Gramm pro Kopf und Woche zugrunde und nehmen wir an, daß das Getreide zu 90 Prozent ausgemahlen ist, und 300 Gramm Mehl 1 Pfund Brot ergeben, so erhielten wir im ganzen 125 Millionen Wochenrationen, d. h. wir können entweder auf einmal jedem Deutschen 2 Wochenrationen zulegen, oder ihm in der Zeit von etwa 5 Monaten bis zur Ernte in jedem Monat einmal etwas mehr als 1½ Pfund Brotmehl zubilligen. Nicht viel besser ist es mit dem Schweinefleisch. Unter Umrechnung auf die heutige Ziffer der Rationierung von 250 Gramm pro Woche ergeben sich 280 Millionen Wochenrationen, d. h. wir können insgesamt noch nicht einmal ganze 52 Wochenrationen zur Verteilung bringen.

Frankfurter Zeitung

24. I. 1919

152

Die Lebensmittelzentrale in London.

Bei der Verlängerung des Waffenstillstandes hat Deutschland bekanntlich auch die Bedingung angenommen, seine gesamte Handelsflotte alsbald und für die Dauer des Waffenstillstandes der Kontrolle und Flagge der Alliierten und Amerikas zu unterstellen. Eine Entschädigung wurde zugesagt. Diese Abmachungen waren das Ergebnis längerer Auseinandersetzungen; Foch hatte ursprünglich nicht diese allgemeine Klausel, sondern den Abschluß eines detaillierten Schiffahrtsabkommens gefordert, worauf sich die deutsche Delegation jedoch nicht einlassen konnte, weil ihre Schiffahrtssachverständigen nicht rechtzeitig eingetroffen waren.

Im Verlauf der Debatte wies Marschall Foch darauf hin, daß die Entente die gesamte Lebensmittelversorgung neu geregelt habe. Es sei jetzt in London eine einheitliche Zentrale geschaffen worden, welche die ganze Versorgung der Alliierten, der Neutralen und der Mittelmächte zu bewältigen habe. Diese Zentrale müsse für die Weltverpflegung auch die gesamte Welthandelstonnage zur Verfügung haben. Die Alliierten hätten für die Weltverpflegung ihre Handelsschiffe bereits zur Verfügung gestellt, die Neutralen ebenfalls oder sie seien wenigstens im Begriff, es zu tun. In diese Schiffahrtsgemeinschaft müßte nun auch Deutschland seine Flotte hineingeben. Von dieser Schiffahrtsgemeinschaft müsse die Welthandelsflotte so ausgenutzt werden, wie es bei dem Mangel an Weltschiffsraum am zweckentsprechendsten sei. Die Lebensmittel selbst liefere Amerika, die Schiffahrtsgemeinschaft müsse aber über die Schiffe der ganzen Welt verfügen können, denn sie müsse mit Lebensmittel auch solche Länder versorgen, die keine Handelsschiffe haben, wie z. B. Deutsch-Oesterreich, Serbien und die Schweiz.

Auf den Einwurf Erzbergers, in dieser Londoner Zentrale müsse Deutschland durch einen Delegierten vertreten sein, antwortete Foch zustimmend. Die Einzelheiten des Schiffahrtsabkommens regelt eine Kommission in Trier.

Frankfurter Zeitung

24. II. 1919

153

Die Versorgung Europas.

London, 21. Jan. (W. B.) Reuter meldet, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handelsschiffe unter der Kontrolle der Alliierten wieder auf See fahren werden, hauptsächlich um den früheren Feinden der Alliierten Lebensmittel zuzuführen. Es geschehe sowohl im Interesse der Menschlichkeit als auch im Interesse der öffentlichen Ordnung, daß bestimmten befreiten Gebieten und den feindlichen Ländern baldige Hilfe gebracht würde. Die vom Obersten Kriegsrat ernannte alliierte Lebensmittel- und Schiffahrtskommission habe sich vor kurzem nach Trier begeben, wo sie mit der deutschen Abordnung, bei der sich auch Regierungsbeamte und Vertreter der Schiffahrt befanden, zusammengekommen sei. Wegen der nicht geordneten Zustände in Deutschland seien die Delegierten der Alliierten im Zweifel gewesen, ob irgendeine stabile Autorität vorhanden sei, um ein Uebereinkommen verbindlich abzuschließen. Aber die deutschen Delegierten hätten beweiskräftig dargelegt, daß sie in der Lage sind, bindende Verpflichtungen einzugehen. Es sei beabsichtigt, daß Deutschland eine wesentliche Menge Lebensmittel, insbesondere Weizen, Fett und kondensierte Milch, kaufen und importieren darf. Die Konferenz in Trier sei als erste Gelegenheit, bei der britische und deutsche Zivilisten seit Kriegsbeginn in Verhandlungen traten, bemerkenswert gewesen.

* **Paris**, 22. Jan. (Funkstation Dieburg.) Der höchste interalliierte Verpflegungsrat hat die Vorschläge des ständigen Komitees gutgeheißen und angenommen. Darnach sollen sofort Verpflegungskommissionen der assoziierten Regierungen in Triest für diejenigen Länder, die einen Zugang zur Adria haben, in Bukarest, Konstantinopel und Polen geschaffen werden. Nachdem der Rat einen Bericht über die kritische Lebensmittellage Polens gehört hatte, sandte er sofort einen Brief an Foch, um nach der Waffenstillstandsklausel sofortige Maßnahmen zu verlangen, damit dem polnischen Volk die notwendigen Lebensmittel übersandt und auf dem Seewege zugeführt werden. Ferner wurden Dispositionen inbezug auf die Verpflegung Finlands und ebenso Maßnahmen getroffen, daß Deutschland sein Versprechen bezüglich der Verpflegung der russischen Kriegsgefangenen halte. Elsaß-Lothringen wird durch Beförderung der Lebensmittel auf dem Fluß- und Kanalwege versorgt werden.

* **Paris**, 22. Jan. (Funkspruch Dieburg.) Die französische Regierung gab an die Warschauer Regierung Anweisungen über die Lebensmittel. Danach sollen die Lebensmittel per Schiff nach Danzig gebracht und dort durch Umschlag auf dem Bahnwege Polen zugeführt werden. Die Polen sollen die Wassertiefe des Danziger Hafens und die Aufnahmefähigkeit von Kohlen für die Transportdampfer an Ort und Stelle prüfen und sofort nach Paris berichten. Es sollen monatlich 60 000 Tonnen über Danzig nach Polen befördert werden, jedoch habe Polen alle Transportunkosten ab Danzig selbst und direkt zu zahlen, da die Entente nicht über irgend welche Fonds zu diesem Zwecke verfüge.

National-Zeitung
24.II.1919

154

Hilfe für Wien.

Unsere Liebesgabensammlung ist abgeschlossen. Ob der Wagen voll geworden ist, wissen wir leider noch nicht. Wir denken es uns aber; wenn überall so überreich wie bei uns die Gaben zusammengeströmt sind. Unsere Redaktionsstube war in ein Magazin verwandelt. Nur noch ein ganz schmaler Gang gestattete uns den Schreibtisch zu erreichen, und den ganzen Tag hindurch kamen die freundlichen Geber und häuften Berge von Geschenken auf Berge. Mitten zwischen dürren Landjägern, Tafeln von Fett, alten Kleidern, Säcken mit Schokoladepulver, Reis, Mehl, dürren Bohnen, Schnitzen und was weiß ich alles, thronte der Sammelonkel. Eine Geruchssymphonie unvergleichlicher Art erfüllte das Zimmer. Und heute — das Zimmer erscheint leer! Wo vordem noch dürre Landjäger geruht hatten, liegen jetzt ein Haufen Schweizer Zeitungen. Und wo die Berge von Paketen die Decke erreichten, da erscheinen plötzlich wieder die Regale und Bände der Redaktionsbibliothek. Der Alltag ist bei uns wieder eingekehrt! Und all die freundlichen Geber und Geberinnen werden wir schwer vermissen. Ihnen allen sagen wir noch einmal herzlichen Dank für all die unzähligen Pakete und Paketchen, die sie in den letzten Tagen mit so großem Opfermute bei uns abgegeben haben. Der Dank der Wiener Kinder ist ihnen sicher. Am meisten Freude werden diese an den Päckli haben, die ihre Basler Kameraden und Kameradinnen in ihren Klassen zusammengetragen haben. Der Leser hätte sehen sollen, wie die Schüler und Schülerinnen auf Leiterwägeli und in großen Körben all die in der Klasse gesammelten Schätze mit vor Freude strahlenden Gesichtern uns zugeführt haben. All die Klassen einzeln zu nennen, sei uns erlassen. Die Freude, die sie bereitet haben, sei ihnen Dank genug! Einige Kinder sind auch bei uns vorbeigekommen, um von ihrem Spielzeug den Wiener Kindern einiges zu schenken. So brachte uns ein kleines Mädchen seinen Bär. Tapfer bekämpfte es die Tränen, die ihm beim Abschied von seinem geliebten Tiere in die Augen treten wollten.

Die Sammlung von Geld und Rationsmarken geht weiter. Auch sie hat uns ungeträumte Ueberraschungen gebracht. Denn fünf Tausendfrankenscheine ruhen schon in unserer Kasse, und ungezählte und ungewogene Mengen von Marken sind in den letzten Tagen eingegangen. Auch zu diesem schönen Resultat haben die Klassen unserer Schulen hauptsächlich beigetragen, hatten doch einige besondere Sammelkästchen in ihrer Klasse aufgestellt. Auch hier sei uns erspart, all die freundlichen Geber einzeln zu nennen. Nur müssen wir sagen, daß die meisten Gaben aus den Kindergärten, den Primar- und Sekundarschulen gekommen sind, wenige bloß aus der Realschule und dem Gymnasium, verschwindend wenig aus der Obern Realschule und gar nichts ist uns aus dem Obern Gymnasium zugegangen. Zur Ehrenrettung dieser Schulen müssen wir annehmen, daß ihre Sammlungen noch nicht abgeschlossen sind und unser sicher noch ein schöner Beitrag daraus wartet. — Mit gutem Beispiele sind die Gäste und Angestellten des Hotel Univers vorangegangen die 200 Franken zusammengelegt haben. Wer machts nach! Auch hat uns der Radfahrerverein Sängerfreunde ein hübsche Gabe zukommen lassen, als Ertrag einer bei einem Familienabend veranstalteten Kollekte.

So fließen aus tausend Quellen und Brünnlein die Gaben zusammen zu einem mächtigen Strom schweizerischer Hilfe. Daß dieser nicht bald versiege, dafür mögen die freundlichen Leser besorgt sein!

25./I. 1919

155

Die finanzielle Sicherstellung der Lebensmittelzufuhren.

Wie wir schon berichtet haben, soll die finanzielle Sicherstellung der Kosten der Lebensmitteleinfuhren vorwiegend mittelst einer bei den Mehrbemittelten einzuhebenden Sonderabgabe erfolgen. Es wird sich dabei um einen Aufwand von zunächst 800 bis 900 Mill. K handeln. Die Abgabe wird voraussichtlich nur die Einkommen von 10.000 K aufwärts belasten. Für die Beurteilung, wie viele Einkommensträger für diese Abgabe in Betracht kommen dürften, bietet die amtliche Einkommensstatistik der Personaleinkommen- und Besoldungssteuer wichtige Anhaltspunkte. Diese Statistik erstreckt sich freilich nur auf das Jahr 1913. Bei der Prüfung dieser Zahlen wird man also nicht übersehen dürfen, daß die Kriegsjahre weitgehende Verschiebungen in der Zahl der Träger höherer Einkommen im Sinne der Vergrößerung ihrer Anzahl gebracht haben müssen. Immerhin gewähren auch schon die 1913er Zahlen die Möglichkeit wenigstens annähernder Orientierung über die Anzahl derer, die zufolge der Höhe ihres Einkommens zu dieser neuen Abgabe herangezogen werden dürften.

Im Jahre 1913 trafen nur rund 6,79 Prozent aller 1,711.176 Einkommensteuerpflichtigen = 11.635 Einkommensträger auf die Einkommen von 9200 K und darüber. (Die Grenzzahl: 10.000 Kronen ist in der Einkommensstatistik nicht berücksichtigt.) Insoweit der Aufwand für diese Lebensmittelbezüge mittelst einer solchen Belastung der Träger höherer Einkommen (ab 10.000 K) aufzubringen sein wird, wird dies, wenn man nach den Zahlen des Jahres 1913 schließen soll, von 11.635, oder in runder Zahl 12.000 Einkommensträgern zu tragen sein. Und da die neue Abgabe unzweifelhaft mit dem Einkommen steigen wird, dürfte eine Mitteilung über die zahlenmäßige Gruppierung dieser Zensiten höherer Einkommen nach Einkommensgruppen erwünscht sein.

Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Zensiten mit 9200—12.000 K Einkommen: 24.343; mit 12.000—20.000 K: 24.474; mit 20.000—40.000 K: 13 621; mit 40.000—60.000 K: 3439; mit 60.000—80.000 K: 1504; mit 80.000—100.000 K: 771; mit 100.000—120.000 K: 524; mit 120.000—140.000 K: 332; mit 140.000—160.000 K: 232; mit 160.000—180.000 K: 153; mit 180.000—200.000 K: 143 und von 200.000 K ab: 745 Zensiten. Das läßt schon jetzt voraussehen, daß die neue Abgabe, wenn sie ein auch nur halbwegs ausreichendes Ergebnis liefern soll, bei dieser unverhältnismäßig kleinen Anzahl der Träger von Einkommen von 10.000 Kronen mit entsprechend niedrigem Anfangsbetrage einsetzend für die höheren Einkommen wohl sehr beträchtlich ansteigen wird.

Fremdenblatt

26. I. 1919

156

Etwas für die Hausfrau.

Apfelkuchen, gut und billig. Man siebt ein viertel Kilogramm Mehl und ein halbes Backpulver auf das Brett, macht eine kleine Grube, in welche ein Ei, zwei Löffel Zucker, etwas Zitronenersatz sowie ein halbes Gläschen Wein gegeben wird; daraus wird ein feiner Teig gewirkt, dem man, wenn er zu fest ist, noch etwas Flüssigkeit beifügt. Vorher schält man Aepfel, bestreut sie mit Zucker, damit sich Saft absondert. Mit dem Teig wird eine Tortenform belegt und eine dicke Teigrolle um den Rand gelegt, die Aepfel ohne Saft in die Torte und licht gebacken. Der Saft wird mit etwas Zucker und Wasser aufgekocht und über die Apfeltorte gegossen, wenn sie heiß aus dem Ofen kommt. Erkaltet, ist sie ein feiner Ueberzug. Noch schöner wird der letztere, wenn dem Apfelsaft etwas weiße oder rote Gelatine beim Auskochen zugefügt wird; der Ueberzug ist dann spiegelglatt, klar, hübsch aussehend und sehr schmackhaft.

Kochsalat-Pudding. Kochsalat wird wie gewöhnlich zubereitet oder ein Rest des Gemüses dazu verwendet. Kartoffeln kochen, schälen, in Scheiben schneiden. Die Auflaufform oder die Porzellanbackschüssel ausschmieren, eine Reihe Kartoffeln, dann Kochsalat, wieder Kartoffeln, etwas gehacktes oder geschnittenes Fleisch, Wurstzeug, Innerei oder dergleichen, wieder Kartoffeln, Kochsalat usw. Als Decke nur Kartoffeln. In der Röhre backen, in der Backschüssel anrichten.

Marmelade-Busserln. Ein halbes Kilogramm schwarzes Mehl mit einem viertel Liter schwarzen Kaffee langsam verrühren, damit keine Klumpen entstehen. Dazu schlägt man im Weidling ein viertel bis ein halbes Kilogramm billige Mischmarmelade, Zucker und Gewürz nach Geschmack und zwei Löffel Speisesoda, die man in etwas Rum oder Kornbranntwein aufgelöst hat, hinein. Am Brett nun nochmals gut abarbeiten, dann das Blech einfetten, runde Kugeln formen, gut backen. Natürlich kann der Teig ausgewalkt und ausgestochen sowie im langen Model als Lebkuchen gebacken werden.

Barbara-Knödel. Ein Rinds-, Schöpsen- oder Lammsbeuschel — alles markenfrei — mit Salz recht weich kochen. (Kochkiste!) Aus dem Sud genommen, hackt man es sehr fein, mengt ein paar gekochte, geriebene oder durchgedrückte Kartoffeln, Salz, Pfeffer, Majoran oder Gewürz nach Geschmack bei, eventuell ein Ei, verarbeitet die Masse gut und gibt zum Festmachen etwas Mehl, Brösel oder feinen Grieß bei. Nicht zu fest machen, die Masse läuft auf. Mit den bemehlten Händen Knödel in Salzwasser langsam kochen und zu Kohl, Kraut, Erdäpfeln oder dergleichen geben. Einen Probeknödel zu kochen, empfiehlt sich sehr.

Erdäpfel-Zwieback. Zu einem Kilogramm gekochten, heiß passierten Erdäpfeln rechne ich ein viertel Kilogramm Mehl, zwei Dekagramm gegangene Germ, einen Löffel Zucker, einen Löffel Fett, Salz und, wenn nötig, ein Ei. Den Teig fest halten, gut abkneten, unter einer Schüssel gehen lassen. Dann zwei längliche Striezel machen, nochmals gehen lassen, dann backen. Am nächsten Tag in dünne Schnitten schneiden, diese licht bähen und — will man süßen Zwieback — noch heiß mit feinem Zuckerstaub bestreuen.

Aepfeldalken. In einen sehr flüssigen, leichten, einfachen Germteig, wie er für böhmische Dalken gehört, schnitzelt man nach dem Aufgehen desselben einige Aepfel und bäckt im Dalkenmodel wie sonst Dalken, die nach dem Backen sofort mit Zuckerwasser bestrichen und erst dann aufeinandergelegt werden. Nicht lange stehen lassen, sondern bald servieren.

Echtes Paradeiskraut. Weißes Kraut wie gewöhnlich schneiden, dann mit Essig, Salz, Kümmel weich, aber noch kernig kochen. Eine ziemlich dicke Paradeisauce machen, das Kraut mit einem Löffel hineingeben und nur so viel Wasser dazu, als nötig ist. Man kann auch Paradeismark mit Mehl oder Kartoffelgrieß abrühren und dieses Teigerl in das Kraut einrühren. Etwas Zucker und — Paprika! sollen ebenfalls hineinkommen, ebenso wie ein Stück geselchtes Schweinefleisch. (Wir begnügen uns wahrhaftig mit Wurst oder Würsteln!) Ganz vorzüglich und eine gute Abwechslung in der heurigen Kraut-, will sagen Kriegskost!

Sid. R...berg.

National-Zeitung
27.I.1919

157

Hilfe für Wien.

Denken Sie daran, daß unsere Sammlung von Geld und Rationsmarken noch weiter geführt wird? Wir haben bis zur Stunde 5146 Fr. 21 zusammen bekommen. Nur noch langsam schreitet die Sammlung fort. Wer noch etwas geben will, muß sich beeilen, denn in den nächsten Tagen soll sie ganz abgeschlossen werden. Schöne Beiträge fließen uns immer noch aus den Schulen zu. So hat für uns die Primarschule Kleinhüningen 64 Fr. 65 gesammelt und zusammen mit vielen Märkli uns am Samstag überbringen lassen. Die vierten Klassen der Untern Realschule haben ebenfalls zusammengesteuert und Fr. 60 und eine Unmenge Rationsmarken uns geschickt. Ein Kindergarten in der äußeren Spalen trug 5 Fr. zu unserer Sammlung bei. Sogar von St. Ursanne bekamen wir einen Beitrag. So zeigen sich doch noch einige Quellen, die den Strom der Hilfe nicht ganz versiegen lassen. All den Spendern unsern herzlichen Dank.

Berner – Tagblatt
27. I. 1919

158

Die Lebensmittelversorgung der Schweiz.

ag. Washington, 25. Jan. (A. S.) Vertreter des Kriegshandelsamtes der Vereinigten Staaten, der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierungen von Großbritannien und Frankreich haben einen Vertrag unterzeichnet, um die Schweiz im Jahre 1919 mit 800,000 Tonnen Lebensmitteln zu versorgen. Die Ankäufe werden durch den obersten Kriegsrat und die Hilfsaktion der Alliierten, deren Präsident Hoover ist, geleitet. Der Vertrag sieht vor, daß die Vereinigten Staaten Ausfuhrbewilligungen gewähren, um der Schweiz außer einem großen Weizenvorrat 220,000 Tonnen Reis, 34,000 Tonnen Gerste, 44 000 Tonnen Hafer, 100,000 Tonnen Mais, 130,000 Tonnen Zucker, sowie 96,000 Tonnen Speisefett zu liefern.

Der Abend
28. I. 1919

159

Die Christlichsozialen und die Lebensmittelpreise.

Die furchtbare Not, die über Wien und Deutschösterreich hereingebrochen ist, hat ihre natürlichen Ursachen. Deutschösterreich kann seine Bevölkerung nicht ernähren, und wenn nicht das Ausland Lebensmittel liefert, müssen seine Bewohner hungern. Aber neben diesen natürlichen Ursachen gibt es andere, die Not unnötig vergrößernde Gründe. Sie sind in der christlichsozialen Parteipolitik gelegen. Hier zwei Proben:

Der teure Preis des Ententegetreides macht es bekanntlich notwendig, daß eine neue Steuer, eine Brotsteuer, eingeführt wird. Sie ist nötig, damit die Unbemittelten nicht die volle Höhe des Preiszuschlages tragen müssen und die schwere Last nach Tunlichkeit auf die Schultern der Zahlungsfähigeren abgewälzt werde. Das ist eine Forderung, mit der heute, vor den Wahlen angeblich alle demokratischen Parteien einverstanden sind, also auch die Christlichsozialen, die sich ja auch eine demokratische Partei nennen.

In Wirklichkeit sieht aber der christlichsoziale Schutz der Unbemittelten ganz anders aus. Das Land Oberösterreich, eine Hochburg der Christlichsozialen, weigert sich zur Brotsteuer beizutragen. Die Mehrheit der Oberösterreicher besteht aus Selbstversorgern und die Nichtselbstversorger in Oberösterreich können unschwer aus der Getreideerzeugung des Landes ernährt werden. Also erklärt das Land Oberösterreich, die deutschösterreichische Republik sei ihr gleichgültig, sie zahle keine Brotsteuer und niemand anderer als der christlichsoziale Gott von Oberösterreich, der Herr Prälat Hauser, der christliche Volksmann in der Soutane, der sich im Sommer 1918 so wacker dafür eingesetzt hat, daß die bekanntlich durchwegs christlichen Kurgäste von Ischl ja nicht um ihre gute Verpflegung in der Sommerfrische kommen, hat sich jetzt zum Wortführer des oberösterreichischen Protestes gegen die Brotsteuer gemacht. Der christlichsoziale Präsident der Republik obstruiert also die Brotsteuer, ohne die die arbeitende Bevölkerung aller Schichten, soweit sie nicht zu den Selbstversorgern und Kriegsgewinnern zählt, nicht leben kann.

Der Herr Präsident und Prälat Hauser ist kürzlich auch zu einer anderen Gelegenheit in sehr volksfreundlicher Weise im Kabinettsrat hervorgetreten. Der Staatssekretär für Volksernährung beschwerte sich über die geringe Lebensmittellieferung Oberösterreichs. Statt dies zur Kenntnis zu nehmen und auf seine Bauern einzuwirken, daß sie nicht nur an Schleichhandel und Wucher, sondern auch an die notleidenden hungrigen Städter denken, hat der Herr Präsident wutschnaubend sich gegen die Pauschalverdächtigung des Landes Oberösterreich verwahrt. Es kam zu einer wenig erfreulichen Szene.

So geht es nicht weiter! Die Not war nie so groß wie jetzt, nie wurde so viel Wucher und Schleichhandel getrieben. Das reiche Wien praßt, das arme verhungert. Im tschechoslowakischen und jugoslawischen Staat, ja selbst in Ungarn rückt man dem Wucher an den Leib und verhält die Bauern zum Abliefern von Lebensmitteln. Herr Hauser nimmt die Bauern in Schutz, ja nicht nur das, er protestiert auch dagegen, daß sie mit herangezogen werden, wenn teures Auslandgetreide angekauft werden muß.

Die Zeit

28/I. 1919

160

Der Magenbedarf in Zahlen.

Der Krieg und seine Folgeerscheinungen haben uns gelehrt, unsere Ansprüche an ein Lebensbehagen auf recht niedere Werte herabzudrücken. Wer nicht gerade zu den Kriegsgewinnern zählt, fühlt im ganzen jetzigen Leben die tiefe Depression, unter der unsere gesamte Lebensführung augenblicklich leidet. Ganz besonders hat natürlich die weitgehende Einschränkung, die unsere Ernährung innerhalb der letzten vier Jahre erfahren hat, auf unser Behagen und Wohlbefinden nachteilig eingewirkt. Nun könnte man einwenden, daß dieses Unbehagen im Grunde darauf zurückzuführen ist, daß wir früher weit über die Notwendigkeit, vielleicht sogar weit über eine gewisse Zweckmäßigkeit hinaus gelebt haben und daß unsere jetzige Unzufriedenheit eben nur aus den Erinnerungen an eine vergangene „goldene" Zeit sich ergibt. In der Tat wird von nicht wenigen Leuten, die ganz ausgiebig an Körpergewicht verloren haben, betont, daß sie sich nun bei ihrem verminderten Körpergewicht bedeutend wohler fühlen. Diese Tatsache scheint auf den ersten Moment dafür zu sprechen, daß ein großer Teil der Menschen an eine Art Luxuskonsum sich gewöhnt hatte, und es ergibt sich die Frage, inwieweit es möglich ist, in der Ernährung gegenüber der einst üblich gewesenen Friedensverköstigung herabzugehen, ohne einer schädlichen Unterernährung zuzusteuern. Diese Frage, mit der sich Obersanitätsrat Prof. Dr. Arnold Durig in der letzten Ausgabe der „Mitteilungen des Staatsamtes für Volksgesundheit" beschäftigt, scheint auch darum von besonderer Wichtigkeit zu sein, weil wir ja gegenwärtig und wohl noch für geraume Zeit darauf bedacht sein müssen, mit dem Mindestmaß des Möglichen und Zulässigen auszukommen.

An ein Minimum der Schmackhaftigkeit mußten wir uns ohnehin schon gewöhnen, und in dieser Hinsicht hat sich eine ganz weitgehende Anpassung vollzogen. Der Magen eines Mittelständlers ist ja furchtbar gelehrig! Speisen, die in Friedenszeiten wohl kaum oder nur mit großem Mißbehagen gegessen worden wären, sind heute vielbegehrte Nahrung. Der Wiener Volksgeschmack, der sich ganz ablehnend gegen Seefische verhalten hat, hat sich auch damit befreundet, seit die fragwürdige 12½ Dekagramm-Ration einer saft- und kraftlosen Ware nur mehr nebelhafte Erinnerungen an das ausgezeichnete Wiener Rindfleisch von einst aufkommen läßt. Der für schlechtes, ranziges Fett heikle Gaumen hat sich auch an dieses Opfer gewöhnt, und wenn früher eine damit zubereitete Speise mit Entrüstung zurückgewiesen worden wäre, so wird heute wohl meist eine selbst mit schlechtestem Fett zubereitete Speise fast als Leckerbissen begrüßt und wirkt schon durch ihren Anblick appetitanregend, wie so manche elende Pferdewurst, von der wir uns früher mit Schaudern abgewendet hätten.

Auch bezüglich der Bekömmlichkeit hat sich insofern eine Anpassung vollzogen, als schlechte Qualität der Nahrung, speziell jene des Kriegsbrotes, die anfänglich vielfache Beschwerden hervorrief, heute lange nicht mehr so oft zu Klagen Anlaß gibt, wie zu Beginn des Krieges.

Wie steht es nun mit dem Minimum an Nahrungsstoffen nach deren Qualität und Quantität, also wie stellt sich der Magenbedarf in Zahlen dar? Prof. Dr. Durig steht auf dem Standpunkt, es dürfe keineswegs als Luruskonsum bezeichnet werden, wenn in Friedenszeiten unsere Ernährung ganz ungleich höher lag und wenn sich viele Menschen durch Ueberernährung eine mehr oder minder große Fettpolsterung anlegen konnten. Der Durchschnittsbedarf der Bevölkerung pro Tag und Kopf ist mit 88 Gramm Eiweiß, 56 Gramm Fett, 342 Gramm Kohlehydrate, das sind 2280 Kalorien, anzusetzen. Betrachtet man diese Zahlen, die als kennzeichnend für das erreichbare Maß an Durchschnittsernährung in einzelnen Städten erhoben wurden, so entspricht diese Quote ziemlich einem Minimalausmaß an erforderlicher Nahrung, das der großstädtischen Bevölkerung im Ausland auch tatsächlich geboten war. So waren beispielsweise für München 3014, für Paris 2903 und für London 2861 Kalorien im Durchschnitt pro Tag und Kopf der dortigen Bevölkerung erreichbar. Wie weit wir aber in Wien von der Erreichung des Bedarfsminimums entfernt sind, wird dargetan aus Daten, die Prof. Dr. Dürig im August 1918 sammelte: Arbeiter in Munitionsfabriken genossen Nahrungsmittel im Werte von 3023 Kalorien, der Mittelstand konnte seinem Körper nur 1544 Kalorien zuführen, der minder entlohnte Fixbesoldete gar nur 1060! Seit August haben sich diese Verhältnisse noch weiter verschlechtert, da sich die Versorgung der im Kriegsbetrieben gestandenen Arbeiter ganz wesentlich erschwert hat; auch darf nicht übersehen werden, daß selbst ein Wert von 3023 Kalorien noch weit unter dem tatsächlichen normalen Minimalbedarf des menschlichen Körpers bei leichter Durchschnittsarbeit gelegen ist.

Für die übrige Bevölkerung liegen, wie die Zahlen zeigen, die Verhältnisse noch schlechter: der traurige Ernährungszustand, in dem sich die mittelständische Bevölkerung befindet, tritt dadurch klar vor Augen, daß der Fixbesoldete jetzt durchschnittlich um 50 Prozent weniger Nährstoffe seinem abgearbeiteten Körper zuführen kann, als er zur Erhaltung seiner Gesundheit und seines Wohlbefindens eigentlich bedarf. Es ist daher durchaus keine Uebertreibung, wenn angesichts des unbedeckbaren Defizits in unserer täglichen Ernährung behauptet wird: Unser Mittelstand hungert nicht nur, sondern er ist bereits dabei, langsam zu — verhungern!

Neues Pester Journal
28. I. 1919
p. 28
161

Ernährung und Versorgung.

Approvisionierungsfragen.

Neue Richtpreise für Schaffleisch. — Die Preise für Wurstwaren. — Regelung des Hefeverschleißes. — Milchversorgung und Bodenreform.

Die Zentral-Preisprüfungskommission hat neue Richtpreise für Schaf- und Lammfleisch festgesetzt. Die Kleinhandelspreise für Schaffleisch lauten: Schlögel und Rücken 13 K., sonstige Fleischteile 9 K. und Innereien 4 K. per Kilogramm; ein Schafskopf 3 K. Lamm, im ganzen, abgezogen, 16 K., ohne Kopf, Füße und Innereien, in der Länge gezweiteilt, 18 K., Vorderes 17 K. und Hinteres 20 K. per Kilogramm; ein Lammskopf 1 K. 50 H.

Laut Verfügung des Landes-Ernährungsamtes darf für die Erzeugnng von Wurstwaren nur Fleisch verwendet werden, das von der Fleischverteilungskommission zugewiesen wird. Folgende neuen Preise wurden festgestellt: Krenwürstel, Cervelade oder geräucherte Wurst 18 K., Pariser 20 K., Sommersalami oder Jägerwurst 22 K., geräucherte Zunge, roh, 22 K. per Kilogramm.

Mit Rücksicht darauf, daß die Beschaffung von Hefe in jüngster Zeit mit großen Schwierigkeiten verbunden war, hat der Magistrat der Hauptstadt Budapest verfügt, daß von Donnerstag, den 30. d., an nicht nur diejenigen Kaufleute, die sich bisher damit befaßt haben, Hefe verschleißen werden, sondern auch alle, die Mehl verkaufen. Diese Kaufleute werden gleichzeitig mit dem Mehl die entsprechenden Vorräte an Hefe zugewiesen erhalten. Sie haben darauf zu achten, daß die Hefe ausschließlich an das konsumierende Publikum gelange; der einzelne Käufer darf nicht mehr Hefe erhalten, als für einmaliges Backen unbedingt notwendig ist. Mißbräuche werden strenge bestraft.

Infolge der Besetzung großer Teile Ungarns und der Abnahme der Milchproduktion ist die Milchzufuhr nach Budapest in außerordentlichem Maße gesunken. Dieser Uebelstand kam in der letzten Sitzung des Magistrats zur Sprache. Es machte sich die Ansicht geltend, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der Milchwirtschaften in der Umgegend der Hauptstadt diejenigen Großgrundbesitze, die ihren Milchkühebestand in entsprechender Weise erhöhen wollen, wenigstens bis zu der Zeit, bis die Klein- und mittleren Grundbesitze Milchwirtschaften errichten können, nicht aufgeteilt werden. Der Magistrat beschloß, in dieser Angelegenheit eine Eingabe an die Regierung zu richten.

Der Magistrat hat die Amtsstunden der Budapester Mehlämter folgendermaßen festgestellt: Amtsstunden des Zentral-Mehlamtes: von 8 Uhr früh bis 1 Uhr nachmittags und von 4 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends; Amtsstunden der Bezirks-Mehlkommissionen: von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 5 bis 7 Uhr abends.

National-Zeitung
28. II. 1919

163

Oesterreich.

Die Versorgung Wiens.

Wien, 27. Januar. (Reuter.) Man meldet aus Wien, Die Verteilung der der Stadt Wien geschenkten Lebensmitfel hat unter Leitung von Major Bethell, dem Chef der britischen Militärmission begonnen. Da für alle diese Nahrungsmittel in Wien fabelhafte Preise bestehen, so hat man Vorkehren getroffen, daß sie nicht in die Hände von Profitlern fallen. Der größte Teil der von Lord Cavan geschenkten Lebensmittel wird unter den ärmsten Klassen der Stadt Wien gratis verteilt, so 27 Tonnen Biskuits, 4 Tonnen Hafergrütze und kondensierte Milch, 12 Tonnen Zucker, 30 Tonnen Konservenfleisch, 20 Tonnen Suppenkonserven und 13 Tonnen Reis. 60 Tonnen Mehl wurden den Arbeitern zu acht Pence das Pfund verkauft im Gegensatz zum Marktpreis von sieben Shilling. Die Vereinbarungen mit Italien über die reguläre Sendung von Lebensmitteln nach Wien sind vollständig. Man hofft, daß so fast jeden Tag ein Zug eintreffen kann, und wenn auch mit der Schweiz ähnliche Abkommen getroffen werden können, so wird die Versorgungsfrage Wiens in kurzer Zeit gebessert sein.

Fremdenblatt

28/I. 1919

1.64

Die Wirtschaftshilfe Amerikas.

Meldungen über die Abfahrt amerikanischer Lebensmittelschiffe für Mitteleuropa sind in den vergangenen Monaten oft und oft aufgetaucht, ohne daß sie sich bewahrheitet haben. Inzwischen hat die Ententehilfe eingesetzt, die unsere Brot- und Mehlversorgung zunächst bis Ende Februar sichert. Ueber die weitere Versorgung wird die interalliierte Lebensmittelkommission in Paris entscheidende Beschlüsse fassen. Es ist bekannt, daß die regelmäßig aus Italien anrollenden Getreidezüge, welche nur ein Vorschuß auf die noch nicht eingetroffenen Zuschübe Amerikas sind, lediglich den quotenmäßigen Bedarf Deutschösterreichs decken. Eine Aushilfe, die eine Verbesserung dieser knappen Versorgung ermöglichen würde, wäre uns naturgemäß hochwillkommen.

Nun liegt uns eine Information von vertrauenswürdiger Seite vor, daß die amerikanischen Lebensmitteltransporte bereits unterwegs und schon im Hafen von Triest avisiert sind; sie dürften dort annähernd am 6. oder 7. Februar eintreffen. Die Sendungen sollen außer Deutschösterreich auch der tschechoslowakischen Republik sowie dem polnischen und jugoslawischen Staate zugewendet werden. Ob diese Sendungen eine außergewöhnliche Aushilfe darstellen oder bloß für die quotenmäßige Versorgung nach dem 1. März bestimmt sind, kann hier nicht gewiß beurteilt werden. Nach den wiederholten Erklärungen der Ententevertreter in Wien, daß sie für die Versorgung Deutschösterreichs bis zur nächsten Ernte in dem jetzt geltenden Ausmaße aufkommen, darf man sich nicht allzu großen Hoffnungen hingeben, daß in absehbarer Zeit eine ins Gewicht fallende Erhöhung der rayonierten Mengen möglich sein wird.

Fremdenblatt

29. I. 1919

166

Die Regelung der Wareneinfuhr.

(Errichtung einer Lebensmittel-Einfuhrstelle.)

Für das Gebiet der Republik Deutschösterreich wird eine Zentralstelle zur Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande errichtet, die insolange bestehen bleibt, bis die Zeitverhältnisse die Betätigung des freien Handels gestatten. Ueber das Wesen dieser Zentrale macht das Staatsamt für Volksernährung folgende Mitteilungen:

Die Oesterreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft, welche bisher den Import von Lebensmitteln besorgt hat, ist mit 1. Jänner 1919 in Liquidation getreten. Die von dieser Stelle entfaltete Tätigkeit kann in Hinkunft nicht ohne weiters entbehrt werden, da die interalliierten Mächte vorläufig einen freien wirtschaftlichen Verkehr mit ihren Ländern, sowie eine unbeschränkte Einfuhr aus den neutralen Staaten nicht zulassen. Auch der ungünstige Stand unserer Valuta und die Schwierigkeit bei Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel lassen vorläufig eine gewisse Beschränkung des Einfuhrverkehrs aus dem Auslande notwendig erscheinen. Hiezu kommt, daß die Knappheit an Lebensmitteln auch weiterhin die Regelung und Kontrolle der Verteilung der eingeführten Waren erfordert.

Eine vom Volksernährungsamte einberufene Enquete mit den Vertretern der Volkswirtschaft, des Handels und der Verbraucherorganisationen, Vertretern der Länder und der Stadt Wien hat sich dafür ausgesprochen, daß für die Zeit des Ueberganges eine zentrale Stelle geschaffen werde, welche so lange in Tätigkeit zu bleiben hat, als die Verhältnisse die freie Betätigung des Handels noch nicht gestatten. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, ist das Staatsamt für Volksernährung an die Errichtung der „Deutschösterreichischen Lebensmittel-Einfuhrstelle" geschritten. Ihre Aufgabe ist die Vermittlung und Abwicklung der Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande, sowie die Durchführung aller mit der Erfüllung dieser Aufgaben verbundenen Geschäfte, soweit diese nicht fachlichen Organisationen übertragen werden. In der Regel wird die Durchführung der Geschäfte solchen fachlichen Organisationen übertragen werden; diese bestehen bereits für Vieh, Fleisch und Fett; für Eier, Butter und Molkereiprodukte sowie Fische sind sie in Bildung begriffen. In diesen Organisationen selbst haben neben dem Handel und der Kaufmannschaft die Konsumenten selbst ihre Vertretung. Das Staatsamt für Volksernährung wird durch diese Stelle und die Fachorganisationen maßgebenden Einfluß auf die Preisbildung und Verteilung der eingeführten Lebensmittel ausüben. Der Wirkungskreis der Kriegsgetreideanstalt wird nicht berührt.

Kompensationsgeschäfte mit dem Auslande.

Eine besondere Aufgabe ist die Durchführung von Kompensationsgeschäften mit dem Auslande. Da die neugegründeten Nationalstaaten fast ausnahmslos Lebensmittel nur gegen Austausch von Industrieartikeln abgeben, erschien es im Interesse der Vermeidung eines regellosen und preistreibend wirkenden Kompensationsverkehrs zweckmäßig, die Durchführung dieser Geschäfte möglichst bei dieser Stelle zu konzentrieren. Beim Abschluß und bei der Durchführung dieser Kompensationsgeschäfte hat die Lebensmittel-Einfuhrstelle einvernehmlich mit dem „Deutschösterreichischen Warenverkehrsbureau" vorzugehen.

Die Geschäfte sind nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen; allfällige Abgänge werden vom Staate getragen. Die erforderlichen Betriebsmittel werden im allgemeinen vom Staate vorschußweise zur Verfügung gestellt. Die Leitung der Deutschösterreichischen Lebensmittel-Einfuhrstelle liegt dem Vorstande und der Direktion ob. Die Mitglieder des Vorstandes üben ihre Tätigkeit als unbesoldetes Ehrenamt aus.

In den Vorstand wurden berufen: Bernhard Freiherr v. Ehrenfels, Präsident der Landwirtschaftsgesellschaft, Mathias Eldersch, Obmann des Ersten niederösterreichischen Arbeiterkonsumvereines, Franz Hoß, Vizebürgermeister der Stadt Wien, Georg Khuner, Verwaltungsrat der Kunerolwerke, Ludwig Lampel, Kammerrat, Vertreter des Zentralverbandes der Handelsagenten und Kommissionäre, Fritz Lemberger, Generaldirektor, Johann Papst, Delikatessenhändler, Vorstand der Genossenschaft der Gemischtwarenhändler, Hermann Reif, Vizepräsident der Kriegsgetreideanstalt, Georg Stern, Regierungsrat, Vertreter der Vieh- und Fleischverkehrsgesellschaft, Dr. Viktor Wutte, Wirtschaftskommissär in Graz, Josef Zehetbauer, Direktor des Reichswirtschaftsverbandes der Festangestellten.

Die landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle.

Das Staatsamt für Volksernährung errichtete im Einvernehmen mit führenden agrarischen Kreisen Anfang November 1918 die „Landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle" mit der Aufgabe, aus Demobilisierungsgütern und von sonstigen Stellen Schuhe, Stoffe, Kleider und anderes zu erwerben, diese Bedarfsartikel rasch aufs Land zu bringen und sie als Prämie gegen Entgelt den getreideablieferndenden Landwirten zur Verfügung zu stellen. Die landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle führt durch etwa 150 niederösterreichische Kaufleute Bedarfsartikel den Landwirten zu. Zur Durchführung der Geschäfte hat der Staatsrat mit Beschluß vom 7. November das Staatsamt für Volksernährung ermächtigt, ein Gebarungsanlehen im Betrage von 20 Mill. Kr. bei Bankinstituten aufzunehmen. Da die mangelnde Getreideablieferung vielfach auf Verkehrsschwierigkeiten zurückzuführen war, hat die landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle 54 Lastautos in Betrieb gesetzt; dieser Wagenpark dient ausschließlich Approvisionierungszwecken. Die landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle hat wesentlich zur rascheren Ablieferung von Getreide beigetragen; sie ist im Begriffe, die von ihr in Niederösterreich begonnene Aktion im Einvernehmen mit den agrarischen Korporationen auch in anderen Ländern Deutschösterreichs durchzuführen.

Abendbl. 29. I. 1919 167

Ein neuerlicher Liebesgabenzug der Schweiz.

In einer gestern nachmittag im Dreher-Saal auf der Landstraße stattgehabten Wählerversammlung sprach Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der unter anderm ausführte: Unsere Ernährungslage ist überaus knapp. Während früher nur die Entente die Blockade geübt hat, sperren sich jetzt die neuen Staaten auch noch ab, und es wird der Gemeinde Wien riesig schwer gemacht, auch nur das bißchen Milch noch weiter aus den czecho-slowakischen und ungarischen Gebieten hereinzubekommen. Hut ab vor der Schweiz, die mit einer Hochherzigkeit eingegriffen hat, um uns trotz ihrer schmalen Vorräte Hilfe zu bringen. Gerade heute war der Schweizer Gesandte wieder bei mir und hat mir eröffnet, daß neuerlich ein Zug mit Lebensmitteln als Liebesgabe der Schweiz zu uns kommen soll. (Beifall.) Das Verdienst der Schweiz geht aber noch viel weiter als die Gaben, die sie uns geschickt hat; ihr Beispiel hat die Herzen der Entente bezwungen, und der Schweiz ist es zu verdanken, daß die Blockade jetzt gebrochen worden ist.

Neben der knappen Ernährungslage hat auch der große Notstand der Arbeitslosigkeit um sich gegriffen. Es ist Pflicht aller, alles aufzubieten, um diesen Zustand zu ändern. Ich habe heute im Stadtrat einen Bericht vorgelegt, wonach 104 Millionen Kronen Investitionsarbeiten beschlossen worden sind. Es ist aber auch Pflicht des Staates und der Länder, das Ihre zur Linderung dieses Notstandes zu tun. (Zustimmung.) Das setzt freilich auch Arbeitswilligkeit voraus und gewisse Erscheinungen deuten leider darauf hin, daß der unselige Krieg große Verheerungen in gewissen Geistern angerichtet hat. Ich will aber auf den gesunden Sinn der Wiener Bevölkerung vertrauen, der sie noch immer den rechten Weg hat finden lassen.

Die Fleischversorgung Wiens.

Vom deutschösterreichischen Staatsamte für Volksernährung wird mitgeteilt: Der Kabinettsrat hat nochmals einen weiteren Kredit zur Verbilligung des Fleisches in Wien zur Verfügung gestellt. Es wird daher in der Zeit vom 30. d. bis zum 12. Februar keine Erhöhung der Wiener Rindfleischpreise gegenüber den seit 1. d. in Geltung befindlichen erfolgen.

Die Preise für Schaffleisch, das wahlweise in einer der beiden nächsten, mit dem morgigen Tage beginnenden Fleischverkaufswochen zur Ausgabe gelangt, haben wir bereits mitgeteilt. Es wird bei den Einheitsfleischhauern für 18 K. per Kilogramm für Vorderes und 20 K. für Hinteres, bei den Extremfleischhauern für 22 K. für Vorderes und 24 K. für Hinteres erhältlich sein.

Mit Rücksicht auf größere Zufuhren von Schafen, die nicht alle eingefroren werden konnten, wurde, um die Absatz- und Bezugsmöglichkeit zu erleichtern, im Dezember vorigen Jahres verfügt, daß am Montag den 9. Dezember und Mittwoch den 11. Dezember Schaffleisch verkauft, verabreicht und genossen werden dürfe. Wie dem Staatsamte für Volksernährung mitgeteilt wird, besteht in manchen Kreisen der Bevölkerung die irrige Ansicht, daß auch jetzt noch der Verkauf, die Verabreichung und der Genuß von Schaffleisch an den fleischlosen Tagen gestattet ist. Demgegenüber wird bemerkt, daß die seinerzeitige Freigabe nur eine Ausnahmsverfügung für die vorerwähnten zwei fleischlosen Tage war und gegenwärtig der Verkauf, die Verabreichung und der Genuß von Schaffleisch an fleischlosen Tagen wieder verboten ist.

Abendl

29./I. 1919

168

Die Approvisionierung.

Lebensmittelzufuhren.

Wie wir erfahren, sind Deutschösterreich von der Entente 250 Waggons Fett zugesichert, die sich bereits auf dem Herweg befinden; hievon sind gestern in Wien 20 Waggons Fett und 10 Waggons Oel eingelangt. Die Kosten zuzüglich der Fracht stellen sich auf vier Kronen pro Kilogramm Fett. Die Waren kommen im Wege der Uebernahmskommission in Innsbruck an die Oezeg.

Gestern abend ist ein Liebesgabenzug der Engländer mit 28 Waggons hier eingetroffen. Er bringt Fleischkonserven, Kondensmilch ꝛc. Ein Zug mit 25 Waggons amerikanischen Mehles ist auf dem Wege; der Transport verzögert sich aber aus unbekannten Gründen in Tirol.

Die Preise des rationierten Schaffleisches.

Eine unangenehme Ueberraschung.

Erst gestern abend, also im allerletzten Augenblick, wurden die Preise für das rationierte Schaffleisch, welches in den nächsten zwei Wochen zur Ergänzung der Rindfleischration dienen wird, festgesetzt. Sie sind unerwartet hoch ausgefallen, besonders für die auf Einheitsfleisch rayonierten Parteien, denn sie betragen für diese 18 K. für Vorderes und 20 K. für Hinteres, während für die Bezieher von Extremfleisch 22 K. und 24 K. vorgeschrieben wurden.

Schaffleisch ist an und für sich minder beliebt und jedenfalls auch minder ausgiebig als Rindfleisch. Ueberdies ist das gefrorene Schaffleisch, welches eben in Betracht kommt, durchaus nicht von hervorragender Qualität. Trotzdem werden die Bezieher von Einheitsfleisch für das minderwertige Schaffleisch doppelt so viel bezahlen müssen wie für das begehrtere Rindfleisch. Die Bezieher von Extremfleisch dagegen zahlen nur um 2 K. mehr als für Rindfleisch. Diese Lösung erscheint nicht sehr glücklich, und wenn es auch jedem klar ist, daß der Staatssäckel der Schonung dringend bedarf, so hätte man doch bedenken sollen, daß es die Verbraucher doppelt hart trifft, wenn sie sich mit minderwertigem Fleisch begnügen und dieses viel teurer bezahlen sollen.

Im freien Handel kostet heute Schaffleisch 24 bis 28 K., aber da bedarf man keiner Marken, bekommt, so viel man will, und — kann sich ein besseres Schaffleisch aussuchen als das gefrorene, das wir zu erwarten haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß so manche Partei unter diesen Umständen auf den Bezug des rationierten Schaffleisches verzichten wird.

Die beim rationierten Rindfleisch eingeführte Sonderstufe von Brockenfleisch ist beim Schaffleisch entfallen, da hier das Hintere allgemein als Bratenfleisch gilt.

Eine amtliche Verlautbarung der Preise des rationierten Schaffleisches ist bisher nicht erfolgt und somit vor morgen früh kaum zu erwarten. Unter den heutigen Verhältnissen macht die Zusammenstellung des Speisezettels den Hausfrauen so viel Mühe, daß es ihnen sicherlich angenehmer ist, wenn amtliche Verlautbarungen über solche Angelegenheiten nicht erst im letzten Augenblick erfolgen. Man hätte dies schon darum berücksichtigen sollen, weil jene Parteien, die morgen gezwungen sein werden, ihre Ration in Schaffleisch zu nehmen, hiefür doppelt so viel zu bezahlen haben werden, als sie für Rindfleisch bezahlt hätten, und so etwas ist für viele Familien nicht gleichgültig. Besonders nicht am Monatsschlusse.

m. h.

Reichspost

29.II.1919

169

Die Zuwanderung nach Wien.

Ernste Abwehrmaßnahmen gegen den Zuzug von auswärts. — Die Haltung der Sozialdemokraten.

Die Bevölkerung Wiens hat zu Beginn des Krieges den vom Feinde aus der Heimat Vertriebenen gerne Gastfreundschaft gewährt. Als aber gewisse Elemente aus Galizien und der Bukowina auch östliche Unsitten und Gebräuche einbürgerten, den Schleichhandel in unerhörten Schwung brachten und hier unbekannte Geschäftspraktiken begannen, erwuchs der Unmut unserer gutmütigen Bevölkerung gegen diese Fremden, von denen nicht wenige mit Recht für die erwachsende allgemeine Not verantwortlich gemacht wurden. Jetzt sollen wir eine zweite Auflage dieser allen Wienern in unangenehmer Erinnerung stehenden Zuwanderung aus dem Osten erleben. Zu einer Zeit, wo die Gemeinde Wien kaum soviel Lebensmittel aufzutreiben vermag, um den Hunger der Massen zu stillen, wo Tausende nach Wien zuständige Heimkehrer in Notwohnungen untergebracht sind, wo es in Wien mehr als hunderttausend Arbeitslose gibt, der legitime Handel und das seßhafte Gewerbe darniederliegen, meldet sich starker Zuzug aus dem Osten. Es ist keine Engherzigkeit, sondern eiserne Notwendigkeit, wenn zum Schutze der Wiener Bevölkerung Maßnahmen gegen den allgemein unerwünschten Zuzug getroffen werden. Von diesem Standpunkte werden auch die Beschlüsse der christlichsozialen Mehrheit des Wiener Stadtrates, der sich in der heutigen Sitzung mit der Flüchtlingseinwanderung beschäftigte, von allen Wienern verstanden werden.

Stadtrat Neumann hat als Berichterstatter die ernsten Gefahren, die mit dieser Zuwanderung verbunden sind, trefflich beleuchtet: Er wies darauf hin, was dieser

[illegible]

besonders Wien trifft, dauert an, und die Zuwanderung nach Wien ist im Steigen begriffen. Zahlreiche Ausländer langen fortgesetzt in Wien ein. Wie verlautet, sollen aus der Türkei alle Fremden ausgewiesen werden und ebenso soll sich die Stadt Budapest mit der Absicht tragen, ab 1. Februar binnen 14 Tagen alle Fremden auszuweisen. Es ist die Befürchtung naheliegend, daß Tausende von den aus Budapest Ausgewiesenen nach Wien kommen werden. Der Berichterstatter stellte den Antrag: Der Magistrat wird beauftragt, nachstehende

Warnung vor dem Zuzuge nach Wien

in den Tagesblättern zu veröffentlichen: „Seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes sind Hunderttausende von der Front und aus der Gefangenschaft nach Wien zurückgeströmt. Viele Tausende von nach Wien Heimatberechtigten und lange Jahre hier ansässig gewesenen wurden aus den neuen Teilstaaten durch Ausweisung oder durch die Verhältnisse vertrieben und sind nach Wien zurückgekehrt. Gleichzeitig findet aber ein ununterbrochener starker Zuzug von Fremden aus den nordöstlichen und östlichen Teilstaaten statt und insbesondere zahlreiche jüdische Flüchtlinge, die ihre Heimat aus Furcht vor Pogromen verlassen haben, strömen unausgesetzt nach Wien. Sie finden hier weder genügende Lebensmittel oder Bedarfsartikel, noch entsprechende Wohnung und vermehren die Zahl der Arbeitslosen. Da die wirtschaftliche Drosselung Deutschösterreichs, die vorwiegend Wien betrifft, ungeschwächt fortdauert, droht nunmehr die in aller Welt bekannte Notlage der Wiener Bevölkerung, die Wohnungsnot, der Lebensmittelmangel und die Arbeitslosigkeit, einen solchen Grad anzunehmen, daß sich die Gemeindevertretung nicht nur im Interesse der Bewohner der Stadt, sondern auch in jenem der Flüchtlinge selbst veranlaßt sieht, vor einem weiteren Zuzug nach Wien ernstlich zu warnen." Von irgendwelchen Repressionsmaßnahmen, schloß der Redner, wäre abzusehen.

In der nun folgenden Debatte wünschte StR. Dr. Hein (fds.), daß vor allem gegen die Ausweisungsmaßregeln der Stadt Budapest bei der dortigen Stadtvertretung Vorstellungen erhoben werden.

StR. Schmid (christlichsoz.) schließt sich dem Antrage des Berichterstatters an und stellt aber folgende

verschärfende Anträge:

Der Magistrat wird beauftragt, gegen den weiteren Zuzug von Flüchtlingen nach Wien alle gesetzlich zulässigen Abwehrmaßnahmen, insbesondere die Ausweisung gemäß § 17 des Gemeindestatutes, zu ergreifen; die über die Grenzen Niederösterreichs einwandernden Flüchtlinge sind, insoweit sie nicht nach Deutschösterreich heimatsberechtigt sind, in den Flüchtlingslagern Gmünd, Sigmundsherberg usw. zu internieren. Die Lebensmittel sind in erster Linie an die in Wien einheimische Bevölkerung zu verteilen und nur der Rest an die Fremden abzugeben."

StR. Emmerling (Sozialdem.) sieht in den wohlhabenden Flüchtlingen die größere Gefahr für Wien, StR. Skaret (Sozialdem.) warnt jedoch vor Repressivmaßnahmen und beantragt eine Vorstellung des Gemeindepräsidiums beim Staatsamt für Aeußeres, um auf die Gefahren der Invasion aufmerksam zu machen. (Bis da ein Erfolg zu erwarten, wären wahrscheinlich schon alle Galizianer in Wien! Anm. d. Red.)

StR. Angermayer verweist auf die Not in Wien und die Notwendigkeit der Maßnahmen. Die Ausweisungen aus den ehemals zur Monarchie gehörigen Staaten zwingen zu Repressivmaßnahmen. StR. Jung (christlichsoz.) beantragt die Einführung des Paßzwanges für die nach Wien Einreisenden. Die vorhandenen Lebensmittel müssen in erster Linie der bodenständigen Bevölkerung zukommen.

Die christlichsozialen Stadträte Müller, Hötzel und Spalowsky treten für den Antrag Schmid ein, die Freisinnigen und Sozialdemokraten für den des Referenten.

In seinem Schlußworte meint der Berichterstatter, auf die „gefährlichen Folgen" von Repressivmaßnahmen hinweisen zu müssen, da Wien in bezug auf Lebensmittel und Bedarfsartikel auf die umliegenden Staaten angewiesen sei.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Neumann einstimmig, die Anträge Schmid werden mit den Stimmen der Christlichsozialen gegen die Stimmen angenommen. Der Antrag Jung wird genügend unterstützt dem Magistrate zugewiesen.

VB. Neumann wünscht, daß mit Rücksicht auf die außerordentliche Bedeutung die Angelegenheit dem Gemeinderate vorgelegt werde. Der Vorsitzende VB. Rain erklärt, er werde diesen Wunsch dem Bürgermeister zur Kenntnis bringen.

National-Zeitung
29.I.1919

NZ 29

170

Versorgungsfragen.

Das Abkommen mit Amerika.

Bern, 28. Jan. ag. Die in Washington geführten Verhandlungen über die Erneuerung des Abkommens mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, das am 30. Sept. 1918 ablief und seither provisorisch verlängert worden war, sind nach einem heute eingetroffenen Telegramm der schweizer. Gesandtschaft in Washington zum Abschluß gelangt, in dem über die Hauptpunkte des neuen Abkommens, dem sich auch die Regierungen von Großbritannien und Frankreich angeschlossen haben, eine Einigung erzielt wurde. Ueber einzelne Punkte sind weitere Verhandlungen vorbehalten, die in Paris geführt werden sollen. Gemäß den Bestimmungen des Abkommens wird Amerika für die Periode vom 1. Januar bis 30. September 1919 Ausfuhrbewilligungen für nachstehende Warenkontingente erteilen: Brotgetreide 300,000 Tonnen, Hafer 112,000 Tonnen, Mais 137,000 Tonnen, Zucker 96,000 Tonnen, Speisefett 8000 Tonnen.

Um die Zufuhr sicherzustellen, wird der Schweiz ein Tonnagekontingent von monatlich 70,000 Tonnen gewährt. Sobald die Verhältnisse es gestatten, sollen sowohl die Warenkontingente als auch das Schiffsraumkontingent erhöht werden.

Die Schweiz verpflichtet sich, die Ausfuhr von 5000 Stück Zuchtvieh nach Frankreich zu gestatten und für andere Waren Ausfuhrbewilligungen zu erteilen, soweit es der eigene Bedarf zuläßt.

Das Abkommen ist gültig bis Ende September 1919. Es kann von beiden Teilen mit einmonatlicher Voranzeige gekündigt werden mit Ausnahme der Bestimmungen über die Tonnagestellung, die auf jeden Fall bis Ende September in Kraft bleiben.

Die getroffenen Vereinbarungen, durch welche die Vereinigten Staaten und die alliierten Regierungen der Schweiz einen neuen Beweis ihrer Freundschaft geben wollen, werden, wie man zuversichtlich hoffen kann, die Versorgung unseres Landes bedeutend erleichtern und auch dazu beitragen, die Ernährungsschwierigkeiten zu mildern.

Berner - Tagblatt

29. I. 1919

BT. 23

Die Aufrechterhaltung der Hungerblockade gegen Deutschland.

Ein ergreifender Aufruf.

Die „München-Augsburger Abendzeitung" vom Mittwoch, 23. Januar, enthält folgenden ergreifenden Aufruf an die Kinder der ganzen Welt:

Da ich nicht weiß, ob irgendwo noch Menschen leben, erwachsene meine ich, die von Kriegszorn und Kriegslüge nicht vergiftet sind, so wende ich mich an euch, Kinder der ganzen Welt, und bitte euch, hört mich einen Augenblick an.

Wißt ihr, daß während ihr spielt und fröhlich seid, eßt und trinkt, Millionen von Kindern leben, die Hunger leiden und die man noch immer länger hungern lassen will? Jeden Morgen erhalten sie ein paar Scheibchen Brot — das schwarz und schlecht ist, weil wir kein Korn haben — und jeden Bissen, den sie an dem Tag essen dürfen, zugemessen, eine armselige, fast fettlose, milchlose, fleischlose Nahrung, und von der noch bitter wenig. Es muß ihnen zugemessen werden, damit nur morgen ein ebenso armseliger Bissen zwischen ihnen und dem Tod steht. Und an jedem Abend, ehe sie zu Bett gehen, kommen sie zu ihrer Mutter, die selbst noch weniger zu essen hat, und sagen: „Mutter, wir sind noch so hungrig! Mutter, wir könnten noch soviel essen!" Drei Tage lang klingt das wie ein Scherz, drei Monate lang wird es eine Not, drei Jahre lang Verzweiflung und oft genug der Tod.

Man schickt jetzt Leute zu uns, die sehen sollen, ob wir auch wirklich verhungern. Sie sollten aber nicht in die Gasthöfe gehen, wo die Reichen und die, die keine Kinder zu ernähren haben, für sehr viel Geld noch manches bekommen können. Sie sollen in die Familien kommen und unsere Kinder anschauen, die einst kräftig, gesund und froh waren wie ihr, und die schwach, krank und bleich geworden sind. Denkt euch selber: drei Jahre lang jeden Tag ein wenig verhungern, wie grausam, wie furchtbar das sein muß!

Deutschland ist ein armes und für die Zahl seiner Bewohner zu kleines Land. Es wächst nicht halbwegs genug dort, daß sie davon leben können. Sie haben immer ihre Nahrung in anderen, reicheren Ländern gekauft. Dort ist auch jetzt Nahrung genug. Aber die Länder, die gegen Deutschland Krieg führen, haben es von dieser Nahrung abgesperrt. Es geschah von allen Seiten so viel Furchtbares in diesem Krieg. Aber dies war wohl seine entsetzlichste Waffe, die auch ganz allein den Krieg gewonnen und Deutschland blut- und mutlos gemacht hat. Und was das Schlimmste ist, indessen alle anderen Waffen längst schweigen, schießt diese entsetzliche, unsichtbare Kanone jeden Tag weiter unsere Kinder tot, ja mordet jeden Tag schlimmer noch als vorher und droht mit noch immer furchtbarerem Kindermord. Man redet uns von Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Völkerbrüderschaft. Wir wollen von ganzem Herzen gerne daran glauben und haben im Vertrauen darauf unsere Waffen niedergelegt und sind bereit, jedes Opfer dafür zu bringen. Aber seht, wie sollen wir an Gerechtigkeit und Menschlichkeit glauben, wenn wir nur Worte, Worte hören, mit denen man keinen Hund satt machen kann, indessen unsere Kinder verhungern, und unsere Gegner streiten, wie sie die Welt am besten für sich aufteilen.

Der Präsident von Amerika ist nach Europa gekommen. Wie wir fest glauben, um für die Menschlichkeit und seine Ideale, die er verkündete, zu kämpfen. Aber weiß er, daß seit er in Europa ist, die Menschlichkeit nicht zu-, nein, abgenommen hat? Daß man uns zwingt, Wagen, Lokomotiven, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in solcher Masse herzugeben, daß wir unseren Kindern nun erst recht kein Brot und keine Nahrung mehr schaffen können? Ja will man uns und unsere Kinder töten? Ist das die Absicht? Verlangt die Selbst-„Gerechtigkeit", daß wir dezimiert werden? Wenn dem so ist, dann nehme man diese Blutrache ehrlich, offen und bald. Dezimiert uns nach altem, hier wahrhaft milderem Kriegsrecht! Man erschieße jeden zehnten Deutschen! Wir sind bereit! Aber dann — um Jesu Christi willen — wenn dieser Name noch irgendwo etwas gilt, dann, wenn wir die Schuld der Welt gesühnt haben, dann gebt unseren Kindern zu essen!

Ich bitte noch alle denkenden und fühlenden Menschen um schleunigste Weiterverbreitung dieses Rufes.

29./I.1919

172

Unsere Lebensmittelversorgung

Der Vertrag mit Amerika

* Die in Washington geführten Verhandlungen über die Erneuerung des Abkommens mit den Vereinigten Staaten, das am 30. September 1918 abgelaufen und seither provisorisch verlängert worden war, sind laut einem heute eingetroffenen Telegramm der schweizerischen Gesandtschaft in Washington zum Abschluß gelangt, indem über die Hauptpunkte des neuen Abkommens, dem sich auch die Regierungen von Großbritannien und Frankreich angeschlossen haben, eine Einigung erzielt worden ist. Ueber einzelne Punkte sind weitere Verhandlungen vorbehalten, die in Paris geführt werden sollen.

Gemäß den Bestimmungen des Abkommens wird Amerika für die Periode vom 1. Januar bis 30. September 1919 Ausfuhrbewilligungen für nachstehende Warenkontingente erteilen: Brotgetreide 300,000 Tonnen, Hafer 112,000 Tonnen, Mais 137,000 Tonnen, Zucker 96,000 Tonnen, Speisefette 8000 Tonnen.

Um die Zufuhren sicherzustellen, wird der Schweiz ein Tonnagekontingent von monatlich 70,000 Tonnen garantiert. Sobald die Verhältnisse es gestatten, sollen sowohl die Warenkontingente als das Schiffsraumkontingent erhöht werden.

Die Schweiz verpflichtet sich, die Ausfuhr von 5000 Stück Zuchtvieh nach Frankreich zu gestatten und für andere Waren Ausfuhrbewilligungen zu erteilen, soweit es der eigene Bedarf zuläßt.

Das Abkommen ist gültig bis Ende September; es kann indessen von beiden Teilen vermittelst einmonatiger Voranzeige gekündigt werden, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Tonnage-Garantie, die auf jeden Fall bis Ende September in Kraft bleiben.

Die getroffenen Vereinbarungen, durch welche die Vereinigten Staaten und alliierten Regierungen der Schweiz einen neuen Beweis ihrer Freundschaft gegeben haben, werden, wie man zuversichtlich hoffen darf, die Versorgung unseres Landes bedeutend erleichtern und namentlich auch dazu beitragen, die Ernährungsschwierigkeiten zu mildern.

Neues Pester Journal
29. II. 1919

Ernährung und Versorgung.

Die Approvisionierung.

Zuchthaus für Preistreiber. — Beschränkter Alkoholausschank in Speisebetrieben. — Einstellung der Gasthauskarten. — Die Fettversorgung.

Im gestrigen Ministerrat hat die Regierung beschlossen, zur Bekämpfung der Preistreiberei die strengsten Maßnahmen zu ergreifen. Der Justizminister Alexander Juháß-Nagy wird im Auftrage des Ministerrates binnen kürzester Zeit einen diesbezüglichen Gesetzentwurf ausarbeiten, der für das Verbrechen der Preistreiberei mehrjährige Kerker- und Zuchthausstrafe vorsieht. Dieser Entwurf muß dem nächsten Ministerrat vorgelegt werden.

Das Verbot des Ausschankes von geistigen Getränken hat den Nachteil, daß auch ein beschränktes Quantum Wein oder Bier in den Speisebetrieben nicht ausgeschenkt werden darf. In den Läden kann man aber trotz des Verbotes Wein, Bier und Liköre flaschenweise in unbeschränkten Mengen kaufen, so daß den Folgen des Alkoholgenusses in keiner Weise wirksam vorgebeugt ist. Die Gewerbegenossenschaft der Budapester Restaurateure, Gastwirte und Hoteliers erschien bei dem Handelsminister Ernst Garami deputativ und ersuchte ihn, die Verordnung über das Verbot des Alkoholausschankes abzuändern. Minister Garami machte die Zusage, daß er die Wünsche der Gastwirte berücksichtigen werde. In der gestrigen Ministerratssitzung schlug Finanzminister Paul Szende vor, daß es wieder gestattet werde, Bier in unbeschränktem Maße und Wein 3 Deziliter per Person in den Gastwirtschaften auszuschenken.

Der Ernährungsminister hat angeordnet, daß das Gasthauskarten-System mit 31. d. einzustellen ist. Wie wir erfahren, wurde die Maßnahme aus dem Grunde getroffen, weil in den nächsten Tagen die Zentral-Preisprüfungskommission eine Revision der Menüpreise vornehmen wird, wobei der Preis eines Menus auch ohne Karte nicht höher als jetzt gegen Gasthauskarten festgesetzt sein wird.

Der Magistrat der Hauptstadt Budapest teilt mit, daß gegen den vom 1. bis 10. Februar gültigen Fettkupon Nr. 4 künstliches Speisefett ausgefolgt werden wird, und zwar 15 Dekagramm per Kupon. Der Preis des Speisefettes beträgt 11 K. 20 H. per Kilogramm.

Ostdeutsche – Rundschau
29. I. 1919

Noch immer die Hungerblockade!

Während die Wiener Blätter der gewissen Richtung täglich mehr oder weniger tiefsinnigen Betrachtungen über die Frage des Anschlusses an Großdeutschland bringen, während Wilson täglich auf dem Holzpapier der großen Anzeigenplantagen verhimmelt wird, findet keines dieser Blätter auch nur ein Wort des Tadels über das Fortbestehen der völkerrechtswidrigen Hungerblockade.

Täglich lassen sich diese Allerweltsblätter aus Paris die nichtigsten Kleinigkeiten von den Beratungen unserer Feinde melden. Die unwichtigsten Vorkommnisse bei den Beratungen scheinen unseren Klatschblättern wichtig genug, sie den geduldigen Wiener Lesern zu übermitteln. Aber die wichtigste und brennendste Frage wird nie berührt: Wann wird die Hungerblockade aufgehoben?

Deshalb halten wir es für unsere völkische Pflicht, mit allem Nachdruck so oft auf diese Frage zurückzukommen, bis unsere verehrten Feinde ihre Entscheidung treffen in einer Frage, die wirklich wichtiger ist als alle anderen Tagessorgen. Wenn die lendenlahme rote Reichsregierung in Berlin nicht Angst vor der eigenen Courage hätte, so würde sie längst die bestimmte Forderung gestellt haben: Entweder sofortige Aufhebung der Hungerblockade, oder Abbruch der Verhandlungen.

Unsere Feinde werden sich wohl hüten, das deutsche Volk zur Verzweiflung zu treiben. Wenn sie den heiligen Ernst unserer heutigen Machthaber sehen würden, nicht mehr mit sich spielen zu lassen wie die Katze mit der Maus, dann würden sie andere Saiten aufziehen an der Seine. Wenn es von Berlin und Wien gleichzeitig nach Paris gerufen würde: Entweder ihr hebt jetzt sofort diese völkerrechtswidrige Hungerblockade auf, oder wir glauben nicht mehr an jenen sagenhaften Völkerbund, mit dem ihr uns beglücken wollt, und deshalb brechen wir die für uns nutzlosen Verhandlungen ab. Wenn ihr wollt, daß die Bolschewiken noch in diesem Sommer vor den Toren von Paris stehen, dann arbeitet so weiter. Ueber ein vernichtetes Deutschland werden die Horden des Ostens dann auch Frankreich überschwemmen. Wenn ihr das nicht wollt, dann hebt die Hungerblockade auf, aber sofort und ohne jede Einschränkung!

Wieder geht die Huttenklage durch die deutschen Gaue: O weh, wie ist die Ehr' entfremdet deutschen Landen — um den einsamen Helden Madensen kümmern sich die roten Machthaber an der Spree ebenso wenig wie um die verlorenen deutschen Brüder im Baltenlande. Wie Schildbürgerstreiche aus Schöppenstedt muten die Beschlüsse dieser Revolutionshelden an, die sich ängstlich nach Weimar flüchten, weil ihnen in Berlin der Boden zu sehr unter den Füßen wankt. Wenn man diesen Staatsmann Scheidemann reden hört, dann ist es, als ob Till Eulenspiegel Schindluder mit seinen Landsleuten treibt. Ein Schwede hat es geschrieben und trauernden Herzens müssen wir ihm recht geben: So groß das deutsche Volk in den ersten vier Kriegsjahren war, so klein ist der Deutsche, so jämmerlich verzagt jetzt im fünften Jahre des Weltenringens geworden. Michel läßt sich gängeln von rassefremden Hebräern, wie der Tanzbär am Nasenring.

Vor dem russisch-jüdischen Götzen Bolschewismus zittern Ebert und Scheidemann. Warum finden sie nicht den Mut, den feindlichen Machthabern einzuschärfen, daß diese Gefahr Paris, London, Rom und auch Washington ebenso bedroht wie Berlin und Wien? Wenn die Hungerblockade noch einige Wochen fortdauert, dann ist es mit der Herrlichkeit der roten Regierung sowohl in Berlin als auch in Wien vorbei. Darüber mögen sich die neuen Weltbeglücker nur nicht täuschen. Die Lage ist viel ernster, als man in der Wilhelmstraße und am Ballhausplatz zu ahnen scheint. Wenn nicht in letzter Stunde unsere Regierenden sich aufraffen und den Feinden zurufen: Hebt sofort die Hungerblockade auf zu eurem eigenen Vorteil, zu eurer eigenen Rettung — dann haben wir Zustände im Lande, gegen die alle Not der Kriegszeit nur harmloses Kinderspiel war ...

Es wird viel Leute im Lande geben, die diese Warnung für übertrieben halten. Wir wollen nicht wünschen, daß diese Zweifler eines Tages darüber belehrt werden müßten, wie begründet dieser Warnruf ist. Deshalb leben wir immer noch in der Zuversicht, die augenblicklichen Machthaber in Berlin und Wien werden die Zeichen der Stunde verstehen und von Wilson als dem Schiedsrichter der Welt verlangen, daß er die einzig rettende Tat diktiert, die uns noch von dem Bolschewismus befreien kann: die sofortige Aufhebung der Hungerblockade!

Teut.

Reichspost

29. II. 1919

175

Versorgungsfragen.

Errichtung einer deutschösterreichischen Lebensmitteleinfuhrstelle und eines deutschösterreichischen Warenverkehrsbureaus.

Als Ersatz der „Dezeg".

Vom Volksernährungsamt wird mitgeteilt: Da die von der ehemaligen „Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft" ausgeübte Tätigkeit infolge der Politik der alliierten Mächte, die derzeit eine freie Betätigung des Außenhandels nicht zulassen, nicht zu entbehren ist, so hat jetzt das Volksernährungsamt die „Deutschösterreichische Lebensmitteleinfuhrstelle" errichtet. Aufgabe dieser Stelle ist die Vermittlung der Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande und Abwicklung, sowie die Durchführung aller damit verbundenen Geschäfte. In der Regel wird aber die Durchführung der Geschäfte fachlichen Organisationen übertragen werden; diese bestehen bereits für Vieh, Fleisch und Fett; für Eier, Butter und Molkereiprodukte sowie Fische sind sie in Bildung begriffen. In diesen Organisationen selbst haben neben dem Handel und der Kaufmannschaft die Konsumenten selbst ihre Vertretung. Eine besondere Aufgabe ist die Durchführung von Kompensationsgeschäften mit dem Auslande. Da die neugegründeten Nationalstaaten fast ausnahmslos Lebensmittel nur gegen Austausch von Industrieartikeln abgeben, erschien es zur Vermeidung eines preistreibend wirkenden Kompensationsverkehres zweckmäßig, die Durchführung dieser Geschäfte bei dieser Stelle zu konzentrieren. Beim Abschluß dieser Geschäfte wird die Lebensmitteleinfuhrstelle einvernehmlich mit dem „D. ö. Warenverkehrsbureau" vorgehen. Im Vorstand werden Verbraucher, Landwirte sowie Handel und Industrie vertreten sein. Es ist daher den Interessentenkreisen ein maßgebender Einfluß auf die Leitung der Lebensmittelgeschäfte eingeräumt. In den Vorstand wurden berufen: Baron Ehrenfels, Präsident der Landwirtschaftsgesellschaft, M. Eldersch, Obmann des N.-ö. Arbeiter-Konsumvereines, F. Hoß, Vizebürgermeister der Stadt Wien, G. Kuhner, Verwaltungsrat der Kunerolwerke, L. Lampel, Vertreter des Zentralverbandes der Handelsagenten und Kommissionäre, F. Lemberger, Generaldirektor, Johann Pabst, Vorstand der Genossenschaft der Gemischtwarenhändler, H. Reif, Vizepräsident der Kriegsgetreideanstalt, Georg Stern, Vertreter der Vieh- und Fleischverkehrsgesellschaft, Dr. Wutte, Wirtschaftskommissär in Graz, J. Zehetbauer, Direktor des Reichswirtschaftsverbandes der Festangestellten.

Eine weitere amtliche Meldung besagt: Durch eine morgen zur Verlautbarung gelangende Vollzugsanweisung wird das Deutschösterreichische Warenverkehrsbureau zum Zwecke der Vermittlung und Durchführung des Warenaustauschverkehrs (Kompensationsverkehr) mit dem Auslande errichtet. Die Geschäftsführung erfolgt, soweit bei Kompensationsgeschäften als Gegenleistung Lebensmittel in Betracht kommen, im Zusammenarbeiten mit der „Deutschösterreichischen Lebensmitteleinfuhrstelle".

Fremdenblatt

30./I. 1919

776

Die Schweizer Hilfsaktion.

Mitteilungen des Bürgermeisters. — Ein vierter Lebensmittelzug.

Die Schweiz sendet den Wienern abermals einen Zug mit Lebensmitteln. Wir konnten diese erfreuliche Tatsache bereits vor Wochenfrist feststellen und gestern hat der Bürgermeister in einer Wählerversammlung im Bezirke Landstraße unter Beifallsbezeigungen der Zuhörer die Nachricht bestätigt. Dr. Weiskirchner sagte:

Unsere Ernährungslage ist überaus knapp, und während früher nur die Entente die Blockade geübt hat, sperren sich jetzt die neuen Staaten auch noch ab, und es wird der Gemeinde Wien riesig schwer gemacht, auch nur das bißchen Milch noch weiter aus den tschecho-slowakischen und ungarischen Gebieten hereinzubekommen. Hut ab vor der Schweiz, die mit einer Hochherzigkeit eingegriffen hat, um uns trotz ihrer schmalen Vorräte Hilfe zu bringen. Gerade heute war der Schweizer Gesandte wieder bei mir und hat mir eröffnet, daß neuerlich ein Zug mit Lebensmitteln als Liebesgabe der Schweiz zu uns kommen soll. Das Verdienst der Schweiz geht aber noch viel weiter als die Gaben, die sie uns geschickt hat; ihr Beispiel hat die Herzen der Entente bezwungen, und der Schweiz ist es zu verdanken, daß die Blockade jetzt gebrochen worden ist. (Lebhafter Beifall.) Neben der knappen Ernährungslage hat auch der große Notstand der Arbeitslosigkeit um sich gegriffen. Es ist Pflicht aller, alles aufzubieten, um diesen Zustand zu ändern. Ich habe heute im Stadtrat einen Bericht vorgelegt, wonach 104 Millionen Kronen Investitionsarbeiten beschlossen worden sind. Das setzt freilich auch Arbeitswilligkeit voraus, und gewisse Erscheinungen deuten leider darauf hin, daß der unselige Krieg große Verheerungen in gewissen Geistern angerichtet hat. Hoffentlich wird der gesunde Sinn der Bevölkerung den rechten Weg finden.

Neues Pester Journal

30. I. 1919

Ernährung und Versorgung.

Die Approvisionierung.

Kontrolle der Märkte. — Die Kartoffelversorgung. — Die Fettabgabe.

Die Geltendmachung der verschiedenen Vorschriften auf dem Gebiete des Ernährungswesens hat bislang in Budapest auf Schwierigkeiten gestoßen, da es einerseits an Organen fehlte, die eine Kontrolle ausüben, andererseits wieder zog sich das Verfahren gegen Preistreiber und Schleichhändler so lange hin, daß eine wirksame Bekämpfung des Warenwuchers nicht verwirklicht werden konnte. Ernährungsminister Ernst Balogh hat im Einvernehmen mit Regierungskommissär Moriz Erdélyi angeordnet, daß zur Kontrolle der Budapester Märkte eine Stelle errichtet wird, die die Durchführung und Einhaltung der Ernährungsvorschriften überwachen wird. Diese neue Stelle wird im Rahmen des Landes-Ernährungsamtes und unter Leitung des Sektionsrates Rudolf Temple in den nächsten Tagen ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die Approvisionierungssektion der Hauptstadt Budapest teilt mit, daß die Fettanweisungen, die das Zentral-Mehlamt den Beschaffungsgruppen und allen Anstalten ausfolgt, die die Fettkupons ihrer Mitglieder auf einmal einliefern, vom 3. Februar an nicht mehr im kommunalen Pferdefleischbetrieb, sondern im kommunalen Lebensmittelbetrieb eingelöst werden. Wer eine solche Anweisung einlösen will, muß dies vorher dem Lebensmittelbetrieb zwischen 8 und 12 Uhr vormittag telephonisch (József 46—48) anmelden, bei welcher Gelegenheit der Betrieb die Stunde festsetzen wird, in der das Fett abgeholt werden kann.

Seit dem Amtswirken des neuen Generaldirektors der Kartoffelzentrale Armin Schwarz ist eine Besserung in der Kartoffelversorgung Budapests eingetreten, die nun reorganisiert worden ist. Da die Kartoffelnot hauptsächlich durch den Umstand verursacht wird, daß keine Waggons zum Transport der Kartoffeln nach Budapest bereitstanden, werden auf Betreiben des Regierungskommissärs Moriz Erdélyi Sonderzüge in die Hauptproduktionsgebiete von Kartoffeln abgerollt, die ausschließlich die Kartoffelbelieferung Budapests durchführen. Einstweilen wurden drei Sammelstellen für den Kartoffeltransport in Csap, Nyiregyháza und Kisvárda errichtet. Auch die Qualität der Kartoffeln ist im Gegensatze zu früheren Jahren ganz einwandfrei, da nur trockene, unverdorbene Kartoffeln, die von der Erde gereinigt sein müssen, für die Verpflegung von Budapest in Anspruch genommen werden. Die weitere Gestaltung der Kartoffelversorgung Budapests hängt davon ab, ob die Tschechoslovaken das Komitat Szabolcs, das die Kartoffelkammer der Hauptstadt ist, besetzen werden. Die reiche Kartoffelbelieferung Budapests gestattet es, daß die für die Zeit vom 1. bis 10. Februar d. J. gültigen Kartoffelkupons schon von heute an eingelöst werden.

Frankfurter Zeitung

30.

30. I. 1919

778

Lebensmittel- und Rohstoff-Einfuhr.

Arbeitsleistung als Zahlungsmittel.

Man schreibt uns:

Die Ankündigung der Herabsetzung der Kartoffelration ab Februar auf 2 Pfund in der Woche ist die notwendige Folge der Ereignisse in der Provinz Posen und der Bedrohung der Provinzen Schlesien und Westpreußen. In diesen von der polnischen Gefahr bedrohten Provinzen werden außer Getreide etwa 8 Millionen Tonnen Kartoffeln erzeugt. Wenn von diesen nur der vierte Teil nicht abgeliefert wird, so sind das 40 Millionen Zentner, während durch die in Aussicht genommene Herabsetzung ab Februar — den nichtversorgten Teil der Bevölkerung mit 40 Millionen Menschen gerechnet — nur 52 Pfund auf den Kopf oder rund 20 Millionen Zentner gespart werden. Dabei ist es aber wahrscheinlich, daß die Lieferungsdifferenz noch größer sein wird. Hier erfährt also der deutsche Michel am eigenen Leibe die Folgen der Spartakusbewegung, denn es ist zweifellos, daß die Bewegung im Osten längst nicht diesen Umfang angenommen hätte, wenn wir schon Anfang Dezember die nötigen Truppen zur Abwehr der polnischen Uebergriffe hätten bereitstellen können. Inzwischen gehen auch die Streiks in Oberschlesien und im Ruhrgebiet lustig weiter; die Kohlenförderung geht täglich mehr zurück auch sonst folgt Streik auf Streik und die Gütererzeugung sinkt auf allen Gebieten rapid. Das bedeutet aber nicht mehr und nicht weniger, als daß durch Arbeitseinstellungen und Arbeitsverhinderung das deutsche Volk Selbstmordpolitik treibt.

Die Entente hat uns zwar gegen Bereitstellung unserer Flotte Lebensmittel versprochen, zugleich aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir diese Lebensmittel bezahlen müssen, nicht etwa mit Marknoten, sondern mit vollwertigen Waren. Wenn man bedenkt, daß allein für die Brotversorgung Deutschlands monatlich 600 000 t Getreide nötig sind und wenn man annimmt, daß uns von April bis August auch nur 200 000 t monatlich geliefert werden, denn mehr wird man uns wohl nicht zuteilen, so sind das 1 Million Tonnen, die zum argentinischen Preise einschließlich Spesen — mit etwa 55 Dollars Gold die Tonne gerechnet — 55 Millionen Golddollars kosten. Erhalten wir dazu noch monatlich 100 000 t Mais, den wir zur Verbesserung unserer Viehzucht und Milchwirtschaft ebenso dringend brauchen wie das Brotgetreide, dann wären das weitere 500 000 t, die bei einem Tonnenpreis von 30 Dollars Gold weitere 15 Millionen Golddollars beanspruchen. Die uns in Aussicht gestellten 70 000 t Schweinefleisch, Schmalz und Speisefett kosten, wenn wir sie zu 1.25 das Kilogramm, d. i. zu 1250 Goldbdollars die Tonne bekommen, monatlich 87,5 Millionen oder 437,5 Mill. Dollars Gold für 5 Monate. Dabei würden diese 70 000 t monatlich nur eine Verteilung von 2 Pfund auf den Kopf und Monat gestatten, unter Berücksichtigung einer erhöhten Ration für Schwerarbeiter, Kranke usw. Mit einem Wort: allein für diese unbedingt notwendigen Lebensmittel brauchen wir mehr als 500 Millionen Dollars Goldwert auf Basis der Preise ohne Seefracht, da anzunehmen ist, daß die Beförderung mit den deutschen Schiffen erfolgt, so daß wir die Fracht in deutschen Werten bezahlen können.

Wir müssen also zunächst Werte schaffen, um diese vom Ausland hereinzubringenden Lebensmittel auch bezahlen zu können. Könnten wir sie mit Gold bezahlen, so würde damit so ziemlich unsere ganze Goldreserve aufgezehrt werden; diese Möglichkeit ist uns überdies genommen, ebenso wie uns das Verfügungsrecht über die in den alliierten Ländern beschlagnahmten deutschen Vermögen entzogen ist. Solange uns die Entente Kredite nicht einräumt, müssen wir diese Bezüge durch Lieferung von Kali, Kohlen, Eisen und Stahl, Chemikalien, Maschinen, Glaswaren und Fertigfabrikaten jeder Art auszugleichen suchen. Man darf sich aber in dieser Beziehung keine Illusion machen. Es wird sehr schwer sein, die nötigen Mengen aufzutreiben. Unsere gesamte Kaliausfuhr betrug in Friedenszeiten wenig mehr als 100 Millionen Mark, und wenn wir es jetzt zum doppelten oder dreifachen Preise verkaufen könnten, so wäre infolge der Entwertung der Valuta doch kaum der Goldwert des Friedens dafür zu erlösen, weil wir durch die langen Kohlenstreiks und die Transportkrisis mit der Kaliförderung gegen die Vorjahre ganz gewaltig im Rückstande sind. Dazu kommt noch, daß wir außer den Lebensmitteln noch andere Rohstoffe zur Wiederherstellung der dringendsten Lebensbedürfnisse im Innern und zur Wiederaufnahme unserer Exportindustrie ebenso dringend brauchen. Was wir an Häuten, Gerbstoffen, Wolle, Baumwolle, Gummi, Petroleum, Schmierölen, an Rohprodukten für die Margarine-Industrie wie Copra, Leinsaat und sonstigen Oelsaaten, ferner an Kupfer, Nickel, Mangan, Chrom und anderen Metallen nötig haben, wird mit 6 bis 700 Millionen Dollars Gold wohl eher zu niedrig als zu hoch geschätzt sein. Kurz wir brauchen ungefähr 5 Milliarden Mark zur Friedens-Parität gerechnet zur unumgänglichen Minimum-Einfuhr, um die Lebensmittelversorgung sicher zu stellen und die enorme Teuerung der Gewebe, Schuhe etc. wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Bedenkt man, daß unser Friedensexport jährlich 10 Milliarden Mark betrug, und ein ganz gewaltiger Teil unserer Industrie mangels Rohstoffen überhaupt nicht arbeiten kann, so ist die Tatsache, daß wir selbst durch die Kohlenstreiks und die verschiedenen sonstigen Arbeitsverhinderungen speziell in der Herstellung von Transportmitteln und Reparaturen der Maschinen und Waggons so gewaltige Rückschritte gemacht haben, geradezu unfaßbar.

Nur die intensivste Anstrengung aller Arbeitskräfte kann uns aus unserer verzweifelten Lage herausführen. Jeder Arbeitslose müßte das einsehen und jede Gelegenheit ergreifen, die ihm geboten ist, um Arbeit zu leisten, ganz gleichgültig welcher Art. Kommt diese Einsicht nicht bald, so bleibt der Regierung kein anderes Mittel, als das Hilfsdienstgesetz wieder einzuführen, das die Leute zur Arbeit zwingt.

Berner Band

30./I. 1919

30

779

Hilferuf für österreichische Kinder

T. Am 4. Februar, abends 5 Uhr 25, kommen 500 schwächliche, arme Kinder aus Wien, Graz und Linz in Bern an, um 6 Uhr 5 Min. zu einem achtwöchigen Aufenthalt nach Frutigen und Adelboden weiterzureisen.

Wohl fehlen auch in vielen Familien bei uns die nötigen Kleidungsstücke, und die Wäsche ist spärlich geworden; aber so arm und entblößt wie diese ausgehungerten Kinder es sind, gibt es bei uns doch keine. Und was haben diese armen, unschuldigen Wesen für Entbehrungen ertragen müssen in diesen langen, schweren Kriegsjahren! Sie kommen zu uns, um die verlorene Kraft und Gesundheit wiederzufinden, notdürftig nur mit Kleidern und Wäsche versehen, und warme Kleider sind doch gewiß eine Vorbedingung für die Erholung dieser armen Kinder. Gewiß finden sich in vielen Familien noch entbehrliche Kleidungsstücke. Unsere Bevölkerung hat sich Nahrungsmittel am eigenen Munde abgespart, um sie nach Wien zu senden. Mildtätig wird sie gewiß mithelfen, diese armen, kleinen Gäste zu kleiden. Gaben aller Art können direkt nach Frutigen, Hotel Hodler (für österreichische Ferienkinder), gesandt oder an Fräulein Trüssel, Fischerweg 3, abgegeben werden.

Tägliche Rundschau

30/I. 1919.

30./I. 19

180

Die Unterernährung der Großstadtkinder.

Nach den amtlichen Feststellungen des Reichsgesundheitsamts sind die Folgen der langjährigen Unterernährung besonders bei den Kindern geradezu katastrophal. Nicht nur Tuberkulose, Skrophulose, Epilepsie, Verdauungsstörungen, englische Krankheit und Blutarmut haben in erschreckendem Maße zugenommen, sondern auch die Zahl der Sterbefälle ist ungeheuer gewachsen. Bei den Kindern im Alter von 1 bis 15 Jahren ist die Sterblichkeitsziffer um das Doppelte gegen früher gestiegen. Hinzu kommen die schweren Schädigungen des kindlichen Nervensystems infolge der Aufregungen der Kriegszeit und der Revolutionsvorgänge. Da eine Milderung der grausamen Hungerblockade nicht eingetreten ist, und in absehbarer Zeit an eine grundlegende Aenderung der Verhältnisse noch nicht zu denken ist, hat das Reichsgesundheitsamt die unbedingte Fortsetzung der Arbeiten des Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder" gefordert, da gerade ein mehrwöchiger Landaufenthalt am besten geeignet ist, die Kinder zu kräftigen und widerstandsfähiger zu machen.

Bekanntlich hat bereits in den Vorjahren der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" unter Mitwirkung der Stadt- und Landkreise sowie einer großen Anzahl gemeinnütziger Verbände und Vereine die Unterbringung von erholungsbedürftigen unterernährten Kindern aus den Großstädten und Industriebezirken auf das Land durchgeführt. Im Jahre 1917 konnte mehr als einer halben Million, im Jahre 1918 trotz der schwieriger liegenden Verhältnisse dank der Opferwilligkeit der Landbevölkerung etwa 300 000 Kindern die Wohltat eines Landaufenthalts zuteil werden.

Das Ministerium des Innern hat neuerdings durch einen Erlaß vom 18. Januar den Verein mit der Durchführung der Vorbereitungsarbeiten betraut und ihm jede nur mögliche Förderung seiner Arbeiten zugesagt. „Obwohl wir", so heißt es in dem Erlaß, „die mannigfachen Schwierigkeiten, die einer großzügigen Durchführung des Unternehmens in diesem Jahre entgegenstehen, nicht verkennen, haben wir uns doch unter dem Zwange der Verhältnisse und um kein Mittel, das die Not der Zeit lindern kann, außer acht zu lassen, entschlossen, dem Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" auch künftighin die nachhaltigste behördliche Förderung seiner Arbeiten angedeihen zu lassen, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Landbevölkerung dem Notruf für unsere Jugend wiederum Ohr und Herz öffnen wird.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß sich, angesichts der ernsten Lage, alle Kreise, die bisher zu dem Gelingen des Unternehmens tatkräftig beigetragen haben, auch in diesem Jahre wieder bereitwillig für die vaterländische Sache einsetzen werden, denn wir müssen alles daran setzen, uns einen gesunden und kräftigen Nachwuchs zu sichern.

National - Zeitung
30. I. 1919
181

Hilfe für Wien.

Wohltätigkeits-Vorstellung.

(Mitg.) „Das große Welttheater" v. Calderon de la Barca soll zu Gunsten der Notleidenden Wiens nächsten Sonntag im großen Theatersaal des Borromäums, Byfangweg 8, zur Aufführung gelangen. (S. auch das Inserat.) — Es ist ein Mysterienspiel, wie es im Mittelalter in vielen Städten auf offenen Plätzen gespielt wurde. Calderon, Spaniens größter Dichter, verstand bei seiner hervorragend dramatischen Gestaltungsgabe, die erhabensten Geheimnisse der Religion in wunderbarer Lebendigkeit, kindlicher Naivität und der glühenden Farbenpracht des Südens darzustellen. Sein dichterischer Genius schuf im „Welttheater" ein Werk von höchster Schönheit. Wenn dieses „Mysterium" in den Dienst der Nächstenliebe zu Gunsten der Notleidenden Wiens tritt, so erfüllt es damit am schönsten seinen Grundgedanken, daß ein Menschenleben dann am schönsten gelebt ist, wenn es, sich selbst vergessend, dem hungernden Bruder dient.

31. I. 1919

183

Englische Lebensmittelspenden für Wien. Vom Staatsamt für Volksernährung wird mitgeteilt: Mit dem ersten auf Verfügung des englischen Oberkommandierenden in Italien Lord Cavon am 13. d. in Wien eingelangten Lebensmittelzug sind insgesamt 18 Waggons Lebensmittel eingetroffen, die an die bedürftigen Kreise der Wiener Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der Kinder unentgeltlich abgegeben werden. Die Verteilung der einzelnen Lebensmittelmengen erfolgt in der Weise, daß das eingelangte Mehl (60.300 Kilogramm) auf Teigwaren verarbeitet und gegen bloßen Ersatz der Fabrikationskosten von 80 Heller für ein Kilogramm an die Mindestbemittelten sämtlicher Kategorien in Kopfquoten zu zehn Dekagramm ausgegeben wird. Bei der Verteilung des Zwiebacks (42.000 Kilogramm), Hafermehls (4950 Kilogramm) und Zuckers (12.000 Kilogramm) werden in erster Linie Kinderfürsorgeorganisationen, Kinderkriegsküchen ꝛc., ferner die Familien von Mindestbemittelten mit Kindern unter zwei Jahren berücksichtigt. Ein Teil dieser Verpflegsartikel wurde den öffentlichen Spitälern und Krankenküchen zur Verfügung gestellt. Mit besonderer Zubuße an Zucker wurden die stillenden Mütter und schwangeren Frauen bedacht. Die Kondensmilch (50.000 Dosen) wurde teils zur Verabreichung eines warmen Frühstücks für arme Schulkinder, teils zur Beteilung der Kinder der ärmsten Bevölkerungsschichten unter Mitwirkung der Frauenhilfsaktion bestimmt. Fleischkonserven (45.000 Kilogramm), Erbsensuppenkonserven (19.000 Kilogramm) und Reis (13.000 Kilogramm) wurden auf die Mindestbemittelthaushalte der untersten Kategorien, an Kinderkriegsküchen und öffentliche Ausspeisungen und verschiedene Armenanstalten sowie sonstige gemeinnützige Unternehmungen aufgeteilt. Die Durchführung der ganzen Verteilungsaktion, die bereits im Zuge ist, wurde der Kriegsfürsorgezentrale des Magistrats Wien übertragen. Zur Verhütung jeden Mißbrauchs wurde dafür Sorge getragen, daß die Abgabe der gespendeten Lebensmittel, soweit sie durch unmittelbare Beteilung einzelner Familien oder Personen erfolgt, nur auf Grund der für Mindestbemittelte bestehenden Einkaufsscheine durchgeführt wird. Am 27. Jänner ist ein zweiter englischer Hilfszug mit 27 Waggons Lebensmitteln eingelangt, die der Spender Lord Cavon gleichfalls ausschließlich zur unentgeltlichen Beteilung der bedürftigsten Bevölkerungsschichten Wiens ausdrücklich bestimmt hat. Dieser Zug enthält etwa 107.000 Kilogramm Fleisch, 49.000 Kilogramm Zwieback, 41.000 Kilogramm Kondensmilch, 40.000 Kilogramm Bohnen, 50.000 Kilogramm Reis und 73.000 Kilogramm Mehl. Die Grundsätze für die Verteilung dieser Lebensmittelmengen wurden im Einvernehmen mit dem Vertreter des Lord Cavon und der Gemeinde Wien bereits festgestellt. Mit der Ausgabe wird nach Fertigstellung des genauen Verteilungsplanes im Laufe der nächsten Woche begonnen werden.

Neue Freie Presse

31. I. 1919

184

Kreditierung der Ententelieferungen für Wien.

Betreffend des in den letzten Wochen wiederholt angekündigten Dollaranlehens der Gemeinde Wien erfahren wir, daß der diesbezügliche Plan vorläufig nicht zur Durchführung gelangt.

Die Ententeregierungen, die der Gemeinde Wien Lebensmittel zur Verfügung stellen, sollen die Bereitwilligkeit erklärt haben, die in Betracht kommenden Warenmengen bis auf weiteres auf Kredit zu liefern. Es unterbleibt somit das Dollaranlehen der Gemeinde Wien.

Neue Freie Presse

31./I. 1919

185

Die englischen Lebensmittelspenden für Wien.

Vom Staatsamte für Volksernährung wird mitgeteilt: Mit dem ersten, über Verfügung des englischen Oberkommandierenden in Italien, Lord Cavon, am 13. d. in Wien eingelangten Lebensmittelzug sind insgesamt 18 Waggons Lebensmittel eingetroffen, die im Einvernehmen mit Vertretern des Spenders, dessen Intentionen entsprechend, an die bedürftigsten Kreise der Wiener Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der Kinder unentgeltlich abgegeben werden. Die Verteilung der einzelnen Lebensmittelmengen erfolgte in der Weise, daß das eingelangte Mehl (60.300 Kilogramm) auf Teigwaren verarbeitet und gegen bloßen Ersatz der Fabrikationskosten von 80 H. per Kilogramm an die Mindestbemittelten sämtlicher Kategorien in Kopfquoten zu 10 Dekagramm ausgegeben wird. Bei der Verteilung des Zwiebacks (42.000 Kilogramm), Hafermehles (4950 Kilogramm) und Zuckers (12.000 Kilogramm) werden in erster Linie Kinderfürsorge-Organisationen, Kinderkriegsküchen und so weiter, ferner die Familien von Mindestbemittelten mit Kindern unter zwei Jahren berücksichtigt. Ein Teil dieser Verpflegsartikel wurde den öffentlichen Spitälern und Krankenküchen zur Verfügung gestellt. Mit besonderer Zubuße an Zucker wurden die stillenden Mütter und schwangeren Frauen bedacht. Die Kondensmilch (50.000 Dosen) wurde teils zur Verabreichung eines warmen Frühstückes für arme Schulkinder, teils zur Beteilung der Kinder der ärmsten Bevölkerungsschichten unter Mitwirkung der Frauenhilfsaktion bestimmt. Fleischkonserven (45.000 Kilogramm), Erbsensuppenkonserven (19.000 Kilogramm) und Reis (13.000 Kilogramm) wurden auf die Mindestbemitteltenhaushalte der untersten Kategorien, an Kinderkriegsküchen und öffentliche Ausspeisungen und verschiedene Armenanstalten sowie sonstige gemeinnützige Unternehmungen aufgeteilt.

Am 27. d. (von uns im heutigen Abendblatte gemeldet. Anm. d. Red.) ist ein zweiter englischer Hilfszug mit 27 Waggons Lebensmitteln eingelangt, die der Spender Lord Cavon gleichfalls ausschließlich zur unentgeltlichen Beteiligung der bedürftigsten Bevölkerungsschichten Wiens ausdrücklich bestimmt hat. Dieser Zug enthält zirka 107.000 Kilogramm Fleisch, 49.000 Kilogramm Zwieback, 41.000 Kilogramm Kondensmilch, 40.000 Kilogramm Bohnen, 50.000 Kilogramm Reis und 73.000 Kilogramm Mehl. Die Grundsätze für die Verteilung dieser Lebensmittelmengen wurden im Einvernehmen mit dem Vertreter des Lord Cavon und der Gemeinde Wien bereits festgestellt. Mit der Ausgabe wird im Laufe der nächsten Woche begonnen werden.

Neue Freie Presse Abendt
31. I. 1919
186

Amerikanische Getreidesendungen für Deutschösterreich.

Außer den von der Entente zur Lieferung zugesagten 24.000 Tonnen Getreide, stellt Amerika 1000 Tonnen Weizen zur Verfügung. Diese Maßnahme ist auf direkte Einflußnahme des amerikanischen Ernährungsdiktators Mr. Hoover erfolgt, auf Grund der Berichte, die er über die Ernährungsfrage in Deutschösterreich erhalten hat. Vorige Woche trafen aus Triest zwei amerikanische Offiziere in Wien ein, deren Aufgabe es war, entsprechende Unterkunft für die diese amerikanischen Getreidezüge begleitenden amerikanischen Soldaten sicherzustellen. Diese hundert Waggons in vier Zügen zu je 25 Waggons geteilt, kommen aus Triest mit der Südbahn in Wien an. Die amerikanische Begleitmannschaft soll den Transport des Getreides durch jugoslawisches Gebiet sichern.

Das Eintreffen mindestens des ersten dieser vier amerikanischen Züge wird für den heutigen Tag erwartet, seine Ladung käme auch noch für die nächstwöchentliche Brotquote in Betracht.

Berner Bund

31. Dez. 1919

187

Versorgung der Schweizer im Ausland

(Mitgeteilt vom eidg. Ernährungsamt)

Um den an Versorgungsschwierigkeiten leidenden Schweizern in den Zentralstaaten durch Zuweisung größerer Lebensmittelpakete ihre Notlage noch mehr zu lindern, sind den bisherigen fünf Paketserien drei neue beigefügt worden, und zwar: «I» für Familien zu Fr. 14 das Paket, «K» für Kinder und Kranke zu Fr. 14 das Paket, «L» für Alleinstehende zu Fr. 26 das Paket.

Diese neuen Serien enthalten wiederum das ursprüngliche Vollgewicht von 5 Kilogramm brutto. Die Bezugsbedingungen dafür sind die gleichen wie für die bisherigen fünf Serien, welche in Kraft bleiben. Es steht also den Bezügern nunmehr die freie Auswahl von acht Serien zu. Abänderungen von bereits erfolgten Bestellungen alter Serien auf die neuen sind aus zwingenden Gründen unzulässig.

Um unsern Landsleuten noch besser helfen zu können, ist die Frage in Prüfung, nach großen Städten Sammelsendungen zu schicken, die in besondern Fällen Verwendung finden könnten.

Wir bringen ferner zur Kenntnis der Besteller von Lebensmittelpaketen, daß der Paketversand nach den gesperrt gewesenen Gebieten der linksrheinischen Pfalz, Deutschösterreich, Tschecho-Slowakien (Böhmen, Mähren und österreichisch Schlesien), Jugoslawien wieder zulässig ist. Dagegen bleiben gesperrt das linksrheinische Hessen und die Rheinprovinz mit den Brückenköpfen von Köln, Mainz und Koblenz; ferner Ungarn, Galizien, Istrien und Fiume.

Der Abend
31. X. 1919

A 31

188

Schleichhandel und Rucksack.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

An die schlimmsten Fälle brutaler Lebensmittelwegnahmen in den ungarischen Grenzorten wurde ich vergangenen Sonntag in Spitz a. d. D., Krems und anderen Stationen in dieser Gegend erinnert. In Spitz wurden am 25. und 26. d. M. vor Abgang des Zuges nach Wien den Reisenden, größtenteils armen Wiener Arbeitern und Beamten, die Gepäcksstücke, Rucksäcke, ja, sogar kleine Handtaschen von zwei Gendarmen und einigen Volksschutzleuten untersucht und die darin befindlichen, jedenfalls sehr schwer errungenen Lebensmittel abgenommen. Man trachtete, die Leute in die verhältnismäßig kleinen Wartesäle hineinzu—treiben, wo man ihnen die Rucksäcke trotz aller energischen Proteste der Männer und trotz der flehentlichsten Bitten der Frauen einfach wegnahm. Diese empörenden Szenen wiederholten sich in allen Stationen der Bezirkshauptmannschaft Krems, außerhalb dieser nicht mehr. Sollte denn gerade der Kremser Bezirkshauptmann, ein Ritter v. Stahl, in dieser Zeit des Hungerödems so strenge Aufträge haben, daß er Leuten, die sich unter schweren Opfern einige Lebensmittel erringen konnten, diese wegnehmen lassen muß? Selbst die kleinsten Mengen, z. B. 1 Liter Milch, kleine Säckchen Mehl, die höchstens 1 bis 1½ Kilogramm enthielten, einige Eier usw. wurden ohne Gnade weg—genommen. Wie eine Verhöhnung wirkte die Rücksichtslosigkeit, mit der man den Leuten die doch sicherlich nicht im Kremser Bezirke gehamsterten Rucksäcke wegnahm und ihnen, wenn sie baten, ihnen wenigstens die leeren Rucksäcke zurückzugeben, barsch bedeutete: „Den können sie in acht Tagen hier abholen."

*

Der „Abend" hat für den sogenannten freien Rucksackverkehr wenig übrig, aber wir müssen doch folgendes sagen: Täglich bringen Tausende von Schleichhändlern aus Nieder- und Oberösterreich und aus der Steiermark Tausende von Kilogramm Lebensmittel, Mehl, Butter, Eier und Fleisch nach Wien. Hier werden diese Waren zu wahnwitzigen Preisen an die reichen Zahler abgegeben und Hunderte von offenen Lebensmittelgeschäften verkaufen jetzt frank und frei Butter zu 80 K, Mehl zu 20 K, Zucker zu 20 K. Die Behörden sehen und hören nichts, während sie armen Leuten, die die Mühen einer Bahnfahrt und das Betteln bei den Bauern auf sich nehmen, die kärglichen, so traurig erstandenen Waren durch Gendarmen abjagen lassen. Wahrhaftig, es ist hohe Zeit, dem vielköpfigen Staatsratsungetüm zu sagen, daß auch die große Geduld des Wiener Volkes angesichts dieses Treibens einmal ein Ende haben kann. In Prag und Budapest ist man dem Wucher an den Leib gerückt, während bei uns der Geist des von einer hohen Regierung und ihrem Kanzler geförderten Dr. Kranz über den Dingen schwebt.

Frankfurter Zeitung
31. II. 1919

31

188

Die Unterernährung der Großstadtkinder.

Wie bekannt, hat bereits in den Vorjahren der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" als behördlich beauftragte Zentrale unter Mitwirkung der Stadt- und Landkreise sowie einer großen Anzahl gemeinnütziger Verbände und Vereine die Unterbringung von erholungsbedürftigen unterernährten Kindern aus den Großstädten und Industriebezirken auf das Land durchgeführt. Im Jahre 1917 konnte mehr als einer halben Million, im Jahre 1918 trotz der schwieriger liegenden Verhältnisse dank der Opferwilligkeit der Landbevölkerung etwa 300 000 Kindern die Wohltat eines Landaufenthalts zuteil werden. Nach den amtlichen Feststellungen des Reichsgesundheitsamts sind die Folgen der langjährigen Unterernährung besonders bei den Kindern geradezu katastrophal. Nicht nur Tuberkulose, Skrophulose, Epilepsie, Verdauungsstörungen, englische Krankheit und Blutarmut haben in erschreckendem Maße zugenommen, sondern auch die Zahl der Sterbefälle ist ungeheuer gewachsen. Bei den Kindern im Alter von 1 bis 15 Jahren ist die Sterblichkeitsziffer um das Doppelte gegen früher gestiegen. Hinzu kommen die schweren Schädigungen des kindlichen Nervensystems infolge der Aufregungen der Kriegszeit und der Revolutionsvorgänge. Da eine Milderung der grausamen Hungerblockade nicht eingetreten ist und in absehbarer Zeit an eine grundlegende Aenderung der Verhältnisse noch nicht zu denken ist, hat das Reichsgesundheitsamt die unbedingte Fortsetzung der Arbeiten des Vereins als dringender denn je gefordert, da gerade ein mehrwöchentlicher Landaufenthalt nach den bisherigen Erfahrungen am besten geeignet ist, erholungsbedürftige, unterernährte Kinder gegen die ihnen drohenden Gefahren widerstandsfähiger zu machen und dadurch einem weiteren Umsichgreifen von Erkrankungen vorzubeugen. Daraufhin hat jetzt das Ministerium des Innern im Benehmen mit dem Kultusministerium und Landwirtschaftsministerium durch Erlaß vom 18 Januar wiederum, wie in den Vorjahren, den Verein Landaufenthalt für Stadtkinder mit der Durchführung der erforderlichen Vorbereitungsarbeiten betraut und ihm jede nur mögliche Förderung seiner Arbeiten zugesagt. „Obwohl wir," so heißt es in dem Erlaß, „die mannigfachen Schwierigkeiten, die einer großzügigen Durchführung des Unternehmens in diesem Jahre entgegenstehen, nicht verkennen, haben wir uns doch unter dem Zwange der Verhältnisse und um kein Mittel, das die Not der Zeit lindern kann, außer acht zu lassen, entschlossen, dem Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" auch künftighin die nachhaltigste behördliche Förderung seiner Arbeiten angedeihen zu lassen, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Landbevölkerung dem Notruf für unsere Jugend wiederum Ohr und Herz öffnen wird."

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß sich angesichts der ernsten Lage alle Kreise, die bisher zu dem Gelingen des Unternehmens tatkräftig beigetragen haben, auch in diesem Jahre wieder bereitwillig für die vaterländische Sache einsetzen werden, denn wir müssen alles daran setzen, uns einen gesunden und kräftigen Nachwuchs zu sichern. Auf unserer Jugend ruht unsere Zukunft!

National = Zeitung
31. I. 1919

1890

Hilfe für Wien.

Sie haben unsere Sammlung vergessen. Nur noch wenige Tage wird sie dauern und der 6. Tausender ist immer noch nicht erreicht. Fr. 5633.90 liegen zur Stunde in unserer Wiener Sammelbüchse. Aus allen Gegenden der Schweiz kommen die Rationsmarken angeflogen. Und auch aus unserer Stadt gehen sie reichlich ein. Wer gedenkt weiter der Hungernden?

* * *

Das schweizerische Komite für die Wiener Hilfsaktion beschloß, den Schluß der ganzen Sammlung inklusive Naturalgaben und Geldspenden auf den 8. Februar festzusetzen.

Ein erster Zug mit Liebesgaben von etwa dreißig Waggons geht am 4. Februar in Begleitung von Delegierten der schweizerischen Hilfskommission in Buchs ab; ein zweiter und letzter Zug wird nach Schluß der Sammlung folgen.

Amtsblatt der Stadt Wien

1./I. 1919

2 1

f) Auf dem Lande lebende Angehörige der Eltern der Kriegerwaisen.

	Zahl	Prozent
Großvater	128	19·00
Großmutter	262	39·00
Großeltern	213	32·00
Geschwister	67	10·00
Summe . .	670	100·00

Lagerhäuser der Stadt Wien.

Bericht über das Geschäftsjahr 1917/18.

Im vierten Geschäftsjahre der Kriegszeit herrschte ebenso wie im Geschäftsjahre 1916/17 ein überaus starker Verkehr, dessen klaglose Bewältigung alle Kräfte voll in Anspruch nahm. Die Lagerräume waren bei raschem Umsatz das ganze Jahr gefüllt. Der Privatverkehr erfuhr weitere Einschränkungen und die Güterverteilung ging immer mehr an die staatlichen Wirtschafts-Zentralen und Konsumentenorganisationen über. Mannigfache Schwierigkeiten ergaben sich hiebei. In einschneidender Weise wurde der Lebensmittelverkehr durch die zunehmende Transportunsicherheit auf den Bahnen beeinträchtigt. Die Beraubung der Sendungen vermehrte die Reklamationsfälle derart, daß zur Bewältigung der damit verbundenen Erhebungen und der Kanzleiarbeiten eine große Zahl von Beamten und Hilfskräften ständig in Anspruch genommen war. Innerhalb der Bahnhöfe und Magazine der Lagerhäuser gelang es durch eine besondere Organisation, Diebstähle fast ganz zu verhindern.

Wenn die Lagerhäuser der Stadt Wien trotz der widrigen Verhältnisse ihre Leistungsfähigkeit voll entfalten und sogar gegen das Vorjahr noch steigern konnten, ist dies dem Umstande zuzuschreiben, daß die Lagerhäuser im Verlaufe des Krieges ihre Einrichtungen den wechselnden Bedürfnissen des Verkehres stets rasch angepaßt haben, so daß sie in der Lage waren, bei allen größeren Approvisionierungsmaßnahmen in der verlangten Weise mitzuwirken und niemals versagt haben.

Eine besonders wichtige Aufgabe fiel den Lagerhäusern bei der Unterbringung und Konservierung der Fleischvorräte für die Bevölkerung Wiens zu. Die Dürre des Sommers 1917 hatte im darauffolgenden Winter einen außerordentlichen Futtermangel und dieser hatte Notschlachtungen zur Folge. Da eine Unterbringung der dabei gewonnenen Fleischvorräte im Kühllagerhaus der Stadt Wien wegen dessen Ueberfüllung nicht mehr möglich war, wurden, um diese Vorräte für die Ernährung der Bevölkerung in der Zeit des völligen Mangels an Schlachtvieh sicherzustellen, von der Gemeinde die Kühlhallen des städtischen Schweineschlachthauses und im Auftrage des Amtes für Volksernährung die ausgedehnten Lagerkeller der Brauereien Hütteldorf und Simmering durch das Wiener Stadtbauamt mit der größten Beschleunigung zu Notgefrieranlagen umgestaltet. Diese Notgefrieranlagen, die im Schweineschlachthause am 1. Dezember 1917 und in den beiden Brauereien anfangs Mai 1918 fertiggestellt waren, werden von den Lagerhäusern der Stadt Wien ebenso wie die bereits seit September 1916 angegliederte Kühlanlage des Pferdeschlachthauses als Filialbetriebe des Kühllagerhauses der Stadt Wien geführt.

Die größte Inanspruchnahme der Lagerhausbetriebe im Kriege und überhaupt seit dem Bestande der städtischen Lagerhäuser hat die Uebernahme der Sendungen aus der Ukraina mit sich gebracht. Der Verkehr erhielt Mitte April 1918 durch die Zuzüge aus der Ukraina einen außerordentlichen Zuwachs. Jeder Zug brachte viele Waggons, so daß der Waggonstand in den Stationen der Lagerhäuser der Stadt Wien bis auf 1000 Waggons stieg. Fast alle Transporte, die nicht direkt an Mühlen rollten, wurden an die Lagerhäuser der Stadt Wien adressiert, ein erfreulicher Beweis für den Ruf der Lagerhäuser und die Einschätzung ihrer Leistungsfähigkeit.

Die geleistete Arbeit wird durch folgende Ziffern veranschaulicht: Vom 18. April bis 7. Juni, also innerhalb 50 Tagen, in welchem Zeitraume der größte Teil der Ukrainasendungen anlangte, sind in den Bahnhöfen der Lagerhäuser der Stadt Wien angelangt: aus der Ukraina: 2291 Waggons mit 278.564 q; sonstige: 2715 Waggons mit 272.995 q; zusammen: 5006 Waggons mit 551.559 q. In derselben Zeit sind abgerollt 4348 Waggons mit 516.161 q und wurden mit Fuhrwerk für den Wiener Konsum ausgegeben 16.024 Fuhren mit 233.822 q. Im gleichen Zeitraume sind im Frieden (nach dem Durchschnitte des Jahres 1913) 985 Waggons (à 100 q) angelangt, 938 Waggons (à 100 q) abgerollt und 4300 Fuhrwerkswagen mit 35.000 q ausgefolgt worden. Der Verkehr war also um ein vielfaches stärker als im Frieden. Dabei gab es aber mannigfache Hemmnisse, die die Leistungen im Ladedienste stark beeinträchtigten; in erster Linie die mangelhafte Verladung, sehr schlechtes Sackmateriale, Beladung von Waren verschiedenster Gattung in einem Waggon, Nichtübereinstimmung der Frachtbriefangaben mit der Sendung ꝛc. Die Entladung dieser Waggons nahm den zwei- bis fünffachen Zeitraum gegenüber der eines normal geladenen Waggons in Anspruch, was die erzielten Leistungen erst in ihrer ganzen Bedeutung offenbart.

Im Kühllagerhause hat sich der ukrainische Verkehr in ebenso starker Weise fühlbar gemacht, weil ein großer Teil der aus der Ukraina angelangten Pferde nach der Schlachtung in Gefrierräumen untergebracht werden mußte. Die Ankünfte im Kühllagerhause beliefen sich innerhalb dieser 50 Tage auf 16.527 q, die Ausfolgungen auf 9715 q. In den Filialbetrieben des Kühllagerhauses, den Kühlanlagen im Pferdeschlachthause, Schweineschlachthause und den Gefrieranlagen der Brauereien Simmering und Hütteldorf betrug der Umsatz 9624 q. Der Gesamtumsatz in den Kühlhausbetrieben betrug 35.866 q im Werte von zirka 52 Millionen Kronen. Ueberhaupt mußten im Kühllagerhause alle Kräfte auf das äußerste angestrengt werden, um die rechtzeitige Unterbringung und Konservierung der Fleischvorräte zu ermöglichen und deren Verderben zu verhindern.

Der Gesamtumsatz in allen Betrieben belief sich zur Zeit der urkrainischen Ankünfte auf 300 bis 500 Waggons pro Tag. Die Bewältigung dieses überaus starken, alles Bisherige weit übersteigenden Verkehres war eine außerordentliche Kraftprobe für die Leistungsfähigkeit aller Lagerhausbetriebe. Wenn diese Leistungen trotz schwieriger Verhältnisse erzielt werden konnten, ist dies der aufopferungsvollen Dienstleistung des Personales zuzuschreiben, an dessen Arbeitskraft die denkbar größten, nicht mehr zu überbietenden Anforderungen gestellt wurden.

Arbeiterzeitung
1/I. 1919

Die Ernährungssorgen der deutsch-österreichischen Republik.

Vom Ernährungsdirektor Matthias Eldersch.

Unsere Ernährung droht angesichts der hinhaltenden Behandlung, die die Entente unseren Ansuchen um Nahrungsmittelaushilfen zuteil werden läßt, in eine katastrophale Situation zu geraten. Die Agrarwirtschaft der Republik kann uns im besten Falle bei günstigen Ernten höchstens durch sechs Monate ernähren, selbst wenn es bei den gegenwärtigen durchaus unzulänglichen Brot- und Mehlrationen bleibt. Alle anderen Nationalstaaten, die früher dem Doppelstaat angehört haben, schließen sich gegen uns ab. Die Tschecho-Slovaken liefern außer Zucker keine Lebensmittel; nicht einmal der Grenzverkehr wird zugelassen. Diese strengen Sperrmaßnahmen werden wohl mit politischen Differenzen, die durch die strittigen Gebietsfragen verursacht wurden, begründet, aber in Wahrheit leidet die tschecho-slovakische Bevölkerung selbst unter einer Lebensmittelknappheit. Die tschechischen Agrarier, die während des Krieges angelernt wurden, die Ablieferung von Lebensmitteln zu sabotieren, haben diese für sie einträgliche Haltung auch gegen die tschecho-slovakische Republik nicht geändert und pflegen lieber den Verkehr mit Schleichhändlern als mit offiziellen Aufbringungsorganisationen*). Die Ungarn haben uns wohl bisher, zu wahren Schleichhandelspreisen, Vieh geliefert, der Verkehr gestaltet sich aber immer schwieriger, da große Gebiete des ungarischen Staates von anderen Nationalstaaten besetzt sind und der Wunsch nach Lieferung von Kompensationswaren zu ausnehmend niedrigen Preisen den Abschluß von Lieferungsverträgen erschwert. Die Polen, Ukrainer und Südslaven verhandeln wohl mit uns, aber zur Aufnahme von Lieferungen ist es bisher, mit unbeträchtlichen Ausnahmen, die den südslavischen Staat betreffen, nicht gekommen. Unserer [illegible] Folge, der Steigerung der Brotnahrung, können wir aber durch diese Staaten nicht ledig werden, da die Aufbringung von Getreide auch in diesen Gebieten infolge der Umwälzung äußerst mangelhaft ist und zureichende Mengen für uns nicht erhältlich sind. Es erscheint durchaus möglich, in normalen Zeiten erhebliche Getreidezuschüsse zu erlangen, aber in dem laufenden Wirtschaftsjahr ist dies nicht zu erwarten. Es wäre ungerecht, die Mängel in der Getreideaufbringung in den früher Oesterreich-Ungarn zugehörigen Staaten zu beklagen und die Feststellung zu unterlassen, daß dieselben Erscheinungen auch bei uns die Lebensmittelversorgung gefährden. Auch unsere Landwirte beeilen sich nicht, der jungen Republik durch restlose Ablieferung der überschüssigen Mengen an Getreide und durch Abstellung von Schlachtvieh hilfreich zur Seite zu stehen. Es gelingt kaum, durch Prämien von 25 Kronen auf einen Getreidepreis von 55 Kronen für 100 Kilogramm und durch Belieferung mit Kleidern, Schuhen und mit landwirtschaftlichen Bedarfsgegenständen die Getreideablieferung auf der während des Krieges üblichen Höhe zu halten. Sogar die niederösterreichischen Landwirte, die den Ruf haben, zu den Einsichtigsten zu gehören, werden uns Mitte Jänner 1919 noch 4000 Waggons Getreide gegenüber der Ablieferung von 1917/18 schuldig sein, obwohl die diesjährige Ernte unvergleichlich besser gewesen ist als die vorjährige. Mit dieser Menge könnte die Bevölkerung der Alpenländer (die deutschen Gebiete in den Sudetenländern müssen infolge ihrer Besetzung durch die Tschecho-Slovaken vorläufig aus dem Versorgungsplan ausgeschaltet werden) doch durch sechs Wochen, Niederösterreich allein durch zehn Wochen ernährt werden, allerdings nur mit einer Wochenration von 1150 Gramm in Brot und Mehl. Wir wollen hoffen, daß die Getreidemengen nicht durch Verfütterung und Schleichhandel der Allgemeinversorgung verlorengegangen sind.

Oberösterreich, wo die Versorgungsverhältnisse am günstigsten sind, weigert sich, das kleine Land Salzburg zu versorgen, obwohl es nahezu bis zur neuen Ernte gedeckt sein muß. Dabei wird jeder Verkehr mit Niederösterreich unterbunden, Reisenden jede Menge an Nahrungsmitteln abgenommen. Man hat den Eindruck, die tschecho-slovakische Grenze zu passieren, wenn man von Linz nach Wien fährt. Unter dem Deckmantel autonomistischer Bestrebungen haben sich die Länder gegenüber Wien eine Haltung zugelegt, gegen die nachdrücklichst Verwahrung eingelegt werden muß. Die Forderung des Ernährungsamtes, über den Stand der Versorgung regelmäßig Berichte zu erstatten, wird mit allen möglichen Ausflüchten abgelehnt. Da die Landesstellen der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt und die Landesregierungen in Ernährungsfragen gleichzeitig tätig sind, ohne sich gegenseitig zu verständigen, sind die Berichte, wenn sie erstattet werden, falsch. Es herrscht nicht einmal ein System in diesen falschen Angaben. Wenn sich eine Landesregierung irgend welcher Lebensmittelvorräte bemächtigen kann, werden sie auf einmal ausgeteilt, Rationen werden erhöht. Herrscht dann aber Mangel an Zufuhren, so wird dafür Wien verantwortlich gemacht.

Auch das System der Ungarn, die Lebensmittel im Inland durch einen Aufschlag auf die Preise der auszuführenden Lebensmittel zu verbilligen, haben sich einige Länder im Verkehr mit Wien zu eigen gemacht. Nicht einmal die geringe Fleischration von 12·5 Dekagramm für die Woche, die in Wien ausgeteilt wird, bringen die Alpenländer auf, obwohl sie jetzt von den gewaltigen Lieferungen für das Militärärar befreit sind. Deshalb muß für Wien Vieh in Ungarn und Kroatien zu Phantasiepreisen gesucht werden und der Staat muß unerschwingliche Summen bereitstellen, um das Fleisch in Wien zu verbilligen. Dieser Belastung, die im vorigen Jahr 194 Millionen Kronen betragen hat, ist der Staatssäckel nicht gewachsen und es droht eine riesige Fleischverteuerung, wenn nicht rasch Wandel geschaffen wird. Dabei haben wir in einzelnen Kronländern Fleischpreise von 6 bis 7 Kronen, in Wien von 8·40 bis 14 Kronen beim Einheitsfleisch und von 20 bis 28 Kronen beim Extremfleisch. Wenn der Staatszuschuß eingestellt wird, müßten diese Preise um 6 bis 19 Kronen das Kilogramm erhöht werden. Ja, wie kommt denn die Wiener Bevölkerung dazu, daß sie deshalb mit so hohen Fleischpreisen belastet wird, weil sie die inländische Viehproduktion trotz der lächerlich geringen Ration nicht versorgen kann oder will? Dabei liefern Oberösterreich und Steiermark nach Wien nur Fleisch, keine Rinder. Sie behalten Blut, Innereien und andere Nebenprodukte für ihren Konsum und heben auf diese Fleischlieferung Zuschläge von beträchtlicher Höhe ein, um ihre Fleischversorgung zu verbilligen und den Landwirten die hohen Viehpreise zu erhalten. Außerdem zahlt der Staat den Landwirten bei Viehlieferungen Kriegszuschläge, die für die Alpenländer allein 16·7 Millionen Kronen monatlich betragen.

So kann es nicht weiter gehen. Die Länder würden sich auch energisch dagegen gewehrt haben, wenn man von ihnen, da sie ja immer Getreidezuschußländer gewesen sind, aus dem Titel der höheren Kosten der Auslandsbezüge höhere Mehlpreise verlangt hätte als in Ländern, die ihren Bedarf aus der eigenen Produktion decken konnten. Die Viehaufbringung, Fleischverwertung und Preisbildung muß vereinheitlicht, es kann nicht eine Stadt allein mit den höheren Kosten der Auslandsbezüge belastet werden. Die Zahl der Arbeitslosen in Wien steigt rapid und nun drohen gewaltige Erhöhungen der Lebensmittelpreise.

In der Schweiz ist wohl eine Hilfsaktion im Gange, die ein rührendes Beispiel internationaler Hilfsbereitschaft bietet, für das wir nach den viereinhalb Jahren Kriegsverhetzung nicht genug dankbar sein können; aber was die Schweiz aufzubringen in der Lage ist, kann nur beispielgebend wirken, niemals aber in unserer Lebensmittelversorgung eine entscheidende Rolle spielen. Die erste Sendung von 60 Waggons Mehl und 30 Waggons Reis bedeutet die Versorgung Wiens für anderthalb Tage, ist ja eigentlich als Aushilfe für Spitäler und andere Humanitätsanstalten gedacht. Die aus Italien zugesagte Sendung von 300 Waggons Mehl für Wien und 100 Waggons für die anderen Länder deckt nicht den Bedarf von einer Woche. Wir wollen nicht undankbar erscheinen, aber müssen doch die harten Tatsachen feststellen, da durch die vielen Meldungen in der Oeffentlichkeit ein falsches Bild entsteht, das die Meinung aufkommen läßt, als wären die Lieferungen von entscheidender Bedeutung.

In den nächsten Tagen sollen Delegierte der interalliierten Lebensmittelkonferenz in Wien eintreffen und wir wollen hoffen, daß die Entente die Ueberzeugung gewinnen wird, daß uns rasch und den ohnedies aufs niedrigste bemessenen Rationen entsprechend geholfen werden muß, damit wir nicht von einer Woche auf die andere bangen müssen, daß es zu einer Herabsetzung der Lebensmittelrationen und damit zu einer begreiflichen Unruhe in der Bevölkerung kommt. Große Schwierigkeiten wird die Frage des Preises des eingeführten Mehls bereiten, da das italienische Mehl infolge der schlechten Valuta 3·50 Kronen das Kilogramm kosten wird. Es werden jetzt Beratungen gepflogen, um eine Verbilligung im Wege eines Personaleinkommensteuerzuschlages zustande zu bringen; aber die Schwierigkeiten sind groß und schwer überbrückbar, der Staatsschatz nicht tragfähig, zumal da die anderweitigen Zuschüsse für soziale Hilfsaktionen beträchtlich sind.

So stehen wir an der Wende eines neuen Jahres froh, den unseligen Krieg beendet zu haben, aber voll ernster Sorge, ob es uns gelingen wird, unsere nächste Zukunft erträglich zu gestalten. Ohne ausgiebige Lebensmittelhilfe der Entente können wir über die kritische Zeit nicht hinüberkommen, sie muß dem unschuldigen Volke Deutschösterreichs in seinen Lebensnöten beispringen, wenn sie nicht vor der Geschichte eine schwere Verantwortung auf sich laden will.

*) Die Erhöhung der Brot- und Mehlration, die in Böhmen verfügt wurde, hatte agitatorischen Charakter, tatsächlich besteht wenig Aussicht, dieses Versprechen einlösen zu können.

Die Verteuerung von Fleisch und Brot im neuen Jahr.

Die amtliche Mitteilung, die gestern hinausgegeben wurde und die eine Erhöhung der Rindfleischpreise von heute an ankündigt, wird wohl im allgemeinen sehr unangenehm überrascht haben. Sie trifft aber trotzdem die Oeffentlichkeit nicht unvorbereitet, da es im allgemeinen längst bekannt war, daß unsere Viehbestände im Inland derart zusammengeschmolzen sind, daß wir, wenn auch nur die gegenwärtige Fleischquote aufrecht erhalten werden soll, immer mehr auf das teure Vieh aus Ungarn angewiesen sind. Die Differenz, die sich aus der erheblichen Spannung zwischen den Rindfleischpreisen und den hohen Vieheinkaufspreisen ergab, hat bisher für Wien die Finanzverwaltung aus den staatlichen Zuschüssen ausgeglichen, was für Wien bereits einen Kostenaufwand von etwa 60 Millionen Kronen ergab. Das kann natürlich der Staat und insbesondere der kleine Staat Deutschösterreich für die Dauer unmöglich ertragen. Vorläufig macht die eingetretene Erhöhung der Fleischpreise bei einem Kilogramm eine bis zwei Kronen

Die Lebensmittelhilfe der Entente.

Empfänge in den Staatsämtern und im Rathause.

Die Lebensmittelkommission der Entente wurde gestern vormittag im Staatsamt des Aeußern von Staatssekretär Dr. Bauer empfangen. Der Staatssekretär schilderte der Kommission die Ursachen und Wirkungen der Lebensmittel- und Kohlennot und wies darauf hin, daß die Regierung den Mitgliedern der Kommission Gelegenheit geben werde, unsre Wirtschaftslage aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Er betonte, daß die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Zusammenhang mit der Lebensmittelfrage stehe und bei einer hinreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohle das ruhige Fortbestehen des jungen staatlichen Organismus gesichert sei. Der Staatssekretär wies auch darauf hin, das die Fremden während des ganzen Krieges in Wien vollkommen unbehelligt leben konnten.

Sodann begab sich die Kommission in Begleitung des ihr für die Zeit des Wiener Aufenthaltes zugeteilten Gemeinderates Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller in das Rathaus, wo sie vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner, von den Vizebürgermeistern Neumann und Rain sowie von den Fachreferenten, den Magistratsräten Roßkopf, Jamböck, Ehrenberg, sowie vom Oberstadtphysikus Dr. Böhm empfangen wurde. Die englische Kommission war durch Mr. Beveridge, die amerikanische durch Mr. Taylor, die französische durch Monsieur Genestal und die italienische durch Signore Giuffreda vertreten. Von seiten des Staatsamtes für Volksernährung hatten sich eingefunden Unterstaatssekretär Dr. v. Loewenfeld-Ruß, Ministerialsekretär Cokorac und Ministerialkonzipist Grykovic-Voinovic. Magistratsrat Dr. Roßkopf erstattete einen eingehenden Bericht über den Stand der Versorgung mit Mehl, Brot, Fleisch, Fett, Eiern und andern wichtigen Nahrungsmitteln. Obermagistratsrat Dr. Ehrenberg ergänzte diese Ausführungen durch Mitteilungen über die Kartoffellieferungen. Sodann gab Obermagistratsrat Dr. Jamböck eine erschöpfende Darstellung des Lebensmittelkartensystems, der Rayonierung und der Kontrollmaßnahmen, durch die eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel gewährleistet werde. Oberstadtphysikus Dr. Böhm schilderte den Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung, die starke Unterernährung, die damit zusammenhängende große Sterblichkeit und den Geburtenrückgang und belegte seine Ausführungen mit reichem statistischem Material. Die Mitglieder der Kommission betonten in ihrer Erwiderungsansprache das Bestreben der Ententeregierungen, der Wiener Bevölkerung Mehl, Fett und Fleisch zuzuführen, mit denen die Ernährung der Stadt bis April gedeckt werden solle. An diese Besprechung schloß sich eine Besichtigung der Brotkommission im 9. Bezirk, wo den Mitgliedern der Kommission Aufklärungen über die praktische Handhabung des Karten- und Kontrollsystems gegeben wurde.

Am Nachmittag trat dann die Kommission im Staatsamt für Ernährungswesen zur ersten offiziellen Konferenz zusammen. Dann teilte sich die Kommission; ein Teil wurde vom Abgeordneten Winter durch die äußern Wiener Bezirke geführt, während der andre Teil sich zu einer internen Beratung zurückzog. Man erwartet besonders von dem Lokalaugenschein, den die Kommission auf den Märkten und in den Brotkommissionen vornehmen wird, einen günstigen Einfluß auf die Lebensmittelaushilfe der Entente. Doch ist von den Mitgliedern der Kommission vor Ablauf der meritorischen Beratungen keine Aeußerung über das voraussichtliche Ergebnis zu erwarten. Heute vormittag wird sich die Kommission auf verschiedene Märkte begeben. Das Programm des Nachmittags ist noch nicht festgestellt.

Die Lebensmittelkommission der Entente begab sich gestern auch ins Staatsamt für Volksernährung, wo sie vom Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß begrüßt wurde. Dem Empfang wohnte auch der Staatssekretär für öffentliche Arbeiten Zerdik bei, der die Mitglieder der Kommission über die gegenwärtige mißliche Kohlenversorgung orientierte.

Mitteilungen des Gemeinderates Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller.

Der der Kommission zugeteilte Gemeinderat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller teilte einem unsrer Mitarbeiter folgendes mit: „Ich habe jetzt fünf Wochen harter Arbeit in der Schweiz hinter mir; während meines ganzen Aufenthaltes konnte ich nicht einen Schritt in die Umgebung Berns tun. Glücklicherweise waren meine Verhandlungen mit dem amerikanischen und englischen Konsulat von dem Erfolg gekrönt, daß die Herren der Kommission nach Wien gekommen sind. Hier werden sie ja sehen, wie die Zustände sind und daß unsre Schilderungen nicht übertrieben waren. Und ich habe die Gewißheit, daß uns die Entente nicht hungern lassen wird. In der Schweiz konnte ich einen einzigartigen vollkommenen Stimmungsumschwung zugunsten Wiens feststellen, trotz der auch dort fühlbaren Not (wir haben in unserm Hotel tüchtig gefroren, und ein warmes Bad gab es auch nur einmal in der Woche) herrscht in sämtlichen Städten ohne Unterschied der Sprache und Nationalität die regste Anteilnahme für Wien. Die Leute liefern Teile der Brot-, Fett- und Mehlkarte für uns ab, und auch die französische Westschweiz, besonders der Herausgeber des „Journal de Genève", Herr Michali, ist auf das wärmste für Wien eingetreten. Wir haben dann auch an den beiden Weihnachtstagen verhandelt. Die Rückfahrt war etwas kürzer als die Hinreise, zu der wir drei Tage und zwei Nächte benötigten. Für die Fahrt nach Wien war die Verwaltung der Schweizer Bundesbahnen so liebenswürdig, uns zwei direkte Wagen Bern-Buchs anzuweisen, da sonst in Zürich und Saarganz umgestiegen werden muß. In Innsbruck wurden wir dann von den Abgeordneten Schraffl und Fink empfangen. Doch das begeisterte Eintreten der Schweiz wird mir unvergeßlich bleiben und auch sicher seinen moralischen Druck auf Frankreich nicht verfehlen. Für die Wiener Verhandlungen erwarte ich ein günstiges Ergebnis. Natürlich werden sich die Mitglieder der Kommission, bevor die Verhandlungen nicht vom informativen ins meritorische Stadium getreten sind, über das Ergebnis nicht äußern können. Gestern hat unter anderm die englische Gruppe des Mr. Beveridge, der sich besonders für die Verteilung der Lebensmittel interessiert, die Brotkommission in der Grünentorgasse Nr. 9 besichtigt. Auch glaube ich, daß die Lebensmittelhilfe bald kommen wird; der erste Hilfszug der Italiener ist ja bereits von Innsbruck abgerollt. Die Ausführungen der Fachreferenten im Rathause über den Ernährungs- und Gesundheitszustand der Bevölkerung werden sicher ihre Wirkung auf die Mitglieder der Kommission nicht verfehlt haben."

Schweizer Miliz auf dem Naschmarkte.

Gestern vormittag erschien eine Abordnung der Schweizer Miliz, die den ersten Lebensmittelzug für Wien aus der Schweiz bieher begleitet hatte, auf dem Naschmarkt, um die Verhältnisse auf den Wiener Märkten durch Augenschein kennen zu lernen. Die Schweizer Herren, Oberleutnant Dr. Ernst Schmid, der Adjutant des Obersten Frey und 14 Mitglieder der Schweizer Begleitung, waren mit dem Marktamtsdirektor Dr. Adolf Bauer auf dem Naschmarkt erschienen, wo Oberinspektor Ignaz Wagner die Führung übernahm. Auf Grund statistischen Materials des Marktamtes wies Oberinspektor Wagner den Herren nach, daß nicht nur die Gemüsezufuhren im Vergleich zum letzten Friedensjahr um eine halbe Million Meterzentner zurückgegangen seien, sondern daß heute auch Rübengattungen, die früher als Viehfutter verwendet wurden, zum menschlichen Genuß herangezogen würden. Ebenso seien die Aepfel, die heute unser einziges nach Wien gebrachtes Obst bilden, qualitativ außerordentlich zurückgegangen. Oberinspektor Wagner zeigte den Herren alle Anlagen des Marktes, verwies auf die vielen Geschäfte, die mangels an Waren ganz geschlossen sind, darunter namentlich alle jene Obst- und Südfrüchtenhandlungen, die früher die besten in- und ausländischen Waren führten. Als sich die Schweizer Besucher dem Marktende näherten, wurde gerade für die Großschlächterei, die gestern auch geschlossen war, das Pferdefleisch für den nächsten Tag abgeladen. Die Schweizer Herren, die von den auf unserm Hauptmarkte herrschenden trostlosen Verhältnissen tief ergriffen waren, drückten den Führern für die ihnen gegebene Aufklärung den Dank aus. Anderseits bewunderten sie die modernen und trefflichen Einrichtungen unsres Marktes und sprachen ihr lebhaftes Bedauern aus, daß dieser Markt augenblicklich vollkommen brach liegt. Das Publikum akklamierte die Schweizer Gäste, die ihrerseits an die Kinder, die ihre Mütter auf den Markt begleitet hatten, Schokoladebonbons verteilten. Beim Abschied von den Schweizer Gästen dankte Marktamtsdirektor Dr. Bauer den Herren für ihre Hilfsbereitschaft.

* * *

Hoovers Bericht an die amerikanische Regierung.

„Die Lage in Wien ist bereits sehr tragisch."

Bern, 3. Jänner. (Privattelegramm.) Mr. Hoover kabelte der amerikanischen Regierung: „Wie mir von unterrichteter amerikanischer Seite mitgeteilt wird, beginnt die Verpflegungsfrage für Serbien, Bosnien und Montenegro tragisch zu werden. Die Lage in Wien ist bereits sehr tragisch. Amerika muß sofort soviel Schweinefleisch senden, als es entbehren kann. Erst nach Ablauf eines Monats wird die amerikanische Ernährungskommission genaue Angaben über Europas Bedürfnisse machen können."

* * *

Die italienische Lebensmittelhilfe.

Die Absendung des für Wien bestimmten italienischen Getreides hat bereits begonnen. Der erste Zug dürfte am Montag in Wien eintreffen. Insgesamt beträgt das für Wien bestimmte Getreide 300 Waggons, was dem Bedarf Wiens für eine Woche nahekommt. Mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten wird es noch einige Zeit dauern, bis die ganze Menge in Wien eintrifft.

* * *

Vom Staatsamte für Volksernährung wird mitgeteilt: Mitte Dezember wurde vom englischen Oberkommando in Italien Major Bethell zum Studium der Ernährungsverhältnisse in Deutschösterreich nach Wien entsendet. Auf Grund seines ausführlichen Berichtes hat sich der englische Oberkommandierende in Italien Lord Caven entschlossen, einen Zug mit verschiedenen Lebensmitteln nach Wien abgehen zu lassen, der bereits in den nächsten Tagen in Wien einlangen wird. Major Bethell hat hievon den Staatssekretär für Volksernährung verständigt, der ihm namens der Regierung gedankt hat.

National-Zeitung

7. I. 1919

37

Wiener Brief.

Von Alian Ottiker.

Es war seit mancher Stunde undurchdringliche Nacht gewesen vor unserem Waggonfenster. Die Waggons selber sind sämtlich weder geheizt noch beleuchtet, denn in den Donauländen fehlt es an allem. Das Tempo des Zuges war geradezu aufregend langsam und die Müdigkeit und Kälte steigerten die Unannehmlichkeit der Fahrt zur Unerträglichkeit.

Endlich, man konnte sich schon beinahe vor Kälte nicht rühren, waren wir in Wien angekommen. Eine graudüstere Winternacht empfing uns. Durch die schlecht beleuchteten Bahnhofhallen hasteten Hunderte dem Ausgang entgegen, gar viele unter ihnen mit schweren Rucksäcken und Taschen beladen — die mühsam und teuer erkauften Lebensmittel aus der Provinz! Allwöchentlich ein- bis zweimal pilgert der Wiener hinaus aufs Land und holt sich das Nötigste: einige Pfund Kartoffeln — vielleicht ein Viertel Butter oder gar ein Dutzend Eier, wenn er ganz besonders Glück hat. Und wenn ihn das Pech besonders verfolgt, wird ihm die mühsam und teuer erkaufte Habe unterwegs als Schleichhandelware vom gütigen Vater Staat sequestriert. Dann hat der Erbarmenswerte für diesmal das Nachsehen und muß in Wien — hungern! Denn nichts Eßbares ist in der ganzen lärmenden Großstadt zu finden! Die Lebensmittelmarken können sicher und unberührt Monate hindurch im Schreibtisch ruhen und verfallen, man mag sie zwanzigmal täglich zum Krämer tragen oder ihr Dasein überhaupt vergessen, man erhält so oder so gleich viel oder gleich wenig darauf. Und Wien hungert. Was heißt das für jeden einzelnen von Millionen Menschen, die nach viereinhalb Jahren unbeschreiblicher Entbehrung der furchtbaren Gewißheit entgegengehen, in Elend und Kälte zugrunde zu gehen, das mag sich ein jeder selber vorstellen!

Seit uns an jenem feuchtkalten Dezemberabend die österreichische Gesandtschafts- und Pressedelegation am Bahnhof in Wien abgeholt hat, war unser Aufenthalt eine ununterbrochene Pilgerfahrt zu allen neuen Einrichtungen und Persönlichkeiten des republikanischen Deutsch-Oesterreich. Durch die Arbeiterquartiere mit ihrem schreienden Hungerelend, ins Ernährungsministerium mit seinen kalt überzeugenden Zahlen, kurz überall hin, wo der ehemaligen Residenzstadt Not und Elend recht ausdrücklich zutage tritt, sind wir gewandert.

Seit sich am 21. Oktober die Deputierten Deutsch-Oesterreichs vereinigt und als Nationalversammlung erklärt haben, und am 30. Oktober auch die gesetzgebende Macht an sich rissen, hat für die junge Republik der bitterste Existenzkampf eingesetzt. Das Ende des alten Habsburgerregimes war nicht ein plötzlicher Sturz gewesen. Es hat sich ausgelebt. Ein Körper war es geworden, der lebte ohne Leben. So hatte schon Karl der Zweite sein Erbe übernommen. Es hätte der Energie eines Uebermenschen bedurft, um die zur Lostrennung strebenden Nationen zu einem einzigen Ganzen zusammenzuschmieden, jeder die Freiheit zu geben, ohne sie der Reichszugehörigkeit zu entbinden, keine zu knechten und alle zu beherrschen.

Nicht nur die verschiedenen Nationen, sondern auch die Deutsch-Oesterreicher haben sich geknechtet gefühlt unter dem früheren Regime, so behaupten zahlreiche Intellektuelle.

Nachdem sich nun die verschiedenen Nachbarrepubliken vom alten Stamm vollständig losgesagt haben, ist Deutsch-Oesterreich ein kleines Land geworden, das kaum auf eigenen Füßen wird stehen können. Seine Hauptproduzenten waren die Tschechen und die Böhmen, die auch seine Industrie mit Rohstoffen und Kohle belieferten. Nun muß die junge Republik ernstlich befürchten, daß hindernde Zollschranken in Zukunft den freien Handelsverkehr mit den Neustaaten erschweren werden. Das Ausscheiden seiner Nachbarn aus dem gemeinsamen Staatengebilde und vielmehr noch deren feindschaftliche Haltung war auch die direkte Ursache der katastrophalen Lebensmittel- und Kohlenknappheit im alten Wien.

Die vollständige wirtschaftliche Isolierung müßte das Land notgedrungen zu einer Anschließung an Deutschland zwingen, auch wenn die Sympathien der Deutsch-Oesterreicher und ihrer Führer nicht dahin tendierten. Zwar ist diese Sympathie zur neuen deutschen Republik eine sehr geteilte. Sie erstreckt sich beinahe ausschließlich auf die süddeutschen Völker. Preußische Art hat sich auch beim Oesterreicher keine Freunde gewonnen! Vielmehr hofft man, zusammen mit allen übrigen Staaten im Rahmen eines Föderativverbandes durch die Uebermacht den Einfluß des Preußentums abzuschwächen. Und gerade deshalb erwartet man, daß die Entente der Vereinigung der Deutschen Oesterreichs mit der jungen deutschen Volksrepublik nicht ablehnend gegenüberstehe.

In der Tschechenfrage, sowie bei allen eventuellen Schwierigkeiten betr. die deutschen Siedelungsgebiete in Böhmen usw. stützt sich die Regierung auf die Wilson-Grundsätze, die sie bei den Friedensverhandlungen sanktioniert sehen möchte, und worauf sie heute schon schwört.

Eine unbestreitbare Gefahr für die junge Republik bildet auch die bevorstehende große Arbeitslosigkeit nicht nur der arbeitenden Klasse, sondern der vielen Beamten und Intellektuellen der großen Monarchie, die im Kleinbetrieb der Republik keine Existenzmöglichkeit mehr haben werden; das ganze riesige Beamtenheer muß auf ein Minimum reduziert werden. Ueberdies wäre seine Reorganisation eine absolute Notwendigkeit, denn die Korruption und bekannte Schlamperei des frühern Regimes haben sich tief eingenistet. Was soll mit allen den Menschen geschehen, die an das mühelose beschauliche Dasein eines österreichischen Beamten gewöhnt sind, der mit sicherer Pünktlichkeit alle drei Jahre befördert wurde, ohne sich auch nur im geringsten dafür angestrengt oder hervorgetan zu haben, die gemütlich ihre paar Kanzleistunden absaßen, sich um das Morgen ebenso wenig kümmernd, als um das sorgenlose Heute! Der Staat war ihr sorgender Vater — freilich ein nachsichtiger Vater! Und nun, da er zu leben aufgehört hat, wird ihnen der unerbittliche Kampf um eine neue Existenz schwer werden. Die Empfehlungen des Herrn Hofrates und des Herrn Ministerialrates Y haben aufgehört allmächtig zu sein. Fähigkeiten und Intellekte werden siegen und emporsteigen und alte Wappen und ehrwürdige Familientraditionen in den Staub werfen, ein Heer von Unzufriedenen und Reaktionären hinter sich lassend. Einstweilen sind die Beamten alle noch in ihren Aemtern, so wie auch die Auslandvertretungen der alten Donaumonarchie bis vor kurzem noch unverändert bestanden haben. Ungarn war die erste unter den neuen Republiken, die einen eigenen Gesandten nach der Schweiz schickte, um in dieser wichtigen Zeit seine Interessen selbständig zu vertreten. Es hat sie in die Hände einer Frau gelegt, einer Frau allerdings, die mit männlich festem Mut und unbeugsamem Willen ausgerüstet ist. Es ist dies die bekannte Pazifistin und Feministin Rady-Schwimmer.

Noch eine Frage erfüllt das sonst allzeit frohe Wien. Und diese gleicht dem wehen Abschiednehmen einer einst gefeierten Primadonna von der goldenen Zeit der ersten Jugendfrische. Bleiben die Nationalstaaten wie heute vollständig getrennt und selbständig, sinkt das unvergleichliche Wien, die rauschende stolze Residenzstadt zur Provinzstadt herab, denn im Föderativ-Verband mit Deutschlands junger Republik, so erzählt mir ein Urwiener mit betrübter Resignation, wird eben Berlin Residenz, das heißt Zentrum sein wollen.

Und was sollen dann die vielen Paläste, und all die Riesen einer entschwundenen prunkvollen Kaiserzeit? „Na, mit denen werden wir der Wohnungsnot steuern", meinte der Wiener gemütlich lachend zurück.

Ich habe in diesen Tagen Wiens Arbeiterquartiere nach allen Seiten durchquert unter der bewährten Führung des Volksmannes Nationalrat Max Winter. Wärmestuben — Volksspeisehäuser — leere Güterbahnhofhallen, wo seit Wochen keine Waren eintreffen, weil man „ringsum abgesperrt ist", blasse, müde Gesichter habe ich überall gesehen. Hier, dort und überall grinst das Gespenst des Hungers aus allen Winkeln, hinter elenden Kindern und Greisen geht es einher, beim Tische des Aermsten im Wahlkreise Viktor Adlers wie in der ungeheizten Mittelstandswohnung hat es sich eingenistet. Und wo nicht eine heroische Mutter ihr Kind trotz eigenem Hunger selber ernährte, sah ich das graue Skelett gar an den Wiegen stehen!

geschmückt. Die Schweizer Soldaten schwenkten bei der Einfahrt Fahnen in den Schweizer Nationalfarben.

Fast gleichzeitig langte die erste Sendung italienischen Getreides ein. Dieser Zug wurde von Leutnant Levi geleitet. Außer den erwähnten Vertretern des Lagerhauses war Hauptmann Bernhart vom Volksernährungsamt zur Begrüßung der italienischen Begleitoffiziere und der Mannschaft erschienen. Hauptmann Bernhart übernahm die Getreidesendung für das Volksernährungsamt.

* * *

100 Millionen Dollar zur Linderung der europäischen Hungersnot.

Washington, 4. Jänner. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Wilson hat den Kongreß aufgefordert, zur Linderung der Hungersnot, an der Europa leidet, 100 Millionen Dollar zu bewilligen.

Wie verlautet, wird das Geld hauptsächlich benötigt, um Sendungen von Lebensmitteln an Teile Westrußlands, Polens, Oesterreichs und Ungarns zu ermöglichen.

Hoover über die Lage in Europa.

Paris, 3. Jänner. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittelkommission Hoover gab einen Bericht über die Ernährungslage Europas, in dem er ausführt: Seit meiner Ankunft in Europa wirke ich mit den Beamten der alliierten Regierungen in der Untersuchung der Ernährungslage, insbesondere derjenigen der befreiten Gebiete, zusammen. Wir haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, sind aber bisher noch nicht so weit, um irgendwelche endgültige Beschlüsse zu fassen. Die Bevölkerung Deutschlands hat sicher genug Vorräte, um noch eine Zeitlang auszuhalten, abgesehen von der Versorgung mit Fett, das ohne Zweifel sehr knapp ist, wodurch die Entstehung von Krankheiten und viel sozialer Unzufriedenheit gefördert wird. Die Festsetzung der Bedingungen über Maßnahmen, die notwendig sind, um den befreiten Gebieten zu helfen, muß indessen unsre erste Sorge sein. Sie umfaßt insgesamt Länder mit etwa 125 Millionen Menschen. Durch die Besetzung des Feindes und die Verwüstungen ist die Produktion dieser Länder sehr stark gesunken und die Lebensmittelvorräte, die sie von der letzten Ernte übrigbehalten haben, werden bald erschöpft sein. Damit in der Lebensmittellieferung während der Zeit der Untersuchung und der Schaffung der Organisation keine Verzögerung entstehe, haben wir durch gemeinsames Zusammenwirken des Kriegsamtes und der Lebensmittelverwaltung bis heute etwa 150,000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen gesendet. Daneben geben wir bisher monatlich 150,000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich. Inzwischen senden wir gemeinsam mit unsern Alliierten in die verschiedenen Länder Kommissionen, die die Transportfrage untersuchen und danach trachten sollen, die Finanzfrage zu regeln. Das Transportproblem bietet außerordentliche Schwierigkeiten infolge der schlechten Zustände der Eisenbahnen und des rollenden Materials in den ganzen in Frage kommenden Gebieten. Daher entstanden nach der Landung der Lebensmittel neue Schwierigkeiten. In Belgien und Nordfrankreich mußten wir für die Verteilung einen Dienst mit Lastautomobilen einrichten und werden wahrscheinlich auch in andern Ländern dieses Verfahren einschlagen müssen. Außerordentlich schwierig ist ferner die Finanzfrage. Die Ernährung Europas während der nächsten sechs Monate bildet ein großes ökonomisches Problem. Sie ist auch von allergrößter politischer Bedeutung. Wenn wir die Anarchie verhindern wollen, wenn wir den Wunsch hegen, daß die Welt zu irgendeiner Form ordnungsmäßiger Regierung zurückkehrt, wenn wir die Errichtung von Regierungen, mit denen wir Frieden schließen können, sichern wollen, müssen wir auf irgendeine Weise für die Nahrungsmittellieferung sorgen.

Das finanzielle Problem zerfällt in drei Kategorien: 1. An Deutschland und einige Alliierte und Neutrale können wir die benötigten Nahrungsmittel in Form eines richtigen Handelsgeschäftes gegen angemessene Bezahlung in annehmbaren Werten verkaufen. 2. Die befreiten Gebiete und einige Alliierte, denen Amerika nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen zeitweilige Anleihen geben kann. 3. Völker, die die Unterstützung Amerikas in erheblichem Maße benötigen, denen diese Unterstützung aber aus dem gegenwärtig verfügbaren Fonds nicht gewährt werden kann.

Es erscheint den Alliierten und der amerikanischen Regierung nur gerecht, daß, da ein großer Teil der Schwierigkeiten der befreiten Länder durch die rücksichtslosen Handlungen der deutschen Armeen verursacht worden ist, die Deutschen veranlaßt werden sollten, Schiffe für den Nahrungsmitteltransport nach diesen Gebieten zu stellen. Es wird zweifellos die Vorbedingung für die Gewährung von Lebensmittelsendungen an Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung aller befreiten Länder benützt werden.

Berlin, 4. Jänner. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zu den Erklärungen Hoovers: Uns scheint, daß Herr Hoover über die wirkliche Lage in Deutschland sehr wenig unterrichtet ist. Wenn Amerika seinen Ratschlägen zustimmt und damit eine so schnelle Versorgung Deutschlands, wie sie notwendig geworden ist, hinauszögert, dann nimmt es eine ungeheure Schuld auf sich. Die Ratschläge Hoovers sind ein Hohn auf alles Menschlichkeitsempfinden, dessen sich die Amerikaner nicht laut genug rühmen konnten. Er macht sich damit zum Mitschuldigen aller derjenigen, die den über alle Begriffe völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg über deutsche Frauen und Kinder verhängt haben, indem er ihn noch über den Waffenstillstand hinaus weiter fortsetzen will.

Die Lebensmittelhilfe.

Besprechungen der Kommission der Entente im Staatsamte für Volksernährung.

Vom deutschösterreichischen Staatsamte für Volksernährung wird mitgeteilt: Im Staatsamte für Volksernährung hat Sonntag vormittag unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Dr. Loewenfeld-Ruß in Anwesenheit von Vertretern des Staatsämter für Aeußeres und für Finanzen im Beisein des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner sowie der Mitglieder des Direktoriums des Staatsamtes für Volksernährung eine weitere Besprechung mit den Vertretern der interalliierten Lebensmittelkonferenz stattgefunden.

Vor Eingang in die Beratungen wurde festgestellt, daß den ersten von der Lebensmittelkommission zugesagten viertausend Tonnen Weizen, welche Italien aus seinem Kontingent zum Zwecke einer raschen Aushilfe bereitwilligst zur Verfügung gestellt hat, ein Teil Innsbruck bereits passiert hat. Von diesen Sendungen sind Sonntag, den 5. d., früh 19 Waggons in Wien eingetroffen, für Montag werden weitere 70 Waggons erwartet. Um die rasche Abwicklung dieser Transporte hat sich der Führer der italienischen Delegation Professor Giuffrida besondere Verdienste erworben.

Im Verlaufe der am Sonntag gepflogenen Besprechung wurde von der Kommission die unverzügliche Lieferung weiterer viertausend Tonnen Getreide und mehrerer Waggons Fett aus Italien zugesagt. Es wurden sofort alle Anordnungen getroffen, um die Durchführung dieser Transporte zu beschleunigen.

Die Mitglieder der Lebensmittelkommission reisten am Sonntag nach Prag. Nach ihrer Rückkehr, die in wenigen Tagen erfolgen dürfte, werden die Verhandlungen im Staatsamte für Volksernährung fortgesetzt werden.

Ankunft neuer Sendungen aus der Schweiz und aus Italien.

Sonntag früh traf im Bahnhof Lagerhaus unter Führung des schweizerischen Oberleutnants Honegger der zweite Zug mit Lebensmitteln aus der Schweiz ein. Er bestand aus 31 Waggons Mehl, 6 Waggons Reis, 3½ Waggons Schokoladepulver und 1 Waggon Schokolade. Zur Begrüßung hatten sich am Bahnhof eingefunden: Oberstleutnant Frey als Chef der schweizerischen Hilfsmission in Wien mit seinen Adjutanten Weidmann und Oberleutnant Dr. Schmid, für die Gemeinde Lagerhausdirektor Dr. Rübel und Oberinspektor Valdrian. Die Maschine des Zuges war mit Reifig, Blumen und mit Fahnen in den Landesfarben

Die Aushungerung Deutschlands.

Im Verlauf einer im Jahre 1917 vom Reichsgesundheitsamt eingeleiteten vertraulichen Enquete über die Gesundheitsverhältnisse in den deutschen Bundesstaaten lautete der von einem Siechenhaus eingeforderte Bericht in lakonischer Kürze: „Die Insassen sind alle gestorben." Die Entente darf ihn befriedigt zur Kenntnis nehmen: er ist ein kleines Teilresultat der von ihr verhängten Blockade, die das ausgesprochene Ziel hatte, nicht nur die Versorgung des Heeres zu unterbinden, sondern auch die Zivilbevölkerung Deutschlands, Frauen, Kinder, Greise und alle Waffenlosen an Leib und Leben zu schädigen. Es ist heute möglich, unseren Feinden mit der Gesamtziffer zu quittieren: 763 000 Menschen der Zivilbevölkerung sind in Deutschland den Wirkungen der Hungerblockade erlegen, und bis die Umklammerung gelöst sein wird, werden wohl noch allmonatlich Zehntausende zusammenbrechen. Die fürchterliche Zahl der Todesopfer spricht für sich. Wir verzichten darauf, sie sentimental zu bekränzen. Denjenigen unserer Volksgenossen, die nach jedem deutschen Fliegerangriff auf befestigte Städte wie London und Paris die unschuldigen Opfer beklammerten, sei empfohlen, diese Zahl in ihr Gedächtnis zu pflanzen. Unschuldige fielen hier wie dort und so mag man beide Kriegsmittel verabscheuen — besser noch, man verabscheut den Krieg überhaupt —, jedenfalls ist die Hungerblockade das Schrecklichste in seinen Wirkungen gewesen: 763 000.

Die Zahl ist unanfechtbar. In einer außerordentlichen Sitzung der Vereinigten ärztlichen Gesellschaften in Berlin vom 18. Dezember 1918 ist sie bekanntgegeben worden. In dieser Sitzung haben unter Vorsitz von Geh. Rat Orth Autoritäten wie die Professoren Rubner, Direktor des Physiologischen Instituts, Kraus, Direktor der Charité, Czerny, Direktor der Klinik für Kinderkrankheiten, Geheimer Rat Hamel, Medizinalreferent im Reichsamt des Innern, Professor Weber, der Berliner Stadtmedizinalrat, Kuttner, Direktor des Virchow-Krankenhauses, Geheimer Rat Beninde, Vortragender Rat im Ministerium des Innern, Vorträge gehalten, jeder über seine fachlichen Erfahrungen. Sie haben widerspruchslos vor 3000 Aerzten gesprochen, und da es sich um Männer der Wissenschaft handelt, deren Name auch im feindlichen Ausland Ansehen haben, so wird ein Protest aus dem anderen Lager kaum zu erwarten sein. Wer in Deutschland die Kriegsjahre durchgemacht hat, der weiß, wie ihm Eier, Milch, Butter, Fleisch, Brot und Kartoffeln gefehlt haben und noch fehlen, und kann sich das Nachlesen der unterrichtenden und erschütternden Vorträge über die Wirkungen der Blockade sparen (sie stehen in der ersten Nummer der „Berliner Klinischen Wochenschrift"), wer nicht bei sich hält, sondern die Verhältnisse im ganzen überdenkt, der kommt auch ohne gelehrten Apparat zu weiteren Folgerungen. Etwa: Man kann mit einem Drittel der früheren Kost nicht auf die Dauer widerstandsfähig bleiben; etwa: das Absinken der Widerstandsstärke gegen Erkrankungen bedingt eine Beschleunigung und Verschlimmerung des Verlaufs gewisser Krankheiten; etwa: die schlechten Futterverhältnisse der Tiere verringern die Kindermilch, und ohne Fett und Eiweiß lassen sich Kinder nicht ohne Schaden großziehen; etwa: beim weiteren Aufbrauchen der Viehbestände und beim weiteren Sinken des Schlachtgewichts werden die Fleischrationen noch schmaler werden; etwa: können den Krankenhäusern die (jetzt fast überall hingeschmolzenen) Sonderzulagen an Milch, Zwieback, Teigwaren, Butter und dergleichen nicht mehr geliefert werden, so ist eine ausreichende und sachgemäße Ernährung der ihnen überwiesenen Kranken unmöglich, geschweige denn die nach starken Attacken so notwendige Kräftigung. Usw. usw. Das anschaulichste und ergreifendste Bild von der Aushungerung Deutschlands geben die vom Reichsgesundheitsamt und Statistischen Reichsamt mitgeteilten Zahlen. (Daß manche Einzelheiten über die Verheerung unseres Heimatvolkes erst jetzt bekannt werden, liegt an der Geheimhaltungssucht der vorigen Regierung, die, wie Prof. Rubner mitteilte, nur zensurierte Pressemitteilungen zuließ, hinter geschlossenen Türen die Wahrheit verbarg und weitgreifende Untersuchungen infolge des Widerstandes „gewisser mächtiger Persönlichkeiten" verhinderte). Sie seien, nach einem Referat von Geh. Rat Hamel, Freund und Feind überliefert:

„Vergleicht man, um die Zahl der Opfer der Blockade zu ermitteln, die Sterbefälle der Zivilbevölkerung während des Krieges mit den Sterbefällen im letzten Friedensjahr 1913, selbstverständlich, um zu richtigen vergleichenden Schlußfolgerungen zu gelangen, unter Anwendung aller statistischen Kautelen, so ergibt sich für das Jahr 1914 noch keine merkliche Erhöhung der Todesfälle. Auch in den Jahren 1915 und 1916 ist die Erhöhung der Sterbefälle mit 9¼ bezw. 14 Proz. noch nicht allzu groß. Dann aber treten in den beiden folgenden Jahren die schweren Schädigungen der Blockade grell in die Erscheinung. Im Jahre 1917 betrug die Zunahme der Sterbefälle der Zivilbevölkerung bereits etwa 32 Proz. und im Jahre 1918 sogar 37 Proz. gegenüber dem Friedensjahre 1913. Nach sorgfältiger Berechnung ergibt sich für die Jahre 1915 bis Ende 1918 insgesamt eine Zahl von rund 763 000 Todesopfern der Blockade. Hiervon entfallen allein auf das Jahr 1917 260 000 und auf 1918 294 000 Todesfälle (unter Ausschluß der durch die Grippe verursachten Todesfälle!) Weniger bekannt war bisher, daß auch unter den Kindern und den jugendlichen weiblichen Personen die Opfer der Unterernährung sehr schwer gewesen sind. Eine für das Jahr 1917 vorgenommene Auszählung der Sterbefälle nach Altersklassen hatte in dieser Hinsicht das erschreckende Ergebnis, daß im Alter von 1 bis 5 Jahren ein Mehr von rund der Hälfte, im Alter von 5 bis 15 Jahren sogar ein Mehr von 55 Proz. an Todesfällen gegenüber dem Friedensjahre 1913 zu verzeichnen war; bei den weiblichen Personen von 15 bis 30 Jahren ergab sich eine Zunahme der Todesfälle um rund 45 Proz. Allein im Jahre 1917 sind über 50000 Kinder im Alter von 1—15 Jahren und 15 000 Mädchen und Frauen im Alter von 15 bis 30 Jahren durch die Blockade dahingerafft worden. Bei den mehr als 60jährigen Männern und Frauen aber führte 1917 die Blockade in rund 127 000 Fällen zum vorzeitigen Tode! Es hieße die vernichtende Wucht der Anklage, die diese Zahlen gegen die Ungesetzlichkeit der Hungerblockade erheben, verringern, wenn man ihnen Worte der Leidenschaft hinzufügen wollte. Wer will aber gegenüber diesen grausigen Todesopfern unter Kindern, Frauen und Greisen dem deutschen Volke es abzusprechen wagen, daß es in Notwehr gehandelt habe, als es dann auch seinerseits zur Abwehr der Hungerblockade und zur rascheren Beendigung des Krieges zu härteren Kriegsmaßnahmen seine Zustimmung gab? Unter den im einzelnen unter der Blockadeeinwirkung besonders angestiegenen Todesursachen seien nur zwei kurz hervorgehoben. An Tuberkulose starben in den deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern, welche etwa ⅜ der deutschen Bevölkerung beherbergen, im Jahre 1913 im ganzen nur 40 374 Personen, dagegen allein im ersten Halbjahr 1918 41 800. Mithin waren im ersten Halbjahr 1918 bereits mehr Personen in diesen Orten der Tuberkulose erlegen, als im gesamten Jahre 1913. Das bedeutet aber für das volle Jahr 1918 gegenüber 1913 eine Verdoppelung der Tuberkulosetodesfälle unter der städtischen Bevölkerung. Damit hat die Tuberkuloseverbreitung in Deutschland wieder einen Stand erreicht, wie er etwa dem vor 25 Jahren entspricht; alle Erfolge planmäßiger und umfassender Arbeit im Kampfe gegen die Tuberkulose sind zunichte gemacht. Daß diese Tuberkulosezunahme aber eine unmittelbare Folge der Blockade ist, und zwar in erster Linie der Nahrungsmittelknappheit, wird nicht bestritten werden können. Es ist klar, daß bei dem infektiösen Charakter der Tuberkulose auch nach Wiedereintritt günstigerer Ernährungsverhältnisse die Todesreihe nicht ohne weiteres zum Abschluß kommen wird, und noch viele Jahre hindurch werden in Form einer vermehrten Tuberkulosesterblichkeit die verderblichen Wirkungen der Hungerblockade nachklingen. Als zweite Sondergruppe seien die Todesfälle an Erkrankungen der Atmungsorgane benannt. An diesen Krankheiten starben in den deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern im Jahre 1913 46 000 Personen, 1917 bereits 61 600 und im ersten Halbjahr 1917 33 500. Für das Jahr 1917 ergibt sich demnach gegenüber 1913 bei Verdoppelung des für das erste Halbjahr ermittelten Betrags eine Zunahme von 21 000 Todesfällen oder von 46 Proz. Hierbei sind die Todesfälle, die im zweiten Halbjahr 1918 an Grippe mit nachfolgender Lungenentzündung zu verzeichnen waren, nicht mitgezählt. Man wird für den verheerenden Seuchenzug der Grippe in Deutschland, der im Sommer und Herbst 1918 rund 150 000 Todesfälle verursachte, der heruntergekommenen Ernährung nicht die Hauptschuld geben dürfen. Daß indes Kranke in großer Anzahl der Grippe erlegen sind, die diese bei günstigerem Ernährungszustand würden haben überstehen können, wird nicht zu leugnen sein. Also auch hier zeigen sich weitere, nicht in Rechnung gestellte Opfer der Blockade."

Am 8. September 1918 sagte der englische Staatsmann Baden-Powell mit einiger Befriedigung: „Die deutsche Rasse wird ruiniert, die Geburtsziffer mag in Deutschland betrachtet befriedigend sein, der nicht ausrottbare Schaden ist etwas Anderes und Ernsteres." Das stimmt. Man weiß also in England, wie es um uns steht, und man könnte die vor einigen Tagen von der Nordseeküste stammende Mitteilung, die Engländer fänden die Leute an der Wasserkante ganz gut ernährt und scheinen daraus zu schließen, daß die Deutschen im allgemeinen gesundheitlich wohl daran seien, für einen bösen Witz halten. Die Wahrheit ist, daß die Blockade eine Katastrophe war, deren Folgen wir mit 763 000 Toten und einer nicht wieder gutzumachenden Schädigung unserer Volksgesundheit bezahlen und daß wir einer weiteren Katastrophe entgegengehen. Denn: unsere Vorräte sind kleiner geworden, ungünstiger gestellt sind wir in Bezug auf Kartoffeln, Fleisch und Fett (unser Schweinebestand ging von 26 auf 8 Millionen, der Rindviehbestand von 21 auf 18 Millionen zurück), bei Beibehaltung der jetzigen Brotration werden auch unsere Mehlvorräte vorzeitig einschmelzen, eine Erhöhung der Zuckerration ist nicht zu erwarten. Wir haben eine Hungersnot, eine Uebersterblichkeit in Aussicht, die Deutschland an den Abgrund führt. Die meisten Bewohner unseres Vaterlandes sind durch die Blockade der Kriegszeit körperlich heruntergekommen — auch auf dem Lande, wo längst eine zum Teil freilich durch Ueberstrapazierung hervorgerufene erhöhte Sterblichkeit eingesetzt hat — die unmenschliche Blockade nach beendetem Kriege wird noch viele Tausende erwürgen. Die Berliner Aerzte, die der erwähnten Sitzung beiwohnten, waren sich dieser Gefahr bewußt. Nach einer Ansprache des Staatssekretärs Wurm vom Reichsernährungsamt, der den Kredit, den wir vom Auslande für Nahrungsmittel begehren müssen, auf über 6 Milliarden beziffert, wenn nur das Notwendigste hereingebracht werden soll, drückten sie in einer „Erklärung" die Hoffnung aus, daß die feindlichen Regierungen ihre Zusage, eine Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland nach Deutschland zu ermöglichen, rechtzeitig und ausreichend erfüllen werden. „Wir bitten nicht um Gnade, wir wenden uns an das Gewissen derjenigen Männer der feindlichen Völker, in deren Brust die Stimme der Menschlichkeit und das Bewußtsein der Verantwortung vor dem Urteil der Geschichte nicht erstickt sind." Seit dem Eintritt des Waffenstillstandes und der Zusage Wilsons sind zwei Monate verflossen. Der Krieg ist beendet, die Waffen sind niedergelegt, die Hungerblockade aber dauert fort und fordert ihre Opfer.

Die Lebensmittellieferungen der Entente.

Die Versorgung Deutschösterreichs bis Mitte Februar gesichert.

Wien, 9. Januar.

Durch die von der Ententekommission vorläufig bereitgestellte Menge an Getreide sind wir, wie durch die „Korrespondenz Wilhelm" verlautbart wird, in der Lage, die Versorgung Wiens und des übrigen Deutschösterreich mit Brot und Mehl annähernd bis Mitte Februar unter Beibehaltung der derzeitigen Rationen aufrechtzuerhalten.

Die Mitglieder der Kommission haben sich während ihres Aufenthaltes in Wien eingehend über die Ernährungsverhältnisse orientiert. Das Staatsamt für Volksernährung hat ihnen das gesamte einschlägige Material zur Verfügung gestellt und ihnen über ihren Wunsch genauen Einblick in die amtlichen Statistiken, insbesondere über die Erntedaten, über die Ziffern der Aufbringung und Verteilung des Viehstandes, ferner über die Verteilung des Grundbesitzes in Deutschösterreich sowie über die Preisentwicklung der wichtigsten Lebensmittel während des Krieges gewährt. Auch über die finanziellen Verhältnisse haben die Herren die notwendigen Aufschlüsse erhalten. Alle Mitglieder der Kommission haben unseren schwierigen Verhältnissen großes Verständnis entgegengebracht und in den Verhandlungen eine entgegenkommende Haltung eingenommen. Sie haben sich auch bereit erklärt, bei der czecho-slowakischen und bei der ungarischen Regierung dahin zu intervenieren, daß für Deutschösterreich von diesen Stellen die überschüssigen Lebensmittel und Kohlen zugewendet werden. Die Ententekommission hat auch die Verteilungsorganisation genau studiert und legt selbst das größte Gewicht auf eine gleichmäßige Verteilung der gewährten Aushilfen. In der letzten Konferenz, die mit den Mitgliedern der Kommission Mittwoch nachmittag abgehalten wurde, sprach Dr. Taylor den Wunsch aus, es möge ihm vor seiner Abreise nach Paris der Verteilungsplan für jene 24.000 Tonnen Getreide, welche bei der abschließenden Besprechung mit den Vertretern der Entente im Volksernährungsamte als vorläufige Lebensmittelaushilfe für Deutschösterreich zugesichert wurden, vorgelegt werden. Eine unmittelbare Kontrolle bezüglich der Verteilung der Lebensmittel wurde nicht verlangt, sondern lediglich eine Information darüber, wie die zur Verfügung gestellten Lebensmittel auf Wien und das übrige Deutschösterreich verteilt werden.

Die Kommission, welche derzeit in Budapest ist, wird Samstag abend nach ihrer Rückkehr im Staatsamte für Volksernährung abermals vorsprechen, um den erwähnten Verteilungsplan zur Kenntnis zu nehmen. Dr. Taylor und die anderen Mitglieder der Kommission haben zugesagt, persönlich dafür eintreten zu wollen, daß es Vertretern des deutschösterreichischen Staates ermöglicht werde, bei der internationalen Lebensmittelkommission ihre Wünsche bezüglich der Lebensmittelaushilfe, aber insbesondere auch jene, welche die Lösung der finanziellen Frage betreffen, geltend zu machen.

Die der interalliierten Kommission überreichte Denkschrift über die Fleischversorgung Wiens.

Der Ententekommission, die vor einigen Tagen die Märkte Wiens zu Studienzwecken besuchte und sich durch den Augenschein von der Trostlosigkeit der Lebensmittelversorgung Wiens überzeugen konnte, wurde in der Großmarkthalle ein statistischer Ausweis über die Fleischzufuhren unserer Stadt vor dem Kriege und während desselben zur Verfügung gestellt. Die Daten bilden ein auch für die Allgemeinheit interessantes Dokument unserer Verpflegsverhältnisse. Nach dieser Statistik betrug der Ausfall der Fleischzufuhr nach der Großmarkthalle im Jahre 1918 mit den Zufuhren des Jahres 1913 verglichen bei: Rindfleisch 13,336.620 Kilogramm, Kalbfleisch 1,077.992 Kilogramm, Schaffleisch 435.606 Kilogramm, Schweinefleisch und Fettwaren 13,691.850 Kilogramm, Kälbern 177.251 Stück, Schweinen 51,322 Stück. Dagegen wiesen die Zufuhren an Schafen im Jahre 1918 gegenüber dem Jahre 1913 ein Plus von 71.552 Stück und jene an Lämmern ein Plus von 4201 Stück auf.

Der gesamte Ausfall in den Fleischzufuhren im Jahre 1918 beträgt gegenüber dem Jahre 1913 36,743.058 Kilogramm.

Während im Jahre 1913 der größte Teil der Fleischzufuhren aus den Ländern der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie stammte und Fleisch nur zum geringen Teil aus dem Ausland (Rumänien und Serbien) eingeführt wurde, mußten im Jahre 1918 zum nicht geringen Teil Fleischwaren, insbesondere Rindfleisch, auch aus dem Ausland (Dänemark, Deutschland, Holland und der Ukraine) eingeführt werden. Dagegen blieben die Zufuhren aus den ehemaligen österreichischen Kronländern, wie Salzburg, Kärnten, Tirol, Galizien, Bukowina und aus Bosnien gänzlich aus. Das Hauptkontingent der gegenwärtig in die Großmarkthalle eingeführten Fleischwaren besteht zumeist aus Rindfleisch und aus Schafen, die fast zur Gänze aus Oberösterreich, beziehungsweise aus Ungarn stammen.

In Waggons und Tonnen ausgedrückt betrugen die gesamten Fleischzufuhren: Im Jahre 1913 5813 Waggons mit 17.633·90 Tonnen, im Jahre 1918 2092 Waggons mit 7934·97 Tonnen. Es ergibt sich somit im Jahre 1918 gegenüber dem Jahre 1913 ein Ausfall von 3721 Waggons mit rund 9700 Tonnen. Hiezu muß bemerkt werden, daß die Fleischzufuhren nach dem Zentralfleischmarkte nicht allein für die Fleischversorgung Wiens maßgebend sind. Ausschlaggebend für die Deckung des Wiener Bedarfes war stets der Zentralviehmarkt in St. Marx. Die Zufuhren nach den Märkten in St. Marx sind aber noch erheblicher zurückgegangen.

In bezug auf die Preislage sind die Unterschiede zwischen den beiden in Betracht kommenden Jahren 1913 und 1918 sehr bedeutend und werden durch nachstehende Aufstellung anschaulich gemacht. Die Durchschnitts-Engrospreise betrugen: Im Jahre 1913 bei Rindfleisch 1 K. 60 H. (im Jahre 1918 7 K. 55 H.), bei Kalbfleisch 1 K. 54 H. (5 K. 88 H.), bei Schaffleisch 1 K. 15 H. (17 K. 75 H.), bei Schweinefleisch 1 K. 80 H. (14 K. 30 H.), bei Kälbern 1 K. 48 H. (9 K.), bei Schafen 96 H. (14 K.), bei Schweinen 1 K. 60 H. (—), bei Lämmern 1 K. 39 H. (11 K. 80 H.).

Brief an Wilson.

Material über Wien.

Von Ludwig Hirschfeld.

Wenn ich einmal mit Wilson eine Stunde lang sprechen könnte . . . Verzeihen Sie, hochverehrter Herr Präsident, diesen etwas formlosen Anfang. Aber dieser Satz ist mir ganz von selbst in die Feder geraten, vielleicht, weil er das Motto und Leitmotiv dieses Briefes ist, weil er einen Wunsch ausdrückt, den so viele unter uns in diesen Jahren oft gehabt haben: einmal über die Vorurteile und Drahthindernisse hinweg mit dem Feinde in eine persönliche Verbindung zu treten, sich mit ihm rein menschlich auszusprechen. Das wäre damals natürlich ein hochverräterisches Delikt gewesen und deshalb ist es immer nur beim stummen Wunsch, beim unausgesprochenen Gedanken geblieben. Wegen Gedanken oder eines innerlichen Vorhabens konnte man nämlich nach § 11 St. G. nicht einmal im alten Oesterreich verfolgt werden, aber wenn der Krieg noch etwas länger gedauert hätte, wäre vielleicht auch diese gesetzlich gewährleistete Gedankenfreiheit aufgehoben worden. Jedenfalls war es dadurch unmöglich, mit Ihnen diese eine Stunde lang zu sprechen und Ihnen zu erzählen, wie es eigentlich bei uns aussieht und wie unser Denken und Fühlen wirklich beschaffen ist. Aber jetzt, wo wir Bürger eines mit allen politischen Freiheiten ausgestatteten, wirtschaftlich unfreien und hilflosen Landes sind, und in diesem Schicksalsmoment, wo Sie, hochverehrter Herr Präsident, den Vorsitz des Weltgerichts übernehmen, regt sich wieder der Wunsch nach einer nichtdiplomatischen, also rein menschlichen Aussprache. Freilich, Sie können dafür keine Stunde erübrigen, und deshalb richte ich, ohne Mission und ohne Auftrag, als ein beliebiger einzelner Wiener diesen höchstens zehn Minuten langen Brief an Sie. Es ist ja sehr ungewiß, ob er überhaupt in Ihre Hände gelangen wird. Aber darauf kommt es mir eigentlich gar nicht an. Der Brief ist nur aus dem Bedürfnis heraus geschrieben, in diesem unleugbar historischen Augenblick, wo die Friedenskonferenz der Sieger (das ist keine schöne Zusammenstellung) in Versailles zur ersten Beratung zusammentritt, ein gutes Wort für Wien einzulegen. Wir selbst dürfen ja nicht zugegen sein und nicht mitreden, wir müssen draußen stehen und warten, wie der Schuljunge, wenn die Lehrerkonferenz über seine Sittennote und über den Karzer berät. Das ist nicht sehr friedlich und human, aber wahrscheinlich mußten Sie, Herr Präsident, Ihren siegreichen Freunden dieses Zugeständnis machen. Sie selbst denken vielleicht ruhiger, nüchterner, gerechter. So vermuten wir wenigstens. Wir haben ja Ihnen, Herr Präsident, die ganzen Jahre hindurch ein rein gefühlsmäßiges Vertrauen entgegengebracht und bei Ihnen ein gewisses Wohlwollen für uns vorausgesetzt. Wir haben Sie eigentlich nie so recht als Feind betrachtet, nie gehaßt. Unter uns: Wir sind überhaupt sehr schlechte Hasser, es liegt uns nicht, aber das ist wohl eine von unseren vielen Schwächen, auf die wir uns etwas einbilden können. . . .

Dieser Brief trägt also den Poststempel Wien — nicht Widen". Vorläufig sind wir noch nicht besetzt, noch keine Czecho-slowakische Provinzstadt, sondern bloß das Fragment einer Reichshauptstadt. Allgemeine Daten über Wien kann ich mir wohl ersparen. Wenn ich nicht irre, sind Sie, Herr Präsident, in Begleitung von dreißig Sekretären zum Friedenskongreß gekommen, die seit Jahren Material über die Zentralmächte, also auch über Wien, gesammelt haben. Es ist jedenfalls ein sehr reichhaltiges und statistisch gründliches Material, aber trotzdem möchte ich gern noch einiges hinzufügen: Material über Wien vom Standpunkt des Einzelnen und Einheimischen. Wenn man den Geburtsfehler hat, in dieser Stadt zur Welt gekommen und aufgewachsen zu sein, dann weiß man in manchem vielleicht doch besser Bescheid als dreißig gelehrte Sekretäre. Das Beste wäre es wohl gewesen, wenn Sie, hochgeehrter Herr Präsident, selbst nach Wien gekommen wären. Aber weil politische Rücksichten und Zeitmangel dies unmöglich machen, so will ich mir vorstellen, Sie wären zu uns gekommen und ich hätte die Aufgabe, Ihnen als Fremdenführer zu dienen. Selbstverständlich müßten Sie in tiefstem Inkognito reisen, das gehört zur Harun al Raschid-Rolle. Sie müssen also als ein ganz gewöhnlicher Reisender von der Schweizer Grenze nach Wien fahren, so gut es geht. Es geht gar nicht gut: überfüllte Waggons, finster, ungeheizt, Schikanen, Revisionen, kein Speisewagen, endlose Verspätungen. Es tut mir ja aufrichtig leid, daß Sie so unbequem reisen müssen, aber wir können nichts dafür. Beschweren Sie sich, bitte, bei der Entente, die uns vier Jahre lang blockiert und ausgehungert hat, und bei den Czecho-Slowaken, die die Fortsetzung besorgen . . . wir können nichts dafür.

Schließlich kommt man ja doch in Wien an. Wenn ich mir erlauben darf, Ihnen einen Rat zu geben, so wäre es der, sich nicht mit den Chauffeuren und Kutschern in Debatten einzulassen. Ihre ganze berühmte staatsmännische Beredsamkeit dürfte kaum genügen, um diesen Männern zu beweisen, daß die große Zeit der Taxüberschreitungen vorüber ist. Es ist viel besser, viel lehrreicher, wenn wir mit der Straßenbahn fahren. Da kommen sie gleich hinein ins volle, ins überfüllte Menschenleben und erhalten so viele Eindrücke, als sie nur wollen. Die gereizten Mienen und Worte dürfen Sie nicht irritieren. In einem überfüllten Wiener Straßenbahnwagen blüht immer rasch der Watschenbaum, wie man auf Wienerisch zu sagen pflegt. Zu wirklichen Ohrfeigen kommt es nie, schon durch den Platzmangel. Eher werden Sie der Bemerkung ausgesetzt sein: „Glauben S' vielleicht, weil S' ein' besseren Rock anhaben . . .". Aber auch das hat nichts auf sich, denn bis zum Ende der Fahrt ist auch der bessere Rock schon sehr abgenützt. So bewährt sich die Wiener Straßenbahn als eine wahrhaft soziale Einrichtung zum Ausgleiche der Klassengegensätze.

Mit der Unterkunft wird es wohl schlecht aussehen. Ja, wenn Sie offiziell, als Staatsoberhaupt, gekommen wären, da hätte man Ihnen gewiß die Fremdenappartements der Hofburg eingeräumt. So können wir nicht einmal durchgehen, müssen einen weiten Umweg machen, um in die Innere Stadt zu gelangen, denn der Durchgang durch die Hofburg ist aus geheimnisvollen Gründen strengstens untersagt, obwohl oder vielleicht weil sich die ganze Wiener Bevölkerung darüber aufhält. Jede unserer Regierungen hält es nämlich für ihre oberste Pflicht, dafür zu sorgen, daß immer etwas da ist, worüber man schimpfen und raunzen kann. In den Hotels werden wir nicht viel Glück haben. Vor lauter Mangel an Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten ist Wien überfüllt, daher auch die Wohnungsnot. Aber deshalb bekommt man für 1000 Kronen monatlich oder 100 Kronen täglich die schönsten möblierten Absteigquartiere. In Dollars ist das ja gar kein Geld. Das Wichtigste ist dann das Ausfüllen des Meldezettels und das Beschaffen der diversen Karten und Scheine. Wenn Sie die haben, bekommen Sie im Schleichhandel, was Sie wollen.

Schade, daß heute gerade fleischloser Tag ist. Aber das ist jetzt auch nicht mehr so wörtlich zu nehmen. Oder glauben Sie vielleicht, daß ein Gemüseschnitzel eine Speise für strenge Vegetarier ist? Das ist ein Gemüse, und darunter ein Schnitzel, auf Wunsch auch gebacken, was noch verbotener ist. Sie haben kein Brot bei sich? Macht gar nichts. Die Brotabgabe ist doch glücklicherweise strengstens untersagt. Sie haben Ihre Mehlkarte zu Hause vergessen? Deshalb keine Mehlspeisfeindschaft. Wir hungern niemanden aus, wir sind nicht so unerbittlich, namentlich wenn er anständige Trinkgelder gibt. Sie wünschen zu rauchen? Bitte sehr, bitte gleich: eine Media zu 2 Kronen, eine Egyptische zu 70 Heller, auch ganze Schachteln. Gott sei Dank, wir haben eine Rauchwarenknappheit und eine Rayonierung, wir können's uns leisten. Allerdings, die Rechnung, die ist ein bißchen hoch: 40 Kronen für ein einfaches Mittagessen. Aber dafür

Reichspost 12/II. 1919

74

milch und der Milchgroßhändler Josef Wiehart, 13. Bezirk, Kienmayergasse 4, wegen Verwässerung von Kuhmilch angezeigt.

Die Lebensmittelpakete von Sigmundsherberg.

Wie es zur Ueberlassung an die Gemeinde Wien kam. — Zahl und Wert der Pakete. — Der Abtransport. — Abgabe an die Mindestbemittelten.

Im Lager von Sigmundsherberg geht es jetzt bald ebenso lebhaft zu wie seinerzeit, als es die italienischen Kriegsgefangenen beherbergte. Ein stattliches Aufgebot von Leuten ist seit mehr als einer Woche damit beschäftigt, die nach dem Abzuge der Italiener zurückgebliebenen Lebensmittelpakete, die der Gemeinde Wien zur Verteilung überlassen wurden, zu sortieren und zum Abtransport bereitzustellen. Durchaus einheitlicher Form in gewelltes starkes Papier eingepackt, tragen die Liebesgabensendungen die Aufschrift des italienischen „Roten Kreuzes", als dessen offizielle Sendungen sie gelten, und die Adresse, beziehungsweise Matrikelnummer des Gefangenen. Darinnen sind sorgsam eingelegt die Geschenke, denen eine Karte mit dem Gruß des italienischen „Roten Kreuzes" beigeschlossen ist.

Den Anstoß zur Ueberlassung dieser Sendungen an die Gemeinde Wien hat Fürstbischof Dr. Zölestin Endrici von Trient gegeben. Dazu war vor allem eine Entscheidung der italienischen Regierung beziehungsweise des Königs von Italien notwendig. Mit Erfolg hat sich Graf Spiegelfeld namens des Oesterreichischen „Roten Kreuzes" mit dem Präsidenten des italienischen „Roten Kreuzes", Grafen Belmonte, ins Einvernehmen gesetzt. Die Aktion wurde in Angriff genommen, der die täglich ungefähr acht Waggons beladen. Es ist eine langwierige Arbeit, trotzdem ein Industriegeleise und eine Kleinbahn zur Verfügung stehen, die bis zu den Magazinen führen. Die Pakete sind in vierzig großen Speichern untergebracht, die eine Einlagerung von 800 Waggons ermöglichen. Das Zählen der Sendungen allein hat eine ununterbrochene zehntägige Arbeit von zwanzig Marktamts- und Buchhaltungsbeamten erfordert. Nach Abschluß der Zählung wurde die Verladung in Angriff genommen. Sind etwa dreißig Waggons beladen, wird ein Zug zusammengestellt, der nach Wien abrollt. Es ist also jeweilig in drei bis vier Tagen mit dem Eintreffen eines solchen Lebensmittelzuges zu rechnen.

Nun die Aufteilung der Transporte in Wien: Um zu verhindern, daß die vielen tausende Pakete im städtischen Lagerhaus eingelagert und von dieser einen Halle aus versendet werden müßten, wurde die Verteilung im Großen dezentralisiert. In das Lagerhaus wandern nur so viele Sendungen, als Mindestbemittelte in den umliegenden Bezirken für die Beteilung in Betracht kommen. Die übrigen Partien gehen zu den Bahnhöfen in Heiligenstadt, Nußdorf, Michelbenern und Westbahnhof. Im Sinne der Bedingungen des italienischen Königs und Volkes werden

weil es der Wunsch der Armee ist, den letzteren so viel als möglich die Leiden des Krieges zu ersparen."

Die Kürzung der Brotquote.

Wien, 15. Januar.

Wir haben bereits im Abendblatte berichtet, daß die Kürzung der Brotration in der nächsten Woche unausweichlich geworden ist. Es wird vom Zeitpunkte des Eintreffens der 400 Waggons Getreide, die aus Italien kommen, abhängen, für wie lange die Kürzung verfügt werden muß. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß die Periode des halben Brotlaibes nicht über das Ende der nächsten Woche hinaus währen wird. Augenblicklich soll wegen der Kürzung der Ration die unumgänglich notwendig gewordene Erhöhung des Brotpreises unterbleiben, doch ist dies nur ein Aufschub für kurze Zeit. Bei einem heute stattgehabten Empfang der Vertreter der Wiener Presse machte Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Ruß über beide Fragen nachstehende Mitteilungen:

Aeußerungen des Staatssekretärs Dr. Löwenfeld-Ruß.

Die Versorgung Wiens und der eines Zuschubes bedürftigen Gebiete Deutschösterreichs, das sind Niederösterreich, das flache Land und Wien, Kärnten und Steiermark (Oberösterreich versorgt sich selbst, Tirol und Vorarlberg werden von der Schweiz alimentiert), ist heute infolge der Erschöpfung der eigenen Vorräte einzig und allein auf auswärtigen Zuschub angewiesen. Das klaglose Funktionieren des Versorgungs- und Verteilungsapparates ist die Vorbedingung für die lückenlose Versorgung. Durch einen Schneesturz am Brenner ist jedoch in der vorigen Woche der Verkehr durch längere Zeit unterbrochen gewesen, wodurch die Durchführung der Transporte der italienischen Getreidemengen ungemein verzögert wurde. Trotzdem alle Maßregeln getroffen wurden, um das Hindernis wegzuräumen und auch die hier zurückgebliebenen englischen und italienischen Vertreter der interalliierten Lebensmittelkommission die Bemühungen der deutschösterreichischen Behörden auf das nachdrücklichste unterstützen, ist es doch nicht möglich, daß die Zuschübe rechtzeitig eintreffen. Es ist ein Verhängnis, daß dieses Elementarereignis unser Land gerade jetzt trifft. Ist es doch fast auf den Tag genau ein Jahr seit dem aus denselben Gründen ausgebrochenen Generalstreik am 18. Januar des Vorjahres. Das rechtzeitige Eintreffen der Getreidemengen konnte nicht bewerkstelligt werden, aber es geschieht nun alles, daß die restliche Menge von den 20.000 Tonnen Weizen, deren Verteilung und Disposition im Einvernehmen mit der interalliierten Kommission sowohl für Wien als auch für die zuschubsbedürftigen Länder Deutschösterreichs vorgenommen wurde, weiterhin klaglos funktioniert. Es sind zwei Vertreter der Alliiertenkommission nach Triest gereist, um die Zuschübe von dort aus zu sichern. Die Maßnahmen, betreffend die Brotkürzung, mußten schon heute eingeleitet werden, weil schon jetzt die Dotierung der Bäcker und Brotfabriken mit Mehl für den Brotbedarf der nächsten Woche zu beginnen hat.

Das Getreide von auswärts hat einen hohen Preis, nicht nur absolut, sondern auch infolge der Frachtkosten. Die hohen Weizenpreise werden allerdings zur Erhöhung der Mehl- und Brotpreise führen. Der Preis für ein Kilogramm Weizen beträgt ab Genua 3 K., dazu kommen Transportkosten, Säcke- und sonstige Spesen, Vermahlungskosten, so daß in Wien das Kilogramm auf 3 K. 30 H. bis 3 K. 50 H. zu stehen kommen wird. Bis zum 15. August würde die Regierung bei Beibehaltung der jetzigen Brotpreise eine Differenz von etwa 600 Millionen Kronen daraufzuzahlen haben. Das ist unmöglich. Es finden deshalb Verhandlungen im Staatsrate und im Kabinettsrate statt, um aus dieser Situation einen Ausweg zu finden. Bisher besteht die Absicht, daß ein Teil dieser Kosten in Form einer Ueberwälzung auf den Konsum hereingebracht wird (mäßige Erhöhung des Brot- und Mehlpreises, wodurch jedoch nur ein geringer Teil der Mehrausgabe gedeckt werden soll), während der Rest, einige hundert Millionen Kronen, in Form einer Steuer aufgebracht werden soll, die sowohl die Selbstversorger als auch die bemittelteren Schichten der städtischen Bevölkerung treffen würde. Diese Brotsteuer, die progressiv wäre, soll sich an die Einkommensteuer anlehnen. Die höher Besteuerten sollen demnach schärfer angefaßt werden. Im Wesen kommt es also auf eine Staffelung der Preise an. Eine direkte Ausführung der Staffelpreise ist undurchführbar. Eine endgültige Entscheidung in der Bedeckungsfrage ist aber noch in keiner Richtung getroffen worden. Der Kabinettsrat hat die endgültige Beschlußfassung verschoben. Vorläufig bleibt es bei den geltenden Brot- und Mehlpreisen, auch wenn das auswärtige Getreide, was ja schon der Fall war, zur Versorgung des Konsums herangezogen wird. In kurzer Zeit wird aber an die Durchführung dieser Absichten gegangen werden müssen, da das längere Tragen dieser Kosten durch den Staat nicht möglich ist.

Den Begriff „Bemittelte" erklärte der Staatssekretär folgendermaßen: Wir haben für Deutschösterreich ohne die Sudetenländer rund 700.000 Zensiten für die Einkommensteuer. Die soziale Schichtung der Zensiten ist eine sehr ungünstige, da es nach den Einkommensteuerergebnissen des Jahres 1916 nur ungefähr 53.000 Haushalte gibt, die mehr als 10.000 K. ins Verdienen bringen. Aber in unserer Zeit kann man wohl ein Einkommen von 10.000 K. kaum mehr als „Besserbemittelte" ansehen. „Mindestbemittelte" sind zirka 500.000 Menschen, deren Zahl fortwährend ansteigt. Alles auf die Einkommenklassen zu wälzen, dürfte wohl nicht gehen, weil sonst die Endsumme, die benötigt wird, nicht aufgebracht werden könnte. Die Personen bis 10.000 K. Einkommen werden mit einer geringeren Erhöhung belastet werden. Zwischen 10.000 und 20.000 K. Einkommen wird die Staffelung gleichfalls mäßig sein. Erst bei Einkommen über 20.000 Kronen wird schärfer zugegriffen werden. Und dies wird kaum 20.000 Haushalte treffen. Betont muß werden, daß es sich nicht um einen Zuschlag zur Einkommensteuer handelt, sondern um eine besondere Steuer, zu dessen Veranlagung als Grundlage die Einkommensteuerelemente genommen werden. Es ist eine einmalige Brotsteuer aus dem Titel der Kosten der Mehleinfuhr. Der ganze Fragenkomplex ist noch nicht geklärt, da die Beratungen noch im Fluß sind. Die Steuer trifft auch die Selbstversorger sowohl auf Grundlage ihres Einkommens, als auch auf der Basis der von ihnen entrichteten Grundsteuer.

Die Frage bezüglich eines Ersatzlebensmittels für das ausfallende Brotquantum beantwortete der Staatssekretär dahin, daß wohl Reis vorhanden ist. Die Verwendung dieses Lebensmittels ist aber von der Kaufkraft der

Neue Freie Pr

95

Ein Schreiben Lord Cavons über die Nahrungsaushilfe.

Wien, 15. Januar.

Lord Cavon, Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte in Italien, hat an einen militärischen Vertreter Englands, der anläßlich der Verhandlungen über die Lebensmittelaushilfe in Wien ist, einen Brief gerichtet, der folgende Stellen enthält:

„Wollen Sie die österreichische Regierung informieren, daß die Lebensmittel als besonderer Höflichkeitsakt von dem Earl of Cavon gesendet werden, K. P., K. C. B., M. V. O., Hauptbefehlshaber der britischen Kräfte in Italien, und in Anerkennung der Tatsache, daß die österreichische Armee und das Volk im großen und ganzen die englischen Gefangenen und Internierten gut behandelten. Wollen Sie diesen letzten Punkt mit Nachdruck erwähnen.

Der Hauptbefehlshaber schreibt vor, daß das Nötige veranlaßt wird, um sicherzustellen, daß die Lebensmittel jene bekommen, welche sie wirklich benötigen.

Schlechte Verteilung und Unruhen in Wien würden jeden von hier ausgehenden weiteren Lebensmittelzuschub ausschließen.

Selbstverständlich sind die Lebensmittel, welche gesandt werden, wahrscheinlich gering im Vergleich zu den Bedürfnissen, aber die Verkehrsmöglichkeiten sind beschränkt, und es ist um so notwendiger, die richtige Ankunft und Verteilung dieser zu sichern.

Sie werden bemerken, daß verhältnismäßig große Quantitäten Milch und Zucker gesandt werden, um die Bedürfnisse der Kinder zu befriedigen.

Sie sollen aus allem den Eindruck haben, daß die Lebensmittel von der britischen Armee geschickt werden, um die Not der Frauen und Kinder zu lindern.

Fremdenblatt

16./I. 1919

96

Entbehrung nur vorübergehender Art ist, da wir ja wissen, daß es der feste Entschluß der Entente ist, die dringendste Not von uns abzuwehren, so lange Wien nicht der Schauplatz von Unruhen und von Unordnung wird. Gewiß werden an den Opfermut unserer notleidenden Bevölkerung die größten Anforderungen gestellt; aber mehr als jemals heischt die Stunde der Not kaltes Blut zu bewahren und nicht durch leidenschaftliche Ausbrüche die Aussicht auf eine wenn auch bescheidene Existenzmöglichkeit zu vernichten. Es liegt auch im höchsten Interesse der Entente, daß in Wien der Bolschewismus nicht sein Haupt erhebe, und daher darf man mit Sicherheit darauf rechnen, daß die neue Not, die unsere Bevölkerung heimsucht, nur ganz kurze Zeit dauern wird. Ruhe ist jetzt wirklich die oberste Bürgerpflicht, denn Ruhe bedeutet heute für Wien die Rettung vor der Hungersnot.

Phantasien über Wien.

Ein tendenziöser Artikel des „Temps".

Der Pariser „Temps" brachte vor einigen Tagen eine Schilderung der Verhältnisse in Wien aus der Feder eines Franzosen, der vom Kriege in Wien überrascht worden war und vor kurzem nach Frankreich zurückgekehrt ist. Es ist bezeichnend, daß in diesem Artikel mit keinem Worte der guten Behandlung Erwähnung getan ist, deren sich die Franzosen während des Krieges in Oesterreich erfreuen durften. Wohl aber findet der Schreiber dieses Artikels, daß die Schilderung der österreichischen Blätter von der Notlage der Bevölkerung stark übertrieben ist und verlangt, daß Frankreich sich durch dieses auf das Mitleid der Entente spekulierende Manöver nicht allzusehr möge beeinflussen lassen. Es wird zwar zugegeben, daß die Bevölkerung im allgemeinen unter dem Mangel an Nahrungsmitteln leide und daß ihre Widerstandsfähigkeit durch Unterernährung stark gelitten hat. Doch wird dieser nur beiläufig erwähnten Bemerkungen eine Schilderung der Möglichkeiten gegenübergestellt, wie man sich in Wien trotz des Nahrungsmittelmangels mehr als reichlich ernähren und wie man sich in Wien trotz der 8 Uhr-Sperre bei Kabarettvorstellungen und in lustiger Gesellschaft die ganze Nacht hindurch vortrefflich amüsieren kann. Der Verfasser dieses Artikels scheint sich mehr in Gesellschaft von Kriegsgewinnern und im Kreise jener Leute bewegt zu haben, die trotz der nagenden Sorgen des Volkes sich und ihrem Vergnügen keinerlei Einschränkung auferlegen.

Daß Reiche prassen, während Arme darben müssen, ist keine nur in Wien bemerkbare Sondererscheinung. Auch im Paris der Revolution und zur Zeit der Belagerung durch die Deutschen haben sich die Stätten der erlesenen, wie der ausschweifendsten Vergnügungen sehr erfolgreich trotz der täglichen Sorge um des Lebens Nahrung behauptet. Und doch ist es niemandem eingefallen, das Leben der Prasser in einer heimgesuchten Stadt zur Beurteilung der Leiden der Bevölkerung heranzuziehen. Wien aber ist eine heimgesuchte Stadt. Der Notschrei Wiens ertönt nicht, um bei der Entente unangebrachtes Mitleid auszulösen, sondern als Hilferuf, weil die Bevölkerung Wiens am Ende ihrer Widerstandskraft angelangt ist. Davon dürften sich auch die Mitglieder der Interalliierten Kommission überzeugt haben. Denn diese Herren haben Gelegenheit gehabt, einen tiefen Einblick zu tun in die Verhältnisse, unter denen die Wiener Bevölkerung heute lebt. Und diese Herren sind, wie aus ihren übereinstimmenden Aeußerungen unzweideutig hervorgeht, zu einem ganz anderen Urteil über Wien und die Wiener gekommen. Es sind im Verlaufe des Krieges, durch den mächtig angestachelten Haß gefördert, eine ganze Reihe unwahrer Behauptungen über die Mittelmächte im allgemeinen und uns im besonderen in die Welt gesetzt und leider vollinhaltlich geglaubt worden. Heute ist der Krieg beendet, wir stehen vor der Eröffnung der Friedensverhandlungen und niemand, der ehrlich denkt und den wirklichen Frieden, die dauernde Annäherung der Völker wünscht, wird es gutheißen können, wenn in so kritischer Zeit Nachrichten über irgend einen der Kriegführenden verbreitet werden, die ein falsches Bild zu zeigen geeignet sind.

Die Leiden der Besiegten mögen so schnell als irgend möglich beendet werden, nicht nur im Interesse der Besiegten, sondern auch im Interesse der Sieger. Wer an diesem erhabenen Werke mitarbeitet, wirkt nicht nur im Sinne der so lange unterdrückten Menschlichkeit, sondern auch im Sinne der Vernunft, die es heute schwerer hat denn je, sich angesichts des Taumels, der ganz Europa ergriffen hat, durchzusetzen. Deutschösterreich aber kann darauf vertrauen, daß die berufenen und befugten Beurteiler seiner Lage zu einem gerechteren Urteil gelangen, als der Gewährsmann des „Temps", der die hier herrschende Not jedenfalls nicht am eigenen Leibe gespürt hat.

---

durch — in dem gleichen Raum, in welchem der Koffer mit der noch warmen Leiche steht. Und jeder Tag, der sie vom verübten Verbrechen weiter entfernt, lullt sie in immer mehr und mehr Ruhe ein, aus welcher sie weder die verpestete

Illustr. Wr. Extrablatt

Beim Präsidenten Masaryk.

Frau Helene Granitsch, die Präsidentin der Rohö, hatte die Freundlichkeit, einen unserer Redakteure zu empfangen und ihm über ihren Besuch bei dem Präsidenten Masaryk in Prag nähere Mitteilungen zu machen. Auf die Frage, wie die Unterredung mit dem Präsidenten Masaryk zustande kam, äußerte sie:

„Ich war mit dem Präsidenten Masaryk durch Berta v. Suttner schon mehrere Jahre vor dem Kriege zusammengekommen. Wir haben gemeinsam in der Friedensgesellschaft gearbeitet und auch in Wien zur Verhütung des Weltkrieges gegen das internationale Wettrüsten seinerzeit große Versammlungen abgehalten. Auf Grund dieser alten Beziehungen habe ich jetzt versucht, das Interesse des Präsidenten Masaryk für die notleidende Wiener Bevölkerung wachzurufen, insbesondere für die durch den Milchmangel in ihrer Gesundheit und in ihrer Lebensmöglichkeit so schwer betroffenen Wiener Kinder. Auf meine telegraphische Anfrage, ob ich eine Unterredung mit ihm haben könnte, erhielt ich binnen vierundzwanzig Stunden die Rückantwort, daß er mich gern am Vormittag auf dem Hradschin erwarten wolle."

„Welchen Empfang haben Sie bei Präsident Masaryk gefunden?"

„Ich fand mich mit meiner Begleiterin, Frau Ferjancic-Gilka, pünktlich zur festgesetzten Stunde beim Tor des Hradschin ein. Zwei bewaffnete tschecho-slowakische Soldaten öffneten trotz meines deutschen Grußes sofort das Eingangstor, als ich ihnen die Einladung des Präsidenten vorwies. Ich wurde in die Räume geführt, die von Kaiser Franz Josef seinerzeit bewohnt worden waren. Der Sekretär des Präsidenten erwartete mich dort und führte mich unverzüglich in das Arbeitszimmer, wo Masaryk mich als alte Bekannte begrüßte. Ich kam sofort auf meine Angelegenheit zu sprechen. Ich habe dem Präsidenten gegenüber erklärt, daß ich nicht namens einer Behörde, auch nicht namens der politischen Partei, der ich angehöre, zu ihm komme, sondern lediglich als Mutter und als wirtschaftsführende Hausfrau, die die Not des Volkes kennt, und die die rascheste Einleitung des geordneten Güteraustausches zwischen den Ländern als das dringendste Gebot der Stunde ansieht. Ich betonte auch gleich eingangs, daß ich als ausgesprochen deutsch empfindende Frau nur im Zusammenschluß aller Angehörigen meiner Nation das Ziel des ersehnten Aufschwunges sehe, daß ich aber gleichzeitig die Notwendigkeit friedlichsten und versöhnlichsten Verkehrs mit den Nachbarrepubliken durch die Anbahnung wirtschaftlicher Vereinbarungen als die einzige Grundlage für den geordneten Neuaufbau aller Völker, nicht nur meines Volkes, ansehe."

Auf die Frage nach dem Weiterverlauf des Gespräches führte Frau Granitsch Folgendes aus:

„Präsident Masaryk erwiderte, daß er mit mir persönlich die wirtschaftlichen Angelegenheiten gern besprechen wolle und daß er jedwede Unterstützung von Volk zu Volk, sofern sich nur irgend die Möglichkeit biete, nach Kräften zu fördern bestrebt sein werde. Mit der deutschösterreichischen Regierung könne keine Besprechung stattfinden, insolange der Kriegszustand als solcher zwischen der Entente und den Zentralmächten nicht offiziell aufgehoben sei. Gerade deshalb begrüße er Verhandlungen von Volk zu Volk, damit jede Möglichkeit der Linderung der Volksnot ausgenützt werden könne. Ich antwortete ihm, daß die Völker beider Republiken in der großen Gefahr der inneren Unruhen und der Bürgerkriege schweben, insolange die Ernährungsverhältnisse hüben wie drüben keine geordneten seien. Der Schleichhandel blühe in der tschechoslowakischen Republik wie in der deutschösterreichischen. Die reichen Leute haben dort wie hier die Möglichkeit des Uebergenusses, die arme Bevölkerung hungere dort wie hier, wenn auch in Deutschösterreich das Elend zurzeit gewiß am höchsten sei. Aber die Arbeiterunruhen, die sich in Böhmen unaufhörlich wiederholen, gäben den Beweis, wie schlecht die Verteilungsmaßnahmen derzeit noch seien.

Präsident Masaryk erwiderte, daß sein Hauptaugenmerk in diesem Augenblick auf die Bekämpfung des Schleichhandelz gerichtet ist, worauf ich ihm antwortete, daß dieses Uebel nie und nimmer einseitig bekämpft werden könne, sondern daß wirksame Maßnahmen gegen den Schleichhandel nur im gegenseitigen Einvernehmen beider benachbarter Staaten möglich seien, denn die Waren, deren offizielle Ausfuhr zu offiziellen Preisen untersagt sei, kämen nicht der armen Bevölkerung Böhmens zugute, sondern sie würden von den Schleichhändlern zum großen Teile aufgekauft. Der Anreiz der hohen Schleichhandelspreise bewirkt immer wieder, daß die Produzenten die Ware dem eigenen Volke vorenthalten; die Waren kämen über die Grenze, aber nur zu unerhört hohen Preisen und nur für die höchstbegüterten Schichten. Präsident Masaryk fragte mich, welche gemeinsame Bekämpfungsmaßnahmen gegen den Schleichhandel möglich wären. Ich antwortete, die Milch, die bisher in großen Mengen aus Südmähren nach Wien gekommen sei, erleichtere jetzt infolge der Grenzabsperrung ganz gewiß nicht die Ernährung der Stadt Prag, deren Milchzufuhr auf ein noch nie dagewesenes Mindestmaß herabgesunken sei. Es sei gar nicht möglich, angesichts des schlechten Verkehrs ein so leicht verderbliches Nahrungsmittel bis zu dem entfernten Konsumzentrum Prag zu schaffen, sondern die Milch werde teils über die Grenze geschmuggelt und dann den reichen Leuten in Wien zum Preise von 5 bis 6 Kronen pro Liter zugänglich gemacht, oder sie werde verbuttert und verkäst und komme dann in Form ungeheuer teurer Molkereiprodukte wieder nur den reichen Leuten zugute, niemals aber den Kindern der Armut, weder in Prag noch in Wien. Deshalb geht mein Ersuchen dahin, der Präsident möge Verfügungen treffen, daß die alten, legitimen Handelsbeziehungen zwischen den bäuerlichen Genossenschaften Mährens und der Wiener Milchversorgung raschestens wiederhergestellt werden, da in dieser Zeit der Unordnung eine Kontrolle über die anderweitige Verwertung dieses wichtigsten Nahrungsmittels der tschechoslowakischen Regierung ja gar nicht möglich sei. Präsident Masaryk mußte mir beipflichten und erließ sofort eine schriftliche Mitteilung an den tschecho-slowakischen Ernährungsminister mit der Aufforderung, in diesem Sinne Verfügungen treffen zu wollen. Bei meinen späteren Verhandlungen mit dem Ernährungsminister habe ich diesfalls auch weitgehende Zusagen erhalten, deren Resultate hoffentlich noch im Laufe dieses Monats in Wien sichtbar sein werden."

„Waren Masaryks Ausführungen vom Geiste der Versöhnlichkeit und des Entgegenkommens getragen?"

„Sowohl ich als auch meine Begleiterin hatten den Eindruck, daß Präsident Masaryk, der ja bei Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Böhmen noch eine außerordentlich schwierige Arbeit wird zu leisten haben, von dem brennenden Wunsche erfüllt ist, so rasch wie möglich geordnete wirtschaftliche Verhältnisse herzustellen und wirtschaftliche Brücken zu schlagen von Volk zu Volk. Er betonte, daß ihm über die Entente die Beschwerde der österreichischen Regierung wegen [illegible] gegeben, von dem Nachbar- [illegible] macht habe, aber ich hege die felsenfeste Ueber-

16. II. 1919

98

Eine Hungerwoche.

Mit Kummer und Besorgnis wird die Bevölkerung die Nachricht entgegennehmen, daß nächste Woche nur die halbe Brotmenge ausgegeben wird. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, was es einer auf schmalste Kost gesetzten, ausgehungerten Bevölkerung bedeutet, wenn ihr die ohnehin nichts weniger als reichliche Brotnahrung auf die Hälfte herabgesetzt wird. Die ärmere Klasse, und dazu muß man jetzt auch den sogenannten Mittelstand rechnen, der von den hohen Preisen nur die Nachteile hat, ist ganz außerstande, sich für den Ausfall der Brotschnitte einen Ersatz zu beschaffen. Die Kartoffel ist zur Delikatesse geworden, von den Gemüsemärkten kommen Tag um Tag klägliche Berichte über mangelhafte Beschickung bei Phantasiepreisen, und wie es um die Versorgung mit Mehl und Hülsenfrüchten bestellt ist, das wissen alle nur zu genau, die mit schwerem Herzen und bald nur zu sehr erleichterter Tasche den Weg zum Schleichhändler nehmen mußten. Es könnte einem wirklich das letzte bißchen Mut und Zukunftshoffnung nehmen, wenn man gewahren muß, wie die einst so lebensfrohe Zweimillionenstadt, so lange nach Ende des Krieges immer tiefer in das Entbehren und Darben hinabgestoßen wird. Die Luft ist angefüllt mit klingenden Redensarten von Menschlichkeit, von der Hilfsbereitschaft auch unserer ehemaligen Feinde, sogar eine englische Musikbande, die als Begleitung von Nahrungsmitteln zu uns gekommen ist, marschiert in strammem Rhythmus durch unsere Straßen, aber hinter den englischen Bläsern zieht das Hungergespenst einher und verbreitet Pein und Entsetzen um sich her.

Die Nachwehen des Krieges müssen wir gar bitter empfinden, und wir werden uns schon an die Vorstellung gewöhnen müssen, daß, wie das böse Wort lautet, das dicke Ende noch nachkommt. Unsere Nachbarschaft tut freilich reichlich das ihre, unsere Notlage zu verschärfen. Unserer ständigen Klage, daß die Ungarn auch ihren klaren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind und sich zu wenig um das Schicksal der Wiener Bevölkerung kümmern, haben sie seit einiger Zeit ein gründliches Ende bereitet, indem sie uns einfach gar nichts mehr schicken. Die Verwaltung der tschecho-slowakischen Republik hat einen Grenzwall aufgerichtet, den kein Nahrungsmittel überschreiten kann. Wie die Kohle, so ist auch jeder Erdäpfel- und Mehlsack den Tschechen ein Politikum. Aehnlich ist das Verhältnis der Jugoslawen zu uns. Auch von Süden her ist also für Wien und die deutschösterreichischen Gebiete nichts zu erwarten. Auch bei gutem Willen wären aber wohl diese Nachbarstaaten kaum in der Lage, unseren Bedarf halbwegs zu decken, geschweige denn, wenn dieser gute Wille unauffindbar ist, und überdies die immer ärger zusammenbrechende Kaufkraft unseres Geldes den Besitzern der Bodenprodukte sicherlich nur wenig Anreiz zum Verkauf an uns bietet.

Jetzt erst treten die Folgen der harten, durch die ganze Kriegszeit fortgesetzten Blockade unserer Zufuhrsgrenzen ganz in die Erscheinung, und jetzt erst erkennen wir die Unzulänglichkeit der Eigenversorgung unseres Verbrauchsgebietes. Aber für den Ausbau dieser spätgeborenen Erfahrungen ist jetzt ebensowenig die Zeit, als für andere weitwendige Betrachtungen. Das Hungertuch der Bevölkerung ist bereits zernagt und die Hilfe muß bald, muß schleunigst kommen. Die in der vorigen Woche hier versammelt gewesene interalliierte Lebensmittelkommission hat die Zusendung von 2400 Waggons Getreide zugesagt, schon mitgerechnet die 400 Waggons, die seit Tagen als im Anrollen aus Italien angekündigt werden und ewig nicht den Weg zu uns finden. Diese Zufuhr von 2400 Waggons deckt den Wiener Bedarf von etwa vierzehn Tagen, es müßte also, besonders wenn auch nur eine kleine Reserve angelegt werden soll, jede Woche eine gleich große Sendung eintreffen. Die Sachlage ist nun der Entente, in deren Namen jene Lebensmittelkommission hier verhandelte, vollkommen klar, und nun müssen die glücklichen Sieger und Besitzer zeigen, daß sie nicht etwa noch einen Rachekrieg mit einer durch den Mangel an Nahrungsmitteln zum Erbarmen herabgekommenen, einer erschreckenden Uebersterblichkeit ausgesetzten Bevölkerung weiterführen, daß sie Menschlichkeit nicht nur auf den Lippen haben, sondern auch üben wollen, und daß sie sich endlich auch die Folgen zu vergegenwärtigen vermögen, die es nach sich ziehen könnte, wenn der Hunger die erregten, vor nichts mehr zurückschreckenden Massen auf die Straße treibt. Die Entente scheint es begreifen zu wollen, daß die Verelendung dem Bolschewismus den Weg bahnt, der unbedenklichen Anarchie, deren Aufflammen auch die Weststaaten zu scheuen haben. Die Hilfsbereitschaft der Entente wird auch die Hindernisse zu beseitigen haben, die von unseren Nachbarn jeder Durchfuhr nach Deutschösterreich bereitet werden.

Aber nicht nur augenblickliche Aushilfe, sondern dauernde Hilfe muß uns werden. Es ist nicht abzusehen, was daraus werden sollte, wenn der Hungerwoche, der wir entgegengehen, eine Reihe weiterer Hungerwochen folgen sollte.

Die Zeit
19. II. 1919

123

Die Mittelstandsbewegung in Salzburg.

Salzburg, Mitte Januar.

Vor fast zwei Jahren setzte in Salzburg unter Führung von Frauen eine sehr lebhafte Mittelstandsbewegung ein, die mit der Gründung eines Vereins für Mittelstandsinteressen begann, der in wenigen Wochen 5000 Mitglieder mit 15.000 dazugehörigen Familienmitgliedern zählte. Den Verein gründeten folgende Frauenorganisationen: Rohö, Katholische Frauen, Frauenerwerbverein und Arbeitende Frauen; dazu gesellte sich eine starke Gruppe mittelständischer Hausfrauen aus allen Kreisen der Fixangestellten, Frauen der Beamten des Staates, des Landes und der Gemeinde. In den ersten Sitzungen gesellten sich zu den Gründerinnen des neuen Vereins tatkräftige Männer, und es wurde von allem Anfang an gemeinsam für die Interessen des Mittelstandes gearbeitet. Artikel in der Lokalpresse erschienen, die auf den notwendigen Zusammenschluß des Mittelstandes aufmerksam machten, und jede zweite Woche fand eine Mittelstandsversammlung statt, die bald so zahlreich besucht waren, daß selbst der große Mozarteumssaal hierfür zu klein wurde. In den Versammlungen wurde harte, aber gerechte Kritik geübt an allen Behörden, die an der überaus schlechten Versorgung mit Lebensmitteln die Schuld trugen. Eingaben über Eingaben wurden gemacht, die in Abschrift an das Volksernährungsamt nach Wien gesendet und auch in der hiesigen Presse veröffentlicht wurden, was oft von bestem Erfolg war. Deputationen vom Mittelstandsverein beunruhigten die hiesigen Behörden fast allwöchentlich und störten die Ruhe des Landespräsidenten und der Stadtgemeinde, die sich über die neue Vereinigung, die schonungslos alle Mängel der Verwaltung ans Licht zog und aufs energischeste Abstellung aller Uebelstände verlangte, sehr mißliebig äußerten. Die hier eingeführte Aktion der ehemaligen Regierung für die Mindestbemittelten funktionierte derart vorzüglich, daß die Mindestbemittelten, unter denen sich auch Hausbesitzer und Flüchtlinge mit bedeutenden Unterhaltsbeiträgen befanden, sich für wenig Geld jede Woche ihr bestimmtes Quantum Fleisch, Käse, Wurst, Innereien und Marmelade (20 Dekagramm wöchentlich pro Kopf) kaufen konnten, während die übrige Bevölkerung mit größtem Fleischmangel kämpfte, Käse, Wurst und Marmelade nur alle paar Monate einmal in minimaler Zuweisung erhielt.

Kein Wunder, daß die Erbitterung der mittelständischen Hausfrauen immer mehr stieg und die Weiselreden während der Versammlungen des Mittelstandsvereins ein anschauliches Bild nicht nur der herrschenden Lebensmittelnot, sondern auch der mangelnden Voraussicht seitens der Regierung darboten. Aus dieser Zeit stammte auch der Kampf gegen den Fremdenverkehr. Während die einheimischen Hausfrauen meist vergeblich bei den Bauern der näheren und weiteren Umgebung um Eier, Butter, Milch und Kartoffeln flehten, wurden diese Lebensmittel um ungeheure Preise in die Hotels verkauft. Die Fremden zahlten jeden Preis, darum konnte auch der Hotelier alle Preise bewilligen. Noch heute wird trotz aller zum Schutze der Allgemeinheit erlassenen Verordnungen der größte Teil der nur im Schleichhandel vorhandenen Lebensmittel von den Hotels absorbiert. Das nennt man Notwendigkeit des Fremdenverkehrs. Der Mittelstand nennt es Aushungerung der Einheimischen. Leider beschäftigen sich weite Kreise der „Minderbemittelten" mit dem höchst lohnenden Schleichhandel. Frauen, die sonst Bedienerinnen, Putzerinnen, Wäscherinnen waren, sind für keine Arbeit mehr zu haben, auch nicht um hohe Löhne. Sie sind alle wohlhabend geworden, und überdies ist das Herumreisen bei bekannten Bauern gegen die frühere verhältnismäßig wenig einträgliche Arbeit nur ein Vergnügen und noch dazu ein einträgliches. Es wird Aufgabe der neugewählten Abgeordneten sein, den Schleichhandel, der den Untergang der minder zahlungsfähigen Schichten der Bevölkerung bedeutet, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Die hiesige Mittelstandsbewegung führte im letzten Herbst auch dazu, daß die ehemalige Regierung eine Aktion für den Mittelstand ins Leben rief. Leider viel zu spät, da ja im Herbst 1918 nur noch um Preise, die dem Mittelstand unerschwinglich sind, Ware zu beschaffen möglich war. Die Frauen des Ausschusses des Mittelstandsvereins erreichten es gleich in der ersten Zeit, Mitglieder des Landeswirtschaftsrates, der Landesbekleidungsstelle zu werden, nur die Gemeinde wehrte sich so lange als möglich gegen die Mitwirkung von Frauen im Gemeindewirtschaftsrat, und als schließlich auf Betreiben der Landesregierung doch Frauen in den Wirtschaftsbeirat ernannt wurden, war die Freude nur kurz. Die miternannten Herren erschienen so selten und in so geringer Anzahl, daß sich die Korporation wegen regelmäßig wiederkehrender Beschlußunfähigkeit auflöste. Und heute? Zwei Frauen, beide aus dem Ausschuß des Mittelstandsvereins, sitzen als vollwertige Gemeinderätinnen im Gemeinderat, und die Neuwahlen werden wohl noch mehr Frauen zu den Beratungen ins Rathaus bringen.

Der Mittelstandsverein ist vor einigen Monaten zu dem Entschluß gelangt, einen Verband mittelständischer Konsumentenvereine zu schaffen. Dieser Verband besteht bereits und umschließt 18 Vereine. Aus diesem Verband bildete sich in letzter Zeit eine große politische Vereinigung, die viele früher hier bestandene politische Vereinigungen zu sich zog. Die neue politische Partei nennt sich „Demokratische Ständevereinigung" und hat das Ziel, alle die nicht rot und nicht schwarz wählen wollen, zu vereinigen. Es ist ein großer Erfolg, daß es in Salzburg jetzt nur drei politische Parteien gibt, und es ist zum größten Teil der unermüdlichen Arbeit und der guten Organisation des Mittelstandvereines zu danken, daß es hier jetzt, nicht wie anderwärts, zahlreiche zersplitterte deutsche Parteien gibt. Frau Helene Granitsch, die jüngst hier eine glänzende Rede über die wirtschaftliche Not und das Frauenwahlrecht hielt, gab ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß der hiesige Mittelstandsverein nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet so gute Arbeit leistet und geeint vorgeht. Namentlich sind es die Frauen, die sich überraschend schnell in die Politik hineinfanden und jetzt schon so weit sind, daß sie aus ihren Kreisen Rednerinnen aufs Land entsenden, die nicht nur für das Frauenwahlrecht im allgemeinen, sondern auch für die „Demokratische Ständevereinigung" im besonderen überall im Lande Stimmung machen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben, da sich bisher überall das größte Interesse für die neue bürgerlich-demokratische Partei zeigte. Der von dieser Partei in den Nationalrat zu entsendende Abgeordnete wird auf Beschluß dem Stande der Festangestellten entnommen werden.

E. L.

Nationalzeitung 21.12.1918

028

Schweizer Hilfe für Wien.

Von Ludwig Bauer.

(Nachdruck verboten.)

Wenn ich jetzt tagsüber in der Redaktion sitze, werde ich oft auf eigenartige und rührende Weise in meiner Arbeit unterbrochen. Es klopft und irgend eine Frau steht da, trägt Pakete in Händen oder einen mächtigen Korb, und sie erklärt, das seien Haferflocken, Nudeln, Kaffee, Mehl oder sonst etwas Nahrhaftes und Seltenes und sie möchte es gerne der Sammelstelle für Wien übergeben. Wenn man dann die gutherzige Besucherin in den Sammelraum der Redaktion weist, so bemerkt man mit vielem Vergnügen, daß er bereits einem Lebensmittelmagazin oder dem Frachtraum eines Spediteurs gleicht. Der junge Kollege, der dort zu amten hat, muß fast ein Turner sein, wenn er über alle die Säcke, Kartons, Körbe zu seinem Stuhl voltigieren will. Täglich steht unten ein Wagen oder Auto, der all den Segen fortträgt, diesen Strom von Güte und Herzlichkeit mit denen vereinigt, die anderswo in dieser Stadt, in diesem ganzen Lande fließen; aber die Quellen versagen darum doch nicht, und in ein oder zwei Stunden ist die liebe, willkommene Platznot wieder da. Die Schweizer haben erfahren, daß Wien hungert, daß Kinder dort verkümmern und stillende Frauen nichts an Stärkung erhalten, in einigen Berichten drang die furchtbare Kunde von der fast ungeheuerlichen Katastrophe der fernen Riesenstadt zu ihnen, und sie haben beschlossen, zu helfen, soweit ihre schwachen Kräfte reichen. Schwach, wenn man das Ausmaß der Not und die Kleinheit des helfenden Landes betrachtet; Kräfte, wenn man das Erreichte sieht und weiß, daß es nur ein Anfang ist.

Die Reichen und die Armen geben, und es wird alles gegeben, Geld, Rationsmarken, für die Lebensmittel eingekauft werden, Dauerwaren, alles, was es nur in Büchsen gibt, Anzüge, Schuhe, und ein Bübchen brachte seinen kleinen Schokoladefisch vom Weihnachtsbaum, er war sogar noch in das schöne, glänzende Silberpapier eingewickelt, und er gab ihn ganz tapfer und resolut und es tat ihm wahrhaftig auch nicht ein wenig leid, ich habe mir den kleinen Kerl sehr genau angesehen. Hätte ich es nicht tun sollen? Ist sein Gesicht nicht tröstlicher und erfreulicher und **mehr geeignet, den Glauben zu stärken, daß wir in** einer besseren Welt leben, als die Gesichter all der Feldherren, Staatsmänner, Generäle, Fliegerhelden und ähnlicher für die menschliche Gesundheit schädlichen Zeitgenossen, die uns aus allen illustrierten Zeitungen und Auslagen solange, allzulange, anstarrten? Warum sollte man sich ihr Gesicht merken und nicht dies eines achtjährigen Buben, der mit windgeröteten Wangen und zerrissenen Strümpfen kommt und in seiner kleinen, gesegneten Hand einen Schokoladefisch in Silberpapier trägt? Ach Gott, er wird ja natürlich nicht lange vorhalten, und Kluge werden ausrechnen, daß damit nichts erreicht und nichts verändert sei, und daß die Anzahl der Kalorien, die in jenem Leckerwerk und in all den Gaben stecke, fast verschwinde, wenn man sie unter mehr als zwei Millionen Menschen verteile, was allerdings ein betrüblich großer Divisor ist. Und dennoch ist es nicht wahr, und es ist sehr viel erreicht und verändert, sogar mit diesem kleinen, armseligen Schokoladefisch in seiner Silberhülle. Denn seht — den bekommt irgendwo in einem großen, schmutzigen Elendhaus ein Kind, das nichts weiß von Süße und von Nahrung. Da wuchs es auf inmitten Schmutz und Verzweiflung, mußte hinter der Mtter mit seinen schwachen Beinchen laufen, wenn sie sich um ein bischen Brot oder Fett anstellten, und richtiger gesagt, es wuchs gar nicht, es bekam bloß frühe Falten in sein Gesicht, und der Glanz in seinen Augen, dieser schöne rätselhaft geheimnisvolle Kinderaugenglanz aus einer anderen Welt, erlosch. Alles ist verwahrlost, häßlich, schrecklich, das solch ein Kind umgibt: von den Hausmauern fällt der Anstrich, die Kleider zerreißen, sie können nicht rein sein, die Welt, die böse Welt, ist kalt, schmutzig, zornig und ohne Brot, und das muß so sein, meint das Kind und glaubt, die Menschen seien böse. Und da auf einmal gerademegs wie aus dem Himmel, der so unerreichbar weit ist, kommt solch ein silberglänzendes Ding herbeigeflogen, ist aus einem unbeschreiblich herrlichen, dunklen Stoff, der wie das Paradies schmeckt, und es kam zu ihm von einem Menschen. Von einem Menschen, der das Wiener Kind nie sah und es nie sehen wird, der nichts weiter wußte, als daß es arm und um sein bischen Glück von seinem Schicksal betrogen ward. Und da erfährt das Wiener Kind, daß etwas doch anders sei, als seine traurigen Erfahrungen es gelehrt haben und daß die Menschen **gar nicht alle böse seien, und da ist doch wohl sehr** viel erreicht und vieles verändert. Niemand wird es berechnen können, es ist mit Gramm und Kalorien nicht zu taxieren, aber es ist da, ist etwas Tröstendes, Hoffnungsvolles, Lebendiges, etwas, das unbewußt nachwirkt. Es ist der erste Gruß der Menschheit an Menschen, die verlernt haben, an sie zu glauben, ist für Abgeschlossene das erste, lang entbehrte Zeichen der großen Brüderschaft.

Manchmal drängen sich die Besucher mit ihren Gaben, und man sieht Frauen darunter, die geradewegs vom Markte kommen und sich wohl berechnet haben, es gehe zu Hause bei ihnen auch ohne die Apfelschnitzel und dies Päckchen Dörrgemüse, während es in Wien ohne dies wahrhaftig nicht mehr geht. Der Redaktor ist gerade beschäftigt; er muß oben in der Druckerei sein und achtgeben, daß nur ja alles ins Blatt kommt, was wichtig ist, irgendeine Rede des Hasses, eine Forderung der Gierigen, irgendetwas, das die Menschen noch weiter voneinander entfernt, Bürgerkriege, Plünderungen. Unten aber warten die braven Menschen, bis dieses Wichtige oben in der Druckerei vorübergegangen ist und der Redaktor wieder Zeit für sie hat, und es ist fast symbolisch, wie die Guten warten müssen, bis all das Schlechte, Gewalttätige und Mörderische vorübergegangen ist. Während sie in Wien warten müssen, stundenlang, tagelang, bis sie irgendetwas erhalten, das sie dann hinunterschlingen dürfen, um den nächsten Tag zu fristen und doch die Ermattung des Hungers bei all jenem Ausgesogenen und Kraftlosen und Nachgemachten nie aus den Gliedern bekommen, während sie oft genug sogar noch vergeblich warten müssen, warten sie hier, nicht um zu bekommen, sondern um zu geben. Da kommen die Schulklassen aufmarschiert, eine nach der anderen, und es ist ein wunderhübscher Sport, einander zu übertreffen; die einen bringen sieben Franken, aber paßt auf, morgen seid ihr geschlagen und die andere Klasse kommt gar mit zehn Franken aufmarschiert. Das sind Kindergaben, von Nickelstückchen gebildet, und sie bedeuten, daß all die Jungen und Mädchen irgendeine kleine Freude sich versagt haben, und nicht ohne Ehrfurcht wagt man ein solches Päckchen in die Hand zu nehmen, denn darin sind nicht bloß die paar helfenden Silberlinge, sondern etwas viel Edleres Seltenes: Menschlichkeit. Und all diese Butter-, Milch-, Käseabschnitte, diese **Mehl- und Brotmarken bedeuten, daß sich hier Men**schen um anderer Menschen willen etwas abgespart haben, vom Mund weg, und so schätzbar die großen Banknoten der Reichen sein mögen, an denen es nicht fehlt, obwohl sie sich noch gut und gern vermehren dürften, sie sind nicht so herzerhebend, nicht so sehr das Gemüt wärmend wie all jene kleinen Gaben und Päckli, und es schien fast biblisch, wie ein Mann herbeikam, seinen Ueberrock ablegte, ihn auf den Gabenberg legte und bemerkte: „Er ist noch ganz gut — und in den Taschen ist Faden zum Stopfen" und grüßte und verschwand. . . .

Es mag schon sein, daß viele gerade durch den Namen Wien gerührt wurden, obwohl sicherlich nur die wenigsten der Geber die unglückliche Stadt jemals gesehen haben. Aber sie spricht zur Phantasie, und es ist mit ihr ein Begriff von Lebensfreude, von Behaglichkeit und mitteilsamer Schönheit und Genuß verbunden, also daß jedermann gerade Wiens Not als besonders widernatürlich und demütigend empfindet. Die Musik, der Tanz, der Glanz, der für das Gefühl der Menschen mit diesem Worte „Wien" nun einmal traditionell verbunden ist, sie wehren sich gegen die Vorstellung, daß es in Düsternis, Hunger und Schmutz und Verzweiflung vergehen soll. Vielleicht liegt darin eine schöne und legitime Dankbarkeit: Wien hat so vielen Freude, Behaglichkeit, erhöhte Stunden gewährt, daß es auf die Erkenntlichkeit rechnen dürfte. So gering im Verhältnisse zur allgemeinen Not das Erreichte scheinen mag, es ist immerhin ein Beweis, daß jene Rechnung nicht falsch war. Und der Sinn dieser Sammlung spricht deutlich zu allen Seelen: „Ihr seid nicht allein, die Menschen sind nicht dazu geschaffen, um sich zu töten, Volk und Volk, Klasse und Klasse, sie sind dazu geschaffen, das Leben einander froher, leichter, tröstlicher und glänzender zu machen, das hat Wien in seinen guten Tagen getan und das soll Wien in seinen schlechten Tagen vergolten werden." Diese Gabenberge, von Hunderttausenden freiwillig und mit einem erhabenen Eifer getürmt, mögen nicht groß genug sein, um ein Meer von Elend auszufüllen, doch sie sind groß genug, damit man von ihnen aus in eine bessere und reinere Welt zu sehen vermag, in eine Welt der Dankbarkeit, Hilfsbereitschaft und Güte, und wenn auch alle Orden abgeschafft werden sollten, einer sollte doch bleiben: der kleine Schokoladefisch in Silber, den der Basler Junge von seinem Weihnachtsbaume brachte. . . .

Amtsbibliothek der Stadt Wien

22./I. 1919

136

Allgemeine Nachrichten

Die Hilfsaktionen für Wien.

Die Schweizer Hilfe.

Ueber Intervention des Bgm. Dr. Weiskirchner beim hiesigen Schweizerischen Gesandten Bourcart hat sich die Schweizerische Regierung in hochherziger Weise bereit erklärt, Wien Lebensmittel zuzusenden. In der Sitzung des Schweizerischen Nationalrates vom 18. Dezember 1918 begründete der Nationalrat Jäger einen diesbezüglichen Antrag, der einhellige Zustimmung fand.

Am 20. Dezember erhielt der Bürgermeister vom Schweizerischen Delegierten des „Roten Kreuzes" Professor Ferrières folgendes Telegramm:

Bin sehr glücklich, daß meine Schritte bei der Schweizerischen Regierung und bei den amerikanischen Beauftragten ausgezeichnete Würdigung gefunden haben und Approvisionierungsmaßnahmen schon teilweise in Ausführung sind. Erhoffe raschestе Hilfe.

Der Bürgermeister antwortete:

Wärmsten Dank für die erfreuliche Mitteilung. Ihre hochherzige Aufklärungstätigkeit über das in Wien herrschende Elend festigt in der Wiener Bevölkerung die Zuversicht, daß wir durch die Intervention des Auslandes, insbesondere des edlen Schweizervolkes, in absehbarer Zeit von der größten Not erlöst werden. Nehmen Sie für Ihr Fürsorgewerk den innigsten Dank entgegen und seien Sie versichert, daß Ihnen die Wiener für Ihre von reinster Menschlichkeit getragenen Bestrebungen in dankbarer Hochschätzung stets verbunden bleiben werden.

Ferner sandte der Bürgermeister an den Bundespräsidenten Calonder in Bern das nachstehende Telegramm:

Aufs tiefste bewegt von der hochherzigen Teilnahme, die die Vertreter aller Nationalitäten der Schweiz, allen voran Herr Bundespräsident und Nationalrat Jäger, der an der Kriegsnot so bitter leidenden Wiener Bevölkerung entgegenbringen, bitte ich im Namen des Wiener Gemeinderates den innigsten Dank entgegenzunehmen. Möge der Gedanke der Menschlichkeit der im edlen Schweizervolke immer seine überzeugtesten Vorkämpfer besaß, bald überall siegen und den schwergeprüften Völkern ein menschenwürdiges Dasein sichern.

Der erste Schweizer Hilfszug traf am 30. Dezember hier ein. Die im Zuge mitgekommenen Herren Kommandant Oberstleutnant Frey, Oberleutnant Dr. Schmid und der Vertreter des Schweizer „Roten Kreuzes" Dr. Ferrières, ein Neffe des Professors Ferrières, wurden im Auftrage des Bürgermeisters vom Ober-Magistratsrat Formanek in St. Pölten begrüßt. Die Herren sowie Lagerhausсekretär de Grenus erschienen am nächsten Tage im Rathause, wo sie vom Bgm. Dr. Weiskirchner und den VB. Hoß, Rain und Reumann empfangen wurden. Der Bürgermeister begrüßte die Herren mit herzlichen Worten, worauf eine Besprechung, betreffend die Verteilung der von der Schweiz übersendeten Lebensmittel, stattfand.

Mit dem ersten Lebensmittelzug waren eingelangt: 10 Tonnen Schokoladepulver 57 Tonnen Kondensmilch, 60 Tonnen Fett, 140 Tonnen Reis und 150 Tonnen Mehl.

Am Sonntag, den 5. Jänner, langte unter dem Kommando des Oberleutnants Honegger der zweite Zug mit Lebensmitteln aus der Schweiz an. Er bestand aus 31 Waggons Mehl, 6 Waggons Reis, 3½ Waggons Schokoladepulver und 1 Waggon Schokolade.

Während ihres hiesigen Aufenthaltes besichtigten die Schweizer verschiedene Märkte, Volksküchen, Kriegsküchen, Sanitätsanstalten 2c.

Am 8. Jänner verließ das mit dem ersten Lebensmittelzuge eingetroffene Begleitdetachement wieder Wien.

Der dritte Schweizer Hilfszug kam unter Führung des Oberleutnants Pozzi am 9. Jänner hier an. Der Zug brachte ungefähr 200 Tonnen Reis und 140 Tonnen Mehl.

Zwecks der Verteilung der Schweizer Lebensmittelzufuhren fand am Montag, den 13. Jänner, unter dem Vorsitze des VB. Rain und in Anwesenheit der Schweizer Delegierten unter Führung des Oberstleutnants Frey, der Vertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge, der Gemeinde und der Fachreferenten des Magistrates im Rathause eine Sitzung statt.

Große Verdienste um die Hilfsaktion hat sich außer dem hiesigen Schweizer Gesandten Bourcart der Stadtpräsident von Zürich, Naegele, erworben.

Mit dieser offiziellen Hilfsaktion der Schweizer Regierung geht eine private Hilfstätigkeit in allen Orten der Schweiz Hand in Hand, die schon beträchtliche Sammelergebnisse gezeitigt hat.

Die Lebensmittelhilfe der Entente.

Am 2. Jänner kamen mehrere Mitglieder der interalliierten Wirtschaftskonferenz, und zwar die Herren Alonso Taylor (Amerika), Professor Haguerin (Frankreich) und Beveridge (England), nach Wien.

Hier fanden im Laufe der nächsten Tage Beratungen zwischen den Vertretern der interalliierten Wirtschaftskonferenz und dem Staatsamte für Volksernährung und der Gemeinde Wien statt.

Nachdem die Mitglieder der interalliierten Kommission wegen der Verproviantierung Wiens auch noch bei den Regierungen in Prag und Budapest vorgesprochen hatten, wurde am 9. Jänner vom Staatsrate folgendes Kommuniquee veröffentlicht:

Die Mitglieder der interalliierten Lebensmittel-Kommission, die gestern aus Prag hierher zurückgekehrt sind, fanden sich nachmittags im Ernährungsamte ein, wo unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Dr. Löwenfeld-Ruß die Beratungen über die Deutschösterreich zu gewährende Lebensmittelaushilfe fortgesetzt wurden.

Dr. Taylor gab namens der Kommission die Erklärung ab, daß von den Alliierten Deutschösterreich vorläufig insgesamt 24.000 Tonnen Getreide, ferner 2000 Tonnen Fett und 750 Tonnen Kondensmilch zur Verfügung gestellt werden. In den angeführten Getreidemengen sind die bisher bereits zugesagten 8000 Tonnen Getreide, die aus Italien schon im Anrollen sind, inbegriffen.

Die weitere Versorgung Deutschösterreichs wird, wie Dr. Taylor in Aussicht gestellt hat, noch im Laufe dieses Monats den Gegenstand von weiteren Beratungen bilden, die voraussichtlich in Paris geführt werden.

Einige Tage später reiste die Kommission von Wien ab.

Kölnische Zeitung

28/I. 1919

28

162

Die Wirkung des Hungerkrieges.

Von Sanitätsrat Dr. Hartkopf, Köln.

Mit lebhaftem Bedauern hat man in Deutschland vernommen, daß einige ausländische Journalisten an ihre Zeitungen berichtet haben, es stehe um die Ernährungsverhältnisse der deutschen Bevölkerung keineswegs so verzweifelt, wie in der Öffentlichkeit immer wieder behauptet werde; in zahlreichen Konditoreien lockten in Köln und andern Städten appetitliche Kuchen und allerhand Leckereien, und auf den Straßen tummele sich eine frisch aussehende, fröhlich lärmende Kinderschar. Der Berichterstatter, der sein Amt ernst nimmt und dem darum zu tun ist, nicht Stimmung zu machen, sondern der Wahrheit zu dienen, wird sich mit solchen auf der Straße gesammelten allgemeinen Eindrücken nicht begnügen dürfen. Wer einen Blick hinter die Kulissen tut, dem entrollt sich ein ganz anderes Bild von den Wunden, die der grausame Krieg der deutschen Heimbevölkerung geschlagen hat und auch jetzt noch, während die Waffen ruhen, dauernd schlägt — ein entsetzliches Bild von Leiden, Siechtum und langsamem Hinsterben ungezählter Hekatomben von Menschen, die ein weit schwereres Los getroffen hat als der schnelle Tod auf dem Schlachtfelde.

Vor wenigen Tagen hat der Allgemeine Ärztliche Verein in Köln sich in einer Sondersitzung eingehend mit der Frage der Nahrungsmittelversorgung unsrer Bevölkerung befaßt und mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß der dauernde Nahrungsmangel, unter dem diese leidet, in einer gewaltigen Steigerung der Erkrankungs- und Sterbeziffern zu ergreifendem Ausdruck gelangt. Die Zahlen, mit denen die beiden Berichterstatter, Prof. Dr. Krautwig und Kreisarzt Dr. Lohmer, in jener Sitzung an die Öffentlichkeit traten, reden eine nicht mißzuverstehende Sprache. Das Versagen der hygienischen Fürsorgemaßnahmen spricht sich naturgemäß zunächst in einer allgemeinen Steigerung der Sterblichkeit aus. Ist es wegen der Abwesenheit zahlreicher Männer namentlich der mittlern Altersklassen auch nicht möglich, für das männliche Geschlecht einwandfreie Vergleichsziffern zu geben, so liegen solche doch für das weibliche vor. Und da ist festzustellen, daß in Köln die Gesamtsterblichkeit der weiblichen Personen im Jahre 1914: 12,87, im Jahre 1915: 12,93, im Jahre 1917 aber bereits 15,03 auf 1000 betrug; die Sterblichkeitsziffer für das Jahr 1918 wird vermutlich noch höher werden. Im einzelnen gestaltete sie sich wie folgt: Es starben weibliche Personen:

	im Alter von Jahren					
	10—20	20—30	30—40	40—50	50—60	60 u. mehr
1914	144	247	286	291	357	1250
1915	185	276	324	284	396	1261
1916	239	280	281	317	415	1532
1917	267	332	353	391	455	1675
1918*)	400	630	485	395	452	1308

In welchem Maße das Kindesalter unter dem Hungerkriege gelitten hat, zeigt folgende Tabelle. Es starben auf 100:

	im Alter von Jahren			
	1—5	5—10	10—15	1—15
1910/11	19,95	3,31	1,99	8,18
1916/17	20,92	5,38	2,65	8,48
1917/18	21,37	6,53	3,81	9,19

*) Januar bis Oktober

In Köln starben insgesamt im Alter von 2 bis 5 Jahren: 1914 313, 1915 496, 1916 569, 1917 606 Kinder; im Alter von 5 bis 10 Jahren: 1914 242, 1915 303, 1916 342, 1917 413 Kinder. Bemerkenswert ist weiter die besonders gesteigerte Sterblichkeit der alten Leute. Es starben allein in Köln von Personen im Alter von 60 und mehr Jahren: 1914 2368, 1915 2400, 1916 2775, 1917 3223 Personen.

Den Hauptanteil an der Sterblichkeit hat indes die durch Unterernährung in erschreckendem Maße geförderte Tuberkulose. Der systematische Kampf gegen diese Volkskrankheit hatte bekanntlich in Deutschland zu dem erfreulichen Ergebnis geführt, daß die Zahl ihrer Opfer während der letzten 25 Jahre auf die Hälfte, nämlich von 28 : 10 000 auf rund 14 : 10 000 zurückgegangen war. Dieser Erfolg ist durch den Krieg vollkommen wettgemacht worden, und wir stehen wieder da, wo wir zu Beginn unsrer Eindämmungsbestrebungen gestanden haben. Es gingen in Köln an Lungentuberkulose zugrunde: im Jahre 1910 738, 1914 803, 1915 967, 1916 1021, 1917 1243, 1918 über 1800 Personen. Diese vermehrte Verbreitung der Tuberkulose, die ohne Frage einzig und allein der mangelhaften Ernährung der Bevölkerung zur Last zu legen ist, wird sich bei der großen Ansteckungsfähigkeit der Krankheit und bei der Gefahr, die jeder Tuberkulöse für seine Umgebung bildet, zweifellos noch lange Jahre fühlbar machen, selbst wenn es gelingen sollte, den Kampf gegen die Seuche alsbald in dem alten Umfang wieder aufzunehmen — was bei unsrer gesamten wirtschaftlichen Lage ausgeschlossen erscheint.

Die geringere Widerstandsfähigkeit der durch die Nahrungsmittelknappheit und durch manche andre Umstände, besonders durch das Fehlen der Seife, hygienisch ungünstig beeinflußten Bevölkerung spiegelt sich weiter in der erhöhten Sterblichkeit an Lungenentzündung, an Influenza usw. sowie in den stetig höher werdenden Krankheitsziffern wider. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß zahllose erkrankte Personen ihrem Leiden nur deshalb erlegen sind, weil es nicht möglich war, ihnen während der Krankheit hinreichende Stärkungsmittel zukommen zu lassen. Das zeigt sich in auffallender Weise besonders auch bei den Säuglingen, die nach dem übereinstimmenden Urteil erfahrener Kinderärzte unter dem Mangel an guter Säuglingsmilch, an Wäsche und an brauchbaren Gummisaugern aufs schwerste leiden. Man muß diese zu Skeletten abgemagerten, durch keinerlei zur Verfügung stehenden Mittel hochzubringenden kleinen Erdenbürger in den Kinderkliniken gesehen haben, um das Unheil ganz zu ermessen, das der Krieg über die deutsche Heimbevölkerung gebracht hat.

Nicht besser als in Köln steht es in den übrigen Teilen und namentlich in den andern Großstädten des Reiches. Das erhellt u. a. aus den ins einzelne gehenden Ausführungen einer Reihe von Berliner Gelehrten, deren Namen in der ganzen wissenschaftlichen Welt einen guten Klang haben. Männer wie der bekannte Hygieniker Prof. Rubner, der Internist Prof. Kraus, der Kinderarzt Prof. Czerny und zahlreiche andre berühmte Ärzte und Sozialpolitiker, die über eine umfassende Erfahrung in der zur Erörterung stehenden Frage verfügen, geben übereinstimmend ihre Ansicht dahin kund, daß die Hungerblockade das deutsche Volk an den Rand der Vernichtung geführt hat. Dr. Hamel, Medizinalreferent im Reichsamt des Innern, schätzt auf Grund genauer Berechnungen die Zahl der in den Jahren 1915 bis Ende 1918 durch sie veranlaßten Todesfälle auf rund 763 000! Wie er in der Berliner Klinischen Wochenschrift (1919, Nr. 1) u. a. berichtet, hatte eine für das Jahr 1917 vorgenommene Auszählung der Sterbefälle nach Altersklassen das erschreckende Ergebnis, daß im Alter von 1 bis 5 Jahren ein Mehr von rund der Hälfte, im Alter von 5 bis 15 Jahren sogar ein Mehr von 55 v. H. an Todesfällen gegenüber dem letzten Friedensjahre zu verzeichnen war; bei den weiblichen Personen von 15 bis 30 Jahren ergab sich eine Zunahme der Todesfälle um rund 45 v. H. Allein im Jahre 1917 sind über 50 000 Kinder im Alter von 1 bis 15 Jahren und 15 000 Mädchen und Frauen durch die Blockade dahingerafft worden; bei den mehr als 60jährigen Männern und Frauen aber führte diese in rund 127 000 Fällen zum vorzeitigen Tode! Mit Recht betont Dr. Hamel, daß es zwecklos erscheint, diesen grausigen Zahlen Worte der Leidenschaft hinzuzufügen; handelt es sich hier doch ausschließlich um Menschen, die zu der Kriegsführung auch nicht in der leisesten Beziehung gestanden haben, nämlich um Kinder, Frauen und Greise.

Wer als Sachkundiger einen Blick auf die Nahrungsmitteltabellen wirft und die Menge der der deutschen Bevölkerung zur Verfügung stehenden Nährstoffe mit der von der Wissenschaft als das erforderliche Mindestmaß berechneten Nahrungsmittelmenge vergleicht, wird sich über diese vernichtende Wirkung des Hungerkriegs nicht wundern können. Wie Dr. Lohmer in seinem Bericht näher ausführte, wurden von unsern Nahrungsmitteln in Friedenszeiten aus dem Auslande eingeführt: 15 v. H. der Eiweißstoffe, 59,5 v. H. der Fette, 5 v. H. der Kohlehydrate, im ganzen 20 v. H. der nötigen Wärmeeinheiten (Kalorien). Allein für die Stadt Köln ging im Kriege die tägliche Milchmenge von etwa 210 000 Liter auf rund 43 000 zurück, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß ihre Güte, namentlich ihr Fettgehalt, Friedensansprüchen bei weitem nicht genügte. Die Frage nach der Größe der für den einzelnen Menschen notwendigen täglichen Nahrungsmittelzufuhr, der Gesamtenergie der Nahrung, der zweckmäßigen Verteilung auf Eiweiß, Fett und Kohlehydrate, ist bekanntlich seit Jahren Gegenstand wissenschaftlicher Meinungsverschiedenheiten. Berühmt gewordene Berechnungen Prof. Voits in München gaben 2800 Kalorien und 118 Gramm Eiweiß als das notwendige Mindestmaß an; sie sind gelegentlich als zu hoch gegriffen, gerade in letzter Zeit aber wieder von namhaften Gelehrten, so von dem bekannten Kliniker v. Müller in München, als richtig bezeichnet worden, wobei man die Möglichkeit eines Heruntergehens unter den Eiweißbedarf von 118 Gramm nur unter der Bedingung besonderer Ersatzzufuhr, vor allem durch größere Kartoffelmengen, zugegeben hat. Und nun vergleiche man mit dieser Forderung von 2800 Gesamtkalorien und 118 Gramm Eiweiß die Menge der durch die Rationierung der Bevölkerung zur Verfügung gestellten Lebensmittel. Sie beträgt in Köln auf den Kopf rund die Hälfte, nämlich ungefähr 1450 Wärmeeinheiten, und wenn man auch zugeben kann, daß die auf einen 70 Kilogramm schweren mittlern Arbeiter berechnete Normalzahl für manche Personen und Lebensalter geringer ist, so erscheint der Fehlbetrag doch außerordentlich hoch. Besonders gering ist die Eiweißmenge; sie ist zurzeit auf 37 Gramm, also auf ein Drittel der Normalzahl, herabgesunken. Und dabei war Köln gegen zahlreiche andre Städte noch verhältnismäßig gut gestellt. Von besonderer Bedeutung ist aber weiter der Rückgang der Güte der Nahrungsmittel; er hat zur Folge, daß die Verdauungsorgane dauernd unter erschwerten Bedingungen arbeiten müssen, womit ein Verlust an Körpersäften, also eine gesteigerte Abgabe von wichtigen Körperbestandteilen verknüpft ist. In erster Linie gilt dies für das Kriegsbrot.

Die Schwierigkeiten, die sich einer physiologisch ausreichenden Ernährung für die gesamte Bevölkerung entgegenstellen und die sich auch durch die wenigen im Schleichhandel angebotenen Nahrungsmittel keineswegs in irgendwie nennenswertem Maße vermindern, erreichen ihren geradezu unerträglichen Höhepunkt, wo es sich darum handelt, Kranken durch Verordnung einer geeigneten Diät oder durch Zuwendung von Stärkungsmitteln beizustehen. Wie in andern Städten, so hat man auch in Köln eine „Abteilung für Kranke" geschaffen, deren Aufgabe es ist, auf ärztliche Bescheinigung an solche besonders Bedürftigen Nahrungsmittel über das ihnen auf Grund der Rationierung zustehende Maß hinaus zu bewilligen. Wie armselig knapp diese „Zusatznahrung" unter dem Druck der Verhältnisse bemessen werden mußte, ergibt sich aus der Tatsache, daß selbst in den schwersten Fällen, beispielsweise bei Lungenentzündung, ihre Gesamtmenge nur etwa 620 Kalorien täglich beträgt, während auf den Kopf der rund 13 500 versorgten Kranken nur die völlig unzureichende Menge von 244 Kalorien gegeben werden konnte! Bedenkt man, daß manche gerade für die Kranken in erster Linie notwendige Lebensmittel, besonders Eier und Milch, auf ungesetzlichem Wege seit langer Zeit überhaupt nicht mehr zu erlangen sind, so wird es verständlich, daß diese Zustände sich mit Naturnotwendigkeit in einer gewaltigen Steigerung der Sterblichkeit und in einer Verminderung der Widerstandskraft der gesamten Bevölkerung äußern müssen. So wenig sich die obenaufgeführten Zahlen durch Hinweise auf das buntbewegte Straßenbild und die leckern Kuchen der Konditoreien wegdisputieren oder in ihrer furchtbaren Bedeutung herabsetzen lassen, so gewiß dürfen wir sein, daß der menschlich denkende Teil der Bevölkerung der uns feindlichen Länder, der sich von der völkerverhetzenden Kriegspsychose freifühlt, das Weiterbestehen eines Zustandes, der erwiesenermaßen das deutsche Volk zu vernichten droht, nicht mehr länger gutheißen kann und wird. Bis zum Überdruß haben wir während des Krieges in den feindlichen Zeitungen lesen können, der Verband kämpfe gegen den deutschen Militarismus, nicht gegen das deutsche Volk. Nun, der deutsche Militarismus ist abgetan; an die Wiederaufnahme des Kampfes denkt kein Mensch in Deutschland. Werden sich die feindlichen Zeitungen jetzt ihrer Zusage erinnern und mit der gebotenen Entschiedenheit dafür eintreten, daß dem gegen das deutsche Volk gerichteten Hungerkrieg ein schnelles Ende gemacht wird?

Amtsblatt der Stadt Wien

29./I. 1919

165

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er die Konferenz heute einberufen habe, weil es sich um eine sehr dringende Angelegenheit, die Vergebung des 250 Millionen Kronen-Anlehens handle. Es sei keine Stunde zu verlieren, weil man sonst vielleicht in Verhältnisse komme, wo eine Geldbeschaffung überhaupt ausgeschlossen ist. Er ersuche zunächst den GR. Moißl, der sich eingefunden hat, um Mitteilungen über die

Uebernahme des Militärverpflegsmagazins

zu machen, seinen Bericht zu erstatten.

GR. Moißl berichtet, daß gestern drei Delegierte eines auf der Straße gebildeten Komitees versucht haben, in das Verpflegsmagazin einzudringen. Sie seien zurückgewiesen worden, worauf 200 bis 300 Soldaten einzudringen versuchten, die ebenfalls abgewehrt wurden. Darauf sei er ersucht worden, sofort mit dem Staatssekretär für Heerwesen zu sprechen. Er sei zum Unterstaatssekretär gegangen und habe mit seinem Adjunkten vereinbart, die Gemeinde möge die dortigen Vorräte übernehmen.

Es seien dies 900 Waggons Mehl und außerdem 35 Waggons Fett, in Schwechat und in Tulln 40 bis 60 Waggons Zucker und zirka 100 Waggons Mehl.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt mit, daß im Verpflegsmagazin zirka 800.000 leere, unbenützte Säcke liegen. Es sei bekannt, welche Not die Gemeinde an Säcken leide und im Verpflegsmagazin liegen 800.000 Stück, die einen Wert von 24 Millonen Kronen repräsentieren.

GR. Moißl teilt weiters mit, daß die Mannschaft jetzt noch zu haben sei, ob auch noch morgen, wisse man nicht. Dr. Roßkopf habe vereinbart, und dazu erbitte er die offizielle Genehmigung, daß die Mannschaft täglich 6 K und die Beamten ihren bisherigen Gehalt von der Gemeinde bekommen. Die Sache müsse in der Form geschehen, daß die Uebernahme womöglich heute nachts oder morgen nachts erfolge. Von Schwechat müßten die 600 Waggons hereingeführt werden, denn dort seien die Leute unzuverlässig. Die Baracken seien auch äußerst feuergefährlich und es treiben sich Soldaten dort herum. Die Mannschaft des Verpflegsmagazins übernehme die Haftung nicht, sie werde auch heute vier Mann mit dem Betriebsleiter herschicken, damit alles Notwendige mit Dr. Roßkopf besprochen werde. Der Zucker und das Mehl in Tulln müssen auch sofort beansprucht werden, und der Herr Bürgermeister habe diesbezüglich interveniert, weil das sonst morgen oder übermorgen verschwinde.

Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, daß er Herrn Kollegen Moißl sehr dankbar sei; dieser sei gestern um 1/4 1 Uhr nachmittags zu ihm gekommen und er habe sofort die nötigen Verfügungen getroffen. Er habe es auch für seine Pflicht erachtet, das Kriegsministerium zu verständigen und habe mit dem Sektionschef Bartold das Einvernehmen gepflogen. Er habe keine Einwendung erhoben, daß die Gemeinde das Verpflegsmagazin übernehme. Infolgedessen habe er um 4 Uhr den Mag.-R. Dr. Roßkopf und den Dior. Dr. Nübel hinausgeschickt. Herr Dr. Roßkopf werde dann erscheinen und darüber Mitteilung machen. Natürlich habe Sektionschef Bartold die Bedingung gestellt, daß die Wiener Garnison von dort aus weiter verpflegt werde, das sei ja selbstverständlich.

GR. Moißl bemerkt, daß das auch gestern besprochen worden sei. Von diesen 900 Waggons Mehl genügen für die Wiener und Provinzgarnisonen 300, so daß 600 für die Stadt Wien verbleiben.

Neue Freie Presse
30./I. 1919

Die Ernährungsaussichten für die nächsten Wochen.

Wien, 29. Januar.

Die Entscheidung über das Ausmaß der Brotmenge für die kommende Woche wird erst am Freitag fallen. Die Situation hat in der letzten Zeit nichts an Spannung verloren. Wir leben unverändert von der Hand in den Mund und die Getreideankünfte eines einzigen Tages sind entscheidend für die Bestimmung der Brotversorgung während einer ganzen Woche. Am 7. d. schied die interalliierte Lebensmittelkommission von Wien mit der Zusage, für Deutschösterreich in kürzester Frist 24.000 Tonnen Getreide zur Verfügung stellen zu wollen, mit denen unser Bedarf bis Mitte Februar gedeckt erschien. Ueber die Belieferung für die zweite Februarhälfte und die Zeit darüber hinaus wurden damals durch Dr. Taylor für Ende Januar Beratungen in Paris in Aussicht gestellt. Diese Beratungen sind es wohl, zu denen sich morgen die von der deutschösterreichischen Regierung entsendete Kommission von Staatsbeamten und Fachmännern nach Bern und nach der Hauptstadt Frankreichs begibt. Die Konferenzen werden aber nicht nur die Menge der zu liefernden Lebensmittel und die Lieferungstermine, sondern auch den Preis für die einzelnen Warengattungen zum Gegenstand haben, sowie hauptsächlich die Form der Bezahlung. Auch in dieser Beziehung sind die kommenden Zeiten Schicksalstage für Deutschösterreich und namentlich für Wien. Den seinerzeitigen Beratungen lagen im wesentlichen folgende Berechnungen zugrunde: Bei einer auf rund elf Millionen zu schätzenden Einwohnerzahl unseres Staatswesens ist die Nahrung für 8½ Millionen Nichtselbstversorger sicherzustellen. Die gegenwärtige Verbrauchsmenge an Brot- und Kochmehl ist mit 16½ Dekagramm für den Kopf und den Tag bestimmt. Das ergibt bei Zugrundelegung einer 90prozentigen Ausmahlung einen monatlichen Getreidebedarf von 46.500 Tonnen oder, um diese gewaltigen Ziffernmengen klarer zu veranschaulichen, 15 Lastzüge zu je 30 Waggons Getreide. Die Brotfrucht wird uns von der Entente zunächst auf dem Wege über Italien zur Verfügung gestellt. Der Brenner sowohl als die Karststrecke der Südbahn und die gewaltigen Niveauunterschiede auf der Tauernbahn lassen selbst bei Benützung von zwei großen Lokomotiven höchstens Lastzüge von 60 Achsen zu. Es müßte also jeden zweiten Tag ein solcher Getreidezug aus Italien in Deutschösterreich eintreffen, damit unsere Mehlversorgung keinen Stockungen unterworfen wäre.

Es ist bisher leider nicht gelungen, die Anlieferungen auf diese durchschnittliche Höhe zu bringen, wenngleich alle Anstrengungen gemacht werden, um dieses auch von der Entente als unbedingte Lebensnotwendigkeit erkannte Ziel zu erreichen. Die politischen Schwierigkeiten, die sich Anfang des Monats bei diesen Transporten in der Form von Behinderungen der Durchfuhr gezeigt haben, scheinen jetzt allerdings überwunden und namentlich die tirolische Route über den Brenner läßt in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig. Geblieben sind aber die Transportschwierigkeiten, die sich augenblicklich infolge der Gestaltung der meteorologischen Verhältnisse von Tag zu Tag erhöhen. Der Winter hat heuer spät eingesetzt, scheint aber jetzt nachholen zu wollen, was er bisher schuldig geblieben ist. Noch sind die gefallenen Schneemengen nicht so groß, um gefährliche Stockungen hervorzurufen, aber doch bedeutend genug, um die Transporte zu verzögern. Bei der gähnenden Leere unserer Magazine ist aber jede Stunde Verzögerung schon eine Gefahr. In die Lieferungsverpflichtung der Entente zu Monatsbeginn in der Höhe von 24.000 Tonnen waren die schon in einem früheren Zeitpunkte zugesagt gewesenen 4000 Tonnen Getreide inbegriffen gewesen. Letztere sind seither vollständig zur Ablieferung gelangt. Wieviel auf die restlichen 20.000 Tonnen noch ausstehen, darüber mangelt jede offizielle Angabe. Keinesfalls ist mehr als die Hälfte davon bis nun in unseren Besitz gelangt. Die Lieferungen der Entente bilden unverändert das Um und Auf unserer Mehlversorguug. Die Grenzsperre der czecho-slowakischen Republik und Ungarns hält in unveränderter Strenge an.

Die seinerzeit in Budapest geführten Verhandlungen hatten wohl ein ganz günstiges Ergebnis. Die Durchführung der Vereinbarungen hat unsere Lage aber so gut wie gar nicht geändert, trotzdem von deutschösterreichischer Seite ein ansehnlicher Teil der Kompensationsverpflichtungen erfüllt worden ist. Inwieweit Polen für das laufende Erntejahr exportfähig ist, läßt sich gegenwärtig hier nicht feststellen. Zurzeit lassen die Vorgänge an der Grenze der polnischen und der czecho-slowatischen Republik Zufuhren von dort überhaupt für ausgeschlossen erscheinen. Die Vorräte im Inlande sind sehr gesunken. Salzburg, Tirol, Nordsteiermark und das nördliche Kärnten sind selbst zuschußbedürftig und für Wien daher nicht in Rechnung zu stellen. Oberösterreich beharrt auf seiner Absperrungspolitik, und die Anstrengungen auf dem flachen Lande in Niederösterreich, die bäuerlichen Erzeuger zu weiteren Ablieferungen zu bestimmen, haben ein sehr geringes Erträgnis. Vielleicht daß nach den Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung in dieser Beziehung mit einer leichten Besserung zu rechnen sein wird, wenn die politische Rücksichtnahme auf die Wählerschaften auf dem flachen Lande mehr in den Hintergrund gedrängt wird. Wien mit seinem wöchentlichen Getreidebedarfe von etwa 300 Waggons Getreide stellt eine ungeheure Sollpost in unserer Ernährungsbilanz dar. Der Bedarf ist in der letzten Zeit in stetigem Wachsen. Die gestrige Debatte im Stadtrate beschäftigte sich mit der Frage des unaufhaltsamen Zuzuges aus den Teilstaaten der alten Monarchie nach der ehemaligen Reichshauptstadt, der noch einen größeren Umfang annehmen müßte, wenn die Fremdenausweisung in Budapest zur Tat wird und sich die Gerüchte über die Vertreibung der Fremden aus der Türkei bewahrheiten sollten.

Die bevorstehenden Beratungen in Bern und in Paris werden unter solchen Umständen von der größten Bedeutung sein. Bis zur Einbringung der Ernte des Jahres 1919 vergehen noch fast sieben Monate. Wir brauchen bis dahin noch weit mehr als 300.000 Tonnen Getreide. Gewiß werden später auch andere Zufahrtswege für uns geöffnet werden als über Italien. Aber in dem Maße, als unsere Versorgung immer mehr auf den ausländischen Lieferungen fußt, wächst die Größe des Verteilungsproblems in Deutschösterreich selbst. Da verquickt sich die Getreide- mit der Kohlenfrage, und da die Kohlenförderung mit der Ernährungslage der Häuer in untrennbarem Zusammenhange steht, resultiert eine Wechselwirkung, aus der auch für den Laien die ungeheuren Schwierigkeiten ersichtlich werden, die zu überwinden sind, wenn es gelingen soll, unsere Brotversorgung bis zum Spätsommer sicherzustellen. In Wien sprach Dr. Taylor auch von der Verwendung von amerikanischen Lastautomobilen zur Beförderung des Getreides von den großen Eisenbahnknotenpunkten in die mehr vom Verkehr abseits liegenden Gebiete. Auch diese Frage wird in Paris in den Kreis der Erörterungen zu ziehen sein.

Vor Monatsfrist berechnete man die Kosten für einen Meterzentner Ententegetreide mit 300 Kronen. Seither haben sich die Valutaverhältnisse neuerlich zu unseren Ungunsten geändert. Die Preisfestsetzung wird daher eine der wichtigsten Aufgaben für unsere Unterhändler bilden. Man ist hier noch immer zu keiner endgültigen Entschließung gekommen, wie die Kosten dieser Preissteigerung für Brot und Mehl hereingebracht werden sollen. Daß eine einfache Ueberwälzung auf den Konsum, die Festsetzung eines Brotpreises von 4 bis 5 Kronen für den jetzigen Einheitslaib die blanke Unmöglichkeit ist, bedarf keiner weiteren Erörterung. Ebenso sicher aber ist, daß die Differenz zwischen dem Inlandpreis für Getreide und den Kosten der ausländischen Brotfrucht nicht zu Lasten des Staatsschatzes fallen kann. Das würde ein Opfer von vielen hundert Millionen Kronen erfordern, einen Betrag, der sich kaum weit von einer Milliarde bewegt. Aber ebenso schreckt man davor zurück, dem Steuerbukeit, das uns in den letzten Wochen präsentiert worden ist und das die Bevölkerung in diesen Tagen so energisch zurückgewiesen hat, eine neue Abgabe in der Form einer Brotsteuer einzufügen. Dies um so weniger, als dem Verbraucher auch in der Versorgung mit Fleisch in der nächsten Zeit nicht unerhebliche Mehrkosten erwachsen werden. Auch in dieser Beziehung sind wir in steigendem Maße auf die Versorgung aus dem Auslande angewiesen, und namentlich Ungarn und Kroatien stellen jetzt Bedingungen für die Lieferung von Lebendvieh, welche eine wesentliche Verteuerung des Fleischpreises zur Folge haben werden; abgesehen davon, daß unsere Rinderstapel so gelichtet sind, daß auch bereits Schafffleisch zum Ersatz für Rindfleisch bei gleichem Preise herangezogen werden muß, ohne natürlich an Ausgiebigkeit diesem gleichzukommen. Die Liebesgabenzüge der Engländer und der Schweizer werden gewiß dankbarst quittiert. Gestern ist ein englischer Zug mit 28 Waggons Fleischkonserven und Kondensmilch eingetroffen, und in einer Wählerversammlung hat der Bürgermeister die Ankunft eines Schweizer Zuges für nahe bevorstehend angekündigt. Das sind aber nur Tropfen auf einen heißen Stein. Wir brauchen täglich ganze Lastzüge von Lebensmitteln, und bei allen Sorgen, die uns bedrücken, ist die um die Sicherstellung unserer Ernährung doch die weitaus wichtigste.

31./I. 1919.

31/I. 19
191

Das Hungerelend in Köln.

* **Köln**, 31. Januar.

In Nr. 67 der Kölnischen Zeitung vom 25. Januar haben wir das Ergebnis der Untersuchungen des Geheimen Medizinalrats Dr. Moritz in Köln über den traurigen Ernährungszustand der Kölner Bevölkerung veröffentlicht. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hat der Dezernent für das öffentliche Gesundheitswesen der Stadt Köln, Beigeordneter Prof. Dr. Krautwig, dazu weitere Aufklärungen gegeben, die erschütternde Einzelheiten brachten von dem, was der Aushungerungskrieg bedeutet hat, was die Bevölkerung durch ihn gelitten hat, was sie noch leidet und was ihr bevorsteht, wenn nicht schleunigst Hilfe von den Verbandsmächten gewährt wird. Was Beigeordneter Krautwig ausgeführt hat, ist jedem Kölner durch Erfahrungen am eignen Leibe, in seiner Familie, im Freundes- und Bekanntenkreise, im Berufsleben und in seiner ganzen Umgebung geläufig und leider zu vertraut. Wenn trotzdem immer wieder im Ausland falsche Vorstellungen erweckt werden, so müssen die Tatsachen und Zahlen der Welt vor Augen geführt werden und ihre Sprache reden, damit eine Katastrophe vermieden wird, die in sicherer Aussicht steht, wenn nicht schleunigst umfassende Hilfe einsetzt. Dr. Krautwig führte u. a. folgendes aus:

Der Krieg hat den Gesundheits- und Kräftezustand der daheimgebliebenen Bevölkerung viel schlimmer geschädigt, als es gemeinhin bekannt ist. Unter den Ursachen, die hierfür anzuschuldigen sind, steht an erster und ausschlaggebender Stelle die Aushungerung weitester Kreise der Bevölkerung. Der Redner führte dann aus, wie die erforderliche Nahrung nach und nach habe herabgesetzt werden müssen. Seit dem Kohlrübenwinter ist die Menge der dem einzelnen verfügbaren Nahrung auf einen Gehalt von 1150 bis 1200 Kalorien gegenüber dem notwendigen Maß von 2800 Kalorien herabgesunken. Das, was heute an rationierten Lebensmitteln erhältlich ist, beträgt noch nicht die Hälfte des wirklichen Nahrungsmittelbedürfnisses. Die heutige Nahrung ist für weite Volkskreise schon seit Jahren zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. Die Lebensmittelnot macht es uns unmöglich, unsre Kranken in den Hospitälern und in den Familien hinreichend zu versorgen. Für die Ärzte der Krankenabteilung war es ein schweres, entsagungsvolles Stück Arbeit, wenn sie unter dem Druck der Lebensmittelnot Schwerkranken trotz inständiger Bitten gehaltreiche Zusatznahrung abschlagen und sie damit dem Hungerelend preisgeben mußten.

Bei dieser Ernährung, die jahrelang unter dem Notwendigen blieb, mußte es zur

schwersten Schädigung des Gesundheits- und Kräftezustandes

unsrer deutschen Bevölkerung, unsrer Frauen und Kinder kommen. Die entscheidende Wendung zu einer verhängnisvollen Unterernährung trat im Herbst und im Winter 1916 ein. Schon damals konnten dem kundigen Arzt die Folgen der Aushungerung nicht entgehen. Heute liegt uns ein so großes und so ernstes Tatsachenmaterial über den Gesundheitsverfall weitester Kreise der Bevölkerung vor, daß nur der Blinde und Böswillige an diesen schlimmen Tatsachen vorbeigehen kann. Der Gradmesser des Gesundheitszustandes ist einmal in den Sterbeziffern zu erkennen, wobei aber zu beachten bleibt, daß der durch Unterernährung veranlaßte Tod erst nach Monaten und Jahren der Unterernährung folgt. Die Sterblichkeit des weiblichen Geschlechts ist vom Jahre 1914 bis zum Jahre 1918 um 50 Prozent gestiegen; es starben 4146 weibliche Personen im Jahre 1914, aber 6144 im Jahre 1918, also 2000 mehr. Die Zahl der gestorbenen männlichen Zivilpersonen betrug: 1914 4693, 1918 5241 — also 548 Personen mehr. Dabei waren 1918 mehr als 100 000 Männer durch den Krieg von Köln abwesend. Es steht fest, daß mindestens 2500 Menschen der Zivilbevölkerung im Jahre 1918 mehr gestorben sind, als in den Jahren vor dem Krieg. Pro Tag macht das in Köln einen Verlust von sieben Menschen als Opfer der Aushungerung aus. Die Zunahme der Sterblichkeit hat keineswegs nur die alten Leute getroffen, sondern sämtliche Altersklassen vom zweiten Lebensjahre an. So starben:

im Jahre 1914			im Jahre 1918		
im Alter von	5—10 Jahren	114	im Alter von	5—10 Jahren	216
	10—20 „	144		10—20 „	486
	20—30 „	247		20—30 „	778
	30—40 „	286		30—40 „	630
	40—50 „	291		40—50 „	504
	50—60 „	357		50—60 „	562
	60 u. mehr „	1250		60 u. mehr „	1625

Den Hauptanteil an der Sterblichkeit hat die Tuberkulose, die durch einen systematischen Kampf innerhalb der letzten 25 Jahre vor dem Krieg auf die Hälfte ihrer Opfer zurückgedrängt war. In Köln starben an Lungentuberkulose im Jahre 1910 738 Personen, 1914 803 Personen, 1918 aber ungefähr 1800 Personen. Wir sind in der Verlustziffer der Tuberkulose heute wieder auf dem hohen Stand des Jahres 1900 angekommen. Die 343 Todesfälle an Ruhr des Jahres 1917, die 105 Todesfälle an Ruhr des Jahres 1918, die 1291 Personen, die im Oktober und November 1918 der Grippe erlagen, sind zum großen Teil auf das Konto ungenügender Ernährung und Widerstandskraft zu setzen. Die einzig gesundheitlich gute Wirkung von Belang, die zugunsten des Krieges zu buchen ist, ist die Abnahme des Alkoholismus und seiner Folgen. Zahlreiche andre Erkrankungen haben aber durch die ungenügende und schlechte Ernährung zugenommen, so z. B. allgemeiner Verfall und die gar nicht seltene Ödemkrankheit, die nichts weiter als direktes Hungerelend ist. Entscheidend aber in dem Bilde des Hungerelends ist die Tatsache, daß die Tuberkulose nicht nur in ihren Sterbeziffern, sondern, wie das natürlich ist, auch in ihren Krankheitsziffern eine geradezu verhängnisvolle Ausdehnung gewonnen hat. Die Fürsorgestelle für Lungenkranke hatte im Jahre 1907, bei ihrer Gründung, 428 Familien, 1914 763 Familien und 1918 über 2600 Familien in laufender Fürsorge. Die Krankheit verläuft oft rapid in wenigen Monaten zum tödlichen Ende und hat auch bei Kindern viel schlimmere Formen angenommen als früher. Für unsre Zukunft verhängnisvoll ist es, daß die Infektionen der Kinder gewaltig zugenommen haben und der kindliche, schlecht genährte Körper mit diesen Krankheitserregern nicht mehr fertig wird und über kurz oder lang der schweren Krankheit erliegen muß. Das ganze Elend wird sich erst in den nächsten Jahren offenbaren.

Es ist selbst für den erfahrenen Arzt nicht leicht,

ein zutreffendes Bild

der Kraft und Gesundheit einer Bevölkerung zu gewinnen. Mit Momentaufnahmen auf der Hohen Straße und oberflächlichen Besichtigungen eines Teils der Bevölkerung und zumal der Personen, die man in Hotels, Restaurants und Konditoreien antrifft, ist eine sachgemäße Beurteilung nicht gegeben. Draußen auf den Friedhöfen reden heute schon die vielen frischen Gräber unsrer Frauen und Kinder eine deutliche Sprache, und dieselbe Sprache reden die bleichen Gesichter und ausgemergelten Körper unsrer Kinder, die unsre Hospitäler und Polikliniken, unsre Fürsorgestellen und Asyle bevölkern. In so manchen Schulen der ärmen Stadtteile finden wir eine Jugend, die in den langen Kriegsjahren nichts von einem Kinderparadies gesehen, dafür aber schon frühzeitig eine harte Schule der Entbehrung durchmachen mußte. Nur ein einziges vermag uns langsam aus dem Elend herauszuführen, das ist eine genügende Ernährung, auf die unser Volk nunmehr nach all den schweren Kriegsleiden einen wirklich berechtigten Anspruch hat. Der Krieg mit den Waffen ist erledigt; nun möge auch der Hungerkrieg erledigt sein. (Lebhaftes Bravo!)